Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. September 1978
Jg. 6 Nr. 37

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Libyen baut Meeresakademie auf

z.pek. Zur Beseitigung der Abhängigkeit von den imperialistischen Schiffahrtsgesellschaften hat die Wirtschaftseinheit der Arabischen Liga ein Programm zur Förderung der Seefrachtindustrie ausgearbeitet. Mit dem Programm legen die arabischen Staaten fest, daß mindestens 40% ihres Handelsvolumens auf eigenen Schiffen transportiert wird. Libyen betreibt dazu die Vergrößerung der Handelshäfen und deren Versorgung mit moderner Ausrüstung. Die neuen Einrichtungen umfassen Schleppkähne, Kräne und eine Computeranlage. Der Ausbau des Hafens von Bengasi wird von Jugoslawien unterstützt. Gegenwärtig baut Libyen eine eigene Meeresakademie auf. Für das Programm zur Ausbildung der Schiffahrtskader werden 1978 2 Mio. libysche Dinar bereitgestellt. Ab Anfang 1979 werden dort 400 Studenten ausgebildet, um den nationalen Bedürfnissen in den verschiedenen Bereichen des Seetransports zu dienen.

Mauritius wehrt sich gegen sowjetische Raubfischerei

z.gek. Das Fischereiministerium von Mauritius, einem Inselstaat im Indischen Ozean, hat angekündigt, daß die mauritische Regierung die Botschaft der Sowjetunion schließen und das Personal des Landes verweisen werde, wenn die sowjetischen Trawler und Fabrikschiffe nicht umgehend „die Plünderung der Fischgründe zwischen Mauritius und den Seychellen einstellen". Mehrere diesbezügliche Proteste von Mauritius hatte die Supermacht zuvor in arroganter Manier unbeantwortet gelassen. Für die Ernährung der Volksmassen in Mauritius und für die ganze Wirtschaft des Landes ist der Fischfang von wesentlicher Bedeutung. Die sowjetische Raubfischerei bedroht bereits die Fischbestände selbst.

Einwohner von Bikini zum zweiten Mal vertrieben

z.mif. Das Bikini-Atoll, Teil der Marshall-Inseln im Pazifik, war zwischen 1946 und 1958 23mal Ort von Atomexplosionen der US-Imperialisten; 1956 zündeten sie dort ihre erste H-Bombe mit 10 Mio. Tonnen TNT Sprengkraft. Die 167 Einwohner hatten die US-Imperialisten nach der Besetzung der Insel vertrieben. 1969 behaupteten sie dann, die Vegetation sei üppiger denn je, und luden zur Rückkehr ein. Über 500 kamen, und die US-Imperialisten konnten genaue Messungen über Radioaktivität im Menschen durchführen. Sie „warnten vor dem Genuß einheimi-

Mauritius wehrt sich gegen sowjetische Raubfischerei

z.gek. Das Fischereiministerium von Mauritius, einem Inselstaat im Indischen Ozean, hat angekündigt, daß die mauritische Regierung die Botschaft der Sowjetunion schließen und das Personal des Landes verweisen werde, wenn die sowjetischen Trawler und Fabrikschiffe nicht umgehend „die Plünderung der Fischgründe zwischen Mauritius und den Seychellen einstellen". Mehrere diesbezügliche Proteste von Mauritius hatte die Supermacht zuvor in arroganter Manier unbeantwortet gelassen. Für die Ernährung der Volksmassen in Mauritius und für die ganze Wirtschaft des Landes ist der Fischfang von wesentlicher Bedeutung. Die sowjetische Raubfischerei bedroht bereits die Fischbestände selbst.

Einwohner von Bikini zum zweiten Mal vertrieben

z.mif. Das Bikini-Atoll, Teil der Marshall-Inseln im Pazifik, war zwischen 1946 und 1958 23mal Ort von Atomexplosionen der US-Imperialisten; 1956 zündeten sie dort ihre erste H-Bombe mit 10 Mio. Tonnen TNT Sprengkraft. Die 167 Einwohner hatten die US-Imperialisten nach der Besetzung der Insel vertrieben. 1969 behaupteten sie dann, die Vegetation sei üppiger denn je, und luden zur Rückkehr ein. Über 500 kamen, und die US-Imperialisten konnten genaue Messungen über Radioaktivität im Menschen durchführen. Sie „warnten vor dem Genuß einheimi-scher Nahrungsmittel" und schoben so die Schuld für die Vergiftungen den Massen in die Schuhe. Unter Hinweis auf hohe Vergiftung durch radioaktives Caesium 137 (Halbwertszeit: 30 Jahre) vertrieben sie jetzt die Einwohner Bikinis ein zweites Mal. Das Bikini-Atoll ist Teil des UNO-Treuhandgebiets der USA. Der US-Imperialismus hatte es 1943 dem japanischen Imperialismus abgenommen, der es seinerseits den deutschen Imperialisten im ersten Weltkrieg abgejagt hatte.

„Großes Interesse für diese Region"

z.rua. Vom 19. bis 24. August weilte eine Einheit der sowjetischen Kriegsflotte zu einem offiziellen Besuch im Hafen von Aden in der Demokratischen Republik Jemen. Sie wurde geleitet von Flottenadmiral Jasakow. Der durch den sozialimperialistischen Putsch an die Macht gebrachte Regierungschef Ali Nasser Muhamed wurde an Bord geholt, um von dort aus die „uneigennützige" Unterstützung zu rühmen, die die UdSSR der Demokratischen Republik Jemen bei vielen Gelegenheiten zukommen ließe. Der Uneigennützigkeit kein Ende: Auf einer Pressekonferenz an Bord eines Kriegsschiffes erklärte Admiral Jasakow, die UdSSR werde Jemen beim Aufbau einer Kriegsflotte helfen. Denn, so betonte er mit bescheidener Offenheit: „Die Sowjetunion zeigt ein großes Interesse für diese Region!" Die Arabische Republik Jemen hat Anfang August ein Angebot der UdSSR über 180 Stipendien abgelehnt und erklärt, daß sie die Einmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten des Jemen nicht duldet.

Kriegsdrohungen zur Befriedung der Klassenfront

US-Kongreß vor „schwierigen Entscheidungen" / Interventionsgelüste in Indochina / „NATO-Garantie" für den Nahen Osten

z.anb. Am Mittwoch vergangener Woche hat der US-Kongreß seine Arbeit für die US-Finanzbourgeoisie wieder aufgenommen. Man vernahm bereits, daß Carter während der bewußt gewählten Einsiedelei in Camp David seinen Vize Mondale per Hubschrauber zwischen Washington und dem Gebirge pendeln ließ. Was die Energiegesetze angeht, die Carter seit über einem Jahr über die parlamentarische Bühne bringen will, so ist inzwischen nicht einmal der vom Vermittlungsausschuß ausgehandelte „Kompromiß" sicher. Er beinhaltet die Freigabe der Preise für Neuförderungen bei Erdgas ab 1985 – und bis dahin entsprechende Preiserhöhungen –, die Preise für „Altförderungen" sollen „angepaßt" werden; den größten Fischzug allerdings hatte sich die Finanzbourgeoisie von der Angleichung der Preise für „heimisches" Erdöl an den Weltmarktpreis versprochen, das würde für die amerikanischen Volksmassen eine Steigerung um 100% ausmachen. In Verbindung mit dem hinterhältigen chauvinistischen Manöver, eine solche dreiste Plünderungsmaßnahme mit der „Unverschämtheit" der OPEC-Länder zu begründen, die „ständig den Erdölpreis in die Höhe treiben", soll dieses „Herzstück" der Energiegesetze gewaltige Summen aus Lohngeldern in Kapital verwandeln, um es der Umwälzung der Produktion in den wichtigsten Industriebranchen zur Verfügung zu stellen. Der günstige Einfluß von Sondertarifen bei Gas und Öl auf die Profite der Kapitalisten nimmt sich demgegenüber noch gering aus.

Im zweiten Quartal 1978 haben die US-Konzerne beträchtliche Extraprofite realisiert. „Mit zahlreichen Differenzierungen allerdings" (Handelsblatt, 5.9.78) haben sie im Durchschnitt ihre Gewinne gegenüber dem zweiten Vorjahresquartal um 91% gesteigert. Die beiden größten Stahlkonzerne Wheeling Pittsburgh und Bethlehem Steel verbuchten ein Plus von 218 bzw. 144% gegenüber 1977. „Außerdem ist festzustellen, daß die Gewinnzunahmen zu einem beträchtlichen Teil auf die weiter verschärfte Inflation zurückgehen." (Handelsblatt, 5.9.78)

Letztere beträgt im ersten Halbjahr 1978 durchschnittlich 10%; dies ist erst die Spitze eines Eisberges, den die Volksmassen abtragen sollen, denn die einkalkulierten Wirkungen des neuerlichen Dollarschachzuges der US-Finanzbourgeoisie führen zu ungezähmten Preissteigerungen bei allen Waren, die in die Reproduktion der Arbeiter einfließen, ausgelöst durch die sprunghafte Verteuerung der Importe, die auf dem US-Warenmarkt die übrigen Preise ebenfalls in die Höhe treiben. Dies um so mehr, als die Handelsbilanz des ersten Halbjahres ein Rekorddefizit für 1978 ankündigt mit 37 Mrd. Dollar gegenüber 26 Mrd. 1977.

Nicht dieses Defizit kümmert die US-Finanzbourgeoisie. Es ist für die Blutsauger einer imperialistischen Supermacht nichts Beunruhigendes, daß sie sich zunehmend Waren aneignen, ohne dafür Gegenleistungen zu liefern, sie setzen auf ihre militärische und politische Interventionsstreitmacht.

Was beunruhigend ist, ist die Entwicklung des Warenexports ihrer Konkurrenten, nicht zuletzt der westdeutschen Kapitalisten, die allein 1977 den Export von Maschinen in die USA auf 11,9 Mrd. DM gesteigert haben (1976: 8,9 Mrd.), und das trotz der Verteuerung dieser Exporte durch den Kursverfall des Dollar. Es ist nicht einfach der Neid an einem fetten Geschäft, der das US-Kapital beunruhigt, (Fortsetzung Seite 2)

...dings hatte sich die Finanzbourgeoisie von der Angleichung der Preise für „heimisches" Erdöl an den Weltmarktpreis versprochen, das würde für die amerikanischen Volksmassen eine Steigerung um 100% ausmachen. In Verbindung mit dem hinterhältigen chauvinistischen Manöver, eine solche dreiste Plünderungsmaßnahme mit der „Unverschämtheit" der OPEC-Länder zu begründen, die „ständig den Erdölpreis in die Höhe treiben", soll dieses „Herzstück" der Energiegesetze gewaltige Summen aus Lohngeldern in Kapital verwandeln, um es der Umwälzung der Produktion in den wichtigsten Industriebranchen zur Verfügung zu stellen. Der günstige Einfluß von Sondertarifen bei Gas und Öl auf die Profite der Kapitalisten nimmt sich demgegenüber noch gering aus.

Im zweiten Quartal 1978 haben die US-Konzerne beträchtliche Extraprofite realisiert. „Mit zahlreichen Differenzierungen allerdings" (Handelsblatt, 5.9.78) haben sie im Durchschnitt ihre Gewinne gegenüber dem zweiten Vorjahresquartal um 91% gesteigert. Die beiden größten Stahlkonzerne Wheeling Pittsburgh und Bethlehem Steel verbuchten ein Plus von 218 bzw. 144% gegenüber 1977.

Streikkämpfe der peruanischen und chilenischen Kupferarbeiter – die Börse reagiert empfindlich



10000 streikende peruanische Bergarbeiter aus zahlreichen Bergbaustädten in den Anden haben Mitte August einen Sternmarsch nach Lima durchgeführt und dort mit einer Massendemonstration die Forderungen der 45000 streikenden Kupferarbeiter nach einer 25%igen Lohnerhöhung und Aufhebung der Notstandsdekrete bekräftigt. Der Streik ist trotz Einsatz von Militär gegen die Bergleute ungebrochen. Auch die Arbeiter der chilenischen Kupfermine Chuquicamata setzen ihren seit dem 1. Juli durchgeführten Kantinenstreik für eine 50%ige Lohnerhöhung fort. Die 4000 Bergarbeiter der Mine Huachipato schließen sich dem Streik an. Die Londoner Börse mußte am 28. August den Anstieg des Kupferpreises „unter Streikeinflüssen" innerhalb von einer Woche um 13,50 Pfund auf 768 Pfund per Tonne melden. Im Frühjahr hatten die US-Imperialisten versucht, durch die Steigerung der chilenischen Kupferproduktion den Weltmarkt zu überfluten und so den Zusammenschluß der CIPEC-Länder für einen höheren Kupferpreis zu hintertreiben. Trübe Aussichten für ihre Pläne: Die Kriegs- und Spekulationsreserven im Londoner Börsenlager sind in den letzten vier Wochen um 23000 Tonnen geschrumpft. Die chilenischen und peruanischen Bergarbeiter erteilen den Imperialisten die richtige Antwort.

Betriebsame Messetätigkeit der BRD-Imperialisten

Westdeutsche Kapitalistenklasse als „Partner des Fortschritts" gegen die Länder der Dritten Welt und als Nutznießer sozialimperialistischer Plünderer



10000 streikende peruanische Bergarbeiter aus zahlreichen Bergbaustädten in den Anden haben Mitte August einen Sternmarsch nach Lima durchgeführt und dort mit einer Massendemonstration die Forderungen der 45000 streikenden Kupferarbeiter nach einer 25%igen Lohnerhöhung und Aufhebung der Notstandsdekrete bekräftigt. Der Streik ist trotz Einsatz von Militär gegen die Bergleute ungebrochen. Auch die Arbeiter der chilenischen Kupfermine Chuquicamata setzen ihren seit dem 1. Juli durchgeführten Kantinenstreik für eine 50%ige Lohnerhöhung fort. Die 4000 Bergarbeiter der Mine Huachipato schließen sich dem Streik an. Die Londoner Börse mußte am 28. August den Anstieg des Kupferpreises „unter Streikeinflüssen" innerhalb von einer Woche um 13,50 Pfund auf 768 Pfund per Tonne melden. Im Frühjahr hatten die US-Imperialisten versucht, durch die Steigerung der chilenischen Kupferproduktion den Weltmarkt zu überfluten und so den Zusammenschluß der CIPEC-Länder für einen höheren Kupferpreis zu hintertreiben. Trübe Aussichten für ihre Pläne: Die Kriegs- und Spekulationsreserven im Londoner Börsenlager sind in den letzten vier Wochen um 23000 Tonnen geschrumpft. Die chilenischen und peruanischen Bergarbeiter erteilen den Imperialisten die richtige Antwort.

Betriebsame Messetätigkeit der BRD-Imperialisten

Westdeutsche Kapitalistenklasse als „Partner des Fortschritts" gegen die Länder der Dritten Welt und als Nutznießer sozialimperialistischer Plünderer

z.mif. Die Frankfurter Herbstmesse fand statt vom 27. bis 30.8., parallel zur Lederwarenmesse in Offenbach, gefolgt von der Messe „Partner des Fortschritts" in Westberlin vom 30.8. bis 3.9. und der Leipziger Herbstmesse vom 3. bis 10.9. Betriebsame Messetätigkeiten der BRD-Imperialisten!

Auf der Frankfurter Messe äußerten sich 80% der Kapitalisten mit dem Geschäft zufrieden. Auf der „16. Übersee-Messe ‚Partner des Fortschritts' " in Berlin waren fast 600 Aussteller; 51% (Vorjahr: 35%) schlossen Verträge ab. Staatssekretär Rohwedder (Wirtschaftsministerium) „warnte vor einer Abschottung der Märkte der westlichen Industrieländer zu jenem Zeitpunkt, wo Länder der Dritten Welt höherwertige Produkte auf diesen Märkten anböten". Der Heuchler will den Ländern der Dritten Welt die Exportbedingungen diktieren und damit insgesamt über deren Produktion bestimmen. „Durch das Welttextilabkommen sind 33 Entwicklungsländer gezwungen, ihre Produktion nicht nach den Modetrends oder Absatzmärkten, sondern nach Kontingenten auszurichten", vermerkt das „Handelsblatt" befriedigt. So soll es insgesamt werden. Das Blatt fordert, „den Facheinkäufern (der Imperialisten) industrielle Halb- und Fertigwaren, die ja produziert werden, vorzuführen". Aber: „Selbst Entwicklungsländer mit einem differenzierten Exportangebot ... nützen die ihnen in Berlin gebotenen Chancen nur ungenügend aus." Die Spaltkeile, die die BRD-Imperialisten in die Dritte Welt treiben wollen, sind steckengeblieben.

Ihre nächste Messe-Aufgabe ist Leipzig. Hier geht es ihnen darum, die Widersprüche zum Sozialimperialismus zu nutzen, um Extraprofite zu machen und die Ausgangsbedingungen für den Krieg zu verbessern. 6000 Aussteller aus 50 Ländern; darunter 1500 westliche Kapitalisten, davon 629 aus Westdeutschland und Westberlin. „Nicht zuletzt wegen der stark verteuerten Rohstoffe auch innerhalb des Comecon-Bereichs haben sich die Terms of trade für die DDR rapide verschlechtert, mit dem Erfolg, daß noch mehr als bisher in die Sowjetunion exportiert werden muß." (Handelsblatt, 31.8.78)

Ähnlich die „Süddeutsche Zeitung": „Die Polen beispielsweise argumentieren, für eine Tonne Maschinen erhielten sie aus Rußland 10 Drehbänke, aus westlichen Ländern aber 20, und zwar bessere. Also könnten sie um 40% unter Weltmarktpreis liefern." (2.9.)

Zwei Fliegen mit einer Klappe, so läuft die Kalkulation. Jedes Geschäft mit der DDR ist gleichzeitig ein Tritt auf die Zehen der Sozialimperialisten. Der Handel BRD – DDR soll dieses Jahr insgesamt einen Wert von 9 Mrd. DM erreichen, bei einer Steigerung um 5 bis 6% gegenüber dem Vorjahr. Er macht ein Drittel des gesamten „Westhandels" der DDR aus. „Heute ist der Handel weitgehend liberalisiert mit wenigen Ausnahmen in hochsensiblen Bereichen" (Bundestagsdrucksache 8/1553). Am 11.5. hat der Bundestag das „Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)" beschlossen, wodurch alle Informationen über den Handel BRD – DDR beim Staatsapparat zentralisiert sind und den Kapitalisten zur Verfügung stehen.

Die DDR exportiert weniger in die BRD als umgekehrt. Die Differenz bleibt sie schuldig. „Der kumulierte Aktivsaldo der BRD erhöhte sich von 1,9 Mrd. VE (Verrechnungseinheiten, d.h. DM) in 1970 auf ca. 2,97 Mrd. VE Ende 1977" (Bundestagsdrucksache 8/1554). Also 2,97 Mrd. DM Schulden hat die neue Bourgeoisie der DDR direkt beim westdeutschen Staat. Die Zahlungen werden über die Staatsbanken verrechnet, es gibt keine direkte Zahlung Ware gegen Geld.

Die westdeutsche Bourgeoisie räumt der Bourgeoisie der DDR einen zinslosen Überziehungskredit ein, den sogenannten Swing. 1970 waren es 440 Mio. DM, seit 1976 sind es 850 Mio. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Bundesbank den westdeutschen Kapitalisten die Zahlung garantiert. Das Geschäft mit der DDR ist der westdeutschen Kapitalistenklasse den vorübergehenden Verzicht auf einen Teil der Zinsen schon wert. Für die ca. 2 Mrd. verbleibender Schulden kassiert die westdeutsche Bourgeoisie den üblichen Zins und erhebt so Anspruch auf einen Teil des den Arbeitern ausgepreßten Mehrwerts, was die Kapitalisten in der DDR zu noch größerer Arbeiterschinderei zwingt. Mit Erfolg: „Zulieferer rationalisieren konsequent ihre Produktion", meldet das „Neue Deutschland" (30.8.).

Dennoch sind die BRD-Imperialisten nicht zufrieden mit dem Stand der Geschäfte. Die DDR-Bourgeoisie bietet zum Teil statt Geldzahlung Waren an: das „Kompensationsgeschäft". Es hat mit dem RGW insgesamt einen Umfang von gut 1 Mrd. DM; mehr als die Hälfte der Kompensationsware wird wieder exportiert. Auf DDR-Waren, die nach Westdeutschland eingeführt werden, wird weder Zoll noch Mehrwertsteuer gezahlt, so daß dem BRD-Importeur Extraprofit winkt. Die Sachen zu verkaufen ist mit Aufwand und Risiko verbunden, deshalb wollen die westdeutschen Bourgeois die DDR zwingen, das Kompensationsgeschäft aufzugeben. Höhere Verschuldung beim westdeutschen Finanzkapital und direkter Kapitalexport in die DDR ist ihr Ziel. „Die Bundesregierung wird in ihren Kontakten mit den Staatshandelsländern weiterhin darauf hinwirken, daß die Kompensation nicht zu einem dauerhaften Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen wird" (Drucksache 8/1975).

Das forderte auf dem „traditionellen Leipziger Messegespräch zwischen DDR-Außenhandelsminister Horst Sölle und Staatssekretär Rohwedder vom Bundeswirtschaftsministerium" (Handelsblatt) die westdeutsche Bourgeoisie, und sie drückte die „in der Regel geforderten 100%" Kompensationsgeschäft auf 30 bis 40%. Staatssekretär Gaus ist beauftragt, der DDR die Annahme von Euroschecks abzuverlangen, ferner sollen die Sperrguthaben in der DDR restlos in die BRD „transferiert" werden können. Ebenso wie die Autobahn Hamburg – Berlin, der die DDR bereits 1975 zugestimmt hat, dient dies alles dazu, die Ausgangsbasis der westdeutschen Imperialisten beim Zugriff auf neue Märkte zu verbreitern.

Kriegsdrohungen zur Befriedung der Klassenfront

(Fortsetzung von Seite 1)
die modernen Instrumente der Schweißauspressung, die aus Westdeutschland importiert werden, drükken einen gewissen Vorsprung in bezug auf den Stand in der Umwälzung der Produktionsanlagen aus, die auf die Intensivierung der Ausbeutung ausgerichtet ist. Die Pläne dazu sind maßgeblich für den weiteren Verlauf der Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt. Die Druckkapitalisten in den USA haben mit der Umwälzung der Maschinerie die Entlassung von 50% der Druckarbeiter eingeplant. Nur – in New York geht der Streik bei den drei größten Zeitungen inzwischen in die neunte Woche, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Notenbankgouverneur Wallich hat verlauten lassen, ohne drastische Kürzungen bei den Staatsausgaben drohe im nächsten Jahr eine Inflation, die sich gewaschen habe – ein eindeutiger Fingerzeig an Carter, die „Reform" des öffentlichen Dienstes durchzuziehen. Damit ist sie aber noch keineswegs durchgesetzt, just zu Schuljahresbeginn letzte Woche sind die Lehrer in mehreren Bundesstaaten in den Streik getreten zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen.

Mit Unwohlsein in der Magengrube haben die Zeitungen des Finanzkapitals die Wirkungen des Bergarbeiterstreiks in den ersten Monaten dieses Jahres notiert – „fast so schlimm wie der extreme Winter" war es.

Der Kampf der kalifornischen Volksmassen gegen die Steuerausplünderung hat seine Wellen bis in den Kongreß geschlagen. So ziemlich alle reaktionären Gesetzesmaßnahmen, die Carter hat ausbrüten lassen, sind bislang *so* nicht durchgekommen.

Harte Zeiten sind das, und je schärfer die Klassenfront aufreißt, um so nachdrücklicher werden „Befriedungsmanöver" gestartet. Die US-Presse lanciert die „öffentliche Meinung" gegen das demokratische Kampuchea:

Während des Vietnam-Kriegs hätten die Gegner der US-Intervention vertreten, „alles, was Washington tun müsse, sei, seine Truppen abzuziehen und die Vietnamesen würden vietnamesische Lösungen für ihre Probleme finden. Wie falsch dieses Argument war, sieht man heute angesichts massiver Machtkämpfe, die sich auf Vietnam konzentrieren. Die Bedrohung des Gleichgewichts in diesem Teil der Welt ist heute größer, als es der frühere Indochina-Konflikt je hätte sein können."

McGovern hat mit seinem direkten Aufruf zur Intervention in Kampuchea offene Türen eingerannt. Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten entbrennt um so verbitterter dort, wo sich die Völker befreien, und die Versuche der sozialimperialistischen Supermacht, sich durch Aggression gegen die Völker Indochinas, vor allem gegen die Volksrepublik China, den Rücken für den Krieg um Europa freizuräumen, gedenken die US-Imperialisten für ihre eigenen schmutzigen Geschäfte zu nutzen. Man hoffe auf einen Vertrag mit der Volksrepublik China, zur Einrichtung diplomatischer Beziehungen, da nicht mehr zu erwarten sei, daß die Volksrepublik China auf einer Klausel bestehe, die die Anerkennung Taiwans durch die USA ausschließe. So spekulieren sie, und Carter legt dem Kongreß ein Abkommen über die Lieferung von 60 F-5-Bombern an Taiwan vor. „Mit dem Schwergewicht auf dem Luftabwehrkampf und nicht auf Bombardement können die F-5-Bomber von der Carter-Administration eher als Defensiv-Waffe bezeichnet werden, denn als Offensiv-Waffe, was die Volksrepublik China in Sorge versetzen würde", schreibt die „Herald Tribune".

In der gleichen Ausgabe propagieren diese Gangster ihren „Rückzug" von den Philippinen, und der sieht so aus: ein Teil der Militärstützpunkte Clark und Subic Bay auf den Philippinen soll „aufgegeben" werden, indem dort Produktionsanlagen errichtet werden, wozu die US-Finanzbourgeoisie gerade animiert wird. Der Grund: ein neuerlicher Vertrag mit den Philippinen steht an, und es ist keineswegs sicher, daß er ohne Schwierigkeiten unter Dach und Fach kommt. Die Investitionen sollen „den in der Luft hängenden Zweifel zerstreuen, daß US-Investoren im asiatisch-pazifischen Raum zurückstecken wollten".

Seit 1970 haben die USA 1,25 Mrd. Dollar auf den Philippinen investiert, die Rate ging in den letzten beiden Jahren zurück; ein Versuch von Präsident Ford, ein neues Stützpunktabkommen durchzubringen, war gescheitert, da die philippinische Regierung 1 Mrd. Dollar dafür verlangte.

Während 40000 NATO-Soldaten in Nordeuropa das Großmanöver „Northern Wedding" exerzieren, während die USA täglich tausend Soldaten in die BRD einfliegen für die „Reforger"-Manöver, plustert sich der Oberbefehlshaber des Lufttransportkommandos General Moore gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" auf: „Die amerikanische Luftwaffe kann heute mit 17 Großtransportern an einem Tag mehr Material über eine Luftbrücke nach Berlin fliegen als 1948 mit 352 Maschinen ... Mit den Maschinen des Military Airlift Command (MAC) könnten amerikanische Truppen in alle Teile der freien Welt geflogen, an Brennpunkten der Spannung versorgt ... werden ... Zur Ausführung dieses globalen Auftrages stünden 90000 Mann Spezialpersonal in 33 Ländern bereit."

Während die sozialimperialistische Supermacht den Völkern Frechheiten zumutet, um ihren Hegemonialanspruch über den Indischen Ozean als „Friedensangebot" zu verkaufen, droht dieser General, die Sowjetunion solle nicht denken, das sei alles, wozu die USA in der Lage seien; „an jedem beliebigen Tag seien in Richtung Pazifik 85 Großtransporter unterwegs, in Richtung Atlantik 89".

Und in Camp David zeigt sich Carter hemdsärmelig, um die entsprechende „entspannte" Atmosphäre zu demonstrieren, die aber nicht aufkommen will. Gegen die arabischen Völker haben die US-Imperialisten im letzten Jahr eine NATO-Studie anfertigen lassen, mit einem ausgekochten Befriedungsplan für den Nahen Osten: Israel soll in die NATO aufgenommen werden, als „Gegenleistung" die besetzten Gebiete Sinai und Golan abgeben, und der Westjordan? – erhält die „Autonomie".

„... als eine Art Föderation mit Jordanien ... Sollten allerdings die arabischen Staaten nichts akzeptieren außer einem unabhängigen Palästina, dann natürlich sind wir wieder dort, wo wir angefangen haben ..." (Israel in NATO? Alvin Rubinstein, 1977)

Grußtelegramm der Kommunistischen Partei Kampucheas

An das
Zentrale Komitee des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland
Frankfurt

Mit besonderer Freude haben wir Eure herzliche Grußbotschaft anläßlich des dritten Jahrestages des Großen Sieges vom 17. April 1975 und der Gründung des Demokratischen Kampuchea erhalten. Eure Botschaft hat der Kommunistischen Partei Kampucheas, dem Volk von Kampuchea und der Revolutionären Volksarmee von Kampuchea große Hochachtung ausgesprochen. Das bedeutet für uns eine Ermutigung in unserem Bemühen, unsere Aufgaben in dieser neuen Etappe der Revolution in Kampuchea, d.h. der Verteidigung des Landes, der Fortführung der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus zu erfüllen. Im Namen des Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Kampucheas und des Volkes von Kampuchea sprechen wir Euch hierfür unseren tiefempfundenen Dank aus.

Wie Euch bekannt ist, halten das Volk und die Revolutionäre Volksarmee von Kampuchea unter Führung der Kommunistischen Partei und des Genossen Sekretär Pol Pot das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Würde hoch erhoben, um das Demokratische Kampuchea, die Macht der Arbeiter- und Bauernkollektive der Partei und die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und zu sichern. Wir müssen unsere revolutionäre Wachsamkeit beständig erhöhen, denn der vietnamesische Feind, die große expansionistische Macht und die große imperialistische Macht versuchen unaufhörlich, die Revolution in Kampuchea und das Demokratische Kampuchea zu stürzen. Trotz wiederholter schwerer und verabscheuungswürdiger Niederlagen gibt vor allem der vietnamesische Feind seine Absichten nicht auf, Kampuchea über den Umweg seiner „Föderation Indochina" zu verschlingen, und läßt nicht ab von seinen expansionistischen Zielen in Südostasien.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um unsererseits dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland zu wünschen, daß sie in ihrer revolutionären Sache Siege erringen. In diesem Sinne übermitteln wir Euch, Genossen, unsere wärmsten revolutionären Grüße.

Phnom Penh, den 26. August 1978

Komitee für
Auswärtige Beziehungen
des Zentralen Komitee der
Kommunistischen Partei
Kampucheas

„Du mußt dich an Manches gewöhnen"

r.kla. „Ihr könnt Euch glücklich schätzen, in unserem Haus eine Lehre beginnen zu können." Mit diesen Worten empfängt der Ausbildungsleiter bei Siemens die neuen Lehrlinge in den Metall- und Elektroberufen. Jeder von den „Neuen" hat entwürdigende Prozeduren hinter sich, um zu diesem „Glück" zu gelangen, 20 und mehr Bewerbungen geschrieben, mit einer Ablehnungsquote von 95%. Dann sogenannte „Eignungstests", über die die Kapitalisten aus den Jugendlichen, die ihre Arbeitskraft ausbilden wollen, die rebellischsten gleich aussortieren wollen mit Fragen wie: „Sind Armut und Reichtum Charaktereigenschaften?"

Und wie sieht dieses „Glück" der Lehrstelle im Hause Siemens nun aus? Als erstes werden die Berichtshefte ausgehändigt. Jeder Lehrling soll aus einer Broschüre von Siemens in das Berichtsheft abschreiben: „Wenn Du jetzt von der Schule in die Lehre kommst, lernst Du viel Neues kennen. Du mußt Dich an manches gewöhnen."

Die Lehrlinge sollen sich auch gleich daran gewöhnen, mit den Arbeitern in der Produktion nicht zusammenzukommen – was sie gleich bei der Führung durch die Ausbildungswerkstatt merken. In Westberlin werden die Lehrlinge, die im Gebäude des Wernerwerkes untergebracht sind, gar nicht durch die Produktionshallen geführt. Als Begründung gibt der Ausbildungsleiter an, daß dies den Produktionsablauf stören würde. Sogar die Kantine ist abgetrennt für die Lehrlinge.

Das Gefühl, nach der Schule jetzt „dabei" zu sein, zu produzieren, soll den Lehrlingen genommen werden. Und die Arbeiter sollen sich auch nicht einmischen können in die Ausbildung ihrer Jugend. Am zweiten Tag wird mit dem angefangen, was sich Ausbildung nennt. Erst gibt der Ausbildungsleiter den Lehrlingen einige „Verhaltensregeln mit auf den Weg", wie er sich ausdrückt. Wer zum Klo will, soll sich abmelden, raus dürfen gleichzeitig immer nur zwei. In der Werkstatt ist rauchen strengstens verboten, ebenso lautes Reden, Pfeifen und Singen. Das Sitzen auf der Treppe hat zu unterbleiben. Dann kriegt jeder Lehrling einen Metallklotz, von dem ein paar Millimeter abgeschruppt werden sollen. Wehe, dies ist nicht auf Maß, obwohl er danach weggeschmissen wird. Die Kapitalisten verstehen es, die Erlernung der nützlichen Fähigkeit des Feilens zu einem qualvollen halbjährigen Dressurakt zu machen. Auf jedes Stück gibt es zwei Noten: für Güte und Zeit. Jeder Lehrling merkt schnell, die Noten sind so bemessen, daß entweder eine gute Note in Güte, aber eine schlechte in Zeit, wenn die Lehrlinge sorgfältig arbeiten, rauskommt; oder umgekehrt. In jedem Fall eine Möglichkeit für die Meister, den neuen Lehrlingen erst mal „klarzumachen", wie unfähig sie doch seien. Und wenn einer stärker murrt, verstehen sich die Herren Ausbilder hervorragend darauf, den Knüppel der dreimonatigen Probezeit und den Knüppel mit der eventuellen Nichtübernahme in die zweite Stufe der Ausbildung zu schwingen. Und am Ende jeder Woche gibt es halt Zensuren in „Verhalten im persönlichen Kontakt (sprich: zu den Meistern), Lernbereitschaft, Ordnung, Arbeitsgüte, Zeitaufwand". Das befreiende Gefühl, die Schulzeit endlich hinter sich zu haben, ersticken die Kapitalisten schnell in ihrer gehässigen Fabrikdespotie.

Mit Zwangsschlichtung soll der Streik der US-Postarbeiter verhindert werden

Nach den Polizisten streiken die Lehrer für mehr Lohn / Kongreß der Gewerkschaft der Bundesbediensteten

z.gek. „Das Stichdatum für einen Post- nach der Festlegung zumindest einer Tage nach dem Beginn von Neuver- seln, nämlich für alie neu eingestellten

Der Kampf der kalifornischen Volksmassen gegen die Steuerausplünderung hat seine Wellen bis in den Kongreß geschlagen. So ziemlich alle reaktionären Gesetzesmaßnahmen, die Carter hat ausbrüten lassen, sind bislang *so* nicht durchgekommen.

Harte Zeiten sind das, und je schärfer die Klassenfront aufreißt, um so nachdrücklicher werden „Befriedungsmanöver" gestartet. Die US-Presse lanciert die „öffentliche Meinung" gegen das demokratische Kampuchea:

Während des Vietnam-Kriegs hätten die Gegner der US-Intervention vertreten, „alles, was Washington tun müsse, sei, seine Truppen abzuziehen und die Vietnamesen würden vietnamesische Lösungen für ihre Probleme finden. Wie falsch dieses Argument war, sieht man heute angesichts massiver Machtkämpfe, die sich auf Vietnam konzentrieren. Die Bedrohung des Gleichgewichts in diesem Teil der Welt ist heute größer, als es der frühere Indochina-Konflikt je hätte sein können."

McGovern hat mit seinem direkten Aufruf zur Intervention in Kampuchea

sie gerade animiert wird. Der Grund: ein neuerlicher Vertrag mit den Philippinen steht an, und es ist keineswegs sicher, daß er ohne Schwierigkeiten unter Dach und Fach kommt. Die Investitionen sollen „den in der Luft hängenden Zweifel zerstreuen, daß US-Investoren im asiatisch-pazifischen Raum zurückstecken wollten".

Seit 1970 haben die USA 1,25 Mrd. Dollar auf den Philippinen investiert, die Rate ging in den letzten beiden Jahren zurück; ein Versuch von Präsident Ford, ein neues Stützpunktabkommen durchzubringen, war gescheitert, da die philippinische Regierung 1 Mrd. Dollar dafür verlangte.

Während 40000 NATO-Soldaten in Nordeuropa das Großmanöver „Northern Wedding" exerzieren, während die USA täglich tausend Soldaten in die BRD einfliegen für die „Reforger"-Manöver, plustert sich der Oberbefehlshaber des Lufttransportkommandos General Moore gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" auf: „Die amerikanische Luftwaffe kann heute mit 17 Großtransportern an einem Tag mehr Material über eine Luftbrücke nach Berlin fliegen als

hat der Kommunistischen Partei Kampucheas, dem Volk von Kampuchea und der Revolutionären Volksarmee von Kampuchea große Hochachtung ausgesprochen. Das bedeutet für uns eine Ermutigung in unserem Bemühen, unsere Aufgaben in dieser neuen Etappe der Revolution in Kampuchea, d.h. der Verteidigung des Landes, der Fortführung der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus zu erfüllen. Im Namen des Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Kampucheas und des Volkes von Kampuchea sprechen wir Euch hierfür unseren tiefempfundenen Dank aus.

Wie Euch bekannt ist, halten das Volk und die Revolutionäre Volksarmee von Kampuchea unter Führung der Kommunistischen Partei und des Genossen Sekretär Pol Pot das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Würde hoch erhoben, um das Demokratische Kampuchea, die Macht der Ar-

Trotz wiederholter schwerer und verabscheuungswürdiger Niederlagen gibt vor allem der vietnamesische Feind seine Absichten nicht auf, Kampuchea über den Umweg seiner „Föderation Indochina" zu verschlingen, und läßt nicht ab von seinen expansionistischen Zielen in Südostasien.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um unsererseits dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland zu wünschen, daß sie in ihrer revolutionären Sache Siege erringen. In diesem Sinne übermitteln wir Euch, Genossen, unsere wärmsten revolutionären Grüße.

Phnom Penh, den 26. August 1978

Komitee für
Auswärtige Beziehungen
des Zentralen Komitee der
Kommunistischen Partei
Kampucheas

bäude des Wernerwerkes untergebracht sind, gar nicht durch die Produktionshallen geführt. Als Begründung gibt der Ausbildungsleiter an, daß dies den Produktionsablauf stören würde. Sogar die Kantine ist abgetrennt für die Lehrlinge.

Das Gefühl, nach der Schule jetzt „dabei" zu sein, zu produzieren, soll den Lehrlingen genommen werden. Und die Arbeiter sollen sich auch nicht einmischen können in die Ausbildung ihrer Jugend. Am zweiten Tag wird mit dem angefangen, was sich Ausbildung nennt. Erst gibt der Ausbildungsleiter den Lehrlingen einige „Verhaltensregeln mit auf den Weg", wie er sich ausdrückt. Wer zum Klo will, soll sich abmelden, raus dürfen gleichzeitig immer nur zwei. In der Werkstatt ist rauchen strengstens verboten, ebenso lautes Reden, Pfeifen und Singen. Das Sitzen auf der Treppe hat zu unterbleiben. Dann kriegt jeder Lehrling einen Metallklotz, von dem ein paar Millimeter abgeschruppt werden sollen. Wehe, dies ist nicht auf Maß, obwohl er danach weggeschmissen wird. Die Kapitalisten verstehen es, die Erlernung der nützlichen Fähigkeit des Feilens zu einem qualvollen halbjährigen Dressurakt zu machen. Auf jedes Stück gibt es zwei Noten: für Güte und Zeit. Jeder Lehrling merkt schnell, die Noten sind so bemessen, daß entweder eine gute Note in Güte, aber eine schlechte in Zeit, wenn die Lehrlinge sorgfältig arbeiten, raus-

Mit Zwangsschlichtung soll der Streik der US-Postarbeiter verhindert werden

Nach den Polizisten streiken die Lehrer für mehr Lohn / Kongreß der Gewerkschaft der Bundesbediensteten

z.gek. „Das Stichdatum für einen Poststreik lag keine acht Stunden mehr entfernt, als Präsident Carter von seinem Urlaubsort im Westen der USA vorzeitig aufbrach und das Verteidigungsministerium seine Pläne, 9000 Soldaten im Postdienst einzusetzen, auf den Stand brachte. In letzter Minute kam dann Wayne Horvitz, der Direktor der Bundesschlichtungsbehörde, mit einem Vorschlag heraus, der die Nation ... – wenigstens für den Augenblick – vor einem Arbeitskampf bewahrte, der einen gar nicht abschätzbaren wirtschaftlichen Preis fordern würde." (Newsweek, 11.9.78)

Das war am 28. August. Mit deutlicher Mehrheit hatten zuvor die Mitglieder der drei größten Postgewerkschaften den Tarifvertrag abgelehnt, den die Gewerkschaftsführungen mit der Bundespostbehörde noch kurz vor Beginn des allgemeinen Streiks am 20. Juli ausgehandelt hatten. Dieser Abschluß wäre darauf hinausgelaufen, daß die Gewerkschaften sich ihre Lohnforderungen bis auf 6,5%, d.h. fast bis auf Carters Lohnbegrenzung für den öffentlichen Dienst von 5,5%, hätten herabdrücken lassen, während die Postbehörde ihre Forderung nach Aufhebung der erkämpften Kündigungsschutzbestimmungen für den Augenblick fallen lassen wollte.

Diesem trüben Deal haben die Gewerkschaftsmitglieder eine Abfuhr erteilt, obwohl doch die Urabstimmung sich über fünf Wochen im Hochsommer erstreckte und gut parlamentarisch als Einzelabstimmung schriftlich und per Post (!) durchgeführt wurde. Für das Ergebnis war mit ausschlaggebend, daß die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer auch die Forderung nach der Festlegung zumindest einer *Ober*grenze für *zwangsweise Überstundenarbeit* fallen gelassen hatten. Es ist aber klar, daß reale Lohnsenkung (die ein 6,5-Prozent-Abschluß angesichts einer Lebensmittelteuerung von jetzt 16% bedeutet), verbunden mit dem Zwang zu unbeschränkter Überstundenarbeit, den weitreichenden Rationalisierungsplänen der Postbehörde alle Mittel in die Hand gibt, Kündigungsschutzklauseln hin oder her. Schließlich sind auch so mehr als 70000 Postarbeiter seit 1970 schon rausrationalisiert worden, und das bei gestiegenem Postumschlag. „Wir haben Arbeitswochen von 60 und 70 Stunden machen müssen, und davon haben wir jetzt den Rand voll!" Das sagte Moe Biller, der Vorsitzende der Sektion Bronx-Manhattan der New Yorker Postarbeiter, der größten Gewerkschaftssektion überhaupt.

Die Kampagne zur Rationalisierung und Militarisierung des öffentlichen Dienstes ist ein Herzstück der Carterschen Reaktion. Die Niederzwingung des Kampfs der Postarbeiter ist dafür entscheidend. Die Postarbeiter sind die einzige Abteilung der staatlichen Lohnarbeiter, die sich durch einen siegreichen Streik von 200000 im Jahr 1970, der mehrere Wochen dauerte und auch durch den Einsatz der Armee nicht gebrochen werden konnte, ein reguläres Tarifrecht erkämpft haben. Die Regierung geht jetzt zum Angriff auf dieses Recht, damit aber auf die Gewerkschaftsorganisationen selbst über. Nach den Satzungen aller drei Postgewerkschaften mußte binnen fünf Tagen der Streik ausgerufen werden, wenn die Postbehörde kein neues Angebot machte, und spätestens 15 Tage nach dem Beginn von Neuverhandlungen, wenn bis dahin kein Ergebnis erzielt ist. Die Carter-Regierung hat durch den Direktor der Bundesschlichtungsbehörde nun einen „unabhängigen Vermittler", einen Harvard-Professor namens Healey, ernennen lassen, der die Vollmacht für eine „bindende Schlichtung", richtiger gesagt: eine *Zwangsschlichtung* haben soll. Das „Wall Street Journal" vom 5. September weiß auch schon, was der Harvard-Mann den Postarbeitern verordnen will: eine geringfügig höhere Lohnanhebung gegen teilweise Aufhebung der Kündigungsschutzklauseln, nämlich für alie neu eingestellten Arbeiter, bei weiterhin unbegrenzter Überstundenverpflichtung.

Bis zum 13. September muß der Schlichter sein letztes Wort gesprochen und müssen die Gewerkschaften sich erklärt haben. Seit dem Juli sind die Verhandlungen von zahllosen Einzelstreiks in den Postämtern und Bezirken begleitet worden, an denen sich mehrere Zehntausend beteiligt haben. 185 Streikführer hat die Postdirektion bis jetzt fristlos entlassen. Die Forderung nach ihrer Wiedereinstellung liegt jetzt neben den Tarifforderungen der Postarbeiter auf Carters Schreibtisch.



Bilder wie dieses, auf dem ein streikender Polizist in Memphis einem Nationalgardisten gegenübersteht, gingen durch die ganze aufgeschreckte US-Presse. „Was in Memphis passierte, kann in jeder anderen Stadt auch passieren", sinnierte der Bürgermeister nachher. Neue Hiobsbotschaften zu Schulbeginn: In zahlreichen großen Städten der USA, von Chicago und Cleveland über New Orleans bis Seattle, aber auch in ländlichen Bezirken von der Ost- bis zur Westküste traten die Lehrer in den Grundschulen den Dienst nicht an, sondern stellten Streikposten auf. Sie fordern vor allem Lohnerhöhung. In vielen Fällen sind ihre Gehälter seit zwei Jahren „eingefroren", und liegen im allgemeinen zwischen 900 und 1100 Dollar im Monat, nicht höher als ein schlechter Arbeiterlohn. Die Inhaftierung zahlreicher Streikführer hat der Bewegung bisher keinen Abbruch getan. – Die Gewerkschaft der Bundesbediensteten hat auf ihrem Jahreskongreß im August, entgegen der bisherigen Position ihrer Führung, die Unterstützung für Carters Öffentliche Dienstreform aufgekündigt. Während Carter im Kongreß soeben das 5,5-Prozent-Lohndiktat beschließen ließ, das er den Bundesbediensteten ohne weitere Verhandlungen aufzwingen will, fordern diese mindestens Teuerungsausgleich, den sie auf 8,4% veranschlagt haben.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 37: Auflage 32000

Die Antwort an McGovern

Offener Brief der Kommunistischen Partei Kampucheas

Der US-Imperialismus hat erneut Aggressionen gegen das Demokratische Kampuchea gestartet. Die Imperialisten erörtern genüßlich den McGovern-Plan, um Kampuchea erneut zu überfallen (KVZ 36/78). Das Demokratische Kampuchea unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas hat McGovern die passende Antwort erteilt. Das Schreiben an ihn hat das Demokratische Kampuchea auch dem Kommunistischen Bund Westdeutschland zur Veröffentlichung zugeleitet.

*

Demokratisches Kampuchea
Außenministerium
Abteilung für Presse
und Information

Offener Brief
an Herrn Senator McGovern
Washington, D.C., USA

Sehr geehrter Herr,

Ihre gegenwärtige Kampagne der Verleumdungen und Verunglimpfungen gegen das Demokratische Kampuchea zwingt uns zu folgenden Feststellungen:

1. Erstens stellt der hysterische und äußerst erregte Ton Ihrer schamlosen und zügellosen Angriffe gegen das Demokratische Kampuchea, ein unabhängiges, friedliches, neutrales und blockfreies Land, und gegen die legale und legitime Regierung des Volkes von Kampuchea Ihre Voreingenommenheit und Ihren Haß gegen unser Volk, unsere Revolutionäre Armee und unsere Regierung beredt unter Beweis. Denn offensichtlich haben Sie als Vertreter des US-Imperialismus den glorreichen Sieg, den unser Volk vom 17. April 1975 gegen den US-Imperialismus errungen hat, ebensowenig vergessen, wie Sie die schmähliche historische Niederlage dieser Macht in Kampuchea vergessen haben. Diese Niederlage hat Sie immer verfolgt wie ein Gespenst und wird Sie bis zu Ihrem Lebensende weiter verfolgen.

2. Andererseits haben Sie, wie Ihre heftige Aufforderung zu neuen Aggressionskriegen gegen das Demokratische Kampuchea und zu neuen Massakern an unserem Volk bewiesen hat, nicht den Völkermord vergessen, den die US-Imperialisten in dem mehr als fünf Jahre dauernden Aggressionskrieg begangen haben, als Sie mehr als eine Million unserer Landsleute massakriert und verkrüppelt haben. Ihre gesteuerten Kampagnen von Ver-

gen:

1. Erstens stellt der hysterische und äußerst erregte Ton Ihrer schamlosen und zügellosen Angriffe gegen das Demokratische Kampuchea, ein unabhängiges, friedliches, neutrales und blockfreies Land, und gegen die legale und legitime Regierung des Volkes von Kampuchea Ihre Voreingenommenheit und Ihren Haß gegen unser Volk, unsere Revolutionäre Armee und unsere Regierung beredt unter Beweis. Denn offensichtlich haben Sie als Vertreter des US-Imperialismus den glorreichen Sieg, den unser Volk vom 17. April 1975 gegen den US-Imperialismus errungen hat, ebensowenig vergessen, wie Sie die schmähliche historische Niederlage dieser Macht in Kampuchea vergessen haben. Diese Niederlage hat Sie immer verfolgt wie ein Gespenst und wird Sie bis zu Ihrem Lebensende weiter verfolgen.

2. Andererseits haben Sie, wie Ihre heftige Aufforderung zu neuen Aggressionskriegen gegen das Demokratische Kampuchea und zu neuen Massakern an unserem Volk bewiesen hat, nicht den Völkermord vergessen, den die US-Imperialisten in dem mehr als fünf Jahre dauernden Aggressionskrieg begangen haben, als Sie mehr als eine Million unserer Landsleute massakriert und verkrüppelt haben. Ihre gesteuerten Kampagnen von Ver-

leumdungen und Verunglimpfungen gegen das Demokratische Kampuchea



Eine Einheit der Revolutionären Volksarmee Kampucheas beim Bebauen von Brachland mit verschiedenen Pflanzen.

zielen auch darauf ab, diesen Völkermord, diese Verbrechen und diese Verwüstungen, wie sie die US-Imperialisten im Namen der „Menschenrechte" begangen haben, vergessen zu machen. Als fanatischer und eingefleischter Imperialist fahren Sie fort sich schamlos in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, voller Verachtung für die elementarsten internationalen Gesetze, die die Beziehungen zwischen Staaten regeln.

3. Ferner verlieren Sie deshalb die Fassung, weil Sie gesehen haben, daß das Demokratische Kampuchea, im Gegensatz zu Ihren Wünschen und feigen Manövern, wirklich und endgültig unabhängig geworden ist und daß das Volk von Kampuchea für immer der wirkliche Herr seines Landes geworden ist. Sie sind sich – aus gutem Grund – darüber klar geworden, daß das Volk von Kampuchea in den letzten drei Jahren alle Aktivitäten der Spionage und Subversion der Imperialisten, Expansionisten und Annexionisten und ihrer Anhänger ebenso wie ihre Versuche, Staatsstreiche anzuzetteln, um das Demokratische Kampuchea zu stürzen, zerschlagen hat. Das Volk von Kampuchea hat siegreich die Volksmacht der Arbeiter und Bauern geschützt, gestärkt, entwickelt und verbessert. Gleichzeitig haben das Volk und die Revolutionäre Armee von Kampuchea die Aggressionshandlungen aller äußeren Feinde, insbesondere der vietnamesischen Aggressoren, vernichtet. Sie haben die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea vollständig verteidigt und geschützt. All diese Tatsachen sind Ihnen vor allem deshalb unerträglich, weil gleichzeitig unser Volk den leuch-

schen, voller Verachtung für die elementarsten internationalen Gesetze, die die Beziehungen zwischen Staaten regeln.

3. Ferner verlieren Sie deshalb die Fassung, weil Sie gesehen haben, daß das Demokratische Kampuchea, im Gegensatz zu Ihren Wünschen und feigen Manövern, wirklich und endgültig unabhängig geworden ist und daß das Volk von Kampuchea für immer der wirkliche Herr seines Landes geworden ist. Sie sind sich – aus gutem Grund – darüber klar geworden, daß das Volk von Kampuchea in den letzten drei Jahren alle Aktivitäten der Spionage und Subversion der Imperialisten, Expansionisten und Annexionisten und ihrer Anhänger ebenso wie ihre Versuche, Staatsstreiche anzuzetteln, um das Demokratische Kampuchea zu stürzen, zerschlagen hat. Das Volk von Kampuchea hat siegreich die Volksmacht der Arbeiter und Bauern geschützt, gestärkt, entwickelt und verbessert. Gleichzeitig haben das Volk und die Revolutionäre Armee von Kampuchea die Aggressionshandlungen aller äußeren Feinde, insbesondere der vietnamesischen Aggressoren, vernichtet. Sie haben die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea vollständig verteidigt und geschützt. All diese Tatsachen sind Ihnen vor allem deshalb unerträglich, weil gleichzeitig unser Volk den leuch-

tenden Beweis für seine Fähigkeit erbracht hat, erfolgreich im Vertrauen auf die eigene Kraft das Land aufzubauen. Sie sind sich auch bewußt, daß die Lebensbedingungen unseres Volkes die ganze Zeit über in gleicher Weise für jedermann erheblich verbessert worden sind, dank der korrekten Politik der Kommunistischen Partei von Kampuchea und unserer Regierung, die sich immer um das Wohlbefinden und das Glück des Volkes sorgen.

4. Schließlich sind Sie mit ihrer Raserei und Wut gegen unser Volk zu einem wahren Komplizen Vietnams geworden, das den Ehrgeiz hegt, Kampuchea zu schlucken, ein Komplize seiner strategischen Politik, Kampuchea zum Beitritt zu der „Indochina-Föderation" unter vietnamesischer Herrschaft zu zwingen, und seines expansionistischen Ehrgeizes in Südostasien. In gleicher Weise haben Sie Ihre Maske fallengelassen vor den unabhängigkeits-, fried- und gerechtigkeitsliebenden Völker in aller Welt, die Ihre hysterischen und engstirnigen Worte nicht mögen und in den Abfalleimer werfen, so wie das amerikanische Volk, das Ihnen seine Stimme verweigert hat.

5. Das Volk von Kampuchea ist überzeugt, daß die Völker in aller Welt einschließlich des amerikanischen Volkes, wegen all Ihrer Handlungen gegen das Demokratische Kampuchea, insbesondere Ihrer kriminellen Komplizenschaft mit den vietnamesischen Aggressoren, die das Territorium des Demokratischen Kampuchea schlukken wollen, ein gerechtes und strenges Urteil in Ihrer Sache fällen werden.

Was das Volk von Kampuchea betrifft, das sich unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas und ihres Sekretärs Pol Pot eng zusammengeschlossen hat, so wird es nicht nachlassen, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität seines Landes für immer zu verteidigen und zu schützen, sowie seine nationale Ehre und Würde, sein Recht, selbst über sein Schicksal zu bestimmen entgegen allen ausländischen Interventionen, sowohl imperialistischen wie expansionistischen. Es wird fortfahren, eine gerechte und wahrhaft demokratische Gesellschaft aufzubauen, wo einer wie der andere in vollständiger Harmonie, Glück, Gleichheit und Wohlstand lebt.

Pnom Penh, 26. August 1978
Abteilung für Presse
und Information
Außenministerium
Demokratisches Kampuchea

Hoffnung für das rhodesische Kolonialregime?

z.lup. Ist es möglich, eine solche Spaltung in den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu treiben, daß mit Aussicht auf Erfolg imperialistische Intervention die Kolonialherrschaft vor ihrer Niederlage bewahren und die Frage „Wem gehört Zimbabwe?" zwischen den Imperialisten, allen voran den beiden Supermächten, entschieden werden kann? Diese Frage quält die imperialistischen Politiker seit langem. Seit einer Woche schöpfen sie Hoffnung.

„Die Meldung, daß Rhodesiens Premier Smith und sein Erzgegner Nkomo, einer der beiden Führer der Guerillaorganisation Patriotische Front, sich zu Besprechungen getroffen haben, ist eine gute Nachricht", triumphiert die „Welt" am 4.9. Großbritannien und die USA hätten zu solchen Geheimgesprächen „ermuntert", schreibt am gleichen Tag der englische „Guardian" und fährt fort: „Die amerikanische Auffassung ist, daß dies von einigem Wert sein könnte, um zwischen Herrn Nkomo und Herrn Mugabe einen Keil zu treiben." Das ist seit langem der Plan.

„Möglicherweise", schreibt die „Neue Züricher Zeitung" am selben Tage, sei das Treffen „auf Vermittlung des sambischen Präsidenten Kaunda zustandegekommen". Wobei „Vermittlung" die imperialistische Erpressung umschreibt, die dem vorausgegangen ist: „Sambia braucht dringend Wirtschaftshilfe, die nur aus dem Westen kommen kann. Solange aber Kaunda offen die rhodesische Guerilla unterstützt, kann er nicht viel hoffen."

Nkomo haben die Imperialisten die Rolle zugedacht, Aushängeschild einer schwarzen Marionettenregierung zu werden. „Kurz gesagt, Nkomo bietet die Chance von Stabilität und Kontinuität", schreibt der schon zitierte „Guardian", „die kein Weißer in den von Mugabe ausgedrückten sozialistischen Idealen erkennen kann." Wie aber die Chance verwirklichen?

„Mugabe wird nicht so leicht aus einer Rhodesienregelung auszuschließen sein", kommentiert die „Frankfurter Rundschau" am 5.9. „Man schätzt, daß immer noch 90% der in Rhodesien operierenden Guerilleros zur ZANLA, dem bewaffneten Arm von Mugabes ZANU-Bewegung, gehören. Sie werden das Feld nicht kampflos Nkomo überlassen, und eine Regelung ohne Mugabe kann den Krieg in Rhodesien nicht beenden. Eher käme es zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Guerilla-Armeen, der das Land erst recht in Schutt und Asche legen würde." Den angeblichen Bürgerkrieg vermeiden wäre dann Vorwand für die imperialistische bewaffnete Intervention, auf die all die zitierten imperialistischen Hoffnungen, Spekulationen und Planungen hinauslaufen.

Zweifellos schaffen die Spaltungsbemühungen der Imperialisten dem bewaffneten Befreiungskampf eine komplizierte Lage. Letzten Endes werden sie genauso fehlschlagen wie die „innere Lösung" und die anderen Manöver zur Niederschlagung des Befreiungskampfes und zur Isolierung der ZANU. Auch eine Intervention wird letztlich nicht anders enden. Das „Problem" in Zimbabwe ist die Unterdrückung durch den Imperialismus. Es wird durch den bewaffneten Befreiungskampf gelöst. Bevor es gelöst ist, wird der bewaffnete Befreiungskampf nicht aufhören. 1 Million zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes, zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA, wird die Zerschlagung dieser imperialistischen Manöver gewiß erleichtern. Die Imperialisten müssen wissen, sie haben den Feind im eigenen Haus. Gegen den Spaltungsdruck der Imperialisten steht die Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front.

Hoffnung für das rhodesische Kolonialregime?

z.lup. Ist es möglich, eine solche Spaltung in den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu treiben, daß mit Aussicht auf Erfolg imperialistische Intervention die Kolonialherrschaft vor ihrer Niederlage bewahren und die Frage „Wem gehört Zimbabwe?" zwischen den Imperialisten, allen voran den beiden Supermächten, entschieden werden kann? Diese Frage quält die imperialistischen Politiker seit langem. Seit einer Woche schöpfen sie Hoffnung.

„Die Meldung, daß Rhodesiens Premier Smith und sein Erzgegner Nkomo, einer der beiden Führer der Guerillaorganisation Patriotische Front, sich zu Besprechungen getroffen haben, ist eine gute Nachricht", triumphiert die „Welt" am 4.9. Großbritannien und die USA hätten zu solchen Geheimgesprächen „ermuntert", schreibt am gleichen Tag der englische „Guardian" und fährt fort: „Die amerikanische Auffassung ist, daß dies von einigem Wert sein könnte, um zwischen Herrn Nkomo und Herrn Mugabe einen Keil zu treiben." Das ist seit langem der Plan.

„Möglicherweise", schreibt die „Neue Züricher Zeitung" am selben Tage, sei das Treffen „auf Vermittlung des sambischen Präsidenten Kaunda zustandegekommen". Wobei „Vermittlung" die imperialistische Erpressung umschreibt, die dem vorausgegangen ist: „Sambia braucht dringend Wirtschaftshilfe, die nur aus dem Westen kommen kann. Solange aber Kaunda offen die rhodesische Guerilla unterstützt, kann er nicht viel hoffen."

Nkomo haben die Imperialisten die Rolle zugedacht, Aushängeschild einer schwarzen Marionettenregierung zu werden. „Kurz gesagt, Nkomo bietet die Chance von Stabilität und Kontinuität", schreibt der schon zitierte „Guardian", „die kein Weißer in den von Mugabe ausgedrückten sozialistischen Idealen erkennen kann." Wie aber die Chance verwirklichen?

„Mugabe wird nicht so leicht aus einer Rhodesienregelung auszuschließen sein", kommentiert die „Frankfurter Rundschau" am 5.9. „Man schätzt, daß immer noch 90% der in Rhodesien operierenden Guerilleros zur ZANLA, dem bewaffneten Arm von Mugabes ZANU-Bewegung, gehören. Sie werden das Feld nicht kampflos Nkomo überlassen, und eine Regelung ohne Mugabe kann den Krieg in Rhodesien nicht beenden. Eher käme es zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Guerilla-Armeen, der das Land erst recht in Schutt und Asche legen würde." Den angeblichen Bürgerkrieg vermeiden wäre dann Vorwand für die imperialistische bewaffnete Intervention, auf die all die zitierten imperialistischen Hoffnungen, Spekulationen und Planungen hinauslaufen.

Zweifellos schaffen die Spaltungsbemühungen der Imperialisten dem bewaffneten Befreiungskampf eine komplizierte Lage. Letzten Endes werden sie genauso fehlschlagen wie die „innere Lösung" und die anderen Manöver zur Niederschlagung des Befreiungskampfes und zur Isolierung der ZANU. Auch eine Intervention wird letztlich nicht anders enden. Das „Problem" in Zimbabwe ist die Unterdrückung durch den Imperialismus. Es wird durch den bewaffneten Befreiungskampf gelöst. Bevor es gelöst ist, wird der bewaffnete Befreiungskampf nicht aufhören. 1 Million zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes, zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA, wird die Zerschlagung dieser imperialistischen Manöver gewiß erleichtern. Die Imperialisten müssen wissen, sie haben den Feind im eigenen Haus. Gegen den Spaltungsdruck der Imperialisten steht die Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front.

Die Sozialimperialisten jagen nach Flottenstützpunkten im Indischen Ozean

z.mat. Seit eineinhalb Jahren führen die beiden Supermächte geheime Verhandlungen, die angeblich zu einem Abbau der Flottenverbände im Indischen Ozean führen sollen. Carter sprach zu Beginn der Verhandlungen davon, eine „völlig entmilitarisierte Zone im Indischen Ozean" solle geschaffen werden. Die sowjetischen Führer reden mit Vorliebe von einer „Friedenszone", wenn vom Indischen Ozean die Rede ist. Mit dem Gerede von Frieden und Abrüstung wollen sie die Völker der Welt darüber täuschen, daß die Rivalität der Supermächte gerade im Indischen Ozean immer schärfer wird. Die wahren Absichten der Sozialimperialisten hat die DDR-Zeitschrift „Neue Zeit" jetzt in einem Artikel erneut herausgelassen.

„Es liegt auf der Hand, daß diese Trassen" (die Schiffahrtswege im Indischen Ozean) „*auch* lebensnotwendig für die in diesem Bereich liegenden Entwicklungsländer sind", heißt es in dem Artikel (Nr. 33/78). Auch, das heißt: auch für andere. Damit erneuern die Neuen Zaren im Kreml den Anspruch der Sozialimperialisten auf militärische Anwesenheit in diesen Gewässern. „Für die Sowjetunion, daran sei noch einmal erinnert, ist der Indische Ozean der einzige eisfreie Schiffahrtsweg zwischen den westlichen und östlichen Häfen unseres Landes." Das Argument stammt von den alten Zaren. Offen propagieren die Sozialimperialisten dieselben expansionistischen Ziele. Der drohende Ton ist unüberhörbar.

Die neuen Zaren haben es eilig. Immer stärker wird die Front der Länder der Dritten Welt, und immer häufiger scheitern die Versuche der Imperialisten, neue Territorien ihrer militärischen Kontrolle zu unterwerfen. Der Indische Ozean ist ein Schwerpunkt sozialimperialistiseher Expansionsbestrebungen, denn viel gilt es dort gegenüber den imperialistischen Konkurrenten aufzuholen.

Von allen Inseln und Inselgruppen des Indischen Ozeans haben bisher nur die Malediven die Unabhängigkeit erreicht (neben den Lakkadiven, die zu Indien, und Sokotra, das zu Südjemen gehört). Die Seychellen, die Amiranten, die Aldabra-Inseln, die Chagos-Inseln, die Agalela-Inseln, die Farquhair-Inseln, Diego Garcia, Cargados und Rodrigues stehen noch unter britischer Herrschaft oder sind direkt von Großbritannien abhängig. Réunion, St. Paul und Neuamsterdam, Tromelin, die Crozet-Inseln und die Kerguelen werden von den französischen Imperialisten kontrolliert. Ebenso die Komoren, wo erst vor Monaten durch einen von Frankreich inszenierten Staatsstreich eine neue Marionettenregierung eingesetzt worden ist. Andere Inselgruppen stehen unter australischer oder südafrikanischer Herrschaft. Auf allen diesen Territorien stehen der Flotte der Supermacht USA die Hafeneinrichtungen offen, auf einigen, zum Beispiel auf Diego Garcia, unterhalten die USA selbst Flottenstützpunkte.

Neidvoll blicken die Sozialimperialisten auf die Stützpunkte ihrer Konkurrenten. Sie wollen aufholen. Zwanzig Flotteneinheiten haben sie beständig im Indischen Ozean stationiert. 1 U-Boot, 4-5 Zerstörer, 3 Minensucher, 2 Landungsschiffe und ein Dutzend Versorgungsschiffe sind der Stamm des sowjetischen Flottenverbands. Dreiviertel ihrer Flotte im Indischen Ozean müssen sie jedoch von ihrer Pazifik-Flotte aus einsetzen. Deshalb haben sie die Einheiten, die im Indischen Ozean kreuzen, verstärkt aufgerüstet. U-Boote mit Dieselantrieb sind durch Atom-U-Boote, Zerstörer mit Kanonen durch Lenkwaffen-Zerstörer ersetzt worden. Die Versorgung vom Pazifik aus ist durch Erweiterung der Versorgungsflotte verstärkt worden. Den Vorteil eigener Stützpunkte kann das alles nicht ersetzen. Deshalb versuchen die Sozialimperialisten mit allen Mitteln, sich in den Ländern am Indischen Ozean festzusetzen.

Doch die Völker der Welt sind wachsam. Um ihre wahren Absichten zu verbergen, vollführen die Sozialimperialisten deshalb alle nur erdenklichen Winkelzüge. Scheinheilig erklären sie in der „Neuen Zeit": „Die Sowjetunion besitzt hier nicht einen einzigen Militärstützpunkt." Dabei berufen sie soch sogar auf eine Expertenkommission der Vereinten Nationen. Die Ursache dieser Lage, die sie so schnell wie möglich ändern wollen, verschweigen sie:

Somalia hat den „natürlichen Verbündeten der Entwicklungsländer", als den sie sich überall anpreisen, erst vor kurzem aus dem Land geworfen. Die Malediven, die den ehemaligen britischen Stützpunkt für friedliche Nutzung öffentlich ausgeschrieben haben, haben das „Angebot" der UdSSR, ihn für eine Million Dollar zu übernehmen, abgelehnt. Wenn es also zu einem bestimmten Zeitpunkt keinen sowjetischen Stützpunkt im Indischen Ozean gegeben hat, ist das ein Erfolg des Kampfes der Dritten Welt gegen die Supermächte. Die Neuen Zaren scheuen sich nicht, das als ihr eigenes Verdienst auszugeben. „Sie" (die Sowjetunion) „will auch keine solchen Stützpunkte", schreibt die „Neue Zeit". Ihre Taten beweisen das Gegenteil. Auf der Insel Dahlak im Roten Meer, vor der Küste Eritreas, haben sie sich bereits festgesetzt und setzen ihre Flotte dort gegen den Befreiungskampf des eritreischen Volkes ein. Im Südjemen folgt ihre Flotte den kubanischen Soldaten mit dem Ziel, den ehemaligen britischen Brückenkopf Aden zu einer Bastion des Sozialimperialismus auszubauen.

„Die UdSSR will, daß über das Problem des Indiks im Interesse aller Staaten entschieden, daß einer Forcierung des Rüstungswettlaufs vorgebeugt wird" (Neue Zeit). Das „Problem" der Sowjet-Revisionisten ist, daß die Länder am Indischen Ozean ihre Interessen und die Interessen der Supermächte immer besser zu unterscheiden wissen, daß sie deshalb mit dem Interesse *aller* Staaten nichts im Sinn haben und sich von dem Friedensgerede der Kreml-Herren immer weniger täuschen lassen.

Schmierentheater

z.diz. „Frau Müller kauft ein Hemd aus Ceylon. Das sichert ihrem Mann die Arbeit. Arbeitet Herr Müller denn in Asien?“ – 15,5 Millionen Mal hat die Bundesregierung diese „auf den Bonner Wirtschaftsgipfel hin konzipierte“ Anzeige drucken lassen. 400000 DM war ihr wert, der Arbeiterklasse weiszumachen, sie habe an den Expansionsgelüsten der Imperialisten ureigenes Interesse. Ist die Bundesregierung mit dieser Anzeige ins Fettnäpfchen getreten? Insgesamt sieben Anfragen im Bundestag hat sie sich eingehandelt von den Herren Dr. Unland, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie, Niegel und Daweke, allesamt Abgeordnete der CDU/CSU: „Will die Bundesregierung zum Ausdruck bringen, daß in der deutschen Textilindustrie keine pflegeleichten Hemden produziert werden?“ Durch dieses Vorgehen seien 600000 Arbeitsplätze gefährdet, vor allem bei „mittelständischen“ Kapitalisten und im „Zonenrandgebiet“. Dem stellvertretenden Chef des Bundespresseamtes Dr. Liebrecht wird es mulmig: Sollte dieser Eindruck entstanden sein, antwortet er, „so wäre dies zu bedauern“. In welchem Schmierentheater könnte diese Szene brillianter inszeniert werden als im Bundestag? Schon frühzeitig haben die westdeutschen Textilkapitalisten mit dem Kapitalexport begonnen, die größten Textilexporteure der Welt waren sie schon. Kein Fleck zwischen Südafrika und Malaysia, wo sie nicht Profit aus der Ausbeutung der Arbeiter ziehen, insbesondere in „Billiglohnländern“. Massenentlassungen in Westdeutschland und die heftigen Kämpfe dagegen sind der Arbeiterklasse noch gut in Erinnerung. 600000 Beschäftigte sind es also nur noch – 1970 waren es noch 880000.

Vorbereitung der Vulkankapitalisten für Fregatte F 112 abgeschlossen

Neue Dimension der Zwangsarbeit und Unterdrückung erprobt

r.ped. Im Frühjahr wurden erste Bauproben gemacht, jetzt ist die erste Sektion für den Fregattenprototyp auf dem Bremer Vulkan fertig. 1981 soll die erste der sechs in Auftrag gegebenen Fregatten abgeliefert sein.

Mit dem Bau der zweiten Fregatte soll bald auf der AG Weser begonnen werden, mit der dritten und fünften bei Blohm und Voss, der vierten bei Thyssen Nordseewerke und der sechsten auf der HDW in Kiel. Die Vergabe von sechs weiteren Fregatten F 122 durch die Bundesregierung wird in Kürze erwartet. Der Vulkan ist Generalunternehmer zusammen mit AEG Telefunken. Das heißt, die schiffbaulich fertiggestellten Fregatten werden auf dem Vulkan endausgerüstet und vom Vulkan abgeliefert. Entsprechend aufwendig sind die Vorbereitungen hier: Ein Hallendock wird neu errichtet („so kann der Bau gegen das Wetter und neugierige ‚Zaungäste‘ geschützt werden“ – Kommentar der Zeitschrift Schiffahrt International), für über zwei Millionen ein Gasturbinenprüfstand sowie eine separate Ausrüstungspier neu geschaffen. Das Kernstück ist dabei der Bau einer „integrierten Testanlage“ oder eines „Schießstandes“, wie es die Bild-Zeitung derber formuliert. Faktisch handelt es sich dabei um eine technisch vollständige, weitere Fregatte, die nur auf Land stationiert, vom Brückenaufbau originalgetreu konstruiert ist, und die zur Ausbildung des Personals vom Maat an aufwärts dienen soll. Auf der entlegensten Ecke des Werftgeländes wird sie errichtet, und alles spricht dafür, daß mit ihr zugleich eine entsprechende Kaserne dort entsteht, als Unterkunft für die Marineoffiziere und die entsprechenden militärischen Sicherheitskräfte. Auf diesem Schießstand sollen die Offiziersgrade für jede einzelne Fregatte ausgebildet werden, so daß sie jeweils mit Fertigstellung den Kahn übernehmen können. Für die Bundesmarine hat das etliche Vorteile, vor allem, daß dies Offizierspack gleich mit die Funktion der Unterdrückung in Form der Bauaufsicht – weniger in der Phase der Vorproduktion als in der Endmontage und Ausrüstung – direkt gegenüber den Werftarbeitern wahrnimmt. Das gleiche wird schon länger auf der Lürssenwerft beim Bau der Schnellboote 143 praktiziert. Faktisch wird es so auf dem Werftgelände drei hermetisch abgeriegelte Sperrbezirke geben (Schießstand, Hallendock, Ausrüstungspier), die von Posten bewacht nur mit Ausweis zu betreten sind.

Darüberhinaus wird die ganze Werft und die gesamte Belegschaft der Bespitzelung, Überwachung und Unterdrückung durch MAD und die verschiedensten Staatsorgane unterworfen werden, in dem Ausmaß, wie es dem Kaliber der hier fertiggestellten Waffen und Waffensysteme entspricht. Die Feuerleit- und Gefechtsanlage ist halt das Beste, was die westdeutschen Waffenschmieden gegenwärtig zu bauen in der Lage sind; die 12 Fregatten F 122 sollen das Rückgrat der westdeutschen Flotte stellen.

Eine Probe davon gab es jetzt mit dem Festmachen des Luxusdampfers „Kungsholm“ an der Pier. Bei dem Dampfer sollen die Kabinen ausgebaut, vergrößert und modernisiert werden. Feuerwehrleute – die bisher die Wachaufgaben auf der Werft mitwahrnehmen – patrouillieren auf Deck und stehen rund um die Uhr am Aufgang Wache. Jetzt hat die Geschäftsleitung beantragt, 45 Arbeiter aus dem Maschinenbau als zusätzliches Wachpersonal umzusetzen, um die Bewachung rund um die Uhr auszudehnen. Als Vorwand heißt es, daß bei der Arbeit an dem Passagierschiff die Werftarbeiter zuviele Gebrauchsgegenstände des Schiffes mit nach Hause nehmen und dort gebrauchen täten, statt an Bord zu lassen. Dabei ging es der Geschäftsleitung gleich nochmal darum, einen anständigen Schnitt zu machen: zum Tarif der Feuerwehrleute – d.h. mit 56-Stundenwoche, erst ab der 53. Stunde gilt Überstundenbezahlung, niedrigeren Zuschlägen für Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit – sollten die Arbeiter übernommen werden. Rund eine Mark je Stunde bei höherer tariflich festgelegter Arbeitszeit hätte das bedeutet. Der Betriebsrat hat das abgelehnt. Vereinbart wurde jetzt eine 42-Stunden-Woche, wovon 30 Stunden auf Werktage, 12 auf das Wochenende fallen, bei Bezahlung des alten Tarifs plus dem bisherigen Akkorddurchschnitt der Arbeiter als ständiger Zulage.

Mit dem Fregattenbau ist der Krach schon angelegt. Als 1972 zu Feierabend plötzlich einmal ein Feuerwehrmann die Aktentasche eines Arbeiters am Tor kontrollieren wollte, gelang ihm das nicht – es gab einen verletzten Feuerwehrmann. Seitdem ist es nie mehr gelungen, Torkontrollen der Werftarbeiter durchzuführen. An den Brennmaschinen, wo jetzt der Fregattenstahl (Makromat, antimagnetischer, höherfester Stahl) gebrannt wird, sind die Arbeiter jetzt mit ihrem Akkord versackt. Der Stahl hat eine zu geringe Stärke und ist zu empfindlich, so daß man die Brenngeschwindigkeit herunterstellen muß, will man aus den Platten nicht verdrehte Propeller machen. Der Akkord ist dabei nicht zu schaffen. Eine Akkordanhebung bei diesen Arbeiten ist die Forderung der Arbeiter an den Brennmaschinen. So nach und nach mit Produktionsbeginn wird ersichtlich, was Fregattenbau für die Arbeiter heißen soll, und eigentlich haben es auch alle Arbeiter im voraus gewußt; ohne Kampf droht Zwangsarbeit unter Kriegsgefangenenstatus.

Offiziere im öffentlichen Dienst?

z.gab. Pläne dazu gibt es seit langem. Ausgebrütet wird es gegenwärtig im Verteidigungsausschuß des Bundestages unter dem Namen „Abbau des Beförderungs- und Verwendungsstaus der Offiziere in der Bundeswehr“. De Terra, als CDU-Bundestagsabgeordneter Mitglied des Verteidigungsausschusses, ist jetzt vorgeprescht. Einen Plan zum Einsatz von Bundeswehroffizieren im öffentlichen Dienst hat er in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlichen lassen. Dort, in den Behörden der Länder und Gemeinden, lägen die Planung und Vorbereitung auf den „Verteidigungsfall“ und die Maßnahmen für den „Zivil- und Katastrophenschutz“ im argen. Bei der Bundeswehr dagegen wachse der „Beförderungs- und Verwendungs-

Der Tarifabschluß von NRW kann nicht akzeptiert werden

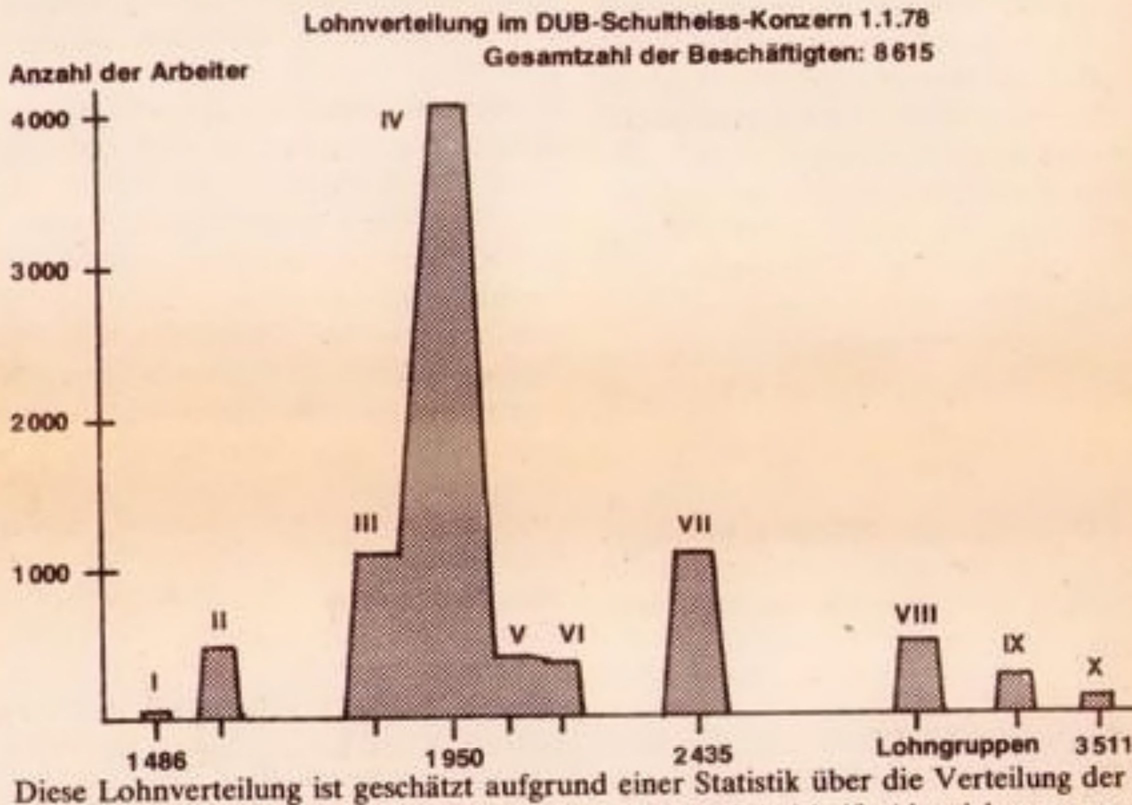
Brauereien: In den anderen Tarifbezirken können die Arbeiter mehr erkämpfen

r.cst. Am 7.9.1978 ist zwischen der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten (NGG) und dem Kapitalistenverband der Brauer und Mälzer in Nordrhein-Westfalen ein neuer Manteltarifvertrag vereinbart worden, der folgende Punkte enthält: ab 1979 erhalten die über 60jährigen eine „zusätzlich bezahlte Freizeit“ von 28 Arbeitstagen, die über 50jährigen bekommen zwei Tage mehr Urlaub, für alle Arbeiter steigt der Urlaub bis 1981 um drei Tage, Beschäftigte, die Schicht oder ausschließlich nachts arbeiten, bekommen auf 60 Arbeitstage zusätzlich einen Tag Urlaub, das Urlaubsgeld erhöht sich bis 1981 von 600 DM auf 850 DM, das Weihnachtsgeld von gegenwärtig 80% wird bis 1981 auf 100% erhöht. Gleichzeitig ist der neue Lohntarif auf 4,7% abgeschlossen worden.

Das Ergebnis ist gegen die hohe Streikbereitschaft der nordrhein-westfälischen Brauereiarbeiter unter dem massiven Druck der ganzen Kapitalistenklasse und der Landesregierung

ein Bewertungssystem eingeführt worden, nach dem ein Teil der Arbeiter, nämlich zehn Prozent, eine Prämie von 3% erhalten kann. Umgekehrt hagelt es Verwarnungen für die Arbeiter, die als schlecht eingestuft werden. Bei Kindl ist den Fahrern die Waschzulage von monatlich 200 DM gestrichen worden. Die Touren werden zunehmend auf Alleinfahrertouren umgestellt, wodurch die Arbeitsintensität ungeheuer steigt.

Die Braukapitalisten unternehmen alle Anstrengungen, den gesamten Prozeß der Bierherstellung, -abfüllung und des -vertriebs mit Prozeßrechnern zu automatisieren. Sie wollen einerseits Massenentlassungen durchsetzen – bei Kindl sind ein Drittel aller Arbeiter entlassen worden, bei DUB-Schultheiss haben sie das jetzt vor – andererseits benutzen sie die neue Maschinerie, um die Arbeitshetze noch weiter zu verschärfen. An der neuen Flaschenabfüllanlage bei Schultheiss in Kreuzberg (100000 Flaschen pro Stunde, Anschaffungskosten 30 Mio.



Diese Lohnverteilung ist geschätzt aufgrund einer Statistik über die Verteilung der Beschäftigten in die verschiedenen Tätigkeiten bei DUB-Schultheiß. Abweichungen von der tatsächlichen Verteilung dürften in den beiden unteren Lohngruppen und in den beiden oberen vorhanden sein. Dagegen ist die Kurve im mittleren Bereich hinreichend genau. Zulagen sind nicht berücksichtigt worden. Lohngruppe IV ist die Ecklohngruppe. In ihr befinden sich im wesentlichen die gelernten Arbeiter, in III die ungelernten Arbeiter, in VII

afrika und Malaysia, wo sie nicht Profit aus der Ausbeutung der Arbeiter ziehen, insbesondere in „Billiglohnländern“. Massenentlassungen in Westdeutschland und die heftigen Kämpfe dagegen sind der Arbeiterklasse noch gut in Erinnerung. 600000 Beschäftigte sind es also nur noch – 1970 waren es noch 880000.

Offiziere im öffentlichen Dienst?

z.gab. Pläne dazu gibt es seit langem. Ausgebrütet wird es gegenwärtig im Verteidigungsausschuß des Bundestages unter dem Namen „Abbau des Beförderungs- und Verwendungsstaus der Offiziere in der Bundeswehr“. De Terra, als CDU-Bundestagsabgeordneter Mitglied des Verteidigungsausschusses, ist jetzt vorgeprescht. Einen Plan zum Einsatz von Bundeswehroffizieren im öffentlichen Dienst hat er in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlichen lassen. Dort, in den Behörden der Länder und Gemeinden, lägen die Planung und Vorbereitung auf den „Verteidigungsfall“ und die Maßnahmen für den „Zivil- und Katastrophenschutz“ im argen. Bei der Bundeswehr dagegen wachse der „Beförderungs- und Verwendungs-stau“ bei den Offizieren und Unteroffizieren immer mehr an. Rund 1200 Berufsoffiziere „zuviel“, für die Verwendung gefunden werden müsse. Was liegt da näher, als die „überschüssigen“ Offiziere direkt in den Behörden der Länder, Gemeinden, Gebietskörperschaften und kreisfreien Städte einzusetzen und ihnen die Aufgaben des Verteidigungsreferenten bzw. -dezernenten zu übertragen? Etwa 500 Offiziere könnten auf diese Weise sofort in den öffentlichen Dienst gebracht werden, ist die Rechnung des Parlamentariers. Alle den Behörden übertragenen Maßnahmen zur Planung, Vorsorge und Vorbereitung für den „Verteidigungsfall“, der „Zivilverteidigung“ und des „Katastrophenschutzes“ – die Durchsetzung der Plünderung und Beschlagnahmung der Wohnungen, Äcker, Gärten, Höfe, Kraftfahrzeuge, Nahrungs- und Nutzmittelvorräte der Arbeiter und Bauern nach dem Bundesleistungsgesetz und die Besetzung des Acker- und Weidelandes der Bauern durch die Armee der westdeutschen Bourgeoisie und die in der Bundesrepublik stationierten Besatzertruppen nach dem Landbeschaffungsgesetz wären ebenso unter Kontrolle der Offiziere wie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Der Plan ist noch reaktionärer: Ist es erst gelungen, einen Teil des öffentlichen Dienstes direkt den bewaffneten Formationen zu unterwerfen, so ist der Schritt nicht mehr groß, den gesamten öffentlichen Dienst dem Militär zu unterstellen, um so für das fieberhafte Rüsten der westdeutschen Kapitalistenklasse auf den imperialistischen Krieg das reibungslose Funktionieren ihres gesamten Unterdrückungsapparates sicherzustellen.

Der Tarifabschluß von NRW kann nicht akzeptiert werden

Brauereien: In den anderen Tarifbezirken können die Arbeiter mehr erkämpfen

r.cst. Am 7.9.1978 ist zwischen der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten (NGG) und dem Kapitalistenverband der Brauer und Mälzer in Nordrhein-Westfalen ein neuer Manteltarifvertrag vereinbart worden, der folgende Punkte enthält: ab 1979 erhalten die über 60jährigen eine „zusätzlich bezahlte Freizeit“ von 28 Arbeitstagen, die über 50jährigen bekommen zwei Tage mehr Urlaub, für alle Arbeiter steigt der Urlaub bis 1981 um drei Tage, Beschäftigte, die Schicht oder ausschließlich nachts arbeiten, bekommen auf 60 Arbeitstage zusätzlich einen Tag Urlaub, das Urlaubsgeld erhöht sich bis 1981 von 600 DM auf 850 DM, das Weihnachtsgeld von gegenwärtig 80% wird bis 1981 auf 100% erhöht. Gleichzeitig ist der neue Lohntarif auf 4,7% abgeschlossen worden.

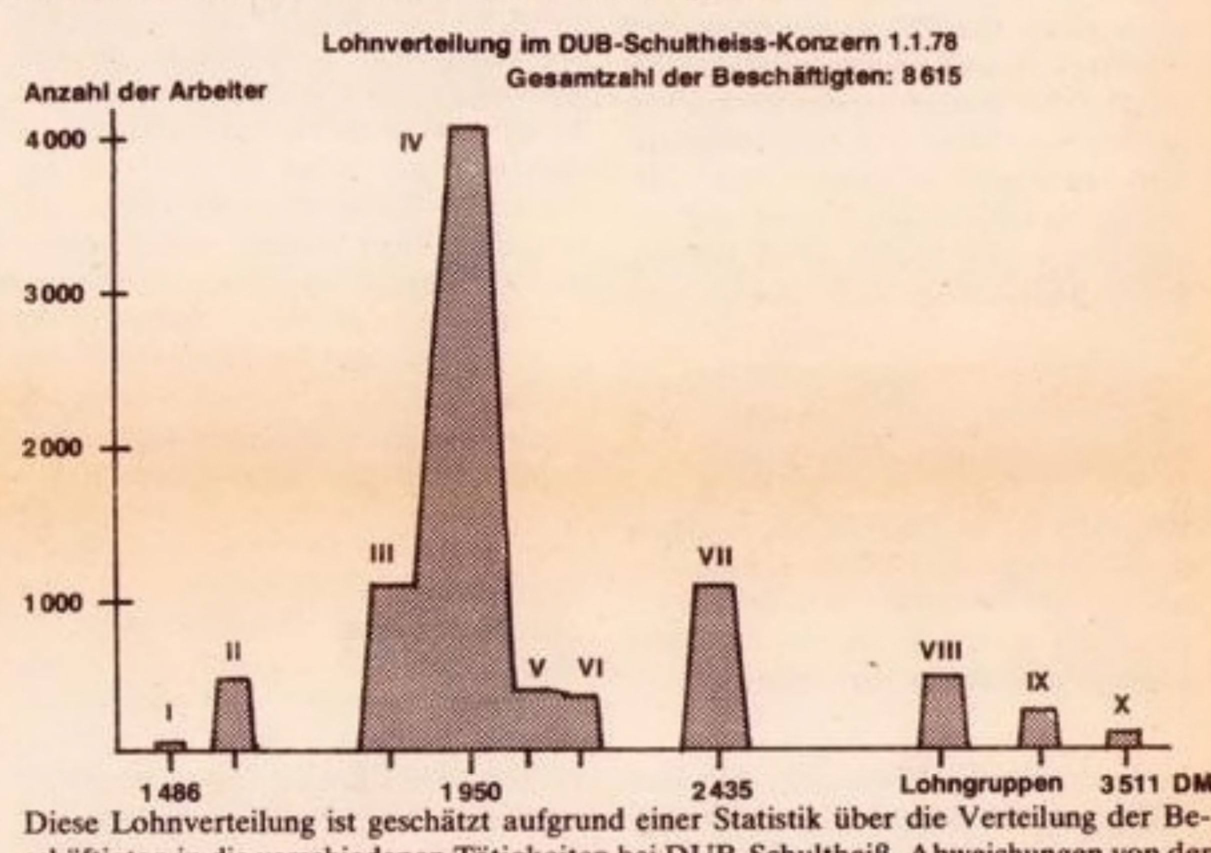
Das Ergebnis ist gegen die hohe Streikbereitschaft der nordrhein-westfälischen Brauereiarbeiter unter dem massiven Druck der ganzen Kapitalistenklasse und der Landesregierung zustandegekommen. In Westberlin laufen ebenfalls die Manteltarifverhandlungen und der Lohntarif läuft am 31.10.1978 aus. Um in der Schlacht um Marktanteile voranzukommen, haben die Braukapitalisten ein Programm in Angriff genommen, mit dem sie in einigen Jahren wieder Spitzenreiter in der Ausbeutung sein wollen. Bei DUB-Schultheiss sind nach einem Jahr Einstellungsstop wieder Arbeiter mit Zeitverträgen eingestellt worden. Die meisten in Lohngruppe II, in der bisher nur wenige gearbeitet haben. Die „Gewinnbeteiligung“ ist in diesem Jahr von 700 DM auf 280 DM zusammengestrichen worden. Gleichzeitig ist

ein Bewertungssystem eingeführt worden, nach dem ein Teil der Arbeiter, nämlich zehn Prozent, eine Prämie von 3% erhalten kann. Umgekehrt hagelt es Verwarnungen für die Arbeiter, die als schlecht eingestuft werden. Bei Kindl ist den Fahrern die Waschzulage von monatlich 200 DM gestrichen worden. Die Touren werden zunehmend auf Alleinfahrertouren umgestellt, wodurch die Arbeitsintensität ungeheuer steigt.

Die Braukapitalisten unternehmen alle Anstrengungen, den gesamten Prozeß der Bierherstellung, -abfüllung und des -vertriebs mit Prozeßrechnern zu automatisieren. Sie wollen einerseits Massenentlassungen durchsetzen – bei Kindl sind ein Drittel aller Arbeiter entlassen worden, bei DUB-Schultheiss haben sie das jetzt vor – andererseits benutzen sie die neue Maschinerie, um die Arbeitshetze noch weiter zu verschärfen. An der neuen Flaschenabfüllanlage bei Schultheiss in Kreuzberg (100000 Flaschen pro Stunde, Anschaffungskosten 30 Mio. DM) herrscht die mehrfache Arbeitsintensität als an herkömmlichen Anlagen. Die neuen rechnergesteuerten Sud- und Gärhäuser, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, werden nur noch von einem Arbeiter pro Schicht gefahren (früher von drei bis vier), der dabei einer äußersten nervlichen Anspannung unterliegt. Daß die Ausbildungszeit dafür gering ist, werden die Kapitalisten nutzen, um verstärkt an den Lohn zu gehen. Die hohen Kosten der Maschinerie zwingen die Kapitalisten dazu, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit zu verschärfen. An der neuen Anlage in Kreuzberg wird trotz aller gegenteiligen früheren Behauptungen Schicht gearbeitet. Die Staplerfahrer müssen die doppelte Anzahl Paletten gegenüber früher fahren.

In dieser Lage ist die Ideologie der Sozialdemokraten besonders gefährlich, die auf den „Erhalt von Arbeitsplätzen“ geht und damit die Brauereiarbeiter gegenüber der Steigerung der Ausbeutung ideologisch entwaffnen will. Der Abschluß in Nordrhein-Westfalen ist für die Arbeiter unannehmbar, denn er zielt nur darauf, Hindernisse in der Steigerung der Schweißauspressung, nämlich die älteren Arbeiter, wegzuräumen.

In Nordrhein-Westfalen haben die Kapitalisten die Lohnverhandlungen in die Manteltarifverhandlungen hineingezogen und dabei den Abschluß von 4,7% durchgesetzt, der keine Schranke gegen die dauernden Lohnsenkungen bildet. Die Forderung der NGG hatte 7,5% betragen. Das sind in Westberlin 146 DM auf den Ecklohn. Die Durchsetzung dieses Betrages für alle gleich wäre für die Brauereiarbeiter ein gutes Ergebnis.



Diese Lohnverteilung ist geschätzt aufgrund einer Statistik über die Verteilung der Beschäftigten in die verschiedenen Tätigkeiten bei DUB-Schultheiß. Abweichungen von der tatsächlichen Verteilung dürften in den beiden unteren Lohngruppen und in den beiden oberen vorhanden sein. Dagegen ist die Kurve im mittleren Bereich hinreichend genau. Zulagen sind nicht berücksichtigt worden. Lohngruppe IV ist die Ecklohngruppe. In ihr befinden sich im wesentlichen die gelernten Arbeiter, in III die ungelernten Arbeiter, in VII die kaufmännischen Angestellten, ab VII beginnen die technischen Angestellten. Es zeigt sich die tiefe Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten und die Spaltung zwischen Arbeitern und „Hilfskräften“.

Hubers §218-„Reformhäuser“

z.ans. Die „hemmenden Faktoren“, die „die Beratungsstellen oder ihr Image betreffen“, will Antje Hubers Bundesministerium beseitigen. Eine „angstfreie Atmosphäre“ soll die Frauen in die Fallstricke der §218-Beratungsstellen locken. Die Pro Familia Bremen hat dazu das „Modell“ des „Reformhauses“ ausgebrütet, aus der Erfahrung heraus, daß man „nicht weiß, was nach der Beratung passiert, wenn die Frauen weg auf Nimmerwiedersehen sind“; das „Modell“ läuft dort bereits, „wissenschaftlich begleitet“, unter Leitung des Prof. Amendt von der Pro Familia. Die „Verquickung“ von Beratungszentren, medizinischen Diensten, Familienplanung, Sexual-, Partner-, Ehe- und ärztlicher Beratung, der Abtreibung – als einer Möglichkeit unter anderen – und der anschließenden vertrauensvollen Hilfe“ habe sich bewährt und eine bundesweite Einführung werde geprüft, erfährt man beim Bundesministerium. Die Einführung der „Reformhäuser“ soll Lücken in der Unterdrückung und Kontrolle stopfen und alles „unter einem Dach“ der Kontrolle des Staates unterwerfen.

Zwangssterilisation – Kehrseite des § 218

z.alw. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem Gesetz zur Zwangssterilisation von Minderjährigen und „beschränkt geschäftsfähigen Personen“. In den Gesetzentwürfen zum § 218 von 1974 sind die entsprechenden Paragraphen schon drin. Danach ist die Zwangssterilisation möglich, wenn „die Frau infolge ihres Zustandes auf absehbare Zeit nicht wirksam einwilligen kann“. Die Sterilisation wird vom Vormundschaftsgericht angeordnet, nachdem „Beratung in einer Beraterstelle“ durchgeführt worden ist. Die Bundesregierung erwäge noch, weiß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2. September zu berichten, das Gesetz zu verschieben, bis es medizinisch möglich sei, die Sterilisation wieder rückgängig zu machen. Wird durch die Sterilisation die „Fähigkeit zur Zeugung und Empfängnis“ (Entwurf 74) „nicht dauernd“ beseitigt, so ist damit die Begründung geliefert, die Zwangssterilisation zur *Regel* zu machen.

Das Grundgesetz und die Kostendämpfung

z.güb. Den „kostenträchtigsten Teil im Gesundheitswesen“ – den Krankenhausbereich – mußte Ehrenberg von seinem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz wieder abkoppeln, weil sonst das ganze Kostendämpfungswerk Gefahr lief, zu kippen. Erst im Mai traute sich die Bundesregierung, eine Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zu beschließen. Sie sieht vor: Die Krankenkassen und die sie besitzenden Kapitalisten erhalten einen größeren Einfluß auf die Schließung und Stellenstreichung bei den Krankenhäusern. Die Pflegesätze sollen von den Kassen und den Krankenhäusern gemeinsam ausgehandelt werden, d.h. die Kassen brauchen nicht zu zahlen, wenn sie nicht wollen. Darüberhinaus soll „der Krankenhausbereich an Empfehlungen der ‚konzertierten Aktion im Gesundheitswesen‘“, wo die Kassen und Kapitalistenverbände das Sagen haben, „gebunden sein“. Glombig, der sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hat jetzt, um die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen, erklärt: Eine bundeseinheitliche Regelung der Kostendämpfung sei eine schiere Notwendigkeit, um den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes – „überall in der BRD gleiche Lebensverhältnisse herzustellen“ – zu verwirklichen. Volle Verwirklichung des Grundgesetzes ist offenbar, wenn die Kapitalisten nicht nur die Versicherungskassen der Arbeiter besitzen, sondern ohne Schranken deren Leistungen für die verschlissenen Arbeiter so kürzen können, wie das ihrer Wolfsgier entspricht.

Strafanzeige wegen „falscher Meldung der Arbeitsaufnahme“

z.fum. Das Arbeitsamt Bad Kreuznach hat Anzeige erstattet gegen 21 arbeitslose Arbeiter, weil sie „ihre Arbeitsaufnahme entweder gar nicht oder mit falschem Einstellungsdatum“ gemeldet hätten. Die bisheri-

Zwei Schichten, 12 Stunden, 6 Tage

Ausbeutung außerhalb der Tarifverträge bei US-Steel in Lübeck

r.frk. 1970 waren bei der Metallhütte Lübeck über 3000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Durch die Schliessung der Kupferhütte und völlige technische Umwälzung der Kokerei durch Einführung neuer Batterien wurden damals fast 2000 Kollegen entlassen.

Heute sind noch etwas mehr als 900 Arbeiter bei der Metallhütte beschäftigt. Produziert werden Roheisen, Koks und Zement. Im Zementwerk werden schon seit längerem täglich zehn Stunden und samstags fünf Stunden gearbeitet, was die Profite schon beträchtlich nach oben getrieben hat.

Zur Erhöhung des absoluten Mehrwerts durch Verlängerung des Arbeitstages ist jetzt der zweite Schritt eingeleitet worden. Der Konzern United State Steel, der die Hütte im vergangenen Jahr aufgekauft hat, ergatterte einen Auftrag für Roheisen von Polen.

Der seit Jahren stillgelegte zweite Hochofen ist wieder in Gang gebracht worden. Statt Drei-Schicht-Betrieb, wie am Ofen 1, ist hier das Zwei-Schicht-System eingeführt worden.

Sechzig Arbeiter arbeiten zweimal zwölf Stunden, sechs Tage hintereinander, dann drei Tage frei. Diese Arbeiter sind aus anderen Abteilungen herausgezogen worden, was dort erst einmal zur Intensivierung des Arbeitstages für die verbleibenden Arbeiter führt. Diese sechzig sind alles ausgebildete Stahlarbeiter, so daß für die US-Steel-Kapitalisten keinerlei Ausbildungskosten entstehen. Schließlich wird kein Pfennig an Überstundenzuschlägen gezahlt, davon abgesehen, daß bei täglich zwölf Stunden am Hochofen die Arbeitskraft so oder so nicht mehr vollständig reproduzierbar ist, sondern die Lebenszeit verkürzt wird. Wir haben einmal ausgerechnet, was den Arbeitern durch das Nichtzahlen von Überstundenzuschlägen geraubt wird. Die meisten sind in Lohngruppe 6 – 9,26 DM; einige verdienen mehr, so daß wir 10 DM im Durchschnitt rechnen. Dazu kommen für den Kapitalisten 18,5%, die er an Sozialversicherung zu zahlen hat. Durch das System, sechs Tage arbeiten, drei Tage frei, sind im Durchschnitt 20 Tage im Monat zu arbeiten. Zwölf Stunden am Tag (10 DM plus 18,5% gleich 11,85 DM) sind 142,20 DM mal 20 Arbeitstage sind 2844 DM im Monat, die der Kapitalist für einen Arbeiter zahlen muß, mal 60 Arbeiter, sind gleich 170640 DM im Monat. Gewöhnlich müßte der Kapitalist für die ersten beiden Überstunden 20% und für die nächsten beiden 50% Überstundenzuschlag bezahlen. Für die ersten beiden Überstunden sind das 4,47 DM, für die beiden letzten 11,86 DM, zusammen 16,60 DM pro Tag. Das sind im Monat 323 DM pro Arbeiter, für sechzig Arbeiter also 19920 DM geraubte Lohngelder im Monat. Jedem einzelnen Arbeiter werden 280 DM brutto im Monat geraubt. Das sind knapp 200 DM netto im Monat. Dafür könnte man drei Hosen kaufen oder für eine vierköpfige Familie eine und eine halbe Woche Essen und Trinken bezahlen etc.

Die United-Steel-Kapitalisten sind nicht im Kapitalistenverband und nicht an die Tarifverträge in der Stahlindustrie gebunden. Mit Hilfe von Betriebsvereinbarungen, denen der Betriebsrat zugestimmt hat, haben sie diesen Grad der Ausbeutung bislang durchsetzen können. Der Druck der industriellen Reservearmee und die ständigen Drohungen mit noch mehr Entlassungen bei der Metallhütte haben bislang den organisierten Widerstand behindert. Es ist jetzt die Aufgabe des Vertrauensleutekörpers, seine gewerkschaftlichen Aufgaben wahrzunehmen, den Betriebsrat zu zwingen, die Betriebsvereinbarungen zu lösen. Keine 12-Stunden-Schichten, tarifliche Bezahlung aller Überstunden und sonstiger Zuschläge sind die richtigen Forderungen in diesem Kampf.

Der Kapitalist muß gezwungen werden, sich an die Stahltarife zu binden. Nur so kann die Belegschaft der Metallhütte in den Kampf der ganzen Branche mit einbezogen werden. Erst dann kann sie auch die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander für die Kämpfe ausnutzen. Dann werden auch die Bedingungen geschaffen, den Kampf gegen das Drei-Schicht-System bis zum Verbot zu führen.

Streik bei VW in Nigeria

z.roh. Seit zwei Wochen führen die Arbeiter des VW-Werkes in Nigeria zahlreiche Streiks gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen infolge Produktionsumstellungen durch. Die Streiks werden von der Gewerkschaft organisiert. Um die Kampffront zu zerschlagen, lassen die VW-Kapitalisten alle Arbeiter aussperren. Die Aussperrung soll solange dauern, „bis wieder eine Beruhigung der Belegschaft eingetreten ist“. Deshalb lassen die Kapitalisten seit letzter Woche Donnerstag das Werk von starken Polizeikräften bewachen. Vorausgegangen war der erfolglose Versuch, die Streiks durch leitende Angestellte zu zerschlagen. Dabei hat es mehrere Verletzte gegeben. Dies ist der erste große Kampf, den die 2500 Arbeiter des nigerianischen VW-Werkes durchführen, seit Aufnahme der Produktion 1975. In Konkurrenz zu 16 anderen Automobilkonzernen hatte der VW-Konzern den Auftrag vom nigerianischen Staat erhalten, ein Montagewerk zu bauen, und sich gleichzeitig einen Anteil von 40% vom Grundkapital gesichert. Die Leitung des Werkes hat er fast vollständig in der Hand. Alle leitenden Angestellten stammen aus der BRD und sämtliche Einzelteile der in Nigeria montierten Autos stammen aus den VW-Werken in der BRD und Brasilien. Der Versuch, den Anteil am Grundkapital im Zusammenhang mit einer Kapitalaufstockung zu erhöhen, ist allerdings fehlgeschlagen. Die jetzigen Produktionsumstellungen, wegen deren Auswirkungen gestreikt wird, sind eine Folge der Kapitalaufstockung.

Gemeinsame Kampfmaßnahmen beschlossen

z.ulg.Rom. Gemeinsame Kampfmaßnahmen „bis hin zum Streik“ haben Gewerkschaftsvertreter aus den Chrysler-Werken in den USA, Frankreich, Großbritannien und Spanien und aus den Werken des französischen Peugeot-Citroen-Konzerns für den Fall beschlossen, daß das neue Automonopol Peugeot-Chrysler Betriebe stillegen oder Rationalisierungsmaßnahmen durchführen will, „die die Arbeitsplätze oder die Verbesserung des Lebensstandards der 250000 betroffenen Lohnabhängigen gefährden“. Zu dem Treffen, das am 30. August in Genf stattfand, hatte der Internationale Metallarbeiterverband eingeladen. In den britischen Chrysler-Werken werden allein 23000 Arbeiter und Angestellte ausgebeutet, in den spanischen weitere 14000. Das Citroen-Werk in Vigo im spanischen Galizien ist der größte Betrieb der ganzen Region. Das Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterverbandes wurde beauftragt, mit der Konzernspitze zu verhandeln. Der Peugeot-Direktor Parayre hat die Aufnahme sofortiger Verhandlungen mit den Gewerkschaften abgelehnt. Auf einer Pressekonferenz in Paris versicherte Parayre, es werde keine Entlassungen geben, um gleich darauf verschärfte Rationalisierung anzukündigen. Auf die wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt wolle der neue Konzern mit einer

Kämpfe der dänischen Arbeiterklasse gegen Lohnsenkung und Steuerausplünderung

z.bag.Aarhus. Mit der Bildung einer Koalition von Sozialdemokraten und Liberalen versucht die schwer angeschlagene Regierung Dänemarks unter Anker Jörgensen momentan einen neuen Feldzug gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Kernpunkte des gemeinsam ausgehandelten Programms sind: Lohnstopp, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20% und „Effektivierung der Arbeitsvermittlung“. Was bedeutet das? Lohnstopp bei einer Inflationsrate von ca. 11% ist Lohnraub bis hin zur absoluten Verelendung. Die Ersparnisse, die manche Arbeiterfamilie vielleicht noch hatte, sind längst durch die niedrigen Tarifabschlüsse seit 1974 aufgezehrt. Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt es im Augenblick noch Krach: Die Liberalen wollen sie auf 20,25% anheben, angeblich damit z.B. die Renten erhöht werden können.

Am Montag gingen die Streiks weiter. Inzwischen sind es 8000 Arbeiter bei Carlsberg und Tuborg, dazu die Müllarbeiter und eine Reihe von Kleinbetrieben. Hatte die Regierung bis dahin gehofft, daß die Kämpfe auf die Hauptstadt eingeschränkt blieben, so hatte sie sich getäuscht: Montagmit-

Kronen für Eßwaren im Monat; nach der Mehrwertsteuererhöhung werden es ca. 2040 sein. Und die „Effektivierung der Arbeitsvermittlung“ ist nichts anderes als der Versuch, die ca. 180000 Arbeitslosen Dänemarks durch Einschränkungen bei der Bewilligung von Arbeitslosengeld und durch Ausdehnung der „Zumutbarkeit“ von bestimmten Beschäftigungen in die Zwangsarbeit zu pressen.

Das Programm ist von der dänischen Arbeiterklasse und den Volksmassen mit einer Protest- und Streikbewegung großen Umfangs zurückgewiesen worden. Bereits am Tag der Verabschiedung vorletzten Donnerstag legten rund 10000 Arbeiter die Arbeit nieder, vor allem die Drucker und Setzer, die Arbeiter der Werft- und Maschinenbauindustrie und viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. 3000 marschierten zum Parlamentsgebäude, um die Regierungsvertreter nach ihrer geglückten Koalition gebührend zu empfangen. Am Freitag wurden die Streiks fortgesetzt und griffen auf weitere Bereiche über: die kampferfahrenen Brauereiarbeiter von Carlsberg und Tuborg in Kopenhagen schlossen sich an, ebenso 400 Müllarbeiter.

Sie faßten einstimmig einen Beschluß, der ein großer Schlag gegen das Expansionsprogramm ist: Eine große Wahlveranstaltung in Aarhus am 16. September, wo Jörgensen als Haupt-

nung, daß die Zeit ihre Absichten vergessen läßt. Die endgültigen Verhandlungen über die Höhe der neuen Mehrwertsteuer sind bis Freitag verschoben worden, „eventuell sogar bis



gegen Lohnsenkung und Steuerausplünderung

Gemeinsame Kampfmaßnahmen beschlossen

z.bag.Aarhus. Mit der Bildung einer Koalition von Sozialdemokraten und Liberalen versucht die schwer angeschlagene Regierung Dänemarks unter Anker Jörgensen momentan einen neuen Feldzug gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Kernpunkte des gemeinsam ausgehandelten Programms sind: Lohnstopp, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20% und „Effektivierung der Arbeitsvermittlung“. Was bedeutet das? Lohnstopp bei einer Inflationsrate von ca. 11% ist Lohnraub bis hin zur absoluten Verelendung. Die Ersparnisse, die manche Arbeiterfamilie vielleicht noch hatte, sind längst durch die niedrigen Tarifabschlüsse seit 1974 aufgezehrt. Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt es im Augenblick noch Krach: Die Liberalen wollen sie auf 20,25% anheben, angeblich damit z.B. die Renten erhöht werden können.

Am Montag gingen die Streiks weiter. Inzwischen sind es 8000 Arbeiter bei Carlsberg und Tuborg, dazu die Müllarbeiter und eine Reihe von Kleinbetrieben. Hatte die Regierung bis dahin gehofft, daß die Kämpfe auf die Hauptstadt eingeschränkt blieben, so hatte sie sich getäuscht: Montagmit-

Kronen für Eßwaren im Monat; nach der Mehrwertsteuererhöhung werden es ca. 2040 sein. Und die „Effektivierung der Arbeitsvermittlung“ ist nichts anderes als der Versuch, die ca. 180000 Arbeitslosen Dänemarks durch Einschränkungen bei der Bewilligung von Arbeitslosengeld und durch Ausdehnung der „Zumutbarkeit“ von bestimmten Beschäftigungen in die Zwangsarbeit zu pressen.

Das Programm ist von der dänischen Arbeiterklasse und den Volksmassen mit einer Protest- und Streikbewegung großen Umfangs zurückgewiesen worden. Bereits am Tag der Verabschiedung vorletzten Donnerstag legten rund 10000 Arbeiter die Arbeit nieder, vor allem die Drucker und Setzer, die Arbeiter der Werft- und Maschinenbauindustrie und viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. 3000 marschierten zum Parlamentsgebäude, um die Regierungsvertreter nach ihrer geglückten Koalition gebührend zu empfangen. Am Freitag wurden die Streiks fortgesetzt und griffen auf weitere Bereiche über: die kampferfahrenen Brauereiarbeiter von Carlsberg und Tuborg in Kopenhagen schlossen sich an, ebenso 400 Müllarbeiter.

Sie faßten einstimmig einen Beschluß, der ein großer Schlag gegen das Expansionsprogramm ist: Eine große Wahlveranstaltung in Aarhus am 16. September, wo Jörgensen als Haupt-

nung, daß die Zeit ihre Absichten vergessen läßt. Die endgültigen Verhandlungen über die Höhe der neuen Mehrwertsteuer sind bis Freitag verschoben worden, „eventuell sogar bis

z.ulg.Rom. Gemeinsame Kampfmaßnahmen „bis hin zum Streik“ haben Gewerkschaftsvertreter aus den Chrysler-Werken in den USA, Frankreich, Großbritannien und Spanien und aus den Werken des französischen Peugeot-Citroen-Konzerns für den Fall beschlossen, daß das neue Automonopol Peugeot-Chrysler Betriebe stillegen oder Rationalisierungsmaßnahmen durchführen will, „die die Arbeitsplätze oder die Verbesserung des Lebensstandards der 250000 betroffenen Lohnabhängigen gefährden“. Zu dem Treffen, das am 30. August in Genf stattfand, hatte der Internationale Metallarbeiterverband eingeladen. In den britischen Chrysler-Werken werden allein 23000 Arbeiter und Angestellte ausgebeutet, in den spanischen weitere 14000. Das Citroen-Werk in Vigo im spanischen Galizien ist der größte Betrieb der ganzen Region. Das Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterverbandes wurde beauftragt, mit der Konzernspitze zu verhandeln. Der Peugeot-Direktor Parayre hat die Aufnahme sofortiger Verhandlungen mit den Gewerkschaften abgelehnt. Auf einer Pressekonferenz in Paris versicherte Parayre, es werde keine Entlassungen geben, um gleich darauf verschärfte Rationalisierung anzukündigen. Auf die wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt wolle der neue Konzern mit einer

„effektiveren Konzentration der finanziellen Mittel, der Entwicklung und der Produktion antworten“.

tag streikten ca. 4000 Arbeiter in Aarhus und zogen zum Rathausplatz, wo Gewerkschaftsvertreter die Auflösung der Regierungskoalition und die Rücknahme des gemeinsamen Programms verlangten. Die Arbeiter, allen voran die Beschäftigten der Dannebrog-Werft, trugen Forderungen wie: „Raus mit SV“, „Stürzt die Regierung“ und „Werft Anker ins Wasser“.

Am Abend fand eine Versammlung von 400 sozialdemokratischen Betriebsräten und Vertrauensleuten statt. Nach amtlichen Rechnungen braucht eine Durchschnittsfamilie heute 2000

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung unter Thomas Nielsen mußte dem Druck dieser Bewegung nachgeben und offiziell die Regierungskoalition und ihr Programm ablehnen. Thomas Nielsen drohte damit, der sozialdemokratischen Partei weitere finanzielle Unterstützung zu verweigern, falls sie das Bündnis mit den Liberalen nicht wieder löse. Auch die Reihen der Sozialdemokraten selber bis hinauf zur Regierung sind zersetzt: Sie fürchten, daß sie die Arbeiter nicht mehr fesseln können. Ihre Furcht ist völlig berechtigt.



4000 Arbeiter aus Aarhus streikten am 4. September und zogen zum Rathausplatz.

redner auftreten sollte, wurde abgeblasen. „Bleib zu Haus, Anker, hier gibt es nichts zu feiern“, hieß es. Am Freitag hatte im Parteibüro der Sozialdemokraten mehrere Stunden lang ein Bild Jörgensens mit der Aufschrift „Gefährlicher Mann“ gehangen, bis sich endlich jemand fand, der es entfernte.

Augenblicklich versucht die Regierung, Zeit zu gewinnen, in der Hoffnung, daß die Zeit ihre Absichten vergessen läßt. [...] Anfang nächster Woche“. Die dänischen Arbeiter werden diese Zeit für neue Kämpfe nutzen, statt sich zu beruhigen. Gerade haben die Kopenhagener Müllarbeiter beschlossen, ihren Streik fortzusetzen. Ihre Forderung nach sofortiger Rücknahme des Regierungsprogramms ist jetzt erweitert um die Forderung nach zusätzlichem Lohn für die Beseitigung der durch die Streiktage entstandenen Müllberge.

Fiat will Aktienmehrheit an spanischem Autokonzern

z.ulg.Rom. Die Übernahme der Aktienmehrheit des spanischen Autokonzerns Seat durch Fiat sei nützlich für das Ziel des italienischen Automonopols, größter Automobilhersteller in Südeuropa zu bleiben, hat der stellvertretende Fiat-Aufsichtsratsvorsitzende Umberto Agnelli in der letzten Woche erklärt. Bei der Seat, die in Lizenz Fiat-Typen baut, wurden im ersten Halbjahr 1978 149000 Autos, 42000 weniger als im Vorjahr, produziert. Fiat hält bisher 38 Prozent des Aktienkapitals, das spanische Staatsmonopol INI 36 Prozent, den Hauptteil des Rests besitzen spanische Großbanken. Nach spanischen Presseberichten wird gegenwärtig über eine Kapitalerhöhung verhandelt, nach der Fiat mit 70 Prozent die ausschließliche Kontrolle über den größten spanischen Autokonzern erlangen würde. – Die 1600 Arbeiter des Seat-Werks Landaben im baskischen Pamplona stehen seit vorletzten Donnerstag im Streik. Die Geschäftsleitung hatte vielen Arbeitern von den Augustlöhnen zwischen 2500 und 4500 Peseten (67,50 bis 121,50 DM) abgezogen, weil sie die vorgeschriebene Produktionsnorm nicht erreicht hätten. Ursache dafür waren mehrfache Arbeitsunterbrechungen infolge einer Umstellung in der Türenproduktion. Die Arbeiter fordern die sofortige Auszahlung der einbehaltenen Lohngelder. Nachdem die Arbeit kurz wieder aufgenommen worden war, haben die Arbeiter am letzten Montag den Betrieb besetzt, weil sich die Geschäftsleitung weigert, die Forderung zu erfüllen.

gen Zwangsmaßnahmen wie die Sperre des Arbeitslosengeldes haben nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Die Arbeitsämter klagen, daß es „Falschmeldungen“ über die Arbeitsaufnahme gebe. Die arbeitslosen Arbeiter lassen sich nicht zu jedem Lohn ausbeuten. Was über die Arbeitsämter nicht durchgesetzt werden konnte, soll jetzt die Justiz mit der Anwendung des Strafgesetzes erledigen. „Die Betroffenen“ hätten „sogar mit Geld- und Freiheitsstrafen zu rechnen“, schreibt die rheinland-pfälzische Landesregierung.

Recht der Kapitalisten auf alle „Diensterfindungen“

z.bil. Auf jeden Muskel, Nerv und Gehirn erhebt die herrschende Kapitalistenklasse Anspruch. Für das „Gehirn“ haben sie das „Arbeitnehmererfindungsgesetz“, dem alle „Erfindungen und technischen Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern im privaten und öffentlichen Dienst, von Beamten und Soldaten“ unterliegen (§ 1). „Erfindung“ ist die Erscheinungsform der Tatsache, daß die Arbeiterklasse als produktive Klasse aus den Erfahrungen im Produktionsprozeß technische Neuerungen usw. entwickelt. Das besagte Gesetz verpflichtet den Arbeiter, diese „Diensterfindung“ unverzüglich dem Arbeitgeber zu melden. Bei dieser Meldung muß alles angegeben werden, was der Kapitalist braucht, um zu entscheiden, ob die Sache profitabel anzuwenden ist oder nicht. Dem Kapitalisten steht es sodann zu, die „Diensterfindung“ unbeschränkt oder beschränkt oder auch nicht in Anspruch zu nehmen. Nimmt er sie unbeschränkt in Anspruch, gehen alle Rechte an der „Diensterfindung“ auf den Kapitalisten über. Der Arbeiter ist verpflichtet, seine Zustimmung zu Patentanmeldungen sowohl in der BRD als auch in allen anderen fremden Ländern zu erteilen.

„Mindestens die gleichen Beschränkungen wie ein Verteidiger“

z.brp. Der Bundesgerichtshof hat am 10. August verfügt, daß alle Landesjustizverwaltungen „mit Trennscheiben versehene Besucherzellen“ für „Privatbesuche“ einzurichten haben. Die Begründung: Es könne nicht davon ausgegangen werden, „daß vom Besucherverkehr grundsätzlich keine Gefahr ausgehe“, denn „häufig wird von außen der Versuch unternommen, das Aussageverhalten (des Gefangenen) zu beeinflussen“. Die Gefahr für die Bourgeoisie ist, daß Gefangene durch den Kontakt mit „Privatbesuchern“ über den Klassenkampf der Arbeiterklasse informiert werden und den Kampf in den Gefängnissen als Teil des Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie führen. Getrennt werden soll der Gefangene von diesen Erfahrungen. Darf ein Besucher „im Einzelfall“ ein *überwachtes* Gespräch *ohne* Trennscheibe mit dem Gefangenen führen, dann wird er vor und nach dem Gespräch völlig entkleidet und durchsucht.

Symbolträchtiger Kauf

z.brp. Die Deutsche Bank will das „Welthandelszentrum“ im Herzen New Yorks kaufen. Das amerikanische Finanzkapital ist gegen den Verkauf. Ihr ist der westdeutsche Imperialismus schon zu nah auf den Pelz gerückt: Im August haben Kongreß und Senat ein Gesetz gegen die „Freiheiten“ ausländischer Banken erlassen müssen. Vorher brauchten die ausländischen Banken keine Mindestreserve bei der amerikanischen Zentralbank zu hinterlegen, brauchten für die Einleger keine Versicherung einzurichten, konnten Filialen in allen Bundesstaaten aufbauen und konnten als Investment- und als Geschäftsbanken auftreten. Und da der US-Imperialismus angeschlagen ist, können seine Konkurrenten über das Bankgeschäft immer stärker an dem der amerikanischen Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwert teilhaben; in den letzten drei Monaten haben drei amerikanische Großbanken ausländische Mehrheitsbeteiligungen akzeptieren müssen. Der Wahlspruch der Deutschen Bank wird ihnen fürchterlich in den Ohren klingen: „Die Deutsche Bank hat nicht den Ehrgeiz, an allen Plätzen der Welt vertreten zu sein. Aber sie will überall dort, wo sie ist, erstklassig vertreten sein“. Und der westdeutsche Imperialismus fühlt sich stark genug, gegenüber seinen Konkurrenten seine Ansprüche auf Weltherrschaft anzumelden.

„Der genialste Bettler“ – ein Vorgänger von Ehrenberg

z.alb. Friedrich von Bodelschwingh (1831 – 1910) ist Gründer der Bethel-Anstalten, in Bourgeoiskreisen jedoch besonders wegen seines Einsatzes für „barmherzige Gesetze“, d.h. „eine Gesetzgebung, die den Arbeitswilligen fördert und den Faulpelz straft“, geschätzt. Unter diesem Motto hat Bodelschwingh – ausgehend von Bethel – „Arbeiter-Kolonien“ gegründet, „gemeinnützige Anstalten zur Beschäftigung arbeitsloser Arbeitswilliger, insbesondere auch zur Gewöhnung verbummelter Vagabunden und Trinker an regelmäßige Arbeit, auch Halbinvaliden und Saisonarbeiter“ (Brockhaus). Für Arbeiterkolonien, Arbeitszuchthäuser – zur Zeit der Weltwirtschaftskrise noch weiterentwickelt von seinem Sohn um den „freiwilligen Arbeitsdienst“ –, insbesondere aber die „Arbeitstherapie“ in den Anstalten, dafür hat er Millionen Mark aus „vielen tausend kleinen Spenden bewußter Christen und Bürger“ zusammengeraubt. Das hat Bundespräsident Scheel anläßlich seines kürzlichen Besuches in Bethel große Bewunderung abverlangt.

Bethel ist heute ein kirchliches Großunternehmen mit hauseigenem „Bruder- und Mutterhaus“, Pfarrkonvikt, theologischer Hochschule – nicht zu vergessen die „Bethel-Mission“, die im südlichen Afrika noch heute ihr Unwesen treibt. Der „Geist“ des alten Bodelschwingh ist noch nicht dahin: In Bethel hat die Kirche die Ausbeutung auf 90% der „Behinderten“ ausgedehnt, Anfang der sechziger Jahre waren es 10% weniger. 1966 wurden 3500 Beschäftigte zum bekannten Gotteslohn ausgebeutet, und eine „Familie“ von 36139 Menschen hat sich die Kirche in der „Bethel-Gemeinde“ unterworfen.

Das alles ist so ganz nach dem Wohlgeschmack der Kapitalisten: Unter dem Mäntelchen der Nächstenliebe durch Spenden aus dem Lohn der Massen das Geschäft der Zwangsarbeit zu betreiben. Scheel schwärmte dann auch ob dieser doppelten Auspressung: „Man hat ihn den genialsten Bettler seiner Zeit genannt ... Ich bin sicher, daß jeder, der mit offenen Augen und aufgeschlossenen Sinns diese Anstalt besucht, viel lernen kann.“ Ehrenberg betreibt das Geschäft. Es könnte noch maßloser sein, denkt Scheel: „Ein Sozialstaat, der mit dem Abbau der Bereitschaft zu persönlicher Hilfe einherginge, wäre zu teuer, viel zu teuer erkauft.“

Wie der Peterspfennig zu Kapital wird

z.and.Rom. Über 100 Mrd. Lire (250 Mio. DM) ziehen die Pfaffen in aller Welt den Katholiken jährlich als „Peterspfennig“ aus der Tasche. 65 Mrd. Lire davon werden für die Mästung des vatikanischen Hofstaats verwendet, den Rest nimmt das „Institut für die Werke der Religion“ (IOR), die vatikaneigene Hausbank, in seine Obhut. Geleitet wird das IOR von dem amerikanischen Erzbischof Marcinkus, ein Mann mit den besten Beziehungen zur „Commercial Illinois Bank“ in

den 3500 Beschäftigte zum bekannten Gotteslohn ausgebeutet, und eine „Familie“ von 36139 Menschen hat sich die Kirche in der „Bethel-Gemeinde“ unterworfen.

Das alles ist so ganz nach dem Wohlgeschmack der Kapitalisten: Unter dem Mäntelchen der Nächstenliebe durch Spenden aus dem Lohn der Massen das Geschäft der Zwangsarbeit zu betreiben. Scheel schwärmte dann auch ob dieser doppelten Auspressung: „Man hat ihn den genialsten Bettler seiner Zeit genannt ... Ich bin sicher, daß jeder, der mit offenen Augen und aufgeschlossenen Sinns diese Anstalt besucht, viel lernen kann.“ Ehrenberg betreibt das Geschäft. Es könnte noch maßloser sein, denkt Scheel: „Ein Sozialstaat, der mit dem Abbau der Bereitschaft zu persönlicher Hilfe einherginge, wäre zu teuer, viel zu teuer erkauft.“

Wie der Peterspfennig zu Kapital wird

z.and.Rom. Über 100 Mrd. Lire (250 Mio. DM) ziehen die Pfaffen in aller Welt den Katholiken jährlich als „Peterspfennig“ aus der Tasche. 65 Mrd. Lire davon werden für die Mästung des vatikanischen Hofstaats verwendet, den Rest nimmt das „Institut für die Werke der Religion“ (IOR), die vatikaneigene Hausbank, in seine Obhut. Geleitet wird das IOR von dem amerikanischen Erzbischof Marcinkus, ein Mann mit den besten Beziehungen zur „Commercial Illinois Bank“ in

Chicago, die dem Papst die profitträchtige Anlage seines Kapitals in den im Vergleich zu Italien „sicheren“ USA besorgt. Marcinkus lenkt auch die Investitionen des Vatikan in den „Billiglohnländern“ des Fernen Ostens. Da trifft es sich gut, daß das IOR auch die etwa 550 Mio. DM zu verwalten hat, die allein am letzten Erntedankfest „für die Evangelisierung der Völker“ gesammelt wurde.

Den Grundstock für die Kapitalmasse des Heiligen Stuhls hat der Vatikan 1929 im Rahmen der Lateran-Verträge vom italienischen faschistischen Staat erhalten: eine Milliarde Lire in Staatspapieren zu 5 Prozent und weitere 750 Mio. Lire in bar, zusammen nach damaligem Wert 80 Mio. Dollar. Der ehemalige Vizepräsident der italienischen Großbank „Banca Commerciale“ Bernardino Nogara übernahm als Chef der „Sonderverwaltung für das Vermögen des Heiligen Stuhls“ die Anlage dieses Kapitals, dessen Wert heute auf 2 Mrd. Dollar geschätzt wird: ein Drittel in Aktien, ein Drittel in Immobilien, ein Drittel in Gold und Devisen.

Als einer der größten Aktionäre der Welt ist der Papst gegenwärtig außer bei Bethlehem Steel unter anderem an der Ausbeutung der Arbeiter von General Motors, General Electric, Shell, Gulf Oil, IBM, TWA und Pan American beteiligt. Für die Aufsicht über den Konzern gründete Paul VI. 1967 die „Administration für das Vermögen des Apostolischen Stuhls“ (APSA) unter Leitung von Kardinalstaatssekretär Villot. 5000 vorwiegend in der römischen Altstadt liegende vatikanische Wohnungen haben bisher eine Durchschnittsmiete von 700000 Lire jährlich eingebracht. Als besonderes Antrittsgeschenk für Johannes Paul I. wird aufgrund des neuen Mietgesetzes eine Steigerung der Mieteinnahmen auf ein Mehrfaches erwartet.

Jahreszins 23% – Kreditkarten sind ein Riesengeschäft für die Banken

z.hef.London. „Mit EUROCARD zahlen Sie bargeldlos. Überall in der Welt. Und nicht nur in Hotels.“ Mit ganzseitigen Anzeigen werben die westdeutschen Banken und Sparkassen für ihre neue Kreditkarte.

Die Kreditkarten wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA eingeführt. Ihr Zweck war, die Spesenabrechnung für die Kapitalisten und die Absetzung der Spesen von der Steuer zu erleichtern. Die Banken wollen ihre Kreditkarte in dem Image dieser Bourgeoiseinrichtungen mitschwimmen lassen. Tatsächlich besteht zwischen Einrichtungen für die Bourgeoisie und ihrem Anhang wie „American Express Card“ oder „Diners Club“ und den Bankkreditkarten ein fundamentaler Unterschied.

Die sogenannten „T & E Cards“, was für „Travel and Entertainment“, Reise und Unterhaltung, steht, werden gegen eine Jahresgebühr von 80 Mark an den Kapitalisten, an leitende Angestellte usw. ausgegeben. Ein Jahreseinkommen in bestimmter Höhe muß nachgewiesen werden. Gegen Vorlage der Karte und Unterschrift kann damit gezahlt werden, die Händler, Restaurants, Hotels usw. schicken die Rechnungen an eine Zentralstelle, einmal im Monat erhält der Bourgeois die Gesamtrechnung und läßt sie ganz von seinem Spesenkonto begleichen. Das Geschäft für die Firmen wie „American Express“ liegt in der Jahresgebühr, mit der sie sich den Service von dem Bourgeois vergüten lassen.

Mit den Bankkreditkarten kann im Prinzip in der selben Weise gezahlt werden. Der Unterschied besteht darin, daß ihre Ausgabe meistens kostenlos ist. Und daß der Karteninhaber den Rechnungsbetrag nicht sofort zu begleichen hat, sondern in Raten zahlen kann.

Das Geschäft mit den Bankkreditkarten besteht darin, daß der Arbeiter oder Angestellte, der eine solche Karte hat, *nicht* alles auf einmal zurückzahlen kann, sondern zu hohen Zinsen etwas auf seinem Kreditkartenkonto stehen lassen muß. In Großbritannien sind die Bankkreditkarten seit mehreren Jahren im Gebrauch. Von der größten Bank, Barclay's, sind inzwischen über 4 Millionen Exemplare der „Barclaycard“ ausgegeben worden, das Konkurrenzunternehmen der anderen Banken hat 3,5 Millionen „Access“-Karten ausgegeben. Wer bei der Barclay's Bank z.B. sein Lohnkonto hat und eine Scheckkarte braucht, um seine Schecks einzulösen, muß eine Barclaycard beantragen. Schon die weite Verbreitung zeigt, daß es den Banken hier nicht darum geht, für die Verwaltung der Luxusausgaben der Kapitalisten einen Teil des Profits einzustecken – wie dies bei den T & E-Karten der Fall ist –, sondern daß sie es auf den Arbeitslohn abgesehen haben, von dem sie einen Teil als Zins kassieren wollen.

Gleichzeitig mit der Ausgabe der Karte wird dem Inhaber eine Kredithöchstgrenze mitgeteilt – meistens beginnt sie mit 200 Pfund (etwa 800 Mark) und wird im Laufe der Zeit erhöht. Mit der Karte kann man in fast allen Kaufhäusern und Einzelhandelsgeschäften einkaufen, kann tanken, Eisenbahnfahrten zahlen, im Restaurant essen, in einigen Bezirken Großbritanniens testweise jetzt auch Wasserrechnungen, Grundsteuer und Strom zahlen. Die Bank zahlt nicht den vollen Betrag an die Händler, sondern behält 3% ein. Monatlich wird dem Karteninhaber ein Auszug zugeschickt mit der Summe, die ausgegeben wurde, und der Summe, die mindestens gezahlt werden muß. Diese Mindestrückzahlsumme liegt zur Zeit bei 5% oder 5 Pfund im Monat, welches größer ist. Der Rest kann auf dem Konto stehenbleiben und wird zusammen mit eventuellen weiteren Käufen bis zur Kredithöchstgrenze in den folgenden Monaten abgestottert. Der monatliche Zins dafür beträgt 1,75 Prozent – was einem Jahreszins von 23 Prozent entspricht. Auf die Kreditkarte wird von den Banken auch Bargeld ausgezahlt. Die „Bearbeitungsgebühr“ beträgt 2,5 Prozent, und nach einem Monat werden die genannten Zinsen fällig.

Durchschnittlich betrugen die Schulden auf den Kreditkartenkonten Anfang dieses Jahres 100 Pfund (etwa 400 DM). Die durchschnittliche Rückzahlzeit lag bei 4 Monaten. Die Banken erwarten jetzt eine Steigerung der Durchschnittsschulden auf 130 Pfund und eine Ausdehnung der Rückzahlzeit auf 7 Monate. Die Nettoprofite mit den beiden Bankkreditkarten in Großbritannien betrugen nach offiziellen Angaben der Banken 17 Mio. Pfund im letzten Jahr, etwa 70 Mio. DM. Es handelt sich bei der Bankkreditkarte im Grunde um die Ausdehnung des Ratenkaufs auf nahezu alle Bereiche der Reproduktion. Gleichzeitig wird in den Händen der Großbanken jeder Kredit, den der Arbeiter nehmen muß, zentralisiert. Das eröffnet auch viel bessere Beschnüffelungsmöglichkeiten.

Aussaugung der westdeutschen Volksmassen durch das Finanzkapital

Jahr	Kredite von/ wirtschaftlich unselbständigen Privatpersonen Mrd. DM	Nettolohnsumme aller unselbständig Beschäftigten Mrd. DM	Anteil der Kredite an der Nettolohnsumme in %
1968	28,435	186,9	15,2%
1969	34,904	206,1	16,9%
1970	40,589	236,6	17,1%
1971	48,146	261,6	13,4%
1972	60,446	285,3	21,2%
1973	67,472	310,7	21,7%
1974	69,937	334,8	20,9%
1975	79,038	346,8	22,8%
1976	98,908	359,8	27,5%
1977	122,056	380,8	32,0%
1978	135,357	–	–

Die Verschuldung der Volksmassen beim Finanzkapital zeigt, wie die westdeutsche Kapitalistenklasse den Lohnstandard der Arbeiterklasse gedrückt hat. Die Tabelle weist 1977 eine Verschuldung in Höhe von einem Drittel der jährlichen Nettolohnsumme aus, wobei in diese Nettolohnsumme in den Statistiken der Bourgeoisie auch die fetten Gehälter der Funktionäre der Kapitalisten miteingeht. Die Deutsche Bundesbank weist in ihren Statistiken außerdem nur die *Kredithöhe* aus, nicht aber, daß das Finanzkapital das Doppelte und mehr über Zinsen, Verzugszinsen, Gebühren, Verzugsgebühren usw. erpreßt.

Boscharbeiterinnen setzen festen Stundenlohn durch

r.kar. Ein Jahr lang haben die Arbeiterinnen der Leiterplattenfertigung bei der AEG-Westberlin in der Bahnfabrik dagegen gekämpft, daß in ihrer Abteilung die Arbeit im Akkord verrichtet werden soll. Der Betriebsrat hatte zunächst gegen den Plan der Geschäftsleitung Stellung genommen und stattdessen ein Prämiensystem vorgeschlagen. Nachdem die Arbeiterinnen jetzt erneut mehrheitlich gegen den Akkord gestimmt hatten, gab die Geschäftsleitung offiziell ihren vorläufigen Verzicht bekannt. In vielen Elektrobetrieben entwickeln die Arbeiter hartnäckige Kämpfe gegen das Akkordsystem.

Der letzte Lohnabschluß hatte für die Arbeiterinnen in der Elektroindustrie am wenigsten gebracht. In Westberlin sind 67% aller Frauen in der Metallindustrie in der Lohngruppe 1 und 16% in der Lohngruppe 2. Für sie waren es Erhöhungen von 30 bis 40 Pfennigen. Durch hohe Prozente im Akkord versuchten viele, diesen Lohnraub auszugleichen. Da die Kapitalisten aber schon seit langem die Akkordsätze anziehen, wirkt sich der Lohnraub in hohen Fehlzeiten, langer Krankheit und Verlängerung des Urlaubs aus. Für 1600 bis 1700 DM brutto (etwa 1200 bis 1300 DM netto) muß man schon 140% abrechnen.

Für die Kapitalisten sind hohe Akkordprozente immer der beste Vorwand, die Akkordschraube weiter anzuziehen. Dabei versuchen sie, den Arbeitern auch noch die Schuld dafür zu geben. Bei Bosch Westberlin in der Leiterplattenfertigung begründeten sie die Einführung von Gruppenakkord damit, daß sich die Arbeiter im Gruppenakkord gegenseitig erziehen sollten. Oder: Ihr seid doch selber daran schuld, wieso rechnet ihr so hohe Prozente ab? Damit begründeten sie die Kürzung von Zulagen beim Schichten von Motordrehfedersätzen bei SEL. Oftmals gelingt es ihnen auch, damit die Arbeiter zu spalten.

Häufig sind es ausländische Arbeiterinnen, die hohe Prozente schreiben und aus Angst vor Entlassungen und Verlust der Aufenthaltsgenehmigung schwer für den Kampf zu gewinnen sind. Oder Frauen, die mit ihrem Hungerlohn allein eine Familie ernähren müssen. Die Sozialdemokraten tun meist noch ihr Übriges zur Unterdrückung und Zersplitterung der Kämpfe. Bei SEL haben sie nicht einmal über einen Streik der Kabelformerinnen gegen Akkordverschärfung berichtet, bis eine Vertrauensfrau dies tat. So konnte er nur schwer von anderen Abteilungen unterstützt werden.

Aber der Druck auf den Lohn und die unerträgliche Arbeitshetze, die soweit führt, daß Arbeiterinnen einzeln die Arbeit verweigern oder nicht mehr aus dem Urlaub zurückkommen, läßt die Einheit gegen das Akkordsystem wachsen. Einzelne Abteilungen führen hartnäckige Kämpfe gegen die Akkordarbeit. Die Arbeiterinnen bei Bosch haben im Kampf gegen den Gruppenakkord die Absicherung des Stundenlohns gefordert. Debatten werden unter Kollegen geführt, daß man nicht nur gegen einzelne Akkorderhöhungen sich wenden muß, sondern wie die Arbeiterinnen bei Bosch einen festen Stundenlohn in ausreichender Höhe braucht.

Gefügige Knechte für die Professorenreaktion

can Express“ liegt in der Jahresgebühr, mit der sie sich den Service von dem Bourgeois vergüten lassen.

Mit den Bankkreditkarten kann im Prinzip in der selben Weise gezahlt werden. Der Unterschied besteht dar-

höchstgrenze mitgeteilt – meistens beginnt sie mit 200 Pfund (etwa 800 Mark) und wird im Laufe der Zeit erhöht. Mit der Karte kann man in fast allen Kaufhäusern und Einzelhandelsgeschäften einkaufen, kann tanken,

len Angaben der Banken 17 Mio. Pfund im letzten Jahr, etwa 70 Mio. DM. Es handelt sich bei der Bankkreditkarte im Grunde um die Ausdehnung des Ratenkaufs auf nahezu alle Bereiche der Reproduktion. Gleich-

der Kapitalisten miteingeht. Die Deutsche Bundesbank weist in ihren Statistiken außerdem nur die Kredithöhe aus, nicht aber, daß das Finanzkapital das Doppelte und mehr über Zinsen, Verzugszinsen, Gebühren, Verzugsgebühren usw. erpreßt.

Boscharbeiterinnen setzen festen Stundenlohn durch

r.kar. Ein Jahr lang haben die Arbeiterinnen der Leiterplattenfertigung bei der AEG-Westberlin in der Bahnfabrik dagegen gekämpft, daß in ihrer Abteilung die Arbeit im Akkord verrichtet werden soll. Der Betriebsrat hatte zunächst gegen den Plan der Geschäftsleitung Stellung genommen und stattdessen ein Prämiensystem vorgeschlagen. Nachdem die Arbeiterinnen jetzt erneut mehrheitlich gegen den Akkord gestimmt hatten, gab die Geschäftsleitung offiziell ihren vorläufigen Verzicht bekannt. In vielen Elektrobetrieben entwickeln die Arbeiter hartnäckige Kämpfe gegen das Akkordsystem.

Der letzte Lohnabschluß hatte für die Arbeiterinnen in der Elektroindustrie am wenigsten gebracht. In Westberlin sind 67% aller Frauen in der Metallindustrie in der Lohngruppe 1 und 16% in der Lohngruppe 2. Für sie waren es Erhöhungen von 30 bis 40 Pfennigen. Durch hohe Prozente im Akkord versuchten viele, diesen Lohnraub auszugleichen. Da die Kapitalisten aber schon seit langem die Akkordsätze anziehen, wirkt sich der Lohnraub in hohen Fehlzeiten, langer Krankheit und Verlängerung des Urlaubs aus. Für 1600 bis 1700 DM brutto (etwa 1200 bis 1300 DM netto) muß man schon 140% abrechnen.

Für die Kapitalisten sind hohe Akkordprozente immer der beste Vorwand, die Akkordschraube weiter anzuziehen. Dabei versuchen sie, den Arbeitern auch noch die Schuld dafür zu geben. Bei Bosch Westberlin in der Leiterplattenfertigung begründeten sie die Einführung von Gruppenakkord damit, daß sich die Arbeiter im Gruppenakkord gegenseitig erziehen sollten. Oder: Ihr seid doch selber daran schuld, wieso rechnet ihr so hohe Prozente ab? Damit begründeten sie die Kürzung von Zulagen beim Schichten von Motordrehfedersätzen bei SEL. Oftmals gelingt es ihnen auch, damit die Arbeiter zu spalten.

Häufig sind es ausländische Arbeiterinnen, die hohe Prozente schreiben und aus Angst vor Entlassungen und Verlust der Aufenthaltsgenehmigung schwer für den Kampf zu gewinnen sind. Oder Frauen, die mit ihrem Hungerlohn allein eine Familie ernähren müssen. Die Sozialdemokraten tun meist noch ihr Übriges zur Unterdrückung und Zersplitterung der Kämpfe. Bei SEL haben sie nicht einmal über einen Streik der Kabelformerinnen gegen Akkordverschärfung berichtet, bis eine Vertrauensfrau dies tat. So konnte er nur schwer von anderen Abteilungen unterstützt werden.

Aber der Druck auf den Lohn und die unerträgliche Arbeitshetze, die soweit führt, daß Arbeiterinnen einzeln die Arbeit verweigern oder nicht mehr aus dem Urlaub zurückkommen, läßt die Einheit gegen das Akkordsystem wachsen. Einzelne Abteilungen führen hartnäckige Kämpfe gegen die Akkordarbeit. Die Arbeiterinnen bei Bosch haben im Kampf gegen den Gruppenakkord die Absicherung des Stundenlohns gefordert. Debatten werden unter Kollegen geführt, daß man nicht nur gegen einzelne Akkorderhöhungen sich wenden muß, sondern wie die Arbeiterinnen bei Bosch einen festen Stundenlohn in ausreichender Höhe braucht.

Gefügige Knechte für die Professorenreaktion

Wirkungen des niedersächsischen Hochschulgesetzes auf die Personalstruktur

r.gör. Die Professorenschaft, Speerspitze der Reaktion und gleichsam subalterne Dienstherren, bildet nur einen geringen Teil des gesamten Personals an den Hochschulen. Die überwiegende Mehrheit besteht aus Assistenten, Lektoren, Hilfskräften, aus Laboranten, technischen und ärztlichen Mitarbeitern und Verwaltungspersonal; sie bilden die Verfügungsmasse für die Dienstherren. Nach der jüngsten Statistik haben überhaupt nur 80% eine Anstellungsurkunde oder einen Dienstvertrag; nur 71% sind hauptberuflich an den Hochschulen tätig; die Teilzeitarbeit liegt bei 10 bis 12%. 80% haben befristete Arbeitsverträge; 82,2% aller Arbeitsverträge besitzen eine Laufzeit von nur bis zu drei Jahren.

Worauf es der Bourgeoisie jetzt ankommt, ist die Organisierung dieser extremen Zersplitterungen und Spaltungen (die entsprechende Spaltung der Löhne und Gehälter bewegt sich von unter 500 bis über 10000 DM/Monat), um sie für eine systematische Politik der Rationalisierung, Lohnsenkung und Unterdrückung brauchbar zu machen. Bisher konnte dies in größerem Maßstab erst bei dem technischen und Verwaltungspersonal eingeleitet werden: deren Anteil an der Gesamtheit der Beschäftigten wurde bei stark wachsendem Arbeitsanfall erheblich gesenkt; mittels ABM-Maßnahmen wurde dann nachgestoßen: an der Universität Osnabrück z.B. bis zu 46 Beschäftigte, an der Oldenburger Universität etwa 40. Beim wissenschaftlichen Personal sind erst Anfänge erkennbar. Z.B. am Fachbereich 2 der Universität Osnabrück, wo Assistenten entlassen und stattdessen ABM-Maßnahmen (100% aus Geldern der Arbeitslosenversicherung) beantragt wurden.

Mit dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) will die Bourgeoisie hier nun einen Durchbruch erzielen. Voraussetzung dafür bildet die systematisch betriebene Überzufuhr von Akademikern auf den Arbeitsmarkt. „Gegenwärtig sind an den Hochschulen in der BRD rund 30000 Assistenten tätig“, bemerkte NRW-Wissenschaftsminister Rau. „Auch wenn diese Zahl nicht noch weiter erhöht wird, ist damit zu rechnen, daß 1985 nur noch 14% von ihnen eine Dauerstellung finden werden.“ Die Überzufuhr wird planmäßig betrieben, denn – so der Vorsitzende des Wissenschaftsrates Kewenig: „Wenn Angebot und Nachfrage bedarfsorientiert aufeinander abgestimmt werden, bleiben die Preise, in diesem Falle die Gehälter, weitgehend stabil.“ Das Gegenteil will indessen die Bourgeoisie: Lohnsenkungen und Auspressung von noch mehr unbezahlter Mehrarbeit. Von A13 auf A9 bis A12. Die Lehrer sind bereits mit zahlreichen solchen Plänen konfrontiert worden.

An den Hochschulen soll das Ziel mittels einer neuen Personalstruktur erreicht werden. Dies ist überhaupt der Weg, auf dem, verbunden mit Ausplünderung durch Inflation, entscheidende Lohnniveausenkungen durchgesetzt werden. Eingriffsstelle für das NHG bilden die wissenschaftlichen Assistenten, die die Masse des wissenschaftlichen Personals bilden. Sie haben durchweg Zeitvertäge (in Niedersachsen sechs Jahre). Ihre bisherige Bezahlung liegt bei A13, also der derzeitige Schwellenwert, den die Bourgeoisie brechen will. Zugleich ist es so, daß Teile der Assistenten auf der Seite der Studenten gegen die Hochschulpolitik des bürgerlichen Staates stehen und trotz extrem geschürter Konkurrenz unter diesen Akademikern ihre Mehrheit sich dem reaktionären Zugriff des Staatsapparates widersetzt.

Das NHG führt den Angriff, indem es vorsieht, daß nur noch ganz wenige ausgefilterte Nachwüchsler sich auf besonderen „Hochschulassistentenstellen“ für eine Professorenkarriere hinaufbuckeln können. Die Masse der Arbeit soll in Zukunft von „Mitarbeitern“ (§ 65 NHG) getan werden, „nach den Weisungen des Vorgesetzten“. Zu ihren Aufgaben gehört „die Durchführung von Lehrveranstaltungen unter der Verantwortung eines Professors“. „*Außerhalb* der Arbeitszeit (soll ihnen) Gelegenheit zur selbständigen wissenschaftlichen Tätigkeit gegeben werden.“

Kalkulierter Effekt ist dann der Druck, der von diesen gedrückten Akademikern auf das ganze übrige Personal an den Hochschulen ausgehen soll. Die Konkurrenz soll Lebenselixier werden, sie sei – wie der Wissenschaftsrat am 11. November 1977 programmatisch formulierte und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft einen Monat später „begrüßte“ – die natürliche und zwingende Form der „Leistungserbringung“. Nur noch Zeitverträge soll es für die wissenschaftlichen Mitarbeiter geben, war zudem die Empfehlung des Wissenschaftsrates. Und aus einem Schreiben von Pestels Staatssekretär Freiherr von Campenhausen an die niedersächsischen Universitäten (vom 14.7.78) erkennt man, daß die Landesregierung genau dies plant. Außerdem beabsichtigt sie, die bisherigen Assistenten, die nicht durch das Nadelöhr der Professorenkarriere schlüpfen, ganz zu entfernen: sie sollen sich nicht erneut bewerben dürfen, da weiterer „Förderung“ nicht würdig.

Was geschieht in dieser Lage? Reformisten und Revisionisten (zuletzt in einer Stellungnahme aus dem Hochschulreferat der GEW) propagieren dieses Nadelöhr der Professorenkarriere; man wolle sich einsetzen, daß möglichst viele der betroffenen Assistenten noch hindurchschlüpfen. Das richtet Schaden an. Auf der anderen Seite jedoch entwickelt sich der Zusammenschluß der Beschäftigten und der Assistenten für unbefristete Verträge (unter Einschluß ihrer Aufnahme in die Sozialversicherung auf der Grundlage des BAT). Die Anerkennung dieser Forderungen durch ÖTV und GEW konnte erreicht werden.

Verbot der Teilzeitarbeit!

z.gug. In seiner Regierungserklärung Ende 1976 hatte Bundeskanzler Schmidt erhöhte Anstrengungen der Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft bei der Erweiterung der Teilzeitarbeit, insbesondere im öffentlichen Dienst, angekündigt und dies auf dem Beamtentag im März nochmals bekräftigt. Im Zwischenbericht des Bundesinnenministeriums zum Stand der Dienstrechtsreform wird der Plan, die Beamtenschaft ebenfalls in Zukunft zu großen Teilen zur Teilzeitarbeit zu zwingen, gar als die „große Lösung" gepriesen.

„Inzwischen sind in der Bundesrepublik", schreibt die Gewerkschaftszeitung der GEW „Erziehung und Wissenschaft", „wenigstens 15000 Lehrer arbeitslos – eine Verkürzung der Arbeitszeit wäre somit ein längst überfälliger Beitrag zur Beseitigung der Lehrerarbeitslosigkeit und ihrer politischen Folgen."

Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung des Arbeitstages? Karl Marx schreibt im Band I des „Kapital":

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivität seiner Armee, desto größer die industrielle Reservearmee."

Die Sozialdemokraten dagegen behaupten, durch Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit nicht nur die durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugte Arbeitslosigkeit beseitigen zu können, sondern sie wollen auch menschlich sein:

„Die Freigabe der Teilzeitbeschäftigung dient daneben der Ausweitung des Freiraums der Beamten bei der Ausgestaltung ihres Arbeits- und Freizeitverhaltens und verwirklicht insoweit gesellschaftspolitische Anliegen" (Zwischenbericht des BMI).

Dagegen stellt Karl Marx fest:

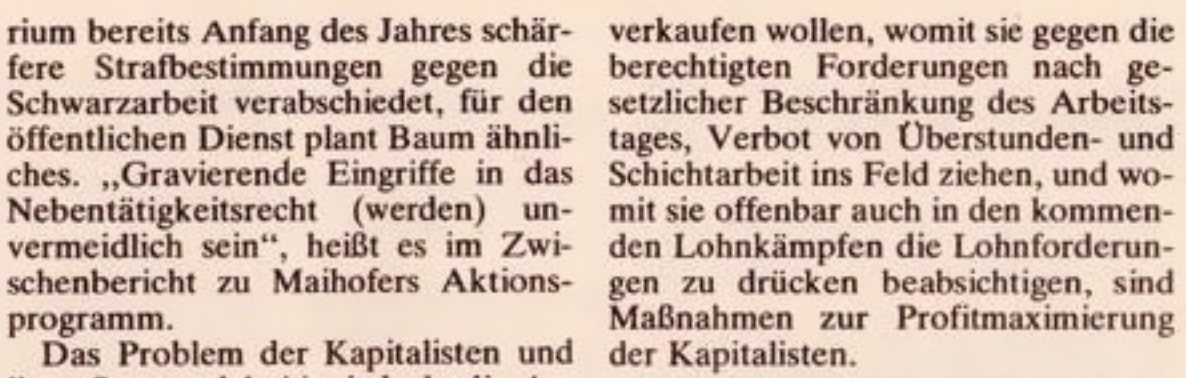
„Die Festsetzung eines normalen Arbeitstages ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter" (Kapital, Band I).

Einsicht der Kapitalisten und ihres Staatsapparates in die zerstörerischen Wirkungen auf die Arbeitskraft und in die Notwendigkeit der Begrenzung des Arbeitstages? Kein Gedanke! Es handelt sich um abgefeimte sozialdemokratische Demagogie, die die Absichten der Lohnsenkung, der Intensivierung des Arbeitstages und seine Ausdehnung durch Überstunden- und Schichtarbeit verhüllen soll.

Gegenwärtig sind in Westdeutschland 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellte in Teilzeitarbeit beschäftigt, davon ein Viertel im öffentlichen Dienst.

Erzeugung schärfster Konkurrenz unter den Arbeitern und Angestellten durch den mit der Teilzeitarbeit verbundenen elend niedrigen Lohn, macht den Kapitalisten das „Betriebsklima" besser verträglich bei Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Damit dies niedrige Lohnniveau auch nicht überstiegen werden kann, z.B. durch zusätzliche Tätigkeiten außer der Teilzeitarbeit, hat das Ehrenbergministerium bereits Anfang des Jahres schärfere Strafbestimmungen gegen die Schwarzarbeit verabschiedet, für den öffentlichen Dienst plant Baum ähnliches. „Gravierende Eingriffe in das Nebentätigkeitsrecht (werden) unvermeidlich sein", heißt es im Zwischenbericht zu Maihofers Aktionsprogramm.

Das Problem der Kapitalisten und ihres Staates dabei ist jedoch, die Arbeiter in großem Umfang auf Teilzeit-





Demonstration der GEW in Frankfurt im Dezember 1976. Der Hauptvorstand ruft gegenwärtig zu einer Protestkundgebung gegen das geplante 7. Besoldungserhöhungsgesetz für den 25. September in der Stadthalle Bonn auf.

arbeit zu setzen und ihre Arbeitskraft zu Elendslöhnen in Teilzeitarbeit zu vernutzen.

„Eine andere Frage ist natürlich, ob eine genügend große Zahl der derzeitigen Vollerwerbstätigen bereit und in der Lage wäre, eine wesentlich längere Freizeit gegen eine erhebliche Einkommenseinbuße einzutauschen", schreibt das Institut für Wirtschaftsforschung.

Zur Lösung dieses Problems springen der Beamtenbund und die baden-württembergische Landesregierung sogleich mit dem Vorschlag ein, die Frage, ob Teilzeitarbeit oder nicht, auf keinen Fall z.B. bei den Beamten diesen selbst zu überlassen:

„Die Landesregierung ... entsprechend den Vorstellungen des Beamtenbundes ... lehnt den Vorschlag des Bundesinnenministers ab, die Teilzeitbeschäftigung dem freien Belieben der Beamten zu überlassen" (Rundschreiben des Beamtenbundes Baden-Württemberg, 6/78).

Was die Sozialdemokraten als Arbeitszeitverkürzung und mehr Freizeit verkaufen wollen, womit sie gegen die berechtigten Forderungen nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitstages, Verbot von Überstunden- und Schichtarbeit ins Feld ziehen, und womit sie offenbar auch in den kommenden Lohnkämpfen die Lohnforderungen zu drücken beabsichtigen, sind Maßnahmen zur Profitmaximierung der Kapitalisten.

„Krisen", schreibt Karl Marx im „Kapital", Band I, „worin die Produktion unterbrochen und nur ‚kurze Zeit' nur während einiger Tage in der Woche, gearbeitet wird, ändern natürlich nichts an dem Trieb nach Verlängerung des Arbeitstages. Je weniger Geschäfte gemacht werden, desto größer soll der Gewinn auf das gemachte Geschäft sein. Je weniger Zeit gearbeitet werden kann, desto mehr Surplusarbeit soll gearbeitet werden."

Vergleicht man die Entwicklung der Beschäftigung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst mit der Entwicklung der Vollbeschäftigung bei Beamten, Angestellten und Arbeitern, so stellt man fest, daß gerade dort, wo die Teilzeitarbeit am meisten zugenommen bzw. die Vollbeschäftigung am stärksten zurückgegangen ist, auch am meisten rationalisiert worden ist.

Was die Sozialdemokraten in der GEW-Zeitschrift als großartige Arbeitszeitverkürzung propagieren, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Zwang zu Mehrarbeit und Überstundenarbeit. Jeder dritte Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder ist im Schuldienst. Gerade unter den Lehrern hat der Dienstherr mit Zeitverträgen und Teilzeitarbeit versucht, den Lohn unter den Lehrern insgesamt zu senken, die Lehrer zu spalten und sie zur Mehrarbeit zu zwingen. So wird aus Wuppertal z.B. berichtet, daß an einer Hauptschule in Barmen-Wichlinghausen am Schuljahresende zwei Vollzeitlehrer mit 28 Stunden und ein Teilzeitlehrer mit 18 Stunden die Schule verließen. Neu eingestellt wurde ein weiterer Teilzeitlehrer mit 18-Stunden-Vertrag. Kommentar des Schulrats, als diese Maßnahme von den Lehrern angegriffen wurde: „Die Teilzeitlehrer sollen eben die fehlenden 46 Stunden als Überstunden arbeiten."

Ein unmittelbarer Zweck der Ausdehnung der Teilzeitarbeit ist die Ausdehnung der Schichtarbeit. Die Kapitalisten lassen gegenwärtig von verschiedenen Wirtschaftsinstituten und Arbeitsmarktforschungseinrichtungen die profitbringende Wirkung der Teilzeitarbeit untersuchen. So schreibt das Institut für Wirtschaftsforschung in seinem „info schnelldienst" 22/78:

„Hierfür spricht unter anderem auch, daß die Arbeitsplätze in erheblichem Umfang deshalb unbesetzt sind, weil Schichtarbeit eingeschränkt worden ist. Eine Mehrbeschäftigung würde also lediglich zu einer stärkeren Auslastung von zur Zeit teilgenutzten Anlagen führen"

und in ihrer „schnelldienst"-Ausgabe 19/78:

„Außerdem stellt sich die Frage, ob für die zusätzlich geschaffenen Teilzeitarbeitsstellen in genügender Zahl geeignete Bewerber gefunden werden, die ... zu einem nicht unerheblichen Teil bereit sein müßten, auch nachmittags zu arbeiten."

Auf eine Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit unter den Kapitalisten, was diese an der Teilzeitarbeit schätzen, gaben die Kapitalisten an: die Leistung je Arbeitsstunde, Krankheits- und sonstige Fehlzeiten, Wünsche der Mitarbeiter, Betriebsklima, Flexibilität des Personaleinsatzes.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

	Beamte (1)	Beamte (2)	Angestellte (1)	Angestellte (2)	Arbeiter (1)	Arbeiter (2)
1962	41,2	41,1	25,4	24,3	33,0	28,6
1963	41,2	41,1	25,7	24,6	32,7	28,4
1964	41,1	41,1	26,3	25,0	32,2	28,0
1965	41,3	41,2	26,8	25,3	31,5	27,2
1966	41,5	41,4	27,6	25,8	30,5	26,0
1967	42,2	42,2	28,0	26,1	29,4	25,1
1968	42,5	42,5	28,5	26,5	28,5	24,1
1969	42,3	42,3	28,8	26,6	28,4	24,0
1970	41,8	41,5	29,4	26,7	28,4	23,8
1971	41,3	40,9	30,0	27,0	28,3	23,7
1972	41,4	41,0	30,6	27,4	27,6	23,2
1973	41,5	40,8	31,0	27,6	27,1	22,6
1974	41,4	40,7	31,4	27,8	26,8	22,4
1975	42,2	41,4	31,4	27,7	26,0	21,8
1976	43,3	42,3	31,1	27,5	25,0	20,9

(1) in % der Beschäftigten
(2) in % der Vollbeschäftigten

Entwicklung der Lehrerbeschäftigung

	1972	1973	1974	1975	1976
Grund-, Haupt- und Sonderschulen					
Gesamt	248554	270615	276116	285524	296823
Vollbesch.	224407	240462	246337	253792	258821
Teilzeit	24147	30153	29779	31732	38002
in %	(9,7)	(11)	(10,8)	(11)	(12,8)
Realschulen					
Gesamt	36141	37086	38857	41680	43766
Vollbesch.	33778	33631	36070	38367	39834
Teilzeit	2363	3455	2787	3313	3932
in %	(6,5)	(9,3)	(7,1)	(7,9)	(9)
Gymnasien					
Gesamt	81686	84904	90356	92504	97504
Vollbesch.	73913	75413	81063	84092	87277
Teilzeit	7773	9491	9293	8412	10227
in %	(9,5)	(11,1)	(10,3)	(9,1)	(10,5)

Absolute Zahl der Beschäftigten in öffentlichen Diensten 1962: 2915330, 1976: 3802848 (Angaben ohne Soldaten)

menschlich sein:

„Die Freigabe der Teilzeitbeschäftigung dient daneben der Ausweitung des Freiraums der Beamten bei der Ausgestaltung ihres Arbeits- und Freizeitverhaltens und verwirklicht insoweit gesellschaftspolitische Anliegen" (Zwischenbericht des BMI).

Dagegen stellt Karl Marx fest:

„Die Festsetzung eines normalen Arbeitstages ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter" (Kapital, Band I).

Einsicht der Kapitalisten und ihres Staatsapparates in die zerstörerischen Wirkungen auf die Arbeitskraft und in die Notwendigkeit der Begrenzung des Arbeitstages? Kein Gedanke! Es handelt sich um abgefeimte sozialdemokratische Demagogie, die die Absichten der Lohnsenkung, der Intensivierung des Arbeitstages und seine Ausdehnung durch Überstunden- und Schichtarbeit verhüllen soll.

Gegenwärtig sind in Westdeutschland 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellte in Teilzeitarbeit beschäftigt, davon ein Viertel im öffentlichen Dienst.

Erzeugung schärfster Konkurrenz unter den Arbeitern und Angestellten durch den mit der Teilzeitarbeit verbundenen elend niedrigen Lohn, macht den Kapitalisten das „Betriebsklima" besser verträglich bei Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Damit dies niedrige Lohnniveau auch nicht überstiegen werden kann, z.B. durch zusätzliche Tätigkeiten außer der Teilzeitarbeit, hat das Ehrenbergministe-

schaftsforschung.

Zur Lösung dieses Problems springen der Beamtenbund und die baden-württembergische Landesregierung sogleich mit dem Vorschlag ein, die Frage, ob Teilzeitarbeit oder nicht, auf keinen Fall z.B. bei den Beamten diesen selbst zu überlassen:

„Die Landesregierung ... entsprechend den Vorstellungen des Beamtenbundes ... lehnt den Vorschlag des Bundesinnenministers ab, die Teilzeitbeschäftigung dem freien Belieben der Beamten zu überlassen" (Rundschreiben des Beamtenbundes Baden-Württemberg, 6/78).

Was die Sozialdemokraten als Arbeitszeitverkürzung und mehr Freizeit

Vergleicht man die Entwicklung der Beschäftigung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst mit der Entwicklung der Vollbeschäftigung bei Beamten, Angestellten und Arbeitern, so stellt man fest, daß gerade dort, wo die Teilzeitarbeit am meisten zugenommen bzw. die Vollbeschäftigung am stärksten zurückgegangen ist, auch am meisten rationalisiert worden ist.

Was die Sozialdemokraten in der GEW-Zeitschrift als großartige Arbeitszeitverkürzung propagieren, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Zwang zu Mehrarbeit und Überstundenarbeit. Jeder dritte Beschäftigte im

„Außerdem stellt sich die Frage, ob für die zusätzlich geschaffenen Teilzeitarbeitsstellen in genügender Zahl geeignete Bewerber gefunden werden, die ... zu einem nicht unerheblichen Teil bereit sein müßten, auch nachmittags zu arbeiten."

Auf eine Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit unter den Kapitalisten, was diese an der Teilzeitarbeit schätzen, gaben die Kapitalisten an: die Leistung je Arbeitsstunde, Krankheits- und sonstige Fehlzeiten, Wünsche der Mitarbeiter, Betriebsklima, Flexibilität des Personaleinsatzes.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

	Beamte (1)	Beamte (2)	Angestellte (1)	Angestellte (2)	Arbeiter (1)	Arbeiter (2)
1962	41,2	41,1	25,4	24,3	33,0	28,6
1963	41,2	41,1	25,7	24,6	32,7	28,4
1964	41,1	41,1	26,3	25,0	32,2	28,0
1965	41,3	41,2	26,8	25,3	31,5	27,2
1966	41,5	41,4	27,6	25,8	30,5	26,0
1967	42,2	42,2	28,0	26,1	29,4	25,1
1968	42,5	42,5	28,5	26,5	28,5	24,1
1969	42,3	42,3	28,8	26,6	28,4	24,0
1970	41,8	41,5	29,4	26,7	28,4	23,8
1971	41,3	40,9	30,0	27,0	28,3	23,7
1972	41,4	41,0	30,6	27,4	27,6	23,2
1973	41,5	40,8	31,0	27,6	27,1	22,6
1974	41,4	40,7	31,4	27,8	26,8	22,4
1975	42,2	41,4	31,4	27,7	26,0	21,8
1976	43,3	42,3	31,1	27,5	25,0	20,9

(1) in % der Beschäftigten
(2) in % der Vollbeschäftigten

Entwicklung der Lehrerbeschäftigung

	1972	1973	1974	1975	1976
Grund-, Haupt- und Sonderschulen					
Gesamt	248554	270615	276116	285524	296823
Vollbesch.	224407	240462	246337	253792	258821
Teilzeit	24147	30153	29779	31732	38002
in %	(9,7)	(11)	(10,8)	(11)	(12,8)
Realschulen					
Gesamt	36141	37086	38857	41680	43766
Vollbesch.	33778	33631	36070	38367	39834
Teilzeit	2363	3455	2787	3313	3932
in %	(6,5)	(9,3)	(7,1)	(7,9)	(9)
Gymnasien					
Gesamt	81686	84904	90356	92504	97504
Vollbesch.	73913	75413	81063	84092	87277
Teilzeit	7773	9491	9293	8412	10227
in %	(9,5)	(11,1)	(10,3)	(9,1)	(10,5)

Absolute Zahl der Beschäftigten in öffentlichen Diensten 1962: 2915330, 1976: 3802848 (Angaben ohne Soldaten)

Kanada: Streik des Bodenpersonals

z.mat. Seit dem 29. August streikt das Bodenpersonal der Air Canada auf allen kanadischen Flughäfen. Alle Versuche der Air Canada, Fluggäste auf parallele Flüge anderer Gesellschaften umzubuchen, sind vom Bodenpersonal in Kanada und Großbritannien verhindert worden. Nur über große Umwege nach Frankreich und Belgien und über die Kanalfähren konnte der Transatlantikverkehr von Air Canada nach London abgewickelt werden.

USA: Französische Fluglotsen werden unterstützt

z.jon. Um den Streik der französischen Fluglotsen für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und Streikrecht zu schwächen, hat der französische Transportminister Le Theul erklärt, die US-amerikanischen Fluglotsen hätten längere Arbeitszeiten als die französischen, dennoch sei die Flugsicherheit in den USA die gleiche. Der Vizepräsident der amerikanischen Fluglotsengewerkschaft Robert Meyer hat darauf erklärt: „Der französische Minister hat unrecht, wenn er behauptet, die Fluglotsen in Frankreich hätten keinen Grund, sich zu beklagen, da ihre amerikanischen Kollegen länger arbeiten ... Die amerikanischen Fluglotsen sind auch nicht zufrieden." Die US-amerikanischen Fluglotsen, denen ebenfalls das Streikrecht verweigert wird, haben zuletzt im Juni einen Bummelstreik durchgeführt. Weihnachten 1977 haben sie durch Drohung mit einem Bummelstreik eine Lohnerhöhung von 5000 Dollar im Jahr erkämpft. Auf dem Flughafen Chicago sind von 110 Fluglotsenstellen nur 65 besetzt, weil sich 45 Fluglotsen weigern, angesichts der Arbeitsbedingungen dort die Arbeit aufzunehmen.

Großbritannien: Aktionen des Flughafenpersonals

z.mat. Der Flugverkehr nach den britischen Inseln ist von den Kampfmaßnahmen der französischen Fluglotsen am stärksten getroffen. Nachdem die Wartungsingenieure der Fluggesellschaft British Caledonian in einem Ende August abgeschlossenen Tarifvertrag durchsetzen konnten, daß für den erhöhten Arbeitsanfall bei der Wartung von Großraumjets ein Zuschlag gezahlt wird, haben die Ingenieure von British Airways angekündigt, daß sie den Londoner Flughafen Heathrow bestreiken werden, falls ihre Gehälter nicht an die Tarife von British Caledonian angeglichen werden. Bereits Mitte August hatten die Ingenieure von Heathrow einen Warnstreik für den Zuschlag durchgeführt, bisher hat aber nur British Caledonian seiner Einführung durch Tarifvertrag zugestimmt. An einigen Schaltern in der Abfertigungshalle 3 verweigert das Abfertigungspersonal von British Airways die Arbeit, weil die Schalter neben denen von El Al liegen. Es verlangt die Verlegung der israelischen Fluglinie El Al von Heathrow nach dem Londoner Vorortflughafen Stansted. Die Anwesenheit von El Al in Heathrow stellte ein zu großes Sicherheitsrisiko dar.

dem Flughafen Chicago sind von 110 Fluglotsenstellen nur 65 besetzt, weil sich 45 Fluglotsen weigern, angesichts der Arbeitsbedingungen dort die Arbeit aufzunehmen.

Großbritannien: Aktionen des Flughafenpersonals

z.mat. Der Flugverkehr nach den britischen Inseln ist von den Kampfmaßnahmen der französischen Fluglotsen am stärksten getroffen. Nachdem die Wartungsingenieure der Fluggesellschaft British Caledonian in einem Ende August abgeschlossenen Tarifvertrag durchsetzen konnten, daß für den erhöhten Arbeitsanfall bei der Wartung von Großraumjets ein Zuschlag gezahlt wird, haben die Ingenieure von British Airways angekündigt, daß sie den Londoner Flughafen Heathrow bestreiken werden, falls ihre Gehälter nicht an die Tarife von British Caledonian angeglichen werden. Bereits Mitte August hatten die Ingenieure von Heathrow einen Warnstreik für den Zuschlag durchgeführt, bisher hat aber nur British Caledonian seiner Einführung durch Tarifvertrag zugestimmt. An einigen Schaltern in der Abfertigungshalle 3 verweigert das Abfertigungspersonal von British Airways die Arbeit, weil die Schalter neben denen von El Al liegen. Es verlangt die Verlegung der israelischen Fluglinie El Al von Heathrow nach dem Londoner Vorortflughafen Stansted. Die Anwesenheit von El Al in Heathrow stellte ein zu großes Sicherheitsrisiko dar.

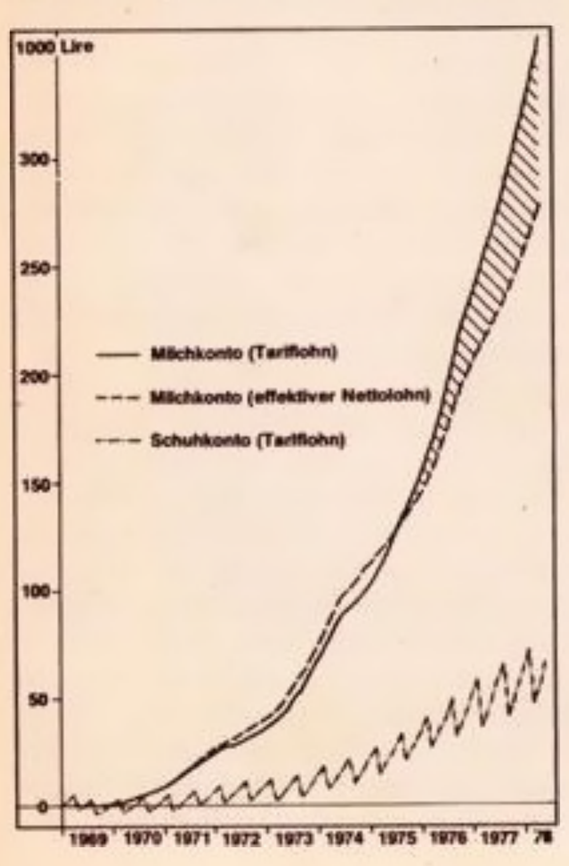
Die Verlegung nach Stansted würde für El Al den Verlust günstiger Umsteigemöglichkeiten und damit einen Rückgang der Fluggastzahlen bedeuten. Seit Monaten versucht El Al deshalb, in Heathrow eigene Sicherheitstruppen zu stationieren, sowohl in Heathrow als auch in Luton, einem anderen Londoner Flughafen, hat das Personal dies strikt abgelehnt.

Italien: Streiks der Luftverkehrsarbeiter

z.and. Der für den 25.8. geplante Streik des Bodenpersonals der italienischen Fluggesellschaften war ausgesetzt worden, da das Ergebnis von für den 30.8. angesetzten Verhandlungen abgewartet werden sollte. In diese Verhandlungen hat sich auch der Arbeitsminister Scotti eingemischt. Die Einheitsgewerkschaft fordert einen Ausgleich für die 1976 gestrichenen fünf Feiertage und 13% höheren Lohn (siehe KVZ 33/78). Nach ergebnislosem Abbruch der Verhandlungen haben die Gewerkschaften für den 6.9. zunächst die Flugassistenten (Stewards und Stewardessen) zum Streik aufgerufen. Für zwölf Stunden fielen sämtliche Flüge der staatlichen Fluggesellschaften Alitalia und Ati aus. An einem Streik, zu dem die ständische „autonome" Gewerkschaft für Sonntag, drei Tage vor dem von der Einheitsgewerkschaft organisierten Streik, aufgerufen hatte, haben sich die Flugassistenten zum größten Teil nicht beteiligt. Am kommenden Montag findet ein Treffen zwischen den Einzelgewerkschaften für den Luftverkehr, dem Vorstand der Gewerkschaftsbünde und Vertretern der Fabrikräte statt, um über die Durchführung des zunächst ausgesetzten nationalen Streiks zu beraten.

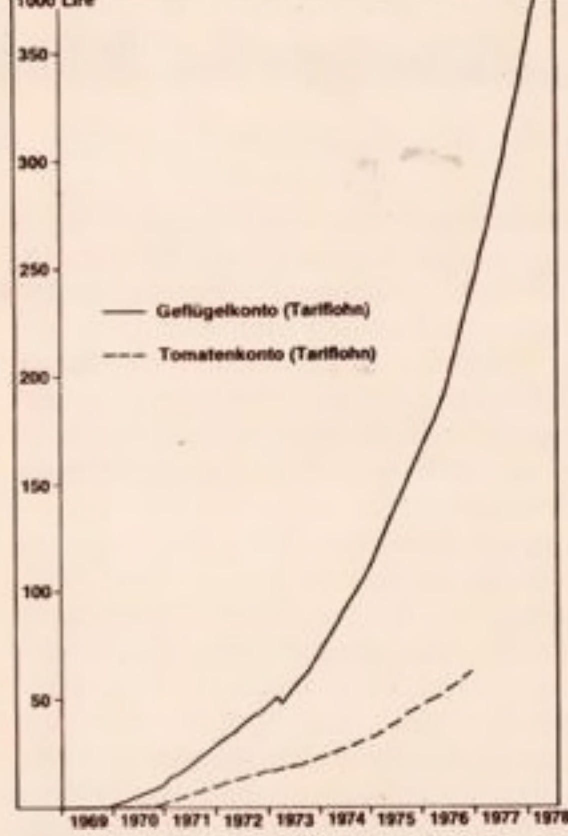
Lohnentwicklung und Lohnkonto der italienischen Stahlarbeiter

z.ulg.Rom. Die folgenden Schaubilder stellen die Entwicklung des tariflichen Facharbeiterecklohns in der italienischen Stahlindustrie dar. Die beiden ersten zeigen die Entwicklung der Lohnkonten für 1 Liter Milch täglich, 1 Paar Schuhe in jedem Halbjahr, 1 kg Tomaten und 1 kg Geflügel wöchentlich. Wir haben den relativen Lohnanteil, der für diese Waren Anfang 1969 verausgabt werden mußte, konstant gesetzt. Soweit der Preis dieser Waren in der Folgezeit unter dem entsprechenden Lohnanteil lag, haben wir den überschießenden Betrag den Konten gutgeschrieben, im umgekehrten Fall abgezogen.



Man sieht gleich, in aller Regel hatten wir gutzuschreiben. Ein Grund dafür ist das elend niedrige Niveau des Arbeitslohns, das die italienische Finanzbourgeoisie bis Ende der 60er Jahre hatte durchsetzen können. Für die von uns unterstellte „Ration" von 1 Liter Milch täglich hätte ein italienischer Stahlarbeiter 1969 volle 6,1 Prozent seines Lohns aufwenden müssen, ein westdeutscher dagegen 1,8 Prozent. „Italienische Löhne" waren damals eine permanente Drohung der ganzen westeuropäischen Imperialistenbande gegen die von ihnen jeweils ausgebeuteten Arbeiter.

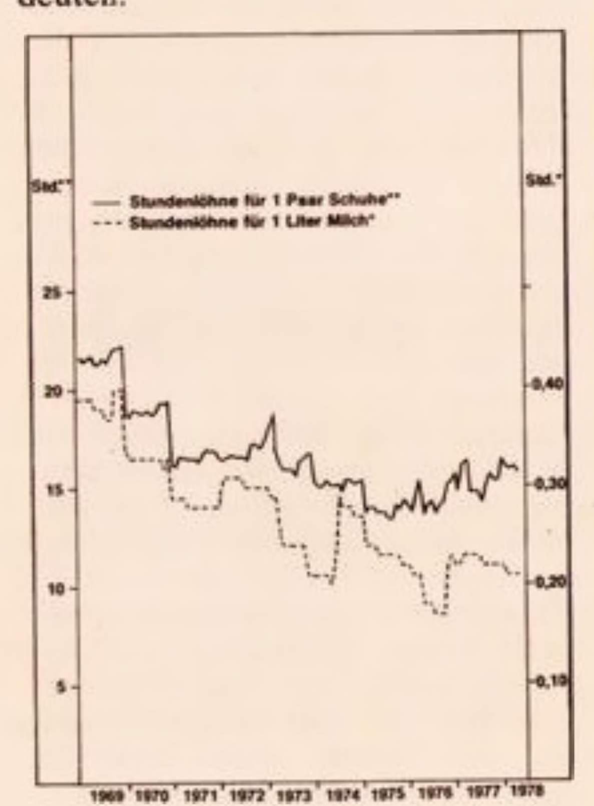
In großen Streikkämpfen, vor allem im „heißen Herbst" 1969, hat die italienische Arbeiterklasse dann eine beträchtliche Steigerung des Reallohns durchsetzen können. Man kann das gut an dem letzten Schaubild erkennen, wo wir abgetragen haben, wieviel Stundenlöhne jeweils für den Kauf von 1 Liter Milch und einem Paar Schuhe aufzuwenden waren. Die großen Sprünge Anfang 1970 und 1971 markieren das Inkrafttreten der Tariflohnerhöhungen, gleichzeitig wurde die Arbeitszeit von 44,5 auf 40 Stunden verkürzt. Ergebnis in den Lohnkonten: vom letzten Stand könnte der italienische Stahlarbeiter zu heutigen Preisen



869 Liter Milch kaufen, mehr als doppelt soviel wie sein westdeutscher Kollege, dessen „Schuh-Konto" sogar mit unter „minus drei Paar" abschließt.

Am letzten Schaubild sieht man aber auch, daß es der italienischen Bourgeoisie in den letzten Jahren gelungen ist, die Tendenz zum Anstieg des Reallohns aufzuhalten und teilweise bereits umzukehren. Kraß sind die Segnungen des „historischen Kompromisses" auch an der Schere zu erkennen, die sich zwischen dem Lohnkonto auf Basis des Tariflohns und dem auf Basis des effektiv gezahlten Nettolohns geöffnet hat. Die Beträge in dem schraffierten Feld des ersten Schaubildes sind statt dem Lohnkonto des Stahlarbeiters dem Plünderertrag des bürgerlichen Staatsapparates gutzuschreiben.

In diesem Jahr läuft der nationale Tarifvertrag für die Metallindustrie, der auch für die Stahlarbeiter gilt, aus. Wie dieser Lohnkampf ausgeht, wird mit darüber entscheiden, was „italienische Löhne" künftig für die europäischen Stahl- und Metallarbeiter bedeuten.



Michelin: Streik abgebrochen, Kampf geht weiter

Karlsruhe. IG Chemie – Werner Vitt „wußte mit Erfolg die Arbeiter von Michelin zur Arbeit zu bewegen". So frohlockten die „Badischen Neuesten Nachrichten" am 5.9.78, nachdem der stellvertretende IG-Chemie-Vorsitzende Werner Vitt aus Hannover angereist kam und mit dem Generaldirektor Rieunnier telephonisch Kontakt aufgenommen und seine Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt hatte. Mit dem Streik forderten die 1500 Michelin-Arbeiter die Rücknahme der Kündigungen von dem Betriebsratsvorsitzenden Christ, den Betriebsräten Grether, Jean-Paul Limmacher sowie den 2 Vertrauensleuten. An diesem Punkt setzte Vitt an, am Montag wurde für die Frühschicht, die den Streik begann, eine Versammlung im Gewerkschaftshaus einberufen, auf der Vitt die Arbeiter bearbeitete, daß die Entlassungen vor das Arbeitsgericht gehören und daß die Gerichte zu entscheiden haben, und sie wieder an die Arbeit gehen sollen. Ausgehandelt war von Vitt mit dem Michelin-Kapitalisten, daß keine „Repressalien" gegen die Arbeiter durchgeführt werden. Im Betrieb hat die Werksleitung eine Versammlung durchgeführt, wo die 5 gekündigten „zugegen" sein durften. Die IG-Chemie-Führung hat alle Forderungen fallenlassen, die Arbeiter sollen nicht die Streiktage bezahlt bekommen. Die Kündigungen werden nicht zurückgenommen. Der Fahrtkostenanteil sei auf maximal 40 DM angehoben worden. Die Geschäftsleitung hat frech über die „Badischen Neuesten Nachrichten" am 5.9. weitere Verschärfung angekündigt, so seien „Untersuchungen im Gang, wie die Rentabilität verbessert werden kann". Die Sozialdemokraten haben den Kampf in die Niederlage geführt. Notwendig ist es, daß die Forderungen: Sofortige Rücknahme der Kündigungen! Keine Einführung der Spät- und Nachtschicht an Samstagen! Volle Übernahme der Fahrtkosten durch die Kapitalisten! Bezahlung der Streiktage durch die Kapitalisten! Uneingeschränktes Streikrecht! Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit! in der Belegschaft verankert werden.

Unbefristeter Streik in der belgischen Erdölindustrie beschlossen

z.scc.Brüssel. Die belgischen Finanzbourgeois sind in heller Sorge um ihre Ölvorräte. Nachdem Anfang vergangener Woche die US-amerikanische Erdölraffinerie Occidental Petroleum Corp. ihr Werk in Antwerpen stillgelegt und über 400 Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen hatte, hatten die Arbeiter den Betrieb in einer gut organisierten Aktion besetzt. Am Donnerstag vergangener Woche beschlossen die sozialistischen und christlichen gewerkschaftlichen Vertreter der rund 5000 Arbeiter der belgischen Erdölindustrie auf einer gemeinsamen Versammlung fast einhellig, ab Freitag bzw. Montag einen vollständigen und un-

leitung hat frech über die „Badischen Neuesten Nachrichten" am 5.9. weitere Verschärfung angekündigt, so seien „Untersuchungen im Gang, wie die Rentabilität verbessert werden kann". Die Sozialdemokraten haben den Kampf in die Niederlage geführt. Notwendig ist es, daß die Forderungen: Sofortige Rücknahme der Kündigungen! Keine Einführung der Spät- und Nachtschicht an Samstagen! Volle Übernahme der Fahrtkosten durch die Kapitalisten! Bezahlung der Streiktage durch die Kapitalisten! Uneingeschränktes Streikrecht! Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit! in der Belegschaft verankert werden.

Unbefristeter Streik in der belgischen Erdölindustrie beschlossen

z.scc.Brüssel. Die belgischen Finanzbourgeois sind in heller Sorge um ihre Ölvorräte. Nachdem Anfang vergangener Woche die US-amerikanische Erdölraffinerie Occidental Petroleum Corp. ihr Werk in Antwerpen stillgelegt und über 400 Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen hatte, hatten die Arbeiter den Betrieb in einer gut organisierten Aktion besetzt. Am Donnerstag vergangener Woche beschlossen die sozialistischen und christlichen gewerkschaftlichen Vertreter der rund 5000 Arbeiter der belgischen Erdölindustrie auf einer gemeinsamen Versammlung fast einhellig, ab Freitag bzw. Montag einen vollständigen und unbefristeten Streik zu organisieren. Die Erdölarbeiter fordern vor allem die Einhaltung eines Abkommens von 1975, das im Falle von Betriebsschließungen die Übernahme der entlassenen Arbeiter durch andere Kapitalisten festlegt; ferner keine Entlassungen in der Erdölindustrie und allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden. Die Angestellten und Ingenieure haben sich selbst dem Streik nicht angeschlossen, haben aber erklärt, daß sie keine zusätzlichen Arbeiten übernehmen und den Streikenden nicht in den Rücken fallen werden.

Brauereiindustrie: Tarifabschluß in Nordrhein-Westfalen

z.wig. Nach der Urabstimmung der Arbeiter in der Brauereiindustrie in Nordrhein-Westfalen über die Forderungen des Manteltarifs und den Streiks in Dortmund und Wuppertal haben die Brauereikapitalisten mit der NGG einen Lohntarif von 4,7% abgeschlossen. Geschlichtet hat Arbeitsminister Farthmann, nachdem die NGG erklärt hatte, sie sei an einem Streik nicht „interessiert". 4,7% sind für die Lohngruppe I 73 Mark, für die Lohngruppe VI 104 Mark. In dem ebenfalls abgeschlossenen Manteltarifvertrag haben die Brauereikapitalisten durchgesetzt, daß die „Arbeitszeitverkürzungen für ältere Arbeiter", die der Kapitalistenchef Nies bereits unterschrieben hatte, wieder rückgängig gemacht werden. Zwei Tage mehr Urlaub und 28 Tage Urlaub für über sechzigjährige Arbeiter, die über zehn Jahre von ein und demselben Kapitalisten ausgebeutet werden, heißt das Schlichtungsergebnis Farthmanns.

Die umgekehrte Progression der indirekten Steuern

z.frb. Mit Veröffentlichung der Regierungsabsichten in Sachen Steuerreform hat sich auch der Kampf dagegen entwickelt. Es gärt weiter bis in die SPD hinein, und aus einigen Betrieben ist bekannt, daß Arbeiter Protestbriefe mit ihrer Forderung nach Erhöhung des Freibetrags an den Finanzminister und den Bundestag geschickt haben.

Um die Absichten der geplanten Änderung der Lohnsteuer zu zeigen, haben wir in den letzten Ausgaben eine Reihe von Schaubildern veröffentlicht. Aufgrund der Kenntnis dieser Darstellungen haben wir vorgeschlagen, eine Erhöhung des Freibetrags gegenüber den Regierungsplänen um mindestens 2000 DM zu fordern. Wir halten dies deshalb für richtig, weil dies das Steuerpaket ins Herz trifft. Mit ihm versucht die SPD/FDP-Regierung, den kampferprobten Kern der Facharbeiterschaft im Tarifkampf des kommenden Jahres durch eine ab 2000 DM Monatslohn rasch und deutlich ansteigende Steuer-Reform-Prämie von der Masse der Arbeiter abzuspalten. Eine Erhöhung des Freibetrags wirkt dieser beabsichtigten Spaltung entgegen und schließt alle, die die Arbeiterklasse für einen erfolgreichen Kampf gewinnen muß, zusammen. Daher kann man auf dieser Linie eine erfolgreiche Politik der Aktionseinheit entfalten.

Die zweite Absicht der Regierung ist es, im Windschatten der kühl berechneten Lohnsteuersenkung die Mehrwertsteuer ein weiteres Mal zu erhöhen.

Es heißt über die Verbrauchssteuern in Brockhaus' neuester Enzyklopädie:

„Sie ergänzen die infolge der Progression der hohen Einkommen stärker belastenden ‚direkten' Steuern dadurch, daß sie auch die Bezieher kleinster Einkommen zur Besteuerung heranziehen." Matthöfer – wie die EG-Imperialisten mit ihrer vertraglichen Verpflichtung zur „Harmonisierung der indirekten Steuern" in Artikel 99 des EWG-Vertrags – haben sich diese Erkenntnis offensichtlich sehr zu Herzen genommen und im „Vorwärts" rühmte ein SPD-Abgeordneter die „Strukturverbesserung", die mit der Steuerreform durch Erhöhung der Mehrwertsteuer erreicht würde.

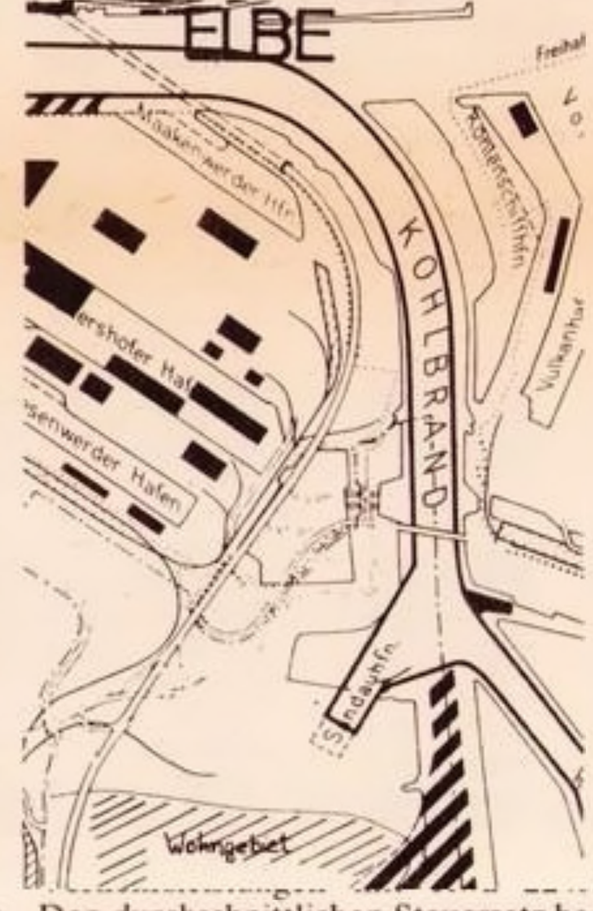
Eine Veröffentlichung des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" vom 3. November 1977 gibt Aufschluß über die Besteuerung mit indirekten Steuern, deren größte die Mehrwertsteuer ist. Die Angaben beziehen sich auf 1974, und wir haben für das Schaubild die seither erfolgte Erhöhung der Mehrwert-, Branntwein- und Tabaksteuer zugerechnet. Nahrungsmittel sind rund mit 10% besteuert, „Genußmittel" mit über 50%, Verkehrsleistungen mit etwa 22%. Den durchschnittlichen Steuersatz bezogen auf die Lohnhöhe gibt das

Indirekte Steuern in % des Nettoeinkommens
in % des Bruttoeinkommens
Lohnsteuer (Steuerklasse I) und Sozialversicherung in % des Bruttolohnes

Schaubild wieder. Um eine Verlagerung der direkten Steuern auf die Verbrauchssteuern in ihrer Wirkung zu erkennen, muß man die Steuersätze jeweils in Prozent des Bruttolohnes vergleichen. Dieser Teil des Steuerpakets befördert direkt die Verelendung.

Die Mehrwertsteuer ist wunderbar für die Kapitalisten. Während von der Einkommensteuer auch die Profite der Kapitalisten und die Vergütungen ihres Aufseherpacks im großen und ganzen erfaßt werden, ist dies bei der Mehrwertsteuer nicht so. Kauft der Arbeiter einen Laib Brot, ein paar Schuhe, einen Kühlschrank oder was auch immer, so zahlt er im Preis die Mehrwertsteuer mit. Der Kapitalist oder sein Manager aber, die Geld in ihr Unternehmen stecken, es zur Bank tragen oder an der Börse anlegen, zahlen hierfür keine Mehrwertsteuer. Hat dieses Geld nun ein bestehendes Einzelkapital erhöht und wird in produktives Kapital verwandelt, so zahlt der Kapitalist auch jetzt keine Steuer. Denn konsumiert er, um seinen Produktions- und Ausbeutungsprozeß in Gang zu halten oder zu erweitern, zehn Tonnen Stahl, so bekommt er die Mehrwertsteuer, die auf dem Stahl lastet, vollständig von seinem Finanzamt als „Vorsteuerabzug" zurückbezahlt. Erst der Arbeiter, der das Auto – zu dem der Stahl inzwischen geworden ist – kauft, zahlt die Mehrwertsteuer und bekommt sie nicht ersetzt. Kauft aber ein Kapitalist das Auto für seine Fabrik, so holt er sich die Steuer vom Finanzamt zurück. So kostet ein Auto, wenn es den Arbeiter 10000 DM plus 1200 DM Mehrwertsteuer gleich 11200 DM kostet, den Kapitalisten bloß 10000 DM.

Das Geheimnis dieser Steuer ist schnell zusammengefaßt: Alles, was der Reproduktion und Akkumulation des Kapitals dient, ist steuerfrei; alles, was der Reproduktion der Arbeits- und Lebenskraft der Volksmassen dient, wird besteuert. Die Mehrwertsteuer drückt die besitzlosen Massen und auch den selbstarbeitenden Kleinproduzenten. Denn der Bäcker etwa, der mit der Brotfabrik in Konkurrenz steht, kann oft die Steuer nicht auf seinen Produktionspreis aufschlagen, sondern zahlt sie aus dem, was seinen Profit ausmachen würde. Die Arbeiter können ihn gut gewinnen.



Von wegen Stadtflucht – Bourgeoisie vertreibt Arbeiter aus ihren Wohnvierteln

r.ruo. Seit Frühjahr 1978 laufen auf Beschluß des Hamburger Senats die Baumaßnahmen für die geplante Hafenerweiterung in Altenwerder. Im Hafenentwicklungsplan vom April 76 hieß es: „Dieses Gelände von 220 ha Größe bietet genügend Platz, um je nach der Entwicklung mehr oder weniger flächenintensive Terminals aller denkbaren Lösungsformen – gegebenenfalls auch für die Abfertigung von Containerschiffen der vierten Generation und unter Verwendung neuartiger Umschlags- und Betriebsverfahren – zu verwirklichen."
Für 189 Mio. DM lassen sich die Hafenkapitalisten jetzt die Infrastruktur für einen neuen Containerhafen errichten. Bis 1985 sollen dann die Suprastrukturbauten der einzelnen Firmen, Stapelplätze, Schuppen, Containerkräne fertig sein. Heißhungrig gieren die Hafenkapitalisten nach Ausdehnung ihrer Profite im Containerumschlag, dieser gegenwärtig am schnellsten wachsenden Umschlagsform. Allein im vergangenen Jahr konnte die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) ihren Containerumschlag um 11% steigern. Die Aufnahme eines neuen Contai-

tainerverkehrs mit diesen Regionen vor. In Erwartung wachsender Profite reichen ihnen die gerade für 400 Mio. DM (150 Mio. aus dem Haushalt der Hansestadt) fertiggestellten Anlagen

am Container Terminal Burchardkai schon nicht mehr aus.
Containisierung, das bedeutet für sie: Anstelle des konventionellen Stückgutumschlags, wo die Arbeiter jeden Sack oder jede Kiste mehrfach bewegen müssen, um sie vom Schuppen über die Kai ins Schiff zu transportieren und dort wegzustauen, tritt der Umschlag einer großen normierten Ladungseinheit, des Containers. Der Container kann zudem beim Versenden beladen und erst beim Empfänger wieder entladen werden. Die herkömmliche Verladekette verkürzt sich also.
Zum Vergleich: Mit zwei Containerbrücken ist eine Umschlagsleistung von 800 Tonnen pro Stunde möglich. Stellt man in Rechnung, daß ein neunköpfiges Brückenteam in einer siebeneinhalbstündigen Schicht 1880 Tonnen umschlägt, so liegt die Umschlagsleistung pro Arbeiter bei 209 Tonnen. Das ist 44 mal so viel wie im konventionellen Stückgutumschlag. Daher rührt die Gier der Kapitalisten nach einem neuen Containerhafen. Auf den Profit der Kapitalisten drückt dabei nur der vervielfachte Kapitalaufwand

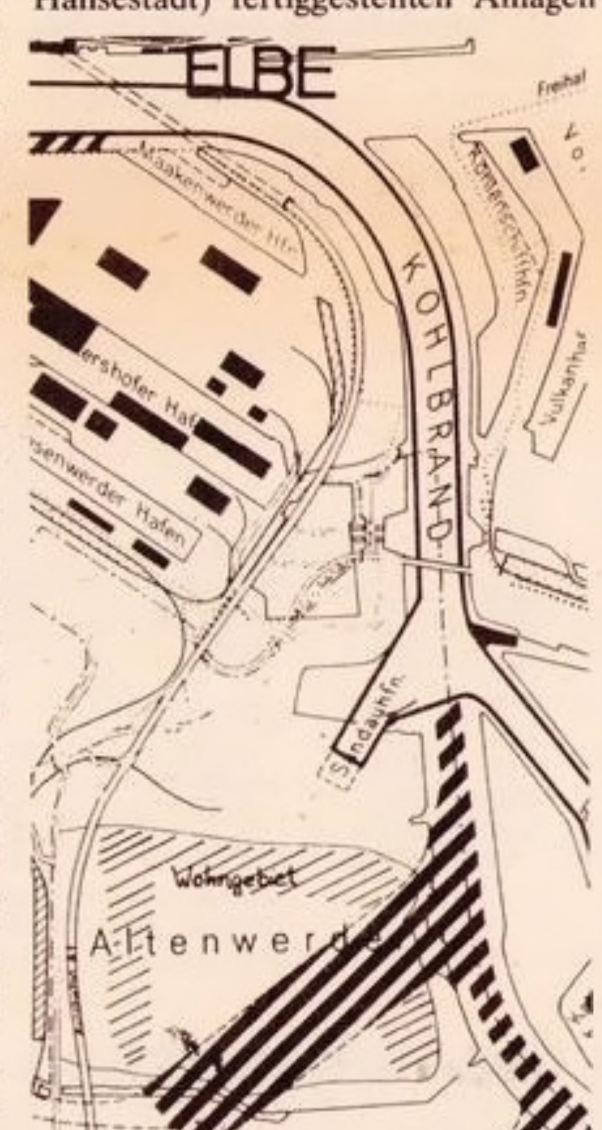
die Kapitalisten bestrebt, die Arbeiter rund um die Uhr an ihnen auszubeuten.
Die Vorbereitungen für den neuen Containerhafen waren planmäßig. Wiederum im Hafenentwicklungsplan 1976 hieß es: „... dürfte selbst nach Mobilisierung aller Reserven die Kapazität der Containeranlagen spätestens 1985 erschöpft sein. Nach Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft sind diese (zusätzlichen Anlagen) in Altenwerder vorgesehen. (...) Altenwerder muß daher bis 1977 geräumt sein." Ein ganzer Stadtteil mit 220 ha Fläche soll plattgewalzt werden. 1957 lebten noch 2447 Menschen in Altenwerder; Arbeiter, Bauern, kleine Handwerker. Den 15 bis 20 größeren Bauern bot der Senat einen Kaufpreis von 20 DM pro ha. Zugleich hieß es, wer rasch zugreift, bekommt Boden und Haus ersetzt und zwar neu gegen alt. Das mit dem Haus war Betrug. Viele sitzen jetzt in den teuren Sozialwohnungen in Hausbruch. Wer blieb, wurde von Enteignung bedroht und systematisch rausgegrault. Seit 1957 wurden aus dem heutigen Hafengebiet und den Erweiterungsflächen

Die zweite Absicht der Regierung ist es, im Windschatten der kühl berech-
Den durchschnittlichen Steuersatz bezogen auf die Lohnhöhe gibt das
tragen oder an der Börse anlegen, zahlen hierfür keine Mehrwertsteuer. Hat
Profit ausmachen würde. Die Arbeiter können ihn gut gewinnen.

Von wegen Stadtflucht – Bourgeoisie vertreibt Arbeiter aus ihren Wohnvierteln

r.ruo. Seit Frühjahr 1978 laufen auf Beschluß des Hamburger Senats die Baumaßnahmen für die geplante Hafenerweiterung in Altenwerder. Im Hafenentwicklungsplan vom April 76 hieß es: „Dieses Gelände von 220 ha Größe bietet genügend Platz, um je nach der Entwicklung mehr oder weniger flächenintensive Terminals aller denkbaren Lösungsformen – gegebenenfalls auch für die Abfertigung von Containerschiffen der vierten Generation und unter Verwendung neuartiger Umschlags- und Betriebsverfahren – zu verwirklichen."

Für 189 Mio. DM lassen sich die Hafenkapitalisten jetzt die Infrastruktur für einen neuen Containerhafen errichten. Bis 1985 sollen dann die Suprastrukturbauten der einzelnen Firmen, Stapelplätze, Schuppen, Containerkräne fertig sein. Heißhungrig gieren die Hafenkapitalisten nach Ausdehnung ihrer Profite im Containerumschlag, dieser gegenwärtig am schnellsten wachsenden Umschlagsform. Allein im vergangenen Jahr konnte die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) ihren Containerumschlag um 11% steigern. Die Aufnahme eines neuen Containerdienstes nach Südafrika (South African Europe Container Service) trug erheblich dazu bei. Mit Großprojekten in Saudi-Arabien und Nigeria bereiten die HHLA-Kapitalisten darüberhinaus die Ausdehnung des Containerverkehrs mit diesen Regionen vor. In Erwartung wachsender Profite reichen ihnen die gerade für 400 Mio. DM (150 Mio. aus dem Haushalt der Hansestadt) fertiggestellten Anlagen



am Container Terminal Burchardkai schon nicht mehr aus.

Containisierung, das bedeutet für sie: Anstelle des konventionellen Stückgutumschlags, wo die Arbeiter jeden Sack oder jede Kiste mehrfach bewegen müssen, um sie vom Schuppen über die Kai ins Schiff zu transportieren und dort wegzustauen, tritt der Umschlag einer großen normierten Ladungseinheit, des Containers. Der Container kann zudem beim Versenden beladen und erst beim Empfänger wieder entladen werden. Die herkömmliche Verladekette verkürzt sich also.

Zum Vergleich: Mit zwei Containerbrücken ist eine Umschlagsleistung von 800 Tonnen pro Stunde möglich. Stellt man in Rechnung, daß ein neunköpfiges Brückenteam in einer siebeneinhalbstündigen Schicht 1880 Tonnen umschlägt, so liegt die Umschlagsleistung pro Arbeiter bei 209 Tonnen. Das ist 44 mal so viel wie im konventionellen Stückgutumschlag. Daher rührt die Gier der Kapitalisten nach einem neuen Containerhafen. Auf den Profit der Kapitalisten drückt dabei nur der vervielfachte Kapitalaufwand für Verladebrücken, Spezialförderfahrzeuge etc. Kostet ein Gabelstabler z.B. runde 60000 DM, so beträgt der Aufwand für einen Van Carrier (Containerhubwagen) rund eine halbe Million DM. Um diese Anlagen nicht unproduktiv herumstehen zu lassen, sind die Kapitalisten bestrebt, die Arbeiter rund um die Uhr an ihnen auszubeuten.

Die Vorbereitungen für den neuen Containerhafen waren planmäßig. Wiederum im Hafenentwicklungsplan 1976 hieß es: „... dürfte selbst nach Mobilisierung aller Reserven die Kapazität der Containeranlagen spätestens 1985 erschöpft sein. Nach Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft sind diese (zusätzlichen Anlagen) in Altenwerder vorgesehen. (...) Altenwerder muß daher bis 1977 geräumt sein." Ein ganzer Stadtteil mit 220 ha Fläche soll plattgewalzt werden. 1957 lebten noch 2447 Menschen in Altenwerder; Arbeiter, Bauern, kleine Handwerker. Den 15 bis 20 größeren Bauern bot der Senat einen Kaufpreis von 20 DM pro ha. Zugleich hieß es, wer rasch zugreift, bekommt Boden und Haus ersetzt und zwar neu gegen alt. Das mit dem Haus war Betrug. Viele sitzen jetzt in den teuren Sozialwohnungen in Hausbruch. Wer blieb, wurde von Enteignung bedroht und systematisch rausgegrault. Seit 1957 wurden aus dem heutigen Hafengebiet und den Erweiterungsflächen am Köhlbrand rund 9400 Bewohner vertrieben. Nach Altenwerder hat der Senat für die achtziger Jahre schon das nächste Wohngebiet ins Auge gefaßt: In Moorburg (1363 Einwohner) sollen hafennah Grundstoffindustrien angesiedelt werden.

„Faustgroße Löcher in der Lunge"

Krank durch „staatliche Fürsorge" in Gefängnissen, Schulen, Hochschulen

r.kle. „Lungenkranker Gefangener (der Justizvollzugsanstalt Schulenburger Landstraße, Hannover, Red.) sei im Juli dieses Jahres in einem fleischverarbeitenden Betrieb ... beschäftigt" gewesen, stand am 30.8.78 in der „Hannoverschen Allgemeinen". Aufgedeckt wurde dies von einem Mithäftling in einem Brief an das Gesundheitsamt Hannover. Anders wäre dies mit Sicherheit nie herausgekommen. Denn über die Gesundheitslage der Häftlinge gibt es keine öffentlichen Zahlen. Das einzige Interesse des bürgerlichen Staates besteht an der Ausbeutung billigster und rechtloser Arbeitskraft. So berichtet der gleiche Artikel von einem gefangenen Arbeiter, der über zwei Monate unter Rückenschmerzen und Gewichtsverlust litt, es ihm aber als Simulation ausgelegt wurde, der Anstaltsarzt ihn bei der Aufnahmeuntersuchung für „kerngesund" hielt – bis er schließlich Blut hustete und man nach Einlieferung in ein Krankenhaus „zwei faustgroße Löcher in der Lunge" feststellte.

Tuberkulose ist eine Infektionskrankheit, die dort besonders häufig ist, wo elende Wohnverhältnisse, Schmutz, schlechte Ernährung, Vitaminmangel usw. herrschen. Beispiel Speiseplan im Knast (geprüft vom Anstaltsarzt, genehmigt vom Anstaltsleiter): wöchentliche Menge an Obst 250 g, etwa zwei bis drei Äpfel; an Fleisch 500 g (wobei Knochen mitgerechnet werden); dafür 700 g Fett; bis zu 5300 g Kartoffeln. Viele magenfüllende Kohlehydrate, wenig Eiweiß und Vitamine. Gemüse, ebenfalls Träger von Vitaminen, ist zwar bis zu 1500 g vorgesehen, meist jedoch ausgekocht. Diese Mangelernährung nennt sich u.a. dann großartig „Fränkischer Spießbraten", was 50 g fetter Bauchspeck gegrillt ist. Um diesem Fraß wenigstens teilweise zu entgehen, kaufen sich die Gefangenen von ihrem eigenen Geld, bis höchstens 60 DM, zusätzlich Lebensmittel. Weil das nur zweimal im Monat möglich ist, kommt frische Milch oder andere Frischwaren gar nicht in Frage. Kühlschränke gibt es nicht.

Untergebracht werden können die Lebensmittel nur im Schrank in der Zelle, zusammen mit z.B. Wäsche oder Seife. Das Klo ist gleich daneben. In Bückeburg darf man trotz achtstündigem Pappenstecken in staubiger Luft oder Lampenfertigen zweimal die Woche sieben Minuten duschen. Die Wäsche kann nur einmal in der Woche gewechselt werden, sie ist durch scharfe Reinigungsmittel hart und erzeugt häufig Hautekzeme. Eigene Kleidung muß auf eigene Kosten gereinigt werden. Auf 15 qm müssen vier Gefangene in solchen Zellen hausen. Die Fenster lassen sich nur 4 cm nach innen öffnen. Einmal in 24 Stunden gibt es „Hofgang". Die mangelnde körperliche Bewegung und fehlende frische Luft führen besonders an den Wochenenden oft zu Kreislaufstörungen. So entstehen unter der „staatlichen Fürsorgepflicht", für „die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen" zu sorgen (§56 Strafvollzugsgesetz), Tuberkulose, Skorbut (Vitamin-C-Mangel), Zahn- und Zahnfleischerkrankungen systematisch.

Ähnliches findet sich auch an anderen Zwangsanstalten wie Schule und Hochschule, wo sich die staatliche „Fürsorgepflicht" austobt: Haltungsschäden durch stundenlanges Stillsitzen, Mangelerscheinungen wie häufige Erkältungen, Parodontose etc. durch das elende Mensaessen für die Studentenmassen sind schon lange bekannt.

Der Anstaltsarzt ist im Knast nicht einfach „Gesundheitsbeamter". § 154 Strafvollzugsgesetz: „Alle im Vollzug Tätigen arbeiten zusammen und wirken daran mit, die Aufgaben des Vollzugs zu erfüllen." In der Praxis macht er dann z.B. oberflächliche Aufnahmeuntersuchungen, deren Ziel die Feststellung der „Vollzugstauglichkeit" und „Arbeitstauglichkeit" ist. Wer sich krank meldet, darf dann eventuell in die Arztsprechstunde. Häufig werden aber z.B. Zahnerkrankungen nur mit starken Schmerz- und Beruhigungsmitteln „behandelt": Valoron und Valium, beides Mittel, die süchtig machen können.

Insgesamt paradiesische Zustände für die Bourgeoisie, um die Ausbeutung auf die Spitze treiben zu können. Dagegen gibt es Kampf. Es herrscht ein täglicher Kleinkrieg mit Essensverweigerung, Beschwerden, Forderungen nach mehr Lohn, mehr Freizeit und Sport, besseren sanitären Einrichtungen, Krankenversicherung, freier Arztwahl usw. Kein Wunder, wenn der niedersächsische Justizminister aufgeschreckt durch alle Gefängnisse reist.

Bauern fordern Mindestpreise für Kartoffelernte

Landvolk Kreisverband Harburg: Unter 13 DM pro Dezitonne wird nicht verkauft

r.led. „Unter Zugrundelegung der Gestehungskosten ist der Kartoffelarbeitskreis des niedersächsischen Landvolkverbandes, Kreisverband Harburg, der Meinung, daß der Erzeugerpreis für Speisekartoffeln – vorwiegend festkochend – in Handelsklasse II ohne Mehrwertsteuer 13 DM pro Dezitonne (Doppelzentner, Red.) betragen muß. Der Arbeitskreis erwartet, daß ab 28.8.78 kein Erzeuger unter diesem Preis Kartoffeln abgibt. Es dürfen nur gute Qualitäten zur Vermarktung kommen. Alle Möglichkeiten der Zwischenlagerung sind auszunutzen."

Dieser Beschluß wurde allen örtlichen Vertrauensleuten zugeschickt, die ihn mit den Bauern beraten und in einheitlichen Aktionen durchsetzen sollen. Der Beschluß ist ein Kampfschritt gegen die scharfe Ausplünderung der Bauern durch die Zwischenhändler, die die Erzeugerpreise drükken und Riesenprofite scheffeln. Gegenwärtig liegt der Erzeugerpreis für 1 Zentner Kartoffeln bei 3,50 bis 4 DM.

Zwei Bauern im Landkreis Harburg berichten über ihre Lage.

Wie groß ist Dein Hof und was produzierst Du?

Ich habe 40 ha Land, davon sind 10 ha dazugepachtet. Ich bewirtschafte den Hof mit meiner Frau und meinem Sohn, die Schwiegertochter fährt in die Stadt zur Arbeit. Nur 1 1/2 ha sind Kartoffelacker, auf dem übrigen Land bauen wir Korn an für die Schweinemast. Der Kartoffelanbau lohnt nicht, man muß dabei draufzahlen. Ich bin hier in Harmsdorf (Kreis Maschen) so ziemlich der einzige, der noch Kartoffeln anbaut. Die Kartoffeln verkaufe ich selbst für 10 DM pro Zentner. An den Zwischenhandel geb ich sie nicht, an den muß man für 5 DM pro Zentner verkaufen, der schlägt dann viel drauf und verkauft teuer direkt an die Lebensmittelhändler und großen Kaufhäuser.

Wie hoch sind die Produktionskosten für Kartoffeln?

Ein Zentner Saatkartoffeln kostet 26 DM. Mineral-Dünger kostet 360 DM pro Hektar. Gegen Schädlingsbekämpfung und Fäulnis muß ich nochmal 240 DM pro Hektar rechnen. Eine eigene Rodemaschine habe ich nicht, das ist zu teuer, deshalb haben wir den Maschinenring, wo jeder Bauer Mitglied sein kann und die Maschinen ausleiht. Die kostet 480 DM pro Hektar Land plus 20 DM Aufschlag bei steinigem Boden. Der Grundbeitrag im Maschinenring kostet 40 DM im Jahr und 3 DM zusätzlich pro Hektar Land.

Die Kartoffelsortierung haben wir selbst auf dem Hof. Ich habe noch ein altes Fließband, dann kommen vier Frauen, die kriegen einen Stundenlohn von 7 DM und sortieren 40 Zentner in einer Stunde. Wir sortieren die Kartoffeln dreifach in klein, mittel und groß. Von den 10 DM Einnahmen für einen Zentner Kartoffeln bleibt nichts übrig.

Um dabei zu verdienen, müssen wir schon 13 bis 15 DM für den Doppelzentner bekommen. Die Bauern, die mehr Kartoffelanbau haben, die müssen fast alle bei der Sortieranlage Eckhoff in Stelle verkaufen für 5 DM den Zentner.

Ein anderer Bauer aus Ashausen berichtet:

Die Erzeugerpreise sind viel zu niedrig. Seit dem zweiten Weltkrieg sind noch ungefähr 10% der Bauernhöfe hier übrig geblieben. In den letzten Jahren ist ein Drittel der Bauern aus dem Dorf kaputtgegangen. Ich habe 75 ha Land, davon ist die Hälfte zugepachtet, und bewirtschafte den Hof allein. Ich bin der einzige Bauer im Dorf, der die Kartoffeln noch selbst lagern kann, alle anderen bauen nur noch soviel an, wie sie für sich selbst brauchen oder direkt verkaufen, oder sie sind gezwungen, von vornherein Verträge zu schließen mit den Händlern, wo die Verträge und die Preise für die Ernte schon vor der Aussaat feststehen. Wenn wir die Erhöhung der Erzeugerpreise durchsetzen wollen, müssen wir das Problem lösen, daß viele kleine Bauern keine Lagervorrichtungen haben für die Kartoffeln, und die Händler versuchen, uns unter Druck zu setzen und die Konkurrenz zu schüren.

Entwicklung der Schweinezucht – Monopol der Agrarkapitalisten

r.roh. Eine der vorgestellten Neuigkeiten auf der 30. Norddeutschen Landwirtschaftlichen Fachausstellung (NORLA), die am 6.9. in Rendsburg eröffnet wurde, sind Mastschweine, die nach dem Bundeshybridzuchtprogramm gezüchtet worden sind. Dieses Zuchtprogramm läuft bereits seit mehreren Jahren. Es wurde entwickelt, um „die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen bäuerlichen Schweineproduzenten zu sichern".

Hybridschweine haben gegenüber allen anderen nach herkömmlichen Methoden gezüchteten Schweinen große Vorzüge: Mit ihnen ist eine grössere Aufzuchtleistung von ca. zwei Ferkeln mehr pro Sau und Jahr möglich. Dies ist erheblich, denn in den letzten 20 Jahren ist es nicht gelungen, die Aufzuchtleistung je Sau und Jahr im Durchschnitt (8,8) auch nur um ein Ferkel zu steigern (Landwirtschaftskammer Hannover); die Produktionszeit der Schweine wird verkürzt, weil die Ferkel schneller wachsen; außerdem setzen Hybridschweine weniger Fett an und werden schwerer. Ihre körperliche Konstitution verkraftet dieses größere Gewicht auch, weil insbesondere der Kreislauf widerstandsfähiger ist.

Die Hybridschweinezucht bewirkt so eine Erhöhung der Produktivkraft in der Landwirtschaft. Das Prinzip des Hybridzuchtprogramms ist, daß verschiedene Schweinerassen miteinander gekreuzt werden und das gewünschte Produkt nur auf einer bestimmten Stufe vorkommt. Nach der herkömmlichen Zuchtmethode sucht sich der Züchter aus einem Wurf Ferkel diejenigen heraus, die ihm für eine Weiterzucht am geeignetsten erscheinen. Es ist klar, daß diese Methode nicht zwingend eine große Anzahl Zuchtsäue erfordert. Anders die Hybridschweinezucht. Sie verlangt nicht nur eine bestimmte Anzahl Schweine verschiedener Rassen, sondern sie verlangt diese Anzahl auf verschiedenen Kreuzungsstufen. Sie verlangt daher zusätzlich eine arbeitsteilige Produktion und die Anwendung der Wissenschaft.

Allerdings kommt dieser Fortschritt nicht etwa allen Schweineproduzenten zugute, wie der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner bei Eröffnung der NORLA behauptete, sondern den Agrarkapitalisten und den Großbauern. Die Grenzen, die das kleinbäuerliche Eigentum dem Schweinezüchter zieht, sind zu eng für ein Hybridzuchtprogramm.

Von vornherein ist es unter der Fuchtel der Bundesregierung betrieben worden in Zusammenarbeit mit Agrarkapitalisten und Lebensmittelkonzernen. Voraussetzung für die Teilnahme eines Bauern war die Bereitstellung von mindestens 30 Zuchtsauplätzen über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Außerdem mußten die Ställe besonderen hygienischen Bedingungen genügen, z.B. alleine liegen und Desinfektionsschleusen an den Eingängen haben. All das haben die kleinen Züchter jedenfalls nicht. In ganz Norddeutschland sind auf Grundlage des Hybridzuchtprogramms 42 Züchter in der „Schweinezucht Hannover" zusammengeschlossen. Ihnen stehen allein im Erzeugerring Uelzen 488 Züchter gegenüber.

Mit Abschluß der Versuche wirken die Hybridschweine als Mittel zur Verstärkung der Abhängigkeit der kleinen Züchter von den Banken und den Agrarkapitalisten und zu ihrer Ruinierung. Bis 1980 wollen die in der „Schweinezucht Hannover" zusammengeschlossenen Züchter 20% des Marktes erobert haben. Unweigerlich muß das zu einem Sinken der Erzeugerpreise führen. Früher oder später müssen dann auch die kleinen Züchter auf Hybridschweineproduktion umstellen, oder sie werden niederkonkurriert. Das heißt aber, daß große Ausgaben in einer Situation gemacht werden müssen, wo die Bauern auf Grund des Sinkens der Erzeugerpreise sowieso schon unter Druck stehen. Der gesamte alte Schweinebestand muß verkauft werden, damit die Ställe auf die neuen hygienischen Erfordernisse vorbereitet werden können. Die neu angeschafften Hybridschweine werden aber frühestens in einem halben Jahr ferkeln und dann den Züchtern Einnahmen bringen. Außerdem hat der kleine Züchter jetzt keinerlei eigene Züchtungsmöglichkeiten mehr, weil die Hybridschweine nicht mehr kreuzbar sind. Ferkel der übernächsten Generation haben nicht mehr die gleichen Eigenschaften. Der Züchter ist also gezwungen, ständig neues Zuchtmaterial nachzukaufen.

Costa Rica verstaatlicht Bananenproduktion

z.pek. Am 13. August hat der Präsident Costa Ricas die Verstaatlichung der Bananenplantagen, Docks und Eisenbahneinrichtungen der US-imperialistischen Gesellschaft „United Brands" bekanntgegeben. Die Anlagen wurden sofort unter die Kontrolle und Aufsicht der Behörden Costa Ricas gestellt, um die Sabotage der Produktion durch die Imperialisten zu verhindern. Die Gesellschaft hatte die gesamte Produktion und den Verkauf von Bananen Costa Ricas beherrscht. Bis 1976 hatten die US-imperialistischen Konzerne United Fruit, Standard Fruit und Del Monte 92% der Bananenproduktion der lateinamerikanischen Länder in ihrer Gewalt. Sie hatten die Einnahmen der bananenproduzierenden Länder um 60% unter den realen Wert gedrückt und 88,5% der Verkaufserlöse kassiert. Nach wie vor verfügen die Imperialisten über das Monopol für den Transport von Bananen auf Spezialschiffen, auf denen 99% des gesamten Weltexports transportiert werden. Dagegen haben sich Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Panama und die Dominikanische Republik vor drei Jahren zur „Union der bananenexportierenden Länder" (UBEC) zusammengeschlossen. Im März 1977 haben sie ihre eigene Produktions- und Handelsgesellschaft Comunbana gegründet. Jedes Mitgliedsland hat dazu eine Summe von 200000 Dollar beigetragen und darüberhinaus Kredite für die gemeinsame Gesellschaft bereitgestellt.

Jugoslawien verringert Abhängigkeit von Agrarimporten

z.rua. Ab Herbst soll in Kroatien und Slowenien die neue Weizensorte „Osjecka 20" angebaut werden, die im landwirtschaftlichen Institut in Osijek / Kroatien entwickelt wurde. Sie ist von hochwertiger Qualität und krankheits- und temperaturbeständig. Ihr durchschnittlicher Hektarertrag wird sich auf 59 Doppelzentner belaufen. Gegenwärtig liegt der Hektarertrag zwischen 45 und 50 Doppelzentnern. Bis 1985 werden für 300 Mio. Dinar im ganzen Land grundlegende Be- und Entwässerungsanlagen errichtet. In Mazedonien werden insgesamt 143000 Hektar Ackerboden bewässert. Der Ertrag kann so um das Fünffache gesteigert werden. Durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verringert Jugoslawien die Importabhängigkeit von Imperialisten und Sozialimperialisten und kann die Überschüsse exportieren. Für 1978 wird mit einer Weizenernte von 5,5 Mio. Tonnen gerechnet, die den Bedarf des Landes deckt und teilweise exportiert werden kann. Ebenso ist durch die Sonnenblumen- und Rapsernte die Pflanzenöl-Selbstversorgung gesichert. Die Exporte wurden im Juli gegenüber dem Vorjahr um 38% gesteigert, die Importe um 2% gesenkt. Ende Juli schloß Jugoslawien mit Mexiko ein Abkommen über die gemeinsame Entwicklung der Mais-Produktion und gemeinsames Auftreten auf dem

„Rekordernten" in den imperialistischen Ländern – ein Unglück für die Masse der Bauern

z.scc. Wenn die Ertls strahlen, hat die Masse der Bauern nichts zu lachen. Und strahlen tun die Ertls zur Zeit breiter und fetter denn je: „Rekordernten", vor allem bei Getreide, aber

kommen." Die tiefe Sorge der kleinen und mittleren Bauern, die zwischen Grundherren und Banken, zwischen Produktions- und Abnehmermonopolen bis zum Ersticken eingeschnürt

nicht über ausreichende Lagermöglichkeiten verfügen und schnell verkaufen müssen, dazu, den Preis kräftig zu drücken. Schon bevor noch die diesjährige Ernte verkauft, ist der durch-

Kartoffelproduktion bei weitem nicht mehr deckt (De Standaard, 2.9.) und in dieser Beziehung tatsächlich alle „Rekorde" schlägt. Auf dem Unglück der Bauern schmieden die Imperialisten

(NORLA), die am 6.9. in Rendsburg eröffnet wurde, sind Mastschweine, die nach dem Bundeshybridzuchtprogramm gezüchtet worden sind. Dieses Zuchtprogramm läuft bereits seit mehreren Jahren. Es wurde entwickelt, um „die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen bäuerlichen Schweineproduzenten zu sichern".

Hybridschweine haben gegenüber allen anderen nach herkömmlichen Methoden gezüchteten Schweinen große Vorzüge: Mit ihnen ist eine grössere Aufzuchtleistung von ca. zwei Ferkeln mehr pro Sau und Jahr möglich. Dies ist erheblich, denn in den letzten 20 Jahren ist es nicht gelungen, die Aufzuchtleistung je Sau und Jahr im Durchschnitt (8,8) auch nur um ein Ferkel zu steigern (Landwirtschaftskammer Hannover); die Produktionszeit der Schweine wird verkürzt, weil die Ferkel schneller wachsen; außerdem setzen Hybridschweine weniger Fett an und werden schwerer. Ihre körperliche Konstitution verkraftet dieses größere Gewicht auch, weil ins-

so eine Erhöhung der Produktivkraft in der Landwirtschaft. Das Prinzip des Hybridzuchtprogramms ist, daß verschiedene Schweinerassen miteinander gekreuzt werden und das gewünschte Produkt nur auf einer bestimmten Stufe vorkommt. Nach der herkömmlichen Zuchtmethode sucht sich der Züchter aus einem Wurf Ferkel diejenigen heraus, die ihm für eine Weiterzucht am geeignetsten erscheinen. Es ist klar, daß diese Methode nicht zwingend eine große Anzahl Zuchtsäue erfordert. Anders die Hybridschweinezucht. Sie verlangt nicht nur eine bestimmte Anzahl Schweine verschiedener Rassen, sondern sie verlangt diese Anzahl auf verschiedenen Kreuzungsstufen. Sie verlangt daher zusätzlich eine arbeitsteilige Produktion und die Anwendung der Wissenschaft.

Allerdings kommt dieser Fortschritt nicht etwa allen Schweineproduzenten zugute, wie der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner bei Eröffnung der NORLA behauptete,

Schweinezüchter zieht, sind zu eng für ein Hybridzuchtprogramm.

Von vornherein ist es unter der Fuchtel der Bundesregierung betrieben worden in Zusammenarbeit mit Agrarkapitalisten und Lebensmittelkonzernen. Voraussetzung für die Teilnahme eines Bauern war die Bereitstellung von mindestens 30 Zuchtsauplätzen über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Außerdem mußten die Ställe besonderen hygienischen Bedingungen genügen, z.B. alleine liegen und Desinfektionsschleusen an den Eingängen haben. All das haben die kleinen Züchter jedenfalls nicht. In ganz Norddeutschland sind auf Grundlage des Hybridzuchtprogramms 42 Züchter in der „Schweinezucht Hannover" zusammengeschlossen. Ihnen stehen allein im Erzeugerring Uelzen 488 Züchter gegenüber.

Mit Abschluß der Versuche wirken die Hybridschweine als Mittel zur Verstärkung der Abhängigkeit der kleinen Züchter von den Banken und den Agrarkapitalisten und zu ihrer Ruinie-

Marktes erobert haben. Unweigerlich muß das zu einem Sinken der Erzeugerpreise führen. Früher oder später müssen dann auch die kleinen Züchter auf Hybridschweineproduktion umstellen, oder sie werden niederkonkurriert. Das heißt aber, daß große Ausgaben in einer Situation gemacht werden müssen, wo die Bauern auf Grund des Sinkens der Erzeugerpreise sowieso schon unter Druck stehen. Der gesamte alte Schweinebestand muß verkauft werden, damit die Ställe auf die neuen hygienischen Erfordernisse vorbereitet werden können. Die neu angeschafften Hybridschweine werden aber frühestens in einem halben Jahr ferkeln und dann den Züchtern Einnahmen bringen. Außerdem hat der kleine Züchter jetzt keinerlei eigene Züchtungsmöglichkeiten mehr, weil die Hybridschweine nicht mehr kreuzbar sind. Ferkel der übernächsten Generation haben nicht mehr die gleichen Eigenschaften. Der Züchter ist also gezwungen, ständig neues Zuchtmaterial nachzukaufen.

Jugoslawien verringert Abhängigkeit von Agrarimporten

z.rua. Ab Herbst soll in Kroatien und Slowenien die neue Weizensorte „Osjecka 20" angebaut werden, die im landwirtschaftlichen Institut in Osijek / Kroatien entwickelt wurde. Sie ist von hochwertiger Qualität und krankheits- und temperaturbeständig. Ihr durchschnittlicher Hektarertrag wird sich auf 59 Doppelzentner belaufen. Gegenwärtig liegt der Hektarertrag zwischen 45 und 50 Doppelzentnern. Bis 1985 werden für 300 Mio. Dinar im ganzen Land grundlegende Be- und Entwässerungsanlagen errichtet. In Mazedonien werden insgesamt 143000 Hektar Ackerboden bewässert. Der Ertrag kann so um das Fünffache gesteigert werden. Durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verringert Jugoslawien die Importabhängigkeit von Imperialisten und Sozialimperialisten und kann die Überschüsse exportieren. Für 1978 wird mit einer Weizenernte von 5,5 Mio. Tonnen gerechnet, die den Bedarf des Landes deckt und teilweise exportiert werden kann. Ebenso ist durch die Sonnenblumen- und Rapsernte die Pflanzenöl-Selbstversorgung gesichert. Die Exporte wurden im Juli gegenüber dem Vorjahr um 38% gesteigert, die Importe um 2% gesenkt. Ende Juli schloß Jugoslawien mit Mexiko ein Abkommen über die gemeinsame Entwicklung der Mais-Produktion und gemeinsames Auftreten auf dem Weltmarkt.

„Rekordernten" in den imperialistischen Ländern – ein Unglück für die Masse der Bauern

z.scc. Wenn die Ertls strahlen, hat die Masse der Bauern nichts zu lachen. Und strahlen tun die Ertls zur Zeit breiter und fetter denn je: „Rekordernten", vor allem bei Getreide, aber auch bei Kartoffeln sowie bei Obst und Gemüse, werden gemeldet, für Westdeutschland, für nahezu alle EG-Länder, für die USA.

Die kleinen amerikanischen Farmer können ein Lied von „Rekordernten" singen: 1974 wurden 1,97 Mio. Scheffel Weizen in den USA produziert, die Weizenpreise lagen bei 4,09 Dollar/Scheffel. 1975 stieg die Produktion auf 2,13 Mio. Scheffel, die Preise fielen auf 3,55 Dollar; 1976 wurde ein erneuter Anstieg der Produktion auf 2,15 Mio. Scheffel verzeichnet – und der Fall der Erzeugerpreise auf 2,85 Dollar. 1977 meldeten die US-Imperialisten wiederum eine „Rekordernte", die Preise stürzten auf Rekordtiefen bis zu 2,02 Dollar im Sommer, 2,70 Dollar im Winter. Die kleinen Farmer rechneten vor, daß ein Scheffel Weizen sie selber 3,41 Dollar mindestens kostet. Die fünf großen US-Getreidemonopole haben sich vor allem in diesen Jahren buchstäblich auf dem Rücken unzähliger kleiner Farmer eine weltmarktbeherrschende Position erobert. Kaum hatte in der ersten Augusthälfte diesen Jahres das US-Landwirtschaftsministerium die erwarteten neuerlichen Rekordergebnisse der diesjährigen Getreideernte veröffentlicht, „sind", triumphierte der International Herald Tribune am 16.8., „die Mais- und Weizenpreise auf den heimischen Getreidemärkten gefallen", noch einmal ein Stück tiefer.

„Die Ernte war gut ...", sagte ein westdeutscher Bauer auf Fragen eines schnöseligen ZDF-Korrespondenten, der über eine „sehr gute Ernte" schwelgte und sehr niedrige Preise meinte (31.8.), „die Ernte war gut, das Getreide war zu feucht. Wir wissen nur nicht, was wir für unser Getreide bekommen." Die tiefe Sorge der kleinen und mittleren Bauern, die zwischen Grundherren und Banken, zwischen Produktions- und Abnehmermonopolen bis zum Ersticken eingeschnürt sind, kommt in diesen zwei Sätzen, die der Fernsehmann ihn ausreden ließ, zum Ausdruck. Die Ernte ist gut, aber ist die Ernte für sie gut?

Seit 1971 sinken die landwirtschaftlichen Erträge, abgesehen vom „Rekorderntejahr" 1974, in allen EG-Ländern mit Ausnahme Italiens und bei den meisten Anbauarbeiten stetig; in Westdeutschland von 44,1 dt/ha (Durchschnitt 70-75) auf 41,9 dt/ha 1976 bei Weizen, von 221,7 dt/ha auf 162,9 dt/ha bei Frühkartoffeln, von 68,7 dt/ha auf 65,5 dt/ha beim Grünanbau (Heu); in anderen EG-Ländern sind die Zahlen nicht anders. Ändert sich die allgemeine Wetterlage? Nicht Naturbedingungen erklären die rückläufige Entwicklung: Die Agrarpolitik der EG-Imperialisten zwingt die Bauern in völlig einseitige Kulturen; wo sich der Boden früher durch intensive Bearbeitung und Dreifelderwirtschaft regenerieren konnte, kann die intensivste Bearbeitung heute nicht verhindern, daß er auslaugt – die Massen an Dünger, die notwendig wären, um die Erträge zumindest zu halten, können sich die kleinen und mittleren Bauern angesichts der horrend steigenden Preise zunehmend weniger leisten. So haben die Bauern, die ihr Land nicht wie die Großbauern und Landwirtschaftskapitalisten ständig vergrößern konnten, in den letzten Jahren selbst dann wachsende Verluste hinnehmen müssen, wenn die Erzeugerpreise anstiegen, unterdes die Großbauern dick und fett wurden.

Schafft die vorausgesagte „Rekordernte" ihnen Erleichterung ihrer Lage? Das Gegenteil ist der Fall: Die großen Getreidemühlen nutzen die Gelegenheit, daß die meisten Bauern nicht über ausreichende Lagermöglichkeiten verfügen und schnell verkaufen *müssen*, dazu, den Preis kräftig zu drücken. Schon bevor noch die diesjährige Ernte verkauft, ist der durchschnittliche Getreidepreis bereits um 6 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Und sinkt weiter: „Hat der Bauer im letzten Jahr im Durchschnitt auf 1 ha 45 dz Gerste geerntet und erhielt im letzten Jahr dafür 1822,50 DM, so konnte er in diesem Jahr zwar 50 dz pro ha dreschen, erhielt dafür ganze 1850 DM". (KVZ Nr. 36/78, Bezirksausgaben der Region Mitte). Die Feuchtigkeit, obwohl einerseits eine Ursache der „Rekordernte", wird andererseits für die Bauern zum Übel und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Die belgischen Bauern beispielsweise haben wucherndes Unkraut und sich ausbreitende Pilzkrankheiten zu beklagen, die den Wert des Getreides weiter vermindern bzw. deren Bekämpfung zusätzliche Arbeit für den Bauern bedeutet, wie überhaupt mehr Getreide zuerst einmal mehr Arbeit für den Bauer heißt. Weiterhin berichten belgische Bauern, daß sie gezwungen waren, jeden Tag guten Wetters auszunutzen, um die Ernte schnell unter Dach und Fach zu bringen, und dazu oft bis tief in die Nacht unter Scheinwerferlicht auf dem Feld zu arbeiten. Anders als die Großbauern, die sich teure Trockenanlagen leisten, damit den Feuchtigkeitsgrad des Getreides selbst senken und dann einige Monate auf Steigen der Getreidepreise warten können, *muß* die Masse der Bauern das Getreide so feucht verkaufen, wie es geerntet wurde – und dafür gibt es dann saftige Preisabzüge bis zu mehr als einer Mark pro dz.

Ähnlich ergeht es den Kartoffelbauern mit der „Rekordernte". In allen EG-Ländern droht der Erzeugerpreis für Kartoffeln auf ein Niveau zu sinken, das die Kosten der Bauern für die Kartoffelproduktion bei weitem nicht mehr deckt (De Standaard, 2.9.) und in dieser Beziehung tatsächlich alle „Rekorde" schlägt. Auf dem Unglück der Bauern schmieden die Imperialisten kühne Pläne. Die französischen Imperialisten beispielsweise, die dazu eigens ein „Überberufliches Nationales Komitee für die Kartoffel" ins Leben riefen, beabsichtigen in diesem Jahr die Kartoffelexporte von 400000 auf 600000 t zu steigern, vornehmlich in „Länder außerhalb der EG". – „Ein Teil (der Kartoffeln) wird verfüttert werden müssen, zumal die Schweineproduktion in der Bundesrepublik in diesem Jahr erheblich steigt", erklärt besagter ZDF-Korrespondent arg zusammenhangs- und verständnislos. Mit „steigender Schweineproduktion" hat die Verfütterung der Kartoffeln allerdings recht wenig zu tun, eher mit sinkenden Preisen für Kartoffeln *und* Schweine, die allerdings Ergebnis der EG-Agrarpolitik sind. Aufgrund zeitweilig verhältnismäßig schneller wachsenden Erzeugerpreise für Schweine, vergleichsweise billigen Krediten haben zahlreiche Bauern in der EG auf verstärkte Schweinemast gesetzt und haben sich zuallermeist dabei noch tiefer verschuldet. Seit dem letzten Jahr sinkt der Schweinepreis, ist inzwischen um fast 15 % gesunken, deckt vielfach schon nicht mehr die Kosten der Produktion. Daß viele Bauern die Verfütterung ihrer Kartoffeln bzw. eines Teils dem billigen Verschleudern vorziehen, liegt auf der Hand. Die EG-Imperialisten reiben sich inzwischen ganz öffentlich die Hände über die „Schweinekrise", die die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion, die Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern beschleunigt. Dabei allerdings stoßen sie auf heftigen Widerstand: In verschiedenen Regionen Frankreichs demonstrierten Mitte August die Bauern gegen die „Schweinepolitik" der EG und der französischen Regierung.

EG-Kommission erhöht Zölle auf griechische Pfirsiche

z.scc. Die EG-Kommission hat Ende August beschlossen, die Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Pfirsichen aus Griechenland von 23 auf 38 Pfennig pro Kilogramm zu erhöhen. Diese Maßnahme am Beginn der „Übergangszeit" soll den griechischen Bauern gleich den rechten Vorgeschmack bringen auf das, was sie im Fall der EG-Mitgliedschaft Griechenlands erwartet: die „quantitative und qualitative Anpassung der Agrarproduktion". Wie in den „umfassenden Überlegungen" der EG-Kommission zur Erweiterung der EG offen angedeutet, sollen ganze landwirtschaftliche Produktionszweige (Wein, Olivenöl, einige Frischgemüse- und Obstsorten) weitgehend vernichtet, andere, „bei denen die Gemeinschaft ein Defizit aufweist", ausgebaut und plantagenmäßig betrieben werden. Die solcherart „freigesetzten Arbeitskräfte", Hunderttausende ruinierte Bauern, sollen – „Freizügigkeit der Arbeitnehmer"! – dem hungrigen Finanzkapital als riesig anschwellende industrielle Reservearmee zur Verfügung stehen. Mit der Erhöhung der Ausgleichsabgabe, die sich in eine Kette zahlloser Mindestpreise, Einfuhrbeschränkungen usw. für griechische Landwirtschaftsprodukte einreiht und weitere unzählige Arbeitskräfte „freisetzt", wird das imperialistische Programm forciert. Gleichzeitig, so rechnen die EG-Imperialisten, werden die Früchte der Arbeit der griechischen Bauern noch einmal härter und schwerer in ihren Kassen klingen. Aber die griechische Regierung hat ihnen eine Abfuhr erteilt: Bei Unterstützung der Bauern sind alle Pfirsichexporte in EG-Staaten inzwischen verboten.

Nichtversetzung: Über die Stundentafel entschieden

Bundesverwaltungsgericht soll die Reaktion zusammenschmieden

z.anb. Kürzlich hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem Feuilletonteil die Frage nach der Neudefinition des Begriffs der „Allgemeinbildung" gestellt. Was dort in den Blätterwald der Bourgeoispresse hineinschäumt, sind Maßnahmen der Bundesregierung wie die allgemeine Einführung des Berufsgrundbildungsjahres; sie stehen im Zusammenhang mit der Umwälzung der kapitalistischen Produktion, die die Kapitalistenklasse durch Einsaugung jugendlicher Arbeitskraft zu neuen Ufern der Schweißauspressung treiben will.

Die Reduzierung der Tätigkeiten des Arbeiters in der Industrie wie im öffentlichen Dienst auf einfache Teilarbeiten und damit die Entwertung seiner Arbeitskraft führt zu Eingriffen der Finanzbourgeoisie an den Schulen, die einer Rationalisierung ähneln, den Unterricht zusammenpressen auf die wesentlichen Grundfertigkeiten und das Ziel der Unterwerfung der zukünftigen Lohnarbeiter kraß hervortreten lassen bei gleichzeitiger Gewährleistung der Durchlässigkeit nach *oben*, d.h. des angemessenen Aufstiegs der späteren Bourgeoiskader.

Am 18. Juni hat die Kultusministerkonferenz der Länder die „Vereinbarung über einen Stundenrahmen der Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 10 in den allgemeinbildenden Schulen", also des Sekundarbereichs I, erlassen. Als Regelung der „Mindest"stundenzahl verkleidet, präsentiert sich hier eine infame Willkürmaßnahme, die die Auslese der Jugendlichen für den Arbeitsmarkt zur reinen Despotie macht.

Es ist notwendig, die entsprechenden Stellen im Zusammenhang zu zitieren, denn sie sind das Machwerk ausgefuchster Kultusbürokraten, die der deutschen Sprache als Mittel des Betrugs mächtig sind:

Da für den Unterricht ab der 7. Jahrgangsstufe der Gesichtspunkt der Differenzierung zunehmend an Bedeutung gewinnt, *sichert* die vorliegende Vereinbarung einerseits einen Kernbestand an Fächern und deren Umfang, beläßt aber andererseits den Ländern die nötige *Freiheit, entsprechend den jeweiligen Umständen* und den *Bedürfnissen* der einzelnen Schularten zu verfahren ...

2. Pflichtfächer und ihre Mindestgesamtstundenzahl

(man stutze nicht über den Begriff, er bedeutet nichts anderes als die maximal zulässige Stundenzahl in den Klassen 7 bis 10 insgesamt, d.h. also jede Zahl muß durch 4, bei der Hauptschule durch 3, dividiert werden, dann bekommt man den durchschnittlich zulässigen Stundenumfang pro Fach)

2.1.1. Folgende Fächer sind in jeder der Jahrgangsstufen 7 bis 10 Pflichtfächer: Deutsch (Mindestgesamtstundenzahl 14); Mathematik (13); Erste Fremdsprache (12). ...

2.1.3. Für die Jahrgangsstufen 7 bis 9 der Hauptschule werden folgende Mindestgesamtstundenzahlen vereinbart: Deutsch (12); Mathematik (12); Fremdsprachen (9)

Für die Hauptschule gibt es demnach keine verbindlichen *Pflicht*fächer, sondern nur eine verbindliche *Höchst*stundenzahl für Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, die zudem niedriger ist als an den anderen Schulen.

Erheblich wird diese trockene Verordnung im Zusammenhang mit den Versetzungsrichtlinien: wir nehmen hier die entsprechenden Erlasse des Landes Niedersachsen, genauer gesagt die „Verordnung über die Versetzung an den allgemeinbildenden Schulen vom 5. April 1978". Dort ist ebenfalls die Hauptschule gesondert aufgeführt:

§ 17(3) Liegen
1. ungenügende Leistungen in einem Fach oder
2. ungenügende Leistungen in einem und mangelhafte Leistungen in einem weiteren Fach
ohne weitere nicht ausreichende Leistungen in anderen Fächern vor, so *kann* die Konferenz eine erfolgreiche Mitarbeit des Schülers nur dann annehmen, wenn für die Fächer mit nicht ausreichenden Leistungen ein Ausgleich im Sinne der Ausgleichsregelung vorhanden ist.

Besagte Ausgleichsregelung legt fest:

§ 29(1) Als Ausgleich für mangelhafte Leistungen in einem Fach *kann* die Konferenz mindestens befriedigende Leistungen, als Ausgleich für ungenügende Leistungen mindestens gute Leistungen in einem anderen Fach ansehen. Dabei darf die Stundenzahl des Ausgleichsfaches höchstens um eine Stunde kleiner sein als die Stundenzahl des Fachs mit nicht ausreichenden Leistungen.

Lassen wir einmal beiseite, daß es sich ohnehin um KANN-Bestimmungen handelt, lassen wir ebenfalls beiseite, daß die Noten eines Jugendlichen, der aufsässig ist, ohnehin in sämtlichen Fächern schlecht sein werden; nehmen wir den Fall eines Hauptschülers, der in Mathematik eine Fünf hat. Er muß einen „Ausgleich" in einem anderen Fach bringen, wobei nur noch Deutsch oder die Fremdsprache in Frage kommt – das Fach darf höchstens eine Stunde weniger haben als Mathematik. In Deutsch hat er eine Vier, was üblich ist bei den Kindern der Arbeiterklasse, die z.B. nicht „cordon bleu" schreiben können und demnach einen „eingeschränkten" Wortschatz besitzen. Bleibt also die Fremdsprache mit maximal drei Wochenstunden. Aber das ist der *Durchschnitt*. Nun hat der Direktor am Anfang des Schuljahres den Unterricht in Englisch auf zwei Wochenstunden reduziert, weil die Lehrerin schwanger ist, und Ersatz wird von der Schulbehörde nicht gestellt. „Dafür habt ihr dann nächstes Jahr 4 Stunden", sagte er.

Und damit wäre die Nichtversetzung des Schülers auch schon rechtens. Kein Ausgleich – keine Versetzung.

Bei einer Sechs und einer Fünf ist es ohnehin gänzlich unmöglich, die Bestimmungen der Ausgleichsregelung zu erfüllen.

„Sitzenbleiben soll Gesetz" werden, meldete die bürgerliche Presse letzte Woche. Als ob es das nicht schon wäre! Gesetz im Sinne von Willkür und Unterdrückung der herrschenden Klasse gegenüber den arbeitenden Klassen. Die Gerichte sollen den „rechtsverdünnten Raum" in den Schulen ausfüllen, die zentralisierte Staatsgewalt zur Geltung bringen und die Nichtversetzung zum Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung erheben.

Pestel nicht auf dem Boden des NHG?

r.jol. Udo Iwannek, Jungsozialist und AStA-Vorsitzender der Technischen Universität Hannover, will Wissenschaftsminister Pestel verklagen. Pestel hat nicht ihn, sondern den RCDS in seine Studienreformkommissionen berufen. Für die Jusos ist das Verletzung „rechtsstaatlicher Prinzipien" und „Mißachtung der vom ihm selbst geschaffenen Gesetze". Das haben sie der bürgerlichen Presse im Schmerz über den Verlust sicher geglaubter Pöstchen an der Ausarbeitung der imperialistischen Studienreform erklärt. Nun bleibe ihnen, den berufenen Hütern „demokratischer Prinzipien", nichts übrig, als „diese undemokratische Studienreform zu boykottieren". Das allerdings ist genau ihre Aufgabe. Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften hat die studentischen Vertreter auf das imperative Mandat, Nichtbeteiligung an den Abstimmungen in den Kommissionen festgelegt. Unter dem Druck der Fachschaften und Studenten hat der AStA der TU selbst dazu den Antrag gestellt. Nebel ist vonnöten, um doch noch ins Warme zu kommen und den RCDS bei der Erarbeitung von verstärkter Aussiebung der Studenten würdig zu vertreten. Pestel ist „rechts" vom NHG und die Jusos müssen als „Hüter der demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien" bei der imperialistischen Studienreform in seine Kommissionen. Ein schmieriges Manöver. Die klagefreudigen Jusos kennen doch das Gesetz. Und laut NHG schlagen die Hochschulen Vertreter vor, und „der Minister beruft". Es ist fraglich, ob man sich damit den Druck der Studentenbewegung vom Halse schaffen kann.

GEW-Arbeitskreis unterstützt die Völker Afrikas

Köln. In dem Aufruf zu diesem Arbeitskreis, abgedruckt in der Kölner GEW-Zeitung, Forum 8/78, heißt es: „... einen Arbeitskreis zu bilden, der die Stellung bundesdeutscher Schulbücher zum Befreiungskampf im südlichen Afrika untersuchen und Materialien zur Kritik für die Unterrichtspraxis bereitstellen soll. Ein solcher Arbeitskreis erscheint um so dringlicher, als derzeit der Befreiungskampf im südlichen Afrika in eine entscheidende Phase getreten ist. Insbesondere das illegale rhodesische Siedlerregime ist – mitsamt der sogenannten „Inneren Lösung" – innerhalb und außerhalb des Landes weitgehend isoliert. In dieser für den Erfolg des Befreiungskampfes günstigen Lage besteht jedoch zugleich die Gefahr, daß die Großmächte als letztes Mittel ... eine Intervention durchführen. Von seiten der BRD wird bereits offen ein Eingreifen ‚notfalls auch mit der Beteiligung an einer militärischen Intervention' (Spiegel, 26/78, S. 38) diskutiert. In dieser Situation kann die Position unserer Gewerkschaft nur in der vorbehaltlosen Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes bestehen."

Kein Geld, keine Bücher – Studium in Polen

z.nop. „Der heutige Student, der jede freie Minute dem Lesen widmet, liest im Park, in der Straßenbahn, beim Anstehen. Sein Wegweiser während der Zeit des Studiums ist das Lehrbuch", kann man in der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy" lesen. Das drückt so recht den Wunsch der neuen Bourgeoisie in Polen aus nach einer „problemlosen" Abrichtung der Studenten zu willigen Werkzeugen zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen, muß sie doch täglich die Studenten wegen ihren „Disziplinlosigkeiten" und der „Trägheit" ermahnen. Um diesem Traum jedoch näherzukommen, hat sie die Universitäten zu Zwangsanstalten gemacht. Sich dem Leistungsdruck, der Abrichtung zu beugen, soll der drohende Hunger erzwingen.

200000 Schüler haben im Mai ihre Reifeprüfung abgelegt. Anfang Juni begannen die Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen für 150000 Bewerber, um sich um 63000 Studienplätze zu schlagen. Zwei Drittel dieser Bewerber wurden schriftlich und mündlich die ganze Woche über, selbst am

Nur 45% der rund 500000 polnischen Studenten erhalten ein staatliches Stipendium, das nach Leistung gestaffelt ist. 26% erreichen die Höchstsätze von 1200 bis 1400 Zloty (amtlicher Wechselkurs: 100 Zloty – 6,41 DM). Für besonders gute Leistungen erhalten 19% aller Studenten zusätzliche Sonderprämien. Der Rest muß das Studium vollkommen selbst tragen.

Die Studienliteratur muß selbst bezahlt werden und ist enorm teuer. Ein vom staatlichen Verlag PWN herausgegebenes Lehrbuch kostet zwischen 50 und 200 Zloty. Die wichtigsten Bücher werden jedoch nur in so geringer Auflage gedruckt, daß beispielsweise nur jeder dritte Student an den technischen Hochschulen die Standardwerke zu offiziellen Preisen im Buchhandel kaufen kann. Gerade für die Studenten in den Anfangssemestern ist es am schwierigsten, ihre Bücher zu bekommen. Auch die Vorlesungstexte werden nur vereinzelt gedruckt. „In diesen Bedingungen blüht in aller Pracht der sogenannte Schwarzmarkt. Die gesuchten Posten erreichen astronomische Preise. So kostet z.B. die legen-

nen. In den beispielhaften zwei- bis dreiwöchigen „Skript-Lagern" „können" die Studenten in Eigeninitiative „zusammen mit den Vortragenden ein Skriptum oder vielmehr eine Zusammenfassung der wichtigsten Kenntnisse, die in den Vorlesungen vermittelt" (ebenda) werden, erarbeiten.

Um überhaupt das Notwendigste zum Leben zu haben, sind die meisten Studenten auf Zuverdienst angewiesen. Das regelt der Sozialistische Studentenverband Polens (SZSP), dem fast 300000 Studenten angehören. Auch dort geht es nach Leistung. Jobs bekommen nur Studenten, die sich „durch gute Studienergebnisse ausweisen". Der SZSP vergibt auch zu denselben Bedingungen die begehrten und verbilligten Auslandsreisen. „Böswillige Menschen behaupten", berichtet die „Zycie Warszawy" vom 3.5.78, „daß Funktionäre (der SZSP) unzugänglich sind, Bekanntschaften für ihre eigenen Ziele nutzen und nur arbeiten, um für sich ein ausländisches Ferienlager und interessante Reisen zu ergattern". Unter diesen Bedingungen ist

Für die Ferien hat die neue Borgeoisie der studentischen Jugend ein Arbeitsdienstprogramm diktiert, um ihre Arbeitskraft unbezahlt vernutzen zu können und ihnen die „dummen Gedanken" auszutreiben. Um gute Studienergebnisse zu erhalten, ist die Mitarbeit in einem der über 1000 „wissenschaftlichen Zirkel" erforderlich, „die praxisbezogene Forschungen gemäß den Erfordernissen bestimmter Regionen, Städte und Dörfer Polens führen." (Polnische Wochenschau vom 18.7.78)

Als gutes Beispiel einer solchen Theorie-Praxis-Verbindung wird die Aktion „Chelm 80" angeführt (vgl. KVZ 35/78, S. 1). Insgesamt 8000 Studenten werden hier in drei Durchgängen in der Industrie, im Wohnungs- und Straßenbau, als Traktorfahrer und in der Reparaturbrigade eingesetzt. Die Resultate solcher Aktionen, vor allem die erzieherischen, seien nicht durchweg erfreulich, kann man des öfteren in der „Zycie Warszawy" lesen. Allen Maßnahmen der neuen Bourgeoisie zum Trotz, die Studenten nach ihren Vorstellungen zu verbiegen,

die Hochschulen Vertreter vor, und „der Minister beruft". Es ist fraglich, ob man sich damit den Druck der Studentenbewegung vom Halse schaffen kann.

des Sekundarbereichs I, erlassen. Als Regelung der „Mindest"stundenzahl verkleidet, präsentiert sich hier eine infame Willkürmaßnahme, die die Auslese der Jugendlichen für den Arbeitsmarkt zur reinen Despotie macht.

nach keine verbindlichen *Pflicht*fächer, sondern nur eine verbindliche *Höchst*stundenzahl für Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, die zudem niedriger ist als an den anderen Schulen.

sich ohnehin um KANN-Bestimmungen handelt, lassen wir ebenfalls beiseite, daß die Noten eines Jugendlichen, der aufsässig ist, ohnehin in sämtlichen Fächern schlecht sein werden; nehmen wir den Fall eines Haupt-

dünnten Raum" in den Schulen ausfüllen, die zentralisierte Staatsgewalt zur Geltung bringen und die Nichtversetzung zum Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung erheben.

GEW-Arbeitskreis unterstützt die Völker Afrikas

Köln. In dem Aufruf zu diesem Arbeitskreis, abgedruckt in der Kölner GEW-Zeitung, Forum 8/78, heißt es: „... einen Arbeitskreis zu bilden, der die Stellung bundesdeutscher Schulbücher zum Befreiungskampf im südlichen Afrika untersuchen und Materialien zur Kritik für die Unterrichtspraxis bereitstellen soll. Ein solcher Arbeitskreis erscheint um so dringlicher, als derzeit der Befreiungskampf im südlichen Afrika in eine entscheidende Phase getreten ist. Insbesondere das illegale rhodesische Siedlerregime ist – mitsamt der sogenannten „Inneren Lösung" – innerhalb und außerhalb des Landes weitgehend isoliert. In dieser für den Erfolg des Befreiungskampfes günstigen Lage besteht jedoch zugleich die Gefahr, daß die Großmächte als letztes Mittel ... eine Intervention durchführen. Von seiten der BRD wird bereits offen ein Eingreifen ‚notfalls auch mit der Beteiligung an einer militärischen Intervention' (Spiegel, 26/78, S. 38) diskutiert. In dieser Situation kann die Position unserer Gewerkschaft nur in der vorbehaltlosen Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes bestehen."

Kein Geld, keine Bücher – Studium in Polen

z.nop. „Der heutige Student, der jede freie Minute dem Lesen widmet, liest im Park, in der Straßenbahn, beim Anstehen. Sein Wegweiser während der Zeit des Studiums ist das Lehrbuch", kann man in der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy" lesen. Das drückt so recht den Wunsch der neuen Bourgeoisie in Polen aus nach einer „problemlosen" Abrichtung der Studenten zu willigen Werkzeugen zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen, muß sie doch täglich die Studenten wegen ihren „Disziplinlosigkeiten" und der „Trägheit" ermahnen. Um diesem Traum jedoch näherzukommen, hat sie die Universitäten zu Zwangsanstalten gemacht. Sich dem Leistungsdruck, der Abrichtung zu beugen, soll der drohende Hunger erzwingen.

200000 Schüler haben im Mai ihre Reifeprüfung abgelegt. Anfang Juni begannen die Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen für 150000 Bewerber, um sich um 63000 Studienplätze zu schlagen. Zwei Drittel dieser Bewerber wurden schriftlich und mündlich die ganze Woche über, selbst am Wochenende, geprüft. Nach Abschluß der Prüfungen waren von 63000 noch 1700 Studienplätze übrig, um die sich dann alle ohne Platz in der zweiten Runde am 12. September prügeln sollen.

Nur 45% der rund 500000 polnischen Studenten erhalten ein staatliches Stipendium, das nach Leistung gestaffelt ist. 26% erreichen die Höchstsätze von 1200 bis 1400 Zloty (amtlicher Wechselkurs: 100 Zloty – 6,41 DM). Für besonders gute Leistungen erhalten 19% aller Studenten zusätzliche Sonderprämien. Der Rest muß das Studium vollkommen selbst tragen.

Die Studienliteratur muß selbst bezahlt werden und ist enorm teuer. Ein vom staatlichen Verlag PWN herausgegebenes Lehrbuch kostet zwischen 50 und 200 Zloty. Die wichtigsten Bücher werden jedoch nur in so geringer Auflage gedruckt, daß beispielsweise nur jeder dritte Student an den technischen Hochschulen die Standardwerke zu offiziellen Preisen im Buchhandel kaufen kann. Gerade für die Studenten in den Anfangssemestern ist es am schwierigsten, ihre Bücher zu bekommen. Auch die Vorlesungstexte werden nur vereinzelt gedruckt. „In diesen Bedingungen blüht in aller Pracht der sogenannte Schwarzmarkt. Die gesuchten Posten erreichen astronomische Preise. So kostet z.B. die legendäre ‚Histologie' von Bloom auf der Winkelbörse 500 – 600 Zloty". (Zycie Warszawy, 22.3.78)

Großzügig bietet die neue Bourgeoisie den Studenten an, diese Mängel in den Semesterferien beheben zu können. In den beispielhaften zwei- bis dreiwöchigen „Skript-Lagern" „können" die Studenten in Eigeninitiative „zusammen mit den Vortragenden ein Skriptum oder vielmehr eine Zusammenfassung der wichtigsten Kenntnisse, die in den Vorlesungen vermittelt" (ebenda) werden, erarbeiten.

Um überhaupt das Notwendigste zum Leben zu haben, sind die meisten Studenten auf Zuverdienst angewiesen. Das regelt der Sozialistische Studentenverband Polens (SZSP), dem fast 300000 Studenten angehören. Auch dort geht es nach Leistung. Jobs bekommen nur Studenten, die sich „durch gute Studienergebnisse ausweisen". Der SZSP vergibt auch zu denselben Bedingungen die begehrten und verbilligten Auslandsreisen. „Böswillige Menschen behaupten", berichtet die „Zycie Warszawy" vom 3.5.78, „daß Funktionäre (der SZSP) unzugänglich sind, Bekanntschaften für ihre eigenen Ziele nutzen und nur arbeiten, um für sich ein ausländisches Ferienlager und interessante Reisen zu ergattern". Unter diesen Bedingungen ist ein großer Teil der eingeschriebenen Studenten nicht in der Lage, ein Vollzeitstudium zu bezahlen; sie müssen es als Abend- und Fernstudium neben dem Verkauf ihrer Arbeitskraft betreiben.

Für die Ferien hat die neue Borgeoisie der studentischen Jugend ein Arbeitsdienstprogramm diktiert, um ihre Arbeitskraft unbezahlt vernutzen zu können und ihnen die „dummen Gedanken" auszutreiben. Um gute Studienergebnisse zu erhalten, ist die Mitarbeit in einem der über 1000 „wissenschaftlichen Zirkel" erforderlich, „die praxisbezogene Forschungen gemäß den Erfordernissen bestimmter Regionen, Städte und Dörfer Polens führen." (Polnische Wochenschau vom 18.7.78)

Als gutes Beispiel einer solchen Theorie-Praxis-Verbindung wird die Aktion „Chelm 80" angeführt (vgl. KVZ 35/78, S. 1). Insgesamt 8000 Studenten werden hier in drei Durchgängen in der Industrie, im Wohnungs- und Straßenbau, als Traktorfahrer und in der Reparaturbrigade eingesetzt. Die Resultate solcher Aktionen, vor allem die erzieherischen, seien nicht durchweg erfreulich, kann man des öfteren in der „Zycie Warszawy" lesen. Allen Maßnahmen der neuen Bourgeoisie zum Trotz, die Studenten nach ihren Vorstellungen zu verbiegen, kann man einem „erfahrenen Aktivisten" glauben, der sagt: „Das Problem der Erziehung zu einem guten Studenten, der gleichzeitig ein guter Aktivist wäre, ist sehr schwierig, fast unmöglich."

Verfassungsschutz geht an die Schulen

Stuttgart. Aufgrund eines Erlasses vom 14.7. soll in den Oberstufen der Gymnasien „das erforderliche Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden" durch Referenten aus dem Innenministerium „gestärkt" werden. Diese Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist laut Erlaß Teil einer „Gesamtkonzeption zur Auseinandersetzung des Staates mit dem politischen Radikalismus". Der Erlaß basiert auf einem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 9.12.74, wonach das Ziel ist, „die Bereitschaft zur Einsicht in die Notwendigkeit der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden zu gewinnen." (Stuttgarter Zeitung, 2.9.)

Streik italienischer Eltern und Schüler wieder aufgenommen

Offenbach. An der Waldschule Tempelsee in Offenbach haben die italienischen Eltern und Schüler ihren Streik gegen die Zwangsintegration der italienischen Hauptschüler in deutschen Klassen an verschiedenen Offenbacher Hauptschulen direkt zu Schuljahrsbeginn wieder aufgenommen. Am Montagmorgen wurden Flugblätter verteilt, auf denen mitgeteilt wurde, daß der Streik vorerst diese Woche weitergehen würde. Kein italienischer Schüler war bis heute in der Schule zu sehen. Der Schulleiter hat die italienischen Lehrer dazu gezwungen, Mahnschreiben mit der Androhung von Bußgeld an die italienischen Eltern zu verschicken. Erfolg hat er damit bei den Eltern bisher nicht gehabt.

Studentenwerksbeiträge durch Verordnung erhöht

Plünderungsanschlag des niedersächsischen Wissenschaftsministers auf die Studenten

r.kea. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Pestel, hat mit Wirkung vom 22. August per Verordnung die Studentenwerksbeiträge erhöht. Alle an niedersächsischen Hochschulen Studierende müssen demnach zu Beginn des nächsten Semesters bis zu 20 DM für „Leistungen des Studentenwerks" zahlen, wenn sie überhaupt rückgemeldet werden wollen.

Die Erhöhung macht zwischen sechs und zwölf Mark in der Regel aus. Rückwirkend sollen auch für vergangene Semester Beiträge eingetrieben werden von Studenten, die bisher keine Studentenwerksbeiträge bezahlt haben.

Die Unverschämtheit, mit der die Landesregierung dieses neueste Plünderungsprogramm gegen die Studenten und deren Eltern begründet, kann man dem „Schnellbrief" des Wissenschaftsministers an die Studentenschaften des Landes entnehmen: Erstens: „Der Lebenshaltungsindex ... hat sich von 1970 bis 1978 um 49% erhöht."(!) Nicht genug, daß die Studenten immer mehr für ihren Lebensunterhalt aufzuwenden gezwungen sind, sollen sie zur Strafe dafür auch noch höhere Gebühren zahlen. Das nächste Argument des Wissenschaftsministers: „Die Höchstbeträge für die Ausbildungsförderung wurden von 1970 bis 1978 um 65,5% angehoben." Wir stellen dazu fest, daß immer weniger Studenten den Höchstbetrag erhalten, was exemplarisch an der BAFöG-Verteilung der Universität Osnabrück nachzuweisen ist (siehe Schaubild). Minister Pestel in seinem Schnellbrief weiter: „Der neue Beitrag fällt im Vergleich zu den Beiträgen anderer Länder nicht aus dem Rahmen." Der Räuber weiß sich in Gesellschaft, mithin ist der Raub an sich für ihn gesellschaftsfähig.

Wie ein Hohn liest sich der offizielle Text: „Die Studentenwerke haben die Aufgabe, die Studenten wirtschaftlich, sozial und kulturell zu fördern und für ihre Gesundheit zu sorgen." Die Studenten der Musikhochschule Hannover zum Beispiel haben noch nicht einmal Zugang zu einer Mensa. Dennoch sollen sie für das nächste Semester zum ersten Mal einen Beitrag von 12 DM bezahlen.

Bei den Studenten herrscht große Wut und Empörung. Sie müssen schon bei der Stillung der grundlegendsten Lebensbedürfnisse wie Essen und Kleidung sparen, und viele werden ins Elend gedrückt. Die durchschnittlichen BAFöG-Sätze sind wegen der gestiegenen *Nominal*einkommen der Eltern gesunken, was aber nichts an der gesunkenen *realen* Kaufkraft dieser Einkommen ändert. Die Zahl der Studenten, die durch Ferienarbeit ihr Studium finanzieren, ist im August gegenüber dem letzten Jahr um 12% gestiegen. Viele Studenten, die auf diesen Verdienst angewiesen sind, haben aber gar keine Arbeit mehr gefunden. Auf der anderen Seite sind die Kosten für Wohnung, Essen und Gesundheitsversorgung stark gestiegen, und beim Studium wird mittlerweile für alles, angefangen bei der Fotokopie bis zu jeder einzelnen Prüfung eine Gebühr verlangt.

Die Landesregierung und ihre Ministerialbürokraten werden sich schwer tun, den Plünderungsanschlag gegen die Studenten durchzusetzen. Zum Semesterbeginn und schon zum Zeitpunkt der Rückmeldung haben die Studenten Aktionen dagegen geplant.

*Das Schaubild wurde auf Grundlage von Daten des Studentenwerks Osnabrück berechnet.
In diesen nach dem Bundes-Ausbildungs-Förderungs-Gesetz (BAFöG) gezahlten Sätzen ist (bis auf wenige Ausnahmen) 150 DM Darlehensanteil enthalten.
Die Verteilung für März 1978 zeigt: Nur etwa jeder 7. Student erhält den Höchstbetrag (600 DM und mehr); über ein Drittel bekommen unter 500 DM.
Ein Vergleich mit der BAFöG-Verteilung vom November 1977 zeigt, daß ein beträchtlicher Teil von Studenten, die zu diesem Zeitpunkt noch den Höchstbetrag erhielten, jetzt *weniger* bekommen; die Verteilung hat sich deutlich nach links verschoben.

BAFöG-Verteilung der Universität Osnabrück
Prozentualer Anteil an BAFöG-Empfängern
50% 40% 30% 20% 10%
März 1978
November 1977
Sommersemester 1975
100 200 300 400 500 600 700
ausgezahlte Monatssätze in DM*

„Enzian '78" – Die österreichische Bourgeoisie bereitet sich auf große Klassenschlachten vor

z.pek. Wien. Alle Bereiche des Staatsapparats hat die österreichische Bourgeoisie letzte Woche mit dem Manöver „Enzian 78" in Marsch gesetzt. 2500 Soldaten des Landwehrbataillons Lienz , Gendarmerie, Zollwache, die Freiwillige Feuerwehr und Rotkreuzverbände aus Osttirol wurden mobilgemacht. 500 Reservisten wurden erstmals blitzartig über Rundfunk zwangsrekrutiert. Um die Massen an das Kriegsgetümmel zu gewöhnen, strahlte das Regionalprogramm des Österreichischen Rundfunks laufend Einsatzberichte aus. Ein Teil der Übung bestand in der „Raumverteidigung" nach dem Konzept des Generals Spanocci, mit der die österreichische Armee einen Durchmarsch der Sozialimperialisten nach Italien bzw. in die BRD aufhalten soll, um dann an der Seite der NATO-Armeen zum Gegenangriff überzugehen.

Auf einer Informationstagung über „Umfassende Landesverteidigung" hat sich die österreichische Bourgeoisie im April über ihre Absichten verständigt. Dabei erklärte der Völkerrechtsprofessor Zemanek: *„Von den Auswirkungen eines Wirtschaftskriegs wird ein immerwährend neutraler Staat nicht durch das Neutralitätsrecht geschützt, sondern nur durch seine eigene Vorbereitung."* Der Kommandant der Militärakademie General Kuntner ergänzte: *„Sicherheitspolitische Überlegungen sind von politischen nicht zu trennen. Ebenso, wie militärische Fragen nicht mehr isoliert betrachtet werden dürfen."* Im Klartext: „Neutralität" hin oder her – der Krieg muß vorbereitet werden.

Daß sie sich dabei nicht auf die österreichischen Volksmassen stützen können, kalkulieren die Bourgeois in ihren strategischen Plänen ein. Welches Interesse sollten die österreichischen Arbeiter und Bauern auch haben, an der Seite ihrer eigenen Bourgeoisie, die sie ausbeutet und unterdrückt, in den Krieg gegen die sozialimperialistische Supermacht zu ziehen? Die eine Ausbeuterherrschaft der anderen vorziehen? Werden sie nicht eher dem imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorkommen wollen und wenn dies nicht gelingt, den Krieg in die Revolution umwandeln, um sich von jeglicher Ausbeuterherrschaft zu befreien? Die österreichische Bourgeoisie geht von dieser Möglichkeit aus.

Das Manöver „Enzian 78" besteht aus zwei Teilen. In einem Teil wird die Panzerabwehr geübt, im anderen die Niederschlagung von Kämpfen der Arbeiter und Bauern. Es ist der krönende Abschluß des im September 1977 eingerichteten „Modellversuchs Koordinierte Führungsstruktur", mit dem die Eingliederung der zivilen Behörden unter die militärische Befehlsgewalt eingeleitet wurde. In Osttirol wurde geprobt, was jetzt *landesweit* zur Anwendung empfohlen wird. Gleichzeitig betont die österreichische Bourgeoisie ihren Stolz über den Aufbau der landesweit einsetzbaren Polizeitruppe „Kobra", die nach dem Vorbild der GSG 9 aufgebaut wurde und nach dem Leitsatz „Lieber einen zuviel als einen zuwenig festnehmen" in Aktion ist.

Im Manöver „Enzian 78" wird mit Anschlägen auf verschiedene öffentliche Einrichtungen, so die Sendeanlage des Österreichischen Rundfunks, die Energieversorgung Osttirols und Einrichtungen der Postverwaltung gerechnet. Also alles Einrichtungen, die die Massen unter ihre Kontrolle bringen oder für den Gebrauch der Imperialisten zerstören müssen, wenn sie einen Aufstand siegreich führen wollen. Die Beschaffung von Waffen durch die Massen taucht in der Übungsannahme als „Diebstahl von größeren Mengen Sprengstoff" auf. Die sodann erfolgte Einnahme eines Hochspannwerks wurde als „Raketenüberfall durch unbekannte Terroristen" bezeichnet. Armee- und Polizeieinheiten wurden zum „Objektschutz" der strategisch wichtigen Einrichtungen abkommandiert. Züge der Freiwilligen Feuerwehr strahlten tausende von Litern Wasser „auf Häuser, die gar nicht brannten". Im Zuge der Übung wurde die Zufahrt nach Abfaltersbach im Drautal mit Traktoren und anderen Fahrzeugen verrammelt.

Der Übungsverlauf ist unverkennbar aus den Erfahrungen abgeleitet, die die österreichische Bourgeoisie aus den Kämpfen der Arbeiter und Bauern gegen das imperialistische Energieprogramm machen mußte: „Unbekannte Täter" hatten im Frühjahr einen Gittermast mit Meßeinrichtungen der Kernkraftwerksgesellschaft St. Pantaleon zu Fall gebracht. Der Transport der Uranbrennstäbe zum Kernkraftwerk Zwentendorf konnte nur durch den Einsatz von Armee und Polizeieinheiten gegen die Massen durchgesetzt werden.

Sturmboot der Briten-Armee entwendet

Northeim. „Bisher noch unbekannte Täter entwendeten in der Nacht zum Dienstag ein Sturmboot der Manövertruppen der britischen Streitkräfte, die vor den Toren der Northeimer Ortschaft Hollenstedt ein Feldlager aufgeschlagen haben", vermelden am 1. September 1978 die „Northeimer Neueste Nachrichten". Der Wert des Schiffes beträgt rund 8000 DM. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Von der Dorfbevölkerung werden die Militärs keinerlei Hilfe erwarten können, die Briten, die seit Jahren regelmäßig ihre Manöver um dieses Dorf abhalten, sind verhaßt.

„Tag der offenen Tür" der britischen Besatzer

Osnabrück. Am 2.9. führten die britischen Besatzer einen „Tag der offenen Tür" in der „Belfast Kaserne" durch. Das Soldaten- und Reservistenkomitee konnte einen Stand und eine Flugblattaktion gegen die Besatzer direkt vor der Kaserne durchsetzen. Über 700 Flugblätter wurden verteilt. In der Nacht zuvor waren die Mauern einiger britischer Kasernen in Osnabrück mit den Forderungen der westdeutschen Arbeiterklasse bemalt worden: Abzug aller fremden Truppen! BRD raus aus der NATO!

Straße frei für Panzer

Coesfeld. In der neuesten Ausgabe der ADAC-Mitgliederzeitung „Die Motorwelt" ist ein Artikel darüber abgedruckt, wie sich die Autofahrer bei den kommenden Herbstmanövern zu verhalten haben. Zur Abschreckung und damit die Autofahrer die Militärfahrzeuge auch geflissentlich beachten, sind Fotos abgedruckt, die zeigen, wie ein Panzer beim Abbiegen einen PKW zermalmt. Die Straße soll freiwerden für die Panzer, genau so wie die Autofahrer darauf hingewiesen werden, daß Militärkolonnen immer Vorfahrt haben, und sie besser verschwinden sollten, wenn Manöver ist. Für ihre Kriegsvorbereitungen brauchen die Imperialisten freie Bahn. Deutlich wird das auch aus einer Pressemitteilung des Hauptquartiers für die amerikanischen Besatzungstruppen: „Manöver is no Volksfest – sehen sie sich es lieber im Fernsehen an!"

Kompanieführung der Lettow-Vorbeck-Kaserne zum Abbruch des politischen Unterrichts gezwungen

r.thg. Eindeutig erklärt sich A. Weinstein, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 8.9., für die Herbstmanöver der NATO. „Ohne solche Großübungen würde die politische Forderung nach einer Sicherheitspolitik, die die ganze Bundesrepublik einschließt, zur militärischen Fiktion.

Wer sich darum gegen solche Manöver wendet, wendet sich gegen die Vorneverteidigung. Die Alternative wäre die Verteidigung am Rhein." Die imperialistische Konkurrenz zwingt die westdeutschen Imperialisten, die Armee einsatzfähig zu machen. Ohne die einsetzbare Armee werden die Imperialisten nicht in die Lage kommen, ihr Privateigentum zu sichern. Um dort hinzukommen, organisieren sie den politischen Unterricht in der Armee, worüber sie versuchen, die Völker zu spalten und die Unterdrückung der Völker der Dritten Welt zu rechtfertigen. „Die Palästinenser waren Nomadenvölker, als die Israelis kamen; die Israelis haben das Land erst fruchtbar gemacht, das vorher Wüste war; darauf sind die Palästinenser jetzt neidisch und wollen das Land erobern." Diese alte Lüge versuchen die Imperialisten immer wieder aufzutischen. Hier tat es Feldwebel Dohrmann aus der Nachschubkompanie 320 in der Bremer Vahr.

Seitdem hat die Kompanieführung den politischen Unterricht vom Dienstplan abgesetzt. Der Feldwebel kam mit der politischen Indoktrination nicht durch. Von einem Soldaten wurde die brutale Siedlerpolitik der Zionistenführer angegriffen und die gerechten Ziele der PLO nach einem unabhängigen demokratischen Palästina verteidigt. Viele Soldaten stimmten dem zu. Den Fortgang dieses politischen Unterrichts nutzten die Soldaten dazu, sich über Forderungen zum Dienstausgleich für GvD/UvD Dienste zu verständigen.

Schon Divisionschef Glanz betont, daß es darauf ankomme, „daß innere Führung ein dynamischer Prozeß ist, bei dem Stillstand zum Rückschritt führt ..." Wenn es also Widerstand gegen die politische Indoktrination im politischen Unterricht gibt, wird es nur richtig sein, ihn zu liquidieren und wieder Schikane und Schinderei zu betreiben. So sollten mehrere Soldaten der Nachschubkompanie 320 am Freitag eine Stunde nach Dienst 5000 Meter laufen. Überall war diese „erzieherische Maßnahme" auf große Empörung gestoßen, auch eine Beschwerde wurde geschrieben. Eingeteilt zum 5000-Meter-Lauf waren Soldaten, die am vorhergegangenen Montag, als Sport mit 5000-Meter-Lauf auf dem Dienstplan stand, im Sanitätsbereich gewesen waren. Zwei Soldaten „seilten sich ab" vom Laufen, indem sie sich für den Freitagnachmittag einen Termin beim Krankenhaus zum Blutspenden geben ließen. Die anderen liefen bei den 5000 Metern fünf Minuten langsamer als normal geschlossen durchs Ziel. Dies nahm der stellvertretende Kompaniechef Hauptmann Willing zum Anlaß, vor der Kompanie zu sprechen. Er wetterte los: „Einige Kameraden haben noch nicht begriffen, daß wir nicht im Kindergarten und nicht im Altersheim, sondern bei der Bundeswehr sind. Unsere Aufgabe als Nachschubkompanie ist die Versorgung der Truppe, allerdings müssen wir auch eine Ausbildung als Soldaten bekommen, diese Ausbildung muß nach Dienst erfolgen, da dafür sonst keine Zeit ist. Andere Kompanien machen auch 36-Stunden-Übungen, Nachtausbildung usw. Das muß auch für uns gelten." Nachdem das Offizierspack eine Niederlage im politischen Unterricht eingesteckt hat, versuchen sie die Soldaten mit Schikane und Schinderei zu unterdrücken und von anderen Teilen des Volkes abzuspalten. Daß sie sich nicht von den Volksmassen abspalten lassen, wird deutlich, wenn sie im Ehrenbergprozeß gegen D. Steenken eine Erklärung mit neun Soldaten verabschiedet haben, in der sie die Gesetzesmaßnahmen verurteilen, weil sie „gegen die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Erhaltung ihrer Lebens- und Arbeitskraft gerichtet sind".

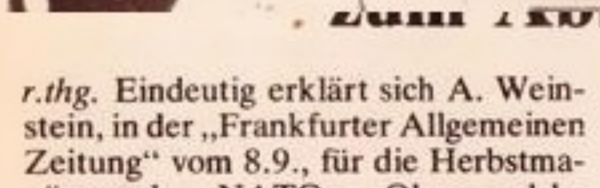
„Urlaub" der Wehrpflichtigen

Hessisch-Lichtenau. Von 32 Soldaten der 3./53, die Urlaub hatten, haben nur 2 Urlaubsreisen machen können. Der Rest machte „Urlaub" zuhause. 5 Soldaten mußten während der ganzen drei Wochen arbeiten, um Schulden abzutragen, die sich während der Bundeswehrzeit angehäuft hatten.

US-Besatzer raus aus Westberlin!

Aktion gegen US-Besatzersiedlung im Düppeler Feld

Unteroffiziere unterstützen Forderung nach Dienstausgleich



zum Abbruch des politischen Unterrichts gezwungen

r.thg. Eindeutig erklärt sich A. Weinstein, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 8.9., für die Herbstmanöver der NATO. „Ohne solche Großübungen würde die politische Forderung nach einer Sicherheitspolitik, die die ganze Bundesrepublik einschließt, zur militärischen Fiktion.

Wer sich darum gegen solche Manöver wendet, wendet sich gegen die Vorneverteidigung. Die Alternative wäre die Verteidigung am Rhein." Die imperialistische Konkurrenz zwingt die westdeutschen Imperialisten, die Armee einsatzfähig zu machen. Ohne die einsetzbare Armee werden die Imperialisten nicht in die Lage kommen, ihr Privateigentum zu sichern. Um dort hinzukommen, organisieren sie den politischen Unterricht in der Armee, worüber sie versuchen, die Völker zu spalten und die Unterdrückung der Völker der Dritten Welt zu rechtfertigen. „Die Palästinenser waren Nomadenvölker, als die Israelis kamen; die Israelis haben das Land erst fruchtbar gemacht, das vorher Wüste war; darauf sind die Palästinenser jetzt neidisch und wollen das Land erobern." Diese alte Lüge versuchen die Imperialisten immer wieder aufzutischen. Hier tat es Feldwebel Dohrmann aus der Nachschubkompanie 320 in der Bremer Vahr.

Seitdem hat die Kompanieführung den politischen Unterricht vom Dienstplan abgesetzt. Der Feldwebel kam mit der politischen Indoktrination nicht durch. Von einem Soldaten wurde die brutale Siedlerpolitik der Zionistenführer angegriffen und die gerechten Ziele der PLO nach einem unabhängigen demokratischen Palästina verteidigt. Viele Soldaten stimmten dem zu. Den Fortgang dieses politischen Unterrichts nutzten die Soldaten dazu, sich über Forderungen zum Dienstausgleich für GvD/UvD Dienste zu verständigen.

Schon Divisionschef Glanz betont, daß es darauf ankomme, „daß innere Führung ein dynamischer Prozeß ist, bei dem Stillstand zum Rückschritt führt ..." Wenn es also Widerstand gegen die politische Indoktrination im politischen Unterricht gibt, wird es nur richtig sein, ihn zu liquidieren und wieder Schikane und Schinderei zu betreiben. So sollten mehrere Soldaten der Nachschubkompanie 320 am Freitag eine Stunde nach Dienst 5000 Meter laufen. Überall war diese „erzieherische Maßnahme" auf große Empörung gestoßen, auch eine Beschwerde wurde geschrieben. Eingeteilt zum 5000-Meter-Lauf waren Soldaten, die am vorhergegangenen Montag, als Sport mit 5000-Meter-Lauf auf dem Dienstplan stand, im Sanitätsbereich gewesen waren. Zwei Soldaten „seilten sich ab" vom Laufen, indem sie sich für den Freitagnachmittag einen Termin beim Krankenhaus zum Blutspenden geben ließen. Die anderen liefen bei den 5000 Metern fünf Minuten langsamer als normal geschlossen durchs Ziel. Dies nahm der stellvertretende Kompaniechef Hauptmann Willing zum Anlaß, vor der Kompanie zu sprechen. Er wetterte los: „Einige Kameraden haben noch nicht begriffen, daß wir nicht im Kindergarten und nicht im Altersheim, sondern bei der Bundeswehr sind. Unsere Aufgabe als Nachschubkompanie ist die Versorgung der Truppe, allerdings müssen wir auch eine Ausbildung als Soldaten bekommen, diese Ausbildung muß nach Dienst erfolgen, da dafür sonst keine Zeit ist. Andere Kompanien machen auch 36-Stunden-Übungen, Nachtausbildung usw. Das muß auch für uns gelten." Nachdem das Offizierspack eine Niederlage im politischen Unterricht eingesteckt hat, versuchen sie die Soldaten mit Schikane und Schinderei zu unterdrücken und von anderen Teilen des Volkes abzuspalten. Daß sie sich nicht von den Volksmassen abspalten lassen, wird deutlich, wenn sie im Ehrenbergprozeß gegen D. Steenken eine Erklärung mit neun Soldaten verabschiedet haben, in der sie die Gesetzesmaßnahmen verurteilen, weil sie „gegen die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Erhaltung ihrer Lebens- und Arbeitskraft gerichtet sind".

ADAC-Mitgliederzeitung „Die Motorwelt" ist ein Artikel darüber abgedruckt, wie sich die Autofahrer bei den kommenden Herbstmanövern zu verhalten haben. Zur Abschreckung und damit die Autofahrer die Militärfahrzeuge auch geflissentlich beachten, sind Fotos abgedruckt, die zeigen, wie ein Panzer beim Abbiegen einen PKW zermalmt. Die Straße soll freiwerden für die Panzer, genau so wie die Autofahrer darauf hingewiesen werden, daß Militärkolonnen immer Vorfahrt haben, und sie besser verschwinden sollten, wenn Manöver ist. Für ihre Kriegsvorbereitungen brauchen die Imperialisten freie Bahn. Deutlich wird das auch aus einer Pressemitteilung des Hauptquartiers für die amerikanischen Besatzungstruppen: „Manöver is no Volksfest – sehen sie sich es lieber im Fernsehen an!"

„Urlaub" der Wehrpflichtigen

Hessisch-Lichtenau. Von 32 Soldaten der 3./53, die Urlaub hatten, haben nur 2 Urlaubsreisen machen können. Der Rest machte „Urlaub" zuhause. 5 Soldaten mußten während der ganzen drei Wochen arbeiten, um Schulden abzutragen, die sich während der Bundeswehrzeit angehäuft hatten.

US-Besatzer raus aus Westberlin!

Aktion gegen US-Besatzersiedlung im Düppeler Feld

Unteroffiziere unterstützen Forderung nach Dienstausgleich

Bad Mergentheim. Die Panzerpionier-Kompanie 360 aus der Deutschherrenordenskaserne Bad Mergentheim war die letzten 14 Tage auf Manöver in Norddeutschland. Aus dieser wie auch aus anderen Einheiten der Kaserne hatten 156 Soldaten einen Brief an Apel geschrieben, wo sie Benzinkostenerstattung gefordert haben. Am Mittwoch vorletzter Woche während des Manövers ließ der Kompaniechef die Panzerpioniere um 18 Uhr nochmal raus. Dann wurden die Soldaten auf die Teileinheitsführer aufgeteilt und jeder einzelne aufgefordert, folgende dienstliche Erklärung auszufüllen: ob ihm dieser Brief an Apel bekannt sei, von wem er ihn bekommen habe und ob er unterschrieben habe. Wer die Erklärung nicht ausfüllen wollte, wurde gezwungen mittels Befehl. Wer bereits „befragt" worden war, wurde von den anderen isoliert. Der Hauptmann behauptete, das sei „alles seine Idee" und keine Anweisung von oben. Tatsächlich hatten aber vor der Aktion sowohl Telefonate vom Stab, als auch ein Gespräch zwischen Kommandeur und Kompaniechef stattgefunden. Die Teileinheitsführer wurden von den empörten Soldaten zur Rede gestellt. Sie erklärten, daß die Forderungen sie ja auch richtig fänden und nur den „Rädelsführern" etwas passieren könnte. Es sei nun mal verboten, gemeinschaftlich Beschwerden zu schreiben. Der Hauptmann erklärte frech, er wolle über diese Aktion eben rauskriegen, wer aus der Kompanie unterschrieben habe und wer die Rädelsführer seien. Mit diesem massiven Unterdrückungsversuch und Spalterei über „Rädelsführertheorien" kommen sie nicht durch: Unteroffiziere sympathisieren direkt mit den Forderungen und sogar der Spieß hat erklärt, er hätte den Brief unterschrieben, auch wenn es verboten sei.





Westberlin. Am Sonntag, dem 3.9., führte die Initiative gegen die Bebauung des Düppeler Feldes mit 250 US-Besatzerwohnungen am Bauplatz eine Belagerungsaktion durch, die nach anfänglichen Schikanen genehmigt werden mußte. Auf dem Höhepunkt der Aktion waren rund 450 Menschen anwesend. Mit zahlreichen Ständen, Spielen und sportlichen Veranstaltungen wurden die US-Besatzertruppen, der US- und der BRD-Imperialismus angegriffen. Nach einer Wanderung von 200 Teilnehmern rund um den Bauplatz konnte von der in 300 Mannstärke angerückten Polizei der Versuch, den Zaun zu fällen, vereitelt werden. Nach der Veranstaltung überfielen Polizeitruppen die abrückenden Teilnehmer des Festes, um einzelne zu verhaften. Es gab eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei. Drei Verhaftete wurden dem Richter vorgeführt, um sie in U-Haft zu nehmen. Das allerdings gelang nicht, sie wurden am nächsten Tag freigelassen. Für kommenden Freitag ist eine Demonstration zum Wohnsitz des US-Stadtkommandanten angekündigt.

Landvolk gegen Panzerstraßenbau

r.edp. Nachdem die US-Truppenstationierung in Osterholz-Scharmbeck durchgesetzt ist und die Kasernen nun stehen, müssen nun die Bedingungen für den Transport der Panzer geschaffen werden.

Seit cirka einem Jahr wird über die verschiedenen Panzertrassen verhandelt. Wesentlich zwei sind im Gespräch. Die A-Trasse durch den Forst Elm und die BH-Trasse durch bäuerliches Nutzgebiet. Auf einer Versammlung des Landvolks vor einem Jahr konnte der Vorsitzende einen Beschluß durchsetzen, der für die A-Trasse war. Es sind damit ja „nur" die Waldbenutzer und ein Bauer betroffen, während bei der BH-Trasse einige Bauern enteignet werden.

Jetzt ging das nicht mehr. Auf einer Versammlung des Landvolks vor drei Wochen sprachen die Bauern sich grundsätzlich gegen den Trassenbau aus. Der Vertreter des Stadtrats sprang darauf an, sie seien auch dagegen, man sollte die Panzer mit Tiefladern transportieren, leider sei dies technisch nicht möglich. Die Antwort der Bauern, dies sei auch seit einem Jahr bekannt. Es kam der Vorschlag, mit Treckern nach Hannover zu demonstrieren. Der Vorsitzende versuchte abzuwiegeln, es müßte jetzt erstmal juristisch abgeklärt werden, wo der genaue Verlauf ist, also wer jetzt eigentlich „betroffen" ist. Die richtige Antwort hierauf ist der Leserbrief von acht Arbeitern der Firma Schäfer aus Osterholz-Scharmbeck.

„Wir wenden uns gegen die Pläne von Bundesregierung, Landesregierung, Kreistag und Stadtrat, jetzt auch noch eine Panzertrasse für die US-Truppen zu bauen. Wir sind nicht gewillt, den Aufmarschplatz für die US-Truppen zu stellen und den Kriegsschauplatz für die Weltmachtspläne von USA und Sowjetunion abzugeben. Wir haben die Amerikaner nicht gebeten, 33 Jahre nach dem Krieg unser Land besetzt zu halten, und sind auch nicht bereit, hinzunehmen, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes weiter mit Stiefeln getreten wird. Jeder Zentimeter Boden für die Truppenstationierung bedeutet die Vertreibung der ansässigen Bauern und die Unterwerfung des gesamten Gebietes unter das Militärkommando der USA.

Wir sind dagegen, daß fremde Truppen durch Gesetz das Recht haben, zu nehmen, was sie brauchen. Die Bundesregierung garantiert ihnen das im Deutschlandvertrag und den Nato-Verträgen und hat sich mit dem Schutzbereichs- und Landbeschaffungsgesetz die gesetzlichen Handhaben dafür geschaffen.

Wir sind für die sofortige Kündigung dieser Verträge, sie müssen ersetzt werden durch einen Friedensvertrag mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges, der den Besatzerstatus endgültig beendet!

Wir sind gegen die Truppenstationierung in Garlstedt wie gegen den Bau jeglicher Panzertrasse! Den Vorschlag von betroffenen Bauern, in Hannover zu demonstrieren, begrüßen wir und werden eine solche Aktion voll und ganz unterstützen!"

„Komitee zur Selbstverteidigung der Bauern“ in Polen gegründet

z.mih. Das ununterbrochene Handaufhalten und Auspressen durch die Sozialimperialisten bringt den polnischen Volksmassen wachsende Verelendung. Für die polnische Arbeiterklasse und die Volksmassen wird es in diesem Jahr wieder weniger Frischfleisch, Wurst und Schinken geben, „400000 Tonnen Fleisch fehlen“. Zur Zeit gibt es „Lücken in der Versorgung mit 700 verschiedenen Konsumwaren ... Textilien, Waschmaschinen, Waschmitteln, Kosmetika, Schuhen, diversen Haushaltsartikeln und Ersatzteilen“. (Neue Zürcher Zeitung, 27./28.8.78) Ein gutes Stück aus der Plünderung Polens durch die Neuen Zaren ergattert die neue Bourgeoisie in Polen. Nach dem Grundsatz der „gleichen Chancen im Konsum“ wurden 350 „Kommerz“-Geschäfte im ganzen Land eingerichtet, und es sollen noch 150 dazukommen. Im Unterschied zu den normalen Läden gibt es hier „ein genügendes Angebot“, aber zu horrenden Preisen. Für die Arbeiter bringt die Raffgier dieser „Brüder“ weitere „freiwillige Subbotniks“, für die Bauern weitere Auspressung nach der Parole „Jedes Korn ist Gold wert“. In Lublin hat sich jetzt ein „Vorläufiges Komitee für die Selbstverteidigung der Bauern“ gebildet. Es vertritt 16 Dörfer. Das Komitee lehnt das „Gesetz für die Altersversorgung der Bauern“ ab und kritisiert die Agrarpolitik der neuen Bourgeoisie. Die Bauern verlangen, daß ihnen „das Recht auf selbständige Verteidigung ihrer Interessen gegenüber den obersten Behörden“ eingeräumt wird. (Ebenda)

Spanien soll EG-Reife beweisen

z.rua. Im Frühjahr hatte die EG-Kommission erklärt, der Beitritt Spaniens werde sich als sehr schwierig erweisen. Spanien sei aufgrund seiner industriellen Entwicklung ein ernster Konkurrent der anderen EG-Staaten. Auch sei der Zollabbau für aus der EG importierte Waren erst zu 25% durchgesetzt. Die spanische Regierung müsse entscheidende Maßnahmen ergreifen, um ihre EG-Reife zu beweisen. Die EG-Imperialisten wollen Spanien als Niedriglohn-„Partner“-Land, offen für unbeschränkten Waren- und Kapitalexport. Die spanische Regierung bemüht sich, diesen Wunsch zu erfüllen. Ende August beschloß sie ein Programm zur Sanierung der Werft- und Stahlindustrie. In den nächsten fünf Jahren werden die Kapazitäten halbiert und 11500 Arbeiter entlassen. Für das laufende Jahr sieht ein „Sozialabkommen“ vor, daß rotationsmäßig in Arbeit stehende und arbeitslose Werftarbeiter bei Zahlung von 90% des bisherigen Lohns vernutzt werden. Ende Juli wurden die Importzölle für Maschinen und chemische Produkte um 20% gesenkt. Im Rahmen der Steuerreform soll bis zum Ende des Jahres die bisherige Mehrphasenumsatz- und Luxussteuer zugunsten einer EG-angepaßten Mehrwertsteuer beseitigt werden. Die Löhne werden bis zu 62% progressiv besteuert. Was bisher noch provisorisch geregelt war, wird jetzt Gesetz. Alle Rechtsvorschriften, die ab dem 1.10.78 in Kraft treten, müssen an die EG-Bestimmungen ange-

Spanien soll EG-Reife beweisen

z.rua. Im Frühjahr hatte die EG-Kommission erklärt, der Beitritt Spaniens werde sich als sehr schwierig erweisen. Spanien sei aufgrund seiner industriellen Entwicklung ein ernster Konkurrent der anderen EG-Staaten. Auch sei der Zollabbau für aus der EG importierte Waren erst zu 25% durchgesetzt. Die spanische Regierung müsse entscheidende Maßnahmen ergreifen, um ihre EG-Reife zu beweisen. Die EG-Imperialisten wollen Spanien als Niedriglohn-„Partner“-Land, offen für unbeschränkten Waren- und Kapitalexport. Die spanische Regierung bemüht sich, diesen Wunsch zu erfüllen. Ende August beschloß sie ein Programm zur Sanierung der Werft- und Stahlindustrie. In den nächsten fünf Jahren werden die Kapazitäten halbiert und 11500 Arbeiter entlassen. Für das laufende Jahr sieht ein „Sozialabkommen“ vor, daß rotationsmäßig in Arbeit stehende und arbeitslose Werftarbeiter bei Zahlung von 90% des bisherigen Lohns vernutzt werden. Ende Juli wurden die Importzölle für Maschinen und chemische Produkte um 20% gesenkt. Im Rahmen der Steuerreform soll bis zum Ende des Jahres die bisherige Mehrphasenumsatz- und Luxussteuer zugunsten einer EG-angepaßten Mehrwertsteuer beseitigt werden. Die Löhne werden bis zu 62% progressiv besteuert. Was bisher noch provisorisch geregelt war, wird jetzt Gesetz. Alle Rechtsvorschriften, die ab dem 1.10.78 in Kraft treten, müssen an die EG-Bestimmungen angepaßt werden.

Sozialimperialistische Drohung gegen Rumänien

z.mih. Schon während der erfolgreichen Reise Hua Guo-fengs nach Rumänien, Jugoslawien und dem Iran haben die Sozialimperialisten versucht, die „Verbrüderung einzudämmen“. In der sowjetischen Presse gab es täglich Ermahnungen für Rumänien, es befinde sich im „Grenzbereich des eigenständigen Wirkens“. Anläßlich des rumänischen Nationalfeiertages zum 31. Jahrestag des Endes der Allianz mit den deutschen Faschisten am 23. August erschien ein Artikel in der Moskauer Wochenzeitung „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit), der unverhohlene Drohungen gegen Rumänien losläßt. Neben der Würdigung des Umsturzes in Rumänien am 23. August 1944 wird daran erinnert, „daß sich Rumänien im Zweiten Weltkrieg an der Seite Hitlers mit 30 Divisionen am Feldzug gegen die Sowjetunion beteiligt hatte. Diese verbrecherische Politik habe Rumänien 400000 Tote gekostet.“ (Neue Zürcher Zeitung, 27./28.8.78) Mit dem Hinweis, daß Ceausescu auf der Krim Breschnew die Treue zum Warschauer Pakt und zum RGW beteuert hätte, wird er daran erinnert, daß Rumänien schon „vor dem Zweiten Weltkrieg eine Politik des Lavierens zwischen den damaligen Machtkonstellationen betrieben habe“ und daß es heute „nur dank dieser Allianz (Warschauer Pakt) seine sozialistischen Errungenschaften verteidigen könne“. Direkt an Ceausescu ist gerichtet, „daß die früheren Kommunistenführer Rumäniens die Verbundenheit mit der Sowjetunion immer als Grundlage ihrer Politik bezeichnet hätten“. (Ebenda)

Andreottis Kriegserklärung an die italienische Arbeiterklasse

„Dreijahresplan“ im Entwurf vorgelegt / Metallarbeitergewerkschaft gegen den Plan



Die Arbeiter des italienischen Nahrungsmittelbetriebes Unidad demonstrieren gegen die Betriebsschließung

z.ulg.Rom. Die Gläubiger jedenfalls sind zufrieden. Kaum hatte der italienische Finanzminister Pandolfi am 31. August den Entwurf seines „Dreijahresplans“ vorgelegt, ist der stellvertretende Vorsitzende der EG-Kommission Ortoli nach Rom gereist, um das Dokument zu begutachten. Am 5. September hat er der versammelten EG-Kommission Bericht erstattet. Alle, an der Spitze der Vorsitzende Jenkins, seien „günstig beeindruckt“ gewesen, heißt es. Lediglich über die Absicht der italienischen Regierung, die erste Rate des letzten EG-Kredits vorzeitig zurückzuzahlen, sei man in Brüssel, vor allem aber am Sitz des Konsortialführers, der Deutschen Bank in Frankfurt, weniger erfreut: Inzwischen sind die Zinsen gesunken.

In der letzten Woche ist der Entwurf mit den Parteien der Regierungsmehrheit beraten worden, in dieser Woche trifft die Regierung mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Kapitalistenverbände zusammen. Andreotti, der Fuchs, hat sich gleich vorsichtig von dem Entwurf seines Finanzministers distanziert, nur durch eine „bedauerliche Indiskretion“ sei das „Arbeitspapier“ überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Der Trick ist bekannt. Die Revisionisten werden ihren sehnlichen Wunsch nach „Garantien“ für Investitionen im Süden erfüllt bekommen, und im Kern bleibt der Plan, was er ist: eine Kriegserklärung an die italienische Arbeiterklasse. Wenn Andreotti selbst dafür nicht geradestehen würde, so würde dafür schon die Delegation des Internationalen Währungsfonds bürgen, die sich für Oktober in Rom angesagt hat, um die Einhaltung der Kreditbedingungen zu „überprüfen“.

Bei der Eröffnung der Messe „Fiera di Levante“ in Bari hat Andreotti am Freitag davon gesprochen, daß Italien am Scheideweg stünde, „in Europa zu bleiben“ oder „zu einem Entwicklungsland herabzusinken“. „Von der Transferwirtschaft zur Wachstumswirtschaft“ heißt Pandolfis Parole, um alsbald bei der Hauptsache anzulangen: Die Löhne, elend niedrig wie sie sind, sind immer noch viel zu hoch. „Für ein stabiles Wachstum, das Vollbeschäftigung ermöglicht, ist ... notwendig, den Anteil der Ressourcen, die in den Export gehen und für Investitionen einschließlich öffentlicher Investitionen verwandt werden, zu steigern und den Anteil, der in den Konsum der Familien eingeht, zu senken.“ Um 20% seien die Reallöhne seit 1973 gestiegen, wird in dem Plan behauptet. Wir haben einige Berechnungen über den Lohn eines Stahlarbeiters angestellt, das Ergebnis ist auf Seite 7 dieser Zeitung nachzulesen. Tatsächlich ist der Reallohn seit 1973 *nicht* gestiegen. Man mag sich ausrechnen, was gemeint ist, wenn als Eckpfeiler des „Dreijahresplans“ sodann verkündet wird: „Die Lohnpolitik darf in diesen drei Jahren nicht zu realen Erhöhungen der Arbeitskosten pro Arbeitsstunde ... führen.“ Die Rate, die für den „Reallohnanstieg“ in den letzten Jahren zusammengeschwindelt worden ist, wird das *Mindeste* sein, um was der Lohn in den nächsten Jahren *wirklich* gesenkt werden soll.

Die Regierung könne „dem Anwachsen der Arbeitskosten nicht gleichgültig gegenüberstehen. ... Sie ist Träger einer allgemeineren Verantwortung und eines allgemeineren Mandats als die Sozialpartner.“ Richtig versteht man das als offizielle Ankündigung der Regierung, von den Arbeitern durchgesetzte Tarife, die nicht in die „allgemeine Verantwortung“ passen, kurzerhand für null und nichtig zu erklären. Mit dem derzeit im Parlament verhandelten Gesetz, nach dem tariflich vereinbarte Zulagen auf die Hälfte gekürzt werden sollen, ist ein Anfang schon gemacht.

Wo derart forsch zur Lohnsenkung geschritten wird, kann unter dem Kapitel „Reduzierung des Haushaltsdefizits“ ein ganzes Bündel an Ehrenbergmaßnahmen nicht fehlen. 2400 Mrd. Lire (6 Mrd. DM) sollen allein im nächsten Jahr bei den Versicherungskassen „eingespart“, also in Kapital verwandelt werden. Statt wie bisher an die Entwicklung der Tariflöhne in der Industrie sollen die Renten ab dem nächsten Jahr nur noch an die der Durchschnittslöhne in der Gesamtwirtschaft angepaßt werden, was beträchtlich weniger ist. Zur „Sanierung“ der Rentenversicherung der Bauern ist eine „Ergänzungsabgabe“ zur Lohn- und Einkommenssteuer ins Auge gefaßt. Im übrigen plant die Regierung eine „organische Reform“ der Rentenversicherung von solcher Art, daß Pandolfi über die Einzelheiten vorsichtshalber vorläufig nichts verlauten läßt. 1500 Mrd. Lire (3,75 Mrd. DM) sollen aus dem Gesundheitswesen eingebracht werden. Als erster Schritt dazu tritt bereits in dieser Woche die kürzlich eingeführte Rezeptgebühr für „nicht notwendige Medikamente“ in Kraft. Über die Liste der gebührenfreien „notwendigen“ Medikamente ist mittlerweile bekanntgeworden, daß Arzneien zur Behandlung chronischer Krankheiten nicht drinstehen. Im „Dreijahresplan“ wird die „Einführung weiterer Formen des Eigenbetrags der Versicherten zu den Kosten für bestimmte Leistungen“ bereits für 1979 angekündigt.

Der stellvertretende Generalsekretär des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, Marianetti, hat der Finanzbourgeoisie in der letzten Woche nochmals versprochen, die Gewerkschaftsführer würden alles tun, um auch die nächsten Tariflohnerhöhungen auf 18000-20000 Lire (knapp 50 DM), verteilt auf drei Jahre, zu begrenzen, „gerade um die gleitende Lohnskala zu verteidigen.“ Für den Fall, daß die Arbeiter diese Absicht der Reformisten und Revisionisten über den Haufen werfen, ist im „Dreijahresplan“ noch ein besonderes Erpressungsmanöver vorgesehen. Zum Ende des 1. Quartals 1979 – dann also, wenn sich die Tarifbewegung dem Ende nähert – werde die Regierung nochmals „prüfen“, ob weitere Maßnahmen zur „Änderung der Modalitäten bei der Scala mobile notwendig“ sind, um die Ergebnisse des Tarifkampfes zu kassieren. Die Sorge der Finanzbourgeoisie, daß die Arbeiter die von den Revisionisten verfügte „Wende“ nicht „verstehen“, ist berechtigt. In der letzten Ausgabe der revisionistischen Wochenzeitschrift „Rinascita“ führt der CGIL-Sekretär Garavini bewegte Klage darüber, daß sich die „Wende“ nicht in eine „Bewegung“ der Arbeiter verwandelt habe. „Diese Schranke“, schreibt er als Beispiel, „hat unter den Arbeitern der Fiat-Betriebe im Süden dazu geführt, daß sie den Vorschlag ablehnen, nach dem die Schichtarbeit bei gleichzeitiger Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Vergrößerung der Beschäftigtenzahl auch auf die Nacht ausgedehnt werden soll, weil sie das nicht als dem gegenwärtigen Niveau ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen entsprechend empfinden.“

Der Vorstand der Einheitsgewerkschaft der Metallarbeiter FLM hat den „Dreijahresplan“ gleich nach der Veröffentlichung zurückgewiesen. „Ein Vorschlag, der sich im wesentlichen auf die Blockierung der Tarifpolitik für die nächsten drei Jahre gründet, kann nicht als Diskussionsgrundlage angenommen werden.“ In dieser Woche hat der FLM-Vorstand über die Höhe seines Forderungsvorschlags für den Tarifkampf zu entscheiden.

Britische Sozialdemokraten mobilisieren für die Durchsetzung der 5%-Lohnleitlinie

TUC-Kongreß stimmt der Leitlinie nicht zu / Callaghan schiebt Parlamentswahl auf

z.hef.London. Der britische Premierminister Callaghan hat am letzten Donnerstag angekündigt, daß nicht wie erwartet Ende September oder Anfang Oktober eine allgemeine Parlamentswahl stattfindet. Der britische Premierminister hat das Recht, Parla-

nicht ausdrücklich zurückweisen), von den Gewerkschaften werden Delegierte zu den Parteitagen der Labour-Partei gewählt usw. Diese 67 Gewerkschaften machen 5/6 der Gesamtmitgliedschaft des TUC aus, also 9,9 Millionen der insgesamt 11,865 Millionen

Callaghan hielt am Dienstag eine Rede auf dem Gewerkschaftskongreß, aus der Lohnraubabsichten und sozialchauvinistische Ideen aus jeder Zeile quollen: „Die Aufgabe einer Labour-Regierung in den achtziger Jah-

men die vollen zehn Prozent als gegeben, so daß weniger Fortschritt gemacht wurde in der Lösung dieser Probleme als es der Fall sein könnte. Die gegenwärtige Lohnleitlinie ist wiederum in Prozentform, und erlaubt

was er ist: eine Kriegserklärung an die italienische Arbeiterklasse. Wenn Andreotti selbst dafür nicht geradestehen würde, so würde dafür schon die Delegation des Internationalen Währungsfonds bürgen, die sich für Oktober in Rom angesagt hat, um die Einhaltung der Kreditbedingungen zu „überprüfen“.

Bei der Eröffnung der Messe „Fiera di Levante“ in Bari hat Andreotti am Freitag davon gesprochen, daß Italien am Scheideweg stünde, „in Europa zu bleiben“ oder „zu einem Entwicklungsland herabzusinken“. „Von der Transferwirtschaft zur Wachstumswirtschaft“ heißt Pandolfis Parole, um alsbald bei der Hauptsache anzulangen: Die Löhne, elend niedrig wie sie sind, sind immer noch viel zu hoch. „Für ein stabiles Wachstum, das Vollbeschäftigung ermöglicht, ist ... notwendig, den Anteil der Ressourcen, die in den Export gehen und für Investitionen einschließlich öffentlicher In-

die Hälfte gekürzt werden sollen, ist ein Anfang schon gemacht.

Wo derart forsch zur Lohnsenkung geschritten wird, kann unter dem Kapitel „Reduzierung des Haushaltsdefizits“ ein ganzes Bündel an Ehrenbergmaßnahmen nicht fehlen. 2400 Mrd. Lire (6 Mrd. DM) sollen allein im nächsten Jahr bei den Versicherungskassen „eingespart“, also in Kapital verwandelt werden. Statt wie bisher an die Entwicklung der Tariflöhne in der Industrie sollen die Renten ab dem nächsten Jahr nur noch an die der Durchschnittslöhne in der Gesamtwirtschaft angepaßt werden, was beträchtlich weniger ist. Zur „Sanierung“ der Rentenversicherung der Bauern ist eine „Ergänzungsabgabe“ zur Lohn- und Einkommenssteuer ins Auge gefaßt. Im übrigen plant die Regierung eine „organische Reform“ der Rentenversicherung von solcher Art, daß Pandolfi über die Einzelheiten vorsichtshalber vorläufig nichts verlauten

rung weiterer Formen des Eigenbetrags der Versicherten zu den Kosten für bestimmte Leistungen“ bereits für 1979 angekündigt.

Der stellvertretende Generalsekretär des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, Marianetti, hat der Finanzbourgeoisie in der letzten Woche nochmals versprochen, die Gewerkschaftsführer würden alles tun, um auch die nächsten Tariflohnerhöhungen auf 18000-20000 Lire (knapp 50 DM), verteilt auf drei Jahre, zu begrenzen, „gerade um die gleitende Lohnskala zu verteidigen.“ Für den Fall, daß die Arbeiter diese Absicht der Reformisten und Revisionisten über den Haufen werfen, ist im „Dreijahresplan“ noch ein besonderes Erpressungsmanöver vorgesehen. Zum Ende des 1. Quartals 1979 – dann also, wenn sich die Tarifbewegung dem Ende nähert – werde die Regierung nochmals „prüfen“, ob weitere Maß-

gung“ der Arbeiter verwandelt habe. „Diese Schranke“, schreibt er als Beispiel, „hat unter den Arbeitern der Fiat-Betriebe im Süden dazu geführt, daß sie den Vorschlag ablehnen, nach dem die Schichtarbeit bei gleichzeitiger Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Vergrößerung der Beschäftigtenzahl auch auf die Nacht ausgedehnt werden soll, weil sie das nicht als dem gegenwärtigen Niveau ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen entsprechend empfinden.“

Der Vorstand der Einheitsgewerkschaft der Metallarbeiter FLM hat den „Dreijahresplan“ gleich nach der Veröffentlichung zurückgewiesen. „Ein Vorschlag, der sich im wesentlichen auf die Blockierung der Tarifpolitik für die nächsten drei Jahre gründet, kann nicht als Diskussionsgrundlage angenommen werden.“ In dieser Woche hat der FLM-Vorstand über die Höhe seines Forderungsvorschlags für den Tarifkampf zu entscheiden.

Britische Sozialdemokraten mobilisieren für die Durchsetzung der 5%-Lohnleitlinie

TUC-Kongreß stimmt der Leitlinie nicht zu / Callaghan schiebt Parlamentswahl auf

z.hef.London. Der britische Premierminister Callaghan hat am letzten Donnerstag angekündigt, daß nicht wie erwartet Ende September oder Anfang Oktober eine allgemeine Parlamentswahl stattfindet. Der britische Premierminister hat das Recht, Parlamentswahlen mit vierwöchiger Vorankündigung zu jeder Zeit anzusetzen. Nachdem die Liberale Partei die quasi bestehende Koalition im Sommer aufgelöst hatte, war von allen britischen Parteien mit einer Wahl im Herbst gerechnet worden. Die Labour-Regierung wird als Minderheitsregierung im Amt bleiben.

Callaghan hat diese Entscheidung ausdrücklich damit begründet, daß eine Wahl nicht zur Durchsetzung der angestrebten Maßnahmen der britischen Imperialisten zur Verschärfung der Ausbeutung nutzen würde: „Würde eine jetzt stattfindende allgemeine Wahl es erleichtern, das erneute Steigen der Inflation zu verhindern? Würde die Arbeitslosigkeit geringer sein in diesem Winter? Würde eine jetzt stattfindende allgemeine Wahl die Probleme lösen, wie mit den Lohnerhöhungen während der nächsten Monate umgegangen werden muß? Würde sie (die Wahl) eine plötzliche dramatische Steigerung der Produktivität bringen? Nein.“

Die Labour-Partei hatte den Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC (Trade Union Congress) in der letzten Woche von Anbeginn an als Kongreß zur Einschwörung ihrer Fraktion in den Gewerkschaften auf Unterstützung der Regierungspolitik behandelt, und damit als Wahlkongreß für die (angenommene) Wahl. Von den 112 Mitgliedsgewerkschaften des TUC sind 67 direkt der Labour-Partei angeschlossen. Das heißt, ihre Mitglieder zahlen mit dem Gewerkschaftsbeitrag auch Beitrag an die Labour-Partei (falls die einzelnen Mitglieder dies nicht ausdrücklich zurückweisen), von den Gewerkschaften werden Delegierte zu den Parteitagen der Labour-Partei gewählt usw. Diese 67 Gewerkschaften machen 5/6 der Gesamtmitgliedschaft des TUC aus, also 9,9 Millionen der insgesamt 11,865 Millionen Mitglieder. Eine der ersten Resolutionen, die beschlossen wurde, enthielt die ausdrückliche Unterstützung der Gewerkschaften für die Labour-Partei im Wahlkampf. Ein Fonds wurde eröffnet und von den Einzelgewerkschaften gezeichnet, mit 1 Million Pfund aus Mitgliedsbeiträgen (etwa 4 Millionen DM) für die Wahlkampagne.

Was die Sozialdemokratie sich nicht leisten konnte, war die offizielle Zustimmung des Kongresses zur 5%-Lohnleitlinie der Labour-Regierung. Es wurde eine Resolution der Bergarbeitergewerkschaft angenommen, in der es heißt: „Der Kongreß erklärt seine Gegnerschaft zu der Regierungspolitik der Einmischung und Einschränkung in Lohnverhandlungen einschließlich Regierungssanktionen und gegenüber jeder Form einer restriktiven Einkommenspolitik der Regierung. Der Kongreß beauftragt den Generalrat, allen willkürlichen Lohnbegrenzungen entgegenzutreten, und besteht darauf, daß jetzt eine Rückkehr zu normalen und verantwortungsbewußten Verhandlungen (zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten, Red.) stattfinden muß, beruhend auf der Begrenzung der Lohnstückkosten und paralleler Verbesserung des Lebensstandards, um so den Gewerkschaften wieder zu erlauben, ihre eigentliche Aufgabe auszuführen, was die einzige faire und praktizierbare Methode ist, Entlohnungshöhen festzusetzen.“ Statt an der Regierungsleitlinie sollen sich die Arbeiter an den Lohnstückkosten der Kapitalisten orientieren.

Callaghan hielt am Dienstag eine Rede auf dem Gewerkschaftskongreß, aus der Lohnraubabsichten und sozialchauvinistische Ideen aus jeder Zeile quollen: „Die Aufgabe einer Labour-Regierung in den achtziger Jahren wird sein, die Leistung unserer Hauptindustrien zur besten in der Welt zu steigern, so daß wir den künftigen Veränderungen mit Zuversicht entgegensehen können.“ Im Ziel des „Kampfes gegen die Inflation“ gebe es Übereinstimmung zwischen den Gewerkschaften und der Regierung. Im letzten Jahr habe die Regierung „im Kampf gegen die Inflation“ eine Zehnprozentlinie verlangt. „Aber die Tatsache, daß Erhöhungen über die Zehn-Prozent-Marke gegangen sind, schafft mehr Schwierigkeiten, als wir brauchen, wie ich voraussagte, als ich vor einem Jahr zu euch sprach. Diese größere Erhöhung der Einkommen bedeutet, daß anstatt daß die Inflationsrate weiter sinkt unter die 7 bis 8%-Marke, wie sie es getan hätte, sie jetzt um 8% schwankt und etwas steigen kann, obwohl mit Sicherheit in diesem Jahr nicht zu zweistelligen Zahlen. Was sie (die Inflationsrate) in 1979 sein wird, hängt zum Teil von der Höhe der Lohnabschlüsse in der anstehenden Runde ab.“

Nachdem Callaghan so den Arbeitern die Schuld für die Inflation (und ihr erneutes Steigen!) in die Schuhe geschoben und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dafür verantwortlich gemacht hat, fordert er zur besseren Nutzung der Spaltungsmöglichkeiten auf: „Ich bin nicht blind für die Schwierigkeiten, obwohl ich es bedauere, daß ihr im letzten Jahr nicht mehr die Gelegenheit ergriffen habt, mit ihnen fertig zu werden. ... In vielen Fällen nutzten die Verhandlungsführenden klug das ‚Kitty-Prinzip‘, um unausgeglichene Zahlungen zu konsolidieren. Aber zu viele Gruppen nahmen die vollen zehn Prozent als gegeben, so daß weniger Fortschritt gemacht wurde in der Lösung dieser Probleme als es der Fall sein könnte. Die gegenwärtige Lohnleitlinie ist wiederum in Prozentform, und erlaubt wiederum die Verwendung des ‚Kitty-Prinzips‘. Ich fordere die, die verhandeln, auf, vollen und effektiven Gebrauch davon zu machen. ...“

Das Kitty-Prinzip ist die Berechnung einer Prozenterhöhung auf eine Gesamtbelegschaft. Wobei es möglich ist, daß bei 5% Gesamterhöhung eine Gruppe von Arbeitern 8%, die andere 3% erhält. Aus Callaghan spricht die Sorge der Sozialdemokraten, daß ihre einstigen Kernbastionen, die Facharbeiterabteilungen, sich in immer heftigeren Kämpfen für den Lohn befinden. Während der Kongreß stattfand, stand der Streik der 32 Werkzeugmacher von British Leyland in Birmingham. Sie fordern die gleiche Zahlung wie die Rover-Werkzeugmacher, die, von den gleichen Kapitalisten ausgebeutet, nur wenige Kilometer entfernt in einem anderen Werk arbeiten und 7 Pfund mehr pro Woche erhalten. Seit zwei Wochen droht die Gewerkschaftsführung mit dem Ausschluß und hat ihn bis jetzt nicht vollziehen können. Die Vertrauensleute aller British-Leyland-Werkzeugmacher haben beschlossen, in diesem Fall zu streiken.

Spaltung, vor allem zwischen Facharbeitern und anderen Arbeitern, ideologischer Druck über die Verantwortlichkeit für die Inflation, vor allem aber Druck mit dem Hinweis auf die schwache Labour-Regierung, das sind die Hauptmittel, mit denen von innen heraus in den Lohnkämpfen die Arbeiterbewegung geschwächt werden soll.

In den nächsten Wochen beginnen die Tarifverhandlungen der Tankwagenfahrer, der Ford-Arbeiter (die im letzten Jahr die Leitlinie durchbrachen) und der eine Million Arbeiter im öffentlichen Dienst.

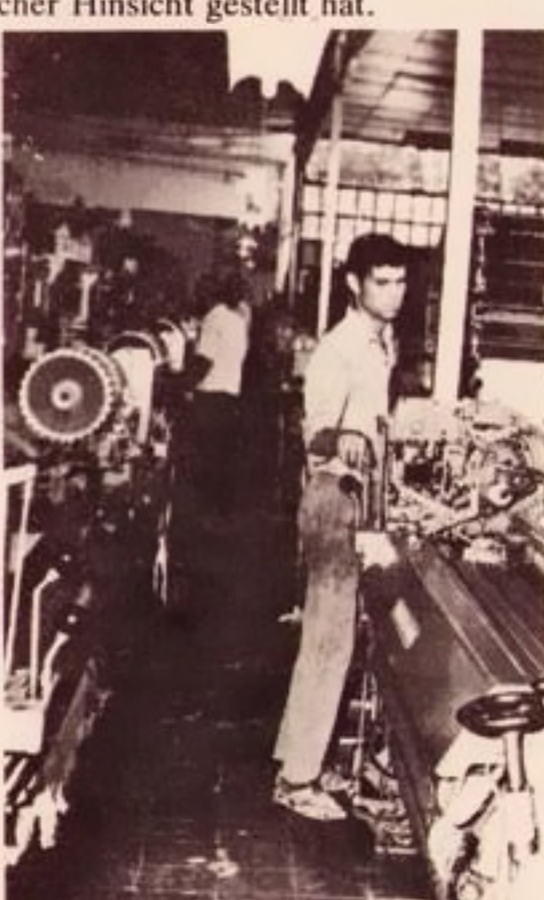
Hunderttausende feiern in Libyen die Errungenschaften des Kampfes für nationale Unabhängigkeit

z.hef. Hunderttausende versammelten sich am 1. September in Tripolis zu einer Massenkundgebung zur Feier des 9. Jahrestages der libyischen Revolution vom September 1969. Ähnliche Kundgebungen fanden im ganzen Land statt. Der Generalsekretär des Obersten Volkskongresses Oberst Gaddafi sagte: „Wir sind zu diesem heutigen 9. Jahrestag der Revolution über eine Brücke wirklicher Errungenschaften mit stetigen und großen Fortschritten und mit einer Reihe moderner Fabriken gelangt. Wir gelangten zu diesem 9. Jahrestag über ein großes Feld grünen Landes, das vorher trokken und dürr war. Wir gelangten zum 9. Jahrestag der Revolution mit großen und außergewöhnlichen Umwälzungen in Erziehung, Transport, Energie, in allen öffentlichen Einrichtungen und Diensten."

Diese Errungenschaften hat das libysche Volk in seinem langen und zähen Kampf für nationale Unabhängigkeit durchgesetzt. Schon die türkische Besatzungsmacht, die Libyen von 1556 an dem osmanischen Reich einverleibt hatte, konnte nie das Land ganz erobern. Die Stämme im Innern des Landes wurden nie besiegt. Die italienischen Imperialisten, die 1911 die koloniale Eroberung Libyens begannen und 1912 die Türken zum Rückzug zwangen, brauchten 20 Jahre, um durch Kriege, Vertragsbrüche und andere Heimtücken wenigstens formal das Land zu unterwerfen. Bis 1931 kämpfte das libysche Volk im bewaffneten Kampf. 1943 besetzten britische und französische Truppen das Land. Die Besatzungsmächte zogen sich sofort den Zorn der Massen zu, weil sie – gestützt auf die italienische Siedler-Kolonie – eine wüste Unterdrückung der arabischen Volksmassen betrieben. Libyen wurde UNO-Treuhandgebiet. Auf den Druck der Unabhängigkeitsbewegung im Land mußte 1951 die Unabhängigkeit zugestanden werden. Aber mit der Installation einer Königsherrschaft und „Freundschafts- und Beistandsverträgen" zu USA und Großbritannien sicherten die US-Imperialisten ihre Vorherrschaft. Hauptgegenstand der Verträge war die Erhaltung der Militärstützpunkte der USA und Großbritanniens. So sorgten die US-Imperialisten dafür, daß Libyens Souveränität nur auf dem Papier stand. Als unmittelbare Folge konnten sich US-Monopole billigst die Förderkonzessionen für das ab 1955 gefundene und ab 1961 exportierte Erdöl sichern. 1954 wurde Libyen von der Weltbank als das ärmste Land auf der Erde bezeichnet. Unter dem von den Imperialisten gestützten Königsregime änderten die Ölfunde nur wenig an der Armut des Landes, denn dem Raub der Ölreichtümer wurde kein Riegel vorgeschoben. Einzelne Versuche der damaligen Regierung, größere Unabhängigkeit durchzusetzen, wie der Beitritt zur OPEC 1962 und der Beginn von Verhandlungen über den Abzug der fremden Truppen, waren begleitet von Korruption und anderen Erscheinungen der Auslieferung des Landes an die Imperialisten. Schon gegen die Unterzeichnung der Verträge 1953 und 1954 hatte es Massenkämpfe gegeben. Der Umsturz vom September 1969 war eine Folge der ununterbrochenen Kämpfe, die nach dem Krieg gegen die Zionisten 1967 einen Höhepunkt fanden, weil die damalige Regierung nur halbherzig diesen Krieg unterstützte.

Seit dem Umsturz von 1969 ist Libyen und der Staatsführer Oberst Gaddafi ein Hauptangriffsziel imperialistischer Pressehetze gegen die Dritte Welt. „Schwärmer", „Drahtzieher des internationalen Terrorismus", „Verrückter", so oder noch heftiger sind die Beschimpfungen. Der Grund dafür ist: Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Gaddafi war die Durchsetzung des vollständigen Abzugs der britischen und der US-Truppen. Sofort darauf folgt die Kündigung der bisherigen 5,5%-igen Rabatte auf die Listenpreise. Eine dritte Maßnahme, die die Imperialisten erboste, war die Drosselung der Produktion seit 1971, um die Konkurrenz unter den Käufern des Öls zu schüren und die Reserven des Landes zu schützen. Schließlich wurden 1971 die britischen Ölkonzerne vollständig nationalisiert, und bis 1973 bei allen ausländischen Ölmonopolen eine mindestens 51%-ige Beteiligung des libyischen Staates durchgesetzt. Die staatliche Nationale Ölgesellschaft wurde außerdem ausgebaut und ist inzwischen zur zweitgrößten des Landes geworden.

Die westdeutschen Imperialisten wurden durch diese Maßnahmen besonders getroffen. 1965 bereits waren sie der größte Käufer libyschen Öls. 37,8% aller libyschen Exporte (zu 98% Öl) gingen nach Westdeutschland. Inzwischen sind es 21,7%, immer noch sind die westdeutschen Imperialisten Hauptabnehmer. Die Ölfelder der Gelsenberg AG, die zusammen mit dem US-Konzern Mobil ein großes Ölfeld ausbeutete, wurde ebenfalls zum Großteil nationalisiert. 1973 schließlich war Libyen in vorderster Front der OPEC-Länder, die eine wesentliche Ölpreiserhöhung gegen die Imperialisten durchsetzen konnten. Die zunehmende Ersetzung der ausländischen Ölmonopole durch die eigene Ölindustrie, der Aufbau weiterer Raffinerien und petrochemischer Werke zur Weiterverarbeitung ist eine der Hauptaufgaben, die sich Libyen in wirtschaftlicher Hinsicht gestellt hat.



Textilfabrik, die auf der bisherigen traditionellen Produktion aufbaut und im Land produzierte Rohstoffe verarbeitet (Bild: JANA)

Die beiden anderen Aufgaben bestehen in der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie. Der Sekretär für Landurbarmachung und Entwicklung, Abul-Majid Al-Quaud, sagt: „Wir müssen unsere eigenen Selbstversorger werden, was auch immer die Kosten sind. Nahrung wird in den nächsten zehn Jahren das Hauptproblem der ganzen Welt sein. Was passiert, wenn die USA uns keinen Weizen verkaufen?" 1969 wurden ungefähr 40000 Tonnen Getreide in Libyen geerntet. Heute sind es bereits 200000 Tonnen. Gebraucht werden für die knapp 3 Millionen Libyer 500000 Tonnen. Nach dem jetzigen Fünfjahresplan sollen bis 1985 mehr als eine Million Hektar Wüstenland urbar gemacht werden. Das bebaute Land soll dann auf 268000 Hektar verdoppelt und das nicht bebaute, für Viehernährung verwandte Land auf 808000 Hektar verdreifacht werden.

In der Industrie werden jetzt erstmals eigene Schwerindustrie-Unternehmen aufgebaut, unter anderem ein Stahlwerk bei Misaruta, das eine Kapazität von 5 Mio. Tonnen im Jahr haben soll. Ebenso wird eine Aluminiumfabrik (in Zusammenarbeit mit Jugoslawien) errichtet. Der Entwicklungsplan fördert aber vor allem die kleinere und mittlere Industrie, wie die Textilindustrie.

Die Entwicklung der Infrastruktur ist eine Voraussetzung. Das Straßennetz wurde in den 9 Jahren mehr als verzehnfacht. Viel größer aber ist das Erfordernis der Bildung und Ausbildung der libyschen Massen. 1971 waren nach Schätzungen 78% der Bevölkerung Analphabeten. Inzwischen nur noch 52%. 20% der Gesamtbevölkerung geht zur Schule. Im ganzen Land wurde ein vorgefertigter Einheitstyp von Schulgebäuden, mit einheitlichen Hilfsmitteln, Bänken usw., eingeführt.

Libyen muß bei vielen dieser Projekte auf die Kenntnisse und Produkte der Imperialisten zurückgreifen. Maßnahmen sind ergriffen, die die Unabhängigkeit des Landes sichern sollen. Dazu gehört das Verbot des Bodenbesitzes für Ausländer, die staatliche Kontrolle des Außenhandels, die gesetzliche Regelung, daß 51% jeder Gesellschaft in libyschem Besitz sein müssen, 75% des Verwaltungs- und 80% des übrigen Personals libysch sein müssen.

Das libysche Volk unterstützt entschlossen das palästinensische Volk im Kampf gegen den Siedlerstaat Israel. Aus Erfahrung weiß Libyen, mit welchen Mitteln die Imperialisten die billige Ölversorgung sicherstellen wollen. Die USA verweigern bis heute die Anerkennung der Regierung auf Botschafterebene, was im Grunde eine permanente Interventionsdrohung darstellt. Eine der Hauptmaßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit ist deshalb die Aufstellung einer schlagkräftigen Armee und ihre modernste Bewaffnung.

Ghana löst seine Währung vom Dollar

z.alb. Ghana ist das größte kakaoexportierende Land der Welt. Um der Plünderung seiner Rohstoffe zu Schleuderpreisen entgegenzuwirken, hat es Anfang April an der Londoner Kakao-Börse, dem Hauptumschlagsplatz des ghanaischen Rohkakaos, bekanntgegeben, daß es Kaufangebote für Kakao in Dollar oder dem britischen Pfund nicht mehr entgegennehmen wird. Kurze Zeit später hat es beim Internationalen Währungsfonds die Lösung der nationalen Währung, des Cedi, vom Dollarwechselkurs angemeldet. Dies war mit einer Abwertung des Cedi gegenüber dem Dollar von 15% verbunden. Ende August hat die Regierung den Wechselkurs auf 2,75 Cedi pro Dollar festgesetzt – eine weitere Abwertung um 60%. Ghana will mit diesen Maßnahmen größere Unabhängigkeit gegenüber den Währungsmanövern der US-Imperialisten erlangen. Die britischen Kolonialisten hatten Ghana in eine Kakaoplantage verwandelt. Jetzt unternimmt es große Anstrengungen im Aufbau einer nationalen Wirtschaft. Ein Staudamm wird von einem italienischen Konsortium gebaut, eine Gerberei gemeinsam mit der CSSR, mit der UdSSR wird eine Möbelfabrik und mit einem britischen Unternehmen eine Tintenfabrik gebaut, eine Papierfabrik, die einheimische Hölzer verarbeitet, soll nachfolgen. Der neue Staatschef der Regierung, der seit dem 5.7. im Amt ist, hat bekräftigt, daß Ghana an der „uneingeschränkten Unterstützung im Kampf für die Freiheit aller Gebiete Afrikas" festhalten wird.

UdSSR verlangt von Afghanistan Tribut für Rollbahnbau

z.rua. Ende August wurden in Kabul mehrere Verträge über die sowjetische Beteiligung am Ausbau des afghanischen Straßenwesens unterzeichnet. Sie dienen dem Verlangen der Neuen Zaren, sich in Richtung Indischer Ozean und Persischer Golf Bahn zu brechen. Die sowjetische Außenhandels- und Konstruktionsorganisation Technostrojexport übernimmt die Bauarbeiten. Entlang des sowjetisch-afghanischen Grenzflusses Amu Darja wird eine Straße und eine Auto- und Eisenbahnbrücke über den Amu Darja gebaut. Die Brücke soll bis 1983 in Betrieb genommen werden. Die Kosten belaufen sich auf 49,3 Mio. Dollar. Generös übernimmt die UdSSR die Hälfte der Kosten, für die andere Hälfte muß Afghanistan einen Kredit bei ihr aufnehmen. Einen weiteren Kredit in Höhe von 5,8 Mio. Dollar muß Afghanistan aufnehmen für die Modernisierung der bisher von der UdSSR gebauten und mit 180 Mio. Dollar kreditierten panzerfesten Straßen. Sie führen von der sowjetischen Grenze und von Herat an die Grenze zum Iran. Die Sozialimperialisten lassen das Volk von Afghanistan für ihren Rollbahnbau bluten. Mit Vertragsabschluß wurde die Regierung von Afghanistan aufgefordert, „freiwillig" die im Mai vertraglich vereinbarte jährliche Erdgasliefermenge an die UdSSR von 2,1 Mrd. Kubikmeter um 300 Mio. Kubikmeter zu erhöhen.

Die Staaten Afrikas kämpfen gegen die technologische Abhängigkeit von den Imperialisten

z.gek. „Wissenschaft und Technologie sind Eigentum der ganzen Menschheit ...", sagte der Premierminister Ägyptens in seiner Eröffnungsansprache auf einer Konferenz in Kairo, an

Staaten Westafrikas mit dem großen und volkreichen Nigeria zusammengeschlossen haben. Von vornherein war die Abstimmung der industriellen Entwicklungspläne, speziell die Ent-

jekte in Angriff genommen. Ein wichtiger Entwicklungsschritt für ganz Afrika ist der Ausbau des panafrikanischen Fernsprechnetzes Panaftel nach einem gemeinsamen und

technisch gebildeter Arbeiter gesetzt. So sollen bis 1980 wenigstens 1 % des Bruttosozialprodukts jedes afrikanischen Landes für wissenschaftliche Zwecke ausgegeben werden, sollen auf

durch Kriege, Vertragsbrüche und andere Heimtücken wenigstens formal das Land zu unterwerfen. Bis 1931 kämpfte das libysche Volk im bewaffneten Kampf. 1943 besetzten britische und französische Truppen das Land. Die Besatzungsmächte zogen sich sofort den Zorn der Massen zu, weil sie – gestützt auf die italienische Siedler-Kolonie – eine wüste Unterdrückung der arabischen Volksmassen betrieben. Libyen wurde UNO-Treuhandgebiet. Auf den Druck der Unabhängigkeitsbewegung im Land mußte 1951 die Unabhängigkeit zugestanden werden. Aber mit der Installation einer Königsherrschaft und „Freundschafts- und Beistandsverträgen" zu USA und Großbritannien sicherten die US-Imperialisten ihre Vorherrschaft. Hauptgegenstand der Verträge war die Erhaltung der Militärstützpunkte der USA und Großbritanniens. So sorgten die US-Imperialisten dafür, daß Libyens Souveränität nur auf dem Papier stand. Als unmittelbare Folge konnten sich US-Monopole billigst die Förder-

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Gaddafi war die Durchsetzung des vollständigen Abzugs der britischen und der US-Truppen. Sofort darauf folgt die Kündigung der bisherigen 5,5%-igen Rabatte auf die Listenpreise. Eine dritte Maßnahme, die die Imperialisten erboste, war die Drosselung der Produktion seit 1971, um die Konkurrenz unter den Käufern des Öls zu schüren und die Reserven des Landes zu schützen. Schließlich wurden 1971 die britischen Ölkonzerne vollständig nationalisiert, und bis 1973 bei allen ausländischen Ölmonopolen eine mindestens 51%-ige Beteiligung des libyischen Staates durchgesetzt. Die staatliche Nationale Ölgesellschaft wurde außerdem ausgebaut und ist inzwischen zur zweitgrößten des Landes geworden.

Die westdeutschen Imperialisten wurden durch diese Maßnahmen besonders getroffen. 1965 bereits waren sie der größte Käufer libyschen Öls. 37,8% aller libyschen Exporte (zu 98% Öl) gingen nach Westdeutsch-



Textilfabrik, die auf der bisherigen traditionellen Produktion aufbaut und im Land produzierte Rohstoffe verarbeitet (Bild: JANA)

Die beiden anderen Aufgaben bestehen in der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie. Der Sekretär für Landurbarmachung und Entwicklung, Abul-Majid Al-Quaud, sagt: „Wir müssen unsere eigenen Selbstversorger werden, was auch immer die Kosten sind. Nahrung wird in den nächsten zehn Jahren das Hauptproblem der ganzen Welt sein. Was passiert, wenn die USA uns keinen Weizen verkaufen?" 1969 wurden ungefähr 40000 Tonnen Getreide in Libyen geerntet. Heute sind es bereits

jekte auf die Kenntnisse und Produkte der Imperialisten zurückgreifen. Maßnahmen sind ergriffen, die die Unabhängigkeit des Landes sichern sollen. Dazu gehört das Verbot des Bodenbesitzes für Ausländer, die staatliche Kontrolle des Außenhandels, die gesetzliche Regelung, daß 51% jeder Gesellschaft in libyschem Besitz sein müssen, 75% des Verwaltungs- und 80% des übrigen Personals libysch sein müssen.

Das libysche Volk unterstützt entschlossen das palästinensische Volk im Kampf gegen den Siedlerstaat Israel. Aus Erfahrung weiß Libyen, mit welchen Mitteln die Imperialisten die billige Ölversorgung sicherstellen wollen. Die USA verweigern bis heute die Anerkennung der Regierung auf Botschafterebene, was im Grunde eine permanente Interventionsdrohung darstellt. Eine der Hauptmaßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit ist deshalb die Aufstellung einer schlagkräftigen Armee und ihre modernste Bewaffnung.

UdSSR verlangt von Afghanistan Tribut für Rollbahnbau

z.rua. Ende August wurden in Kabul mehrere Verträge über die sowjetische Beteiligung am Ausbau des afghanischen Straßenwesens unterzeichnet. Sie dienen dem Verlangen der Neuen Zaren, sich in Richtung Indischer Ozean und Persischer Golf Bahn zu brechen. Die sowjetische Außenhandels- und Konstruktionsorganisation Technostrojexport übernimmt die Bauarbeiten. Entlang des sowjetisch-afghanischen Grenzflusses Amu Darja wird eine Straße und eine Auto- und Eisenbahnbrücke über den Amu Darja gebaut. Die Brücke soll bis 1983 in Betrieb genommen werden. Die Kosten belaufen sich auf 49,3 Mio. Dollar. Generös übernimmt die UdSSR die Hälfte der Kosten, für die andere Hälfte muß Afghanistan einen Kredit bei ihr aufnehmen. Einen weiteren Kredit in Höhe von 5,8 Mio. Dollar muß Afghanistan aufnehmen für die Modernisierung der bisher von der UdSSR gebauten und mit 180 Mio. Dollar kreditierten panzerfesten Straßen. Sie führen von der sowjetischen Grenze und von Herat an die Grenze zum Iran. Die Sozialimperialisten lassen das Volk von Afghanistan für ihren Rollbahnbau bluten. Mit Vertragsabschluß wurde die Regierung von Afghanistan aufgefordert, „freiwillig" die im Mai vertraglich vereinbarte jährliche Erdgasliefermenge an die UdSSR von 2,1 Mrd. Kubikmeter um 300 Mio. Kubikmeter zu erhöhen.

Die Staaten Afrikas kämpfen gegen die technologische Abhängigkeit von den Imperialisten

z.gek. „Wissenschaft und Technologie sind Eigentum der ganzen Menschheit ...", sagte der Premierminister Ägyptens in seiner Eröffnungsansprache auf einer Konferenz in Kairo, an der 30 afrikanische und arabische Staaten teilnahmen, und die der gegenseitigen Unterstützung bei der Aneignung von Wissenschaft und Technologie für den nationalen Wirtschaftsaufbau diente. Über diese Frage wird im kommenden Jahr auch eine Konferenz der Vereinten Nationen in Wien abgehalten werden. Die afrikanischen und arabischen Länder haben in Kairo beschlossen, den Zugang zu Wissenschaft und Technologie zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Kampfes um eine neue Weltwirtschaftsordnung zu machen. (Hsinhua, 30.8.78)

Die Imperialisten verteidigen ihr Monopol daran mit Zähnen und Klauen. Nichts ist verlogener als die imperialistische Mär vom „Blaupausenexport", worüber vor allem der Kanzler Schmidt sich gern und ausschweifig verbreitet.

Allerdings sind die Imperialisten in der Konkurrenz untereinander zerstritten und können gespalten werden, insbesondere wenn die unterdrückten Völker sich zusammenschließen. Es drückt einen erheblichen Fortschritt aus, wenn sich der relative Anteil der Maschinenimporte an den Gesamtimporten der afrikanischen Länder von 1965-73 von knapp 35 % auf 42 % vergrößert hat.

Aber jeder Fortschritt ist hier im wahrsten Sinne des Wortes teuer erkauft. Enge Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten ist ein Gebot sowohl des gemeinsamen Auftretens gegenüber den Imperialisten wie auch der gemeinsamen Beschaffung und Nutzung kostspieliger Technologie.

Ein Beispiel ist die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, in der sich 15 meist kleinere Staaten Westafrikas mit dem großen und volkreichen Nigeria zusammengeschlossen haben. Von vornherein war die Abstimmung der industriellen Entwicklungspläne, speziell die Entwicklung gemeinsamer Transportmittel und Infrastruktur, wofür besonders große Kapitalaufwendungen notwendig sind, ein wesentliches Ziel des Zusammenschlusses. Das älteste Beispiel dafür ist die Bildung einer gemeinsamen Luftfahrtgesellschaft, der Air Afrique, die schon seit über 10 Jahren erfolgreich betrieben wird und vor allem den kleineren Teilnehmerstaaten Möglichkeiten eröffnet, die sie auf sich gestellt nicht haben. 1977 wurde eine gemeinsame Schiffahrtsgesellschaft der westafrikanischen Staaten, die CNUCED, gegründet, die es ermöglichen soll, moderne Schiffe gemeinsam zu erwerben und zu betreiben. Verschiedene westafrikanische Staaten haben auch gemeinsam den Bau von Eisenbahnlinien, von Flußschiffahrtslinien, von Häfen, die für die von der See abgeschnittenen Staaten mitkonzipiert werden, und andere große Projekte in Angriff genommen.

Ein wichtiger Entwicklungsschritt für ganz Afrika ist der Ausbau des panafrikanischen Fernsprechnetzes Panaftel nach einem gemeinsamen und einheitlichen Plan, der im Rahmen der OAU ausgearbeitet wurde. Nur ihr gemeinsames Auftreten gegenüber den imperialistischen Monopolen und Staaten hat es den afrikanischen Staaten ermöglicht, sich zu halbwegs akzeptablen Bedingungen Zugang zu den von den Imperialisten beherrschten internationalen Verbindungen, insbesondere auch den neuen Satellitensystemen, zu verschaffen. Mehrere afrikanische Staaten verfügen bereits über Satellitenstationen und nutzen sie meist gemeinsam mit ihren Nachbarstaaten. So hat erst kürzlich Uganda die neugebaute Station in Arua seinem Nachbarland Ruanda zur Mitbenutzung angeboten.

Auf der „Castafrika"-Konferenz 1974 in Dakar (Senegal) haben sich 32 afrikanische Staaten gemeinsame Ziele für die Ausbildung von Kontingenten eigener Wissenschaftler und technisch gebildeter Arbeiter gesetzt. So sollen bis 1980 wenigstens 1 % des Bruttosozialprodukts jedes afrikanischen Landes für wissenschaftliche Zwecke ausgegeben werden, sollen auf je 1 Mio. Einwohner in jedem Land wenigstens 200 eigene Wissenschaftler und Ingenieure kommen, und soll mit dem Aufbau eigener Ausbildungs- und Forschungsstätten begonnen werden. Für die bitterarmen Staaten des schwarzen Kontinents ist das eine enorme Aufwendung.



Kraftwerkprojekt in Kamerun, das 1979 fertiggestellt sein wird. Es ist Teil eines im Vierjahresplan 1976-1980 vorgesehenen Staudammkomplexes

Öfters gelingt es bereits, der arroganten imperialistischen Propaganda von der „Unselbständigkeit" der afrikanischen Staaten erhebliche Niederlagen zu bereiten. Wir haben verschiedentlich in dieser Zeitung nachgewiesen, daß gerade die unübersehbaren Erfolge Ugandas beim Aufbau aus eigener Kraft die Reaktionäre aller Länder zum Aufheulen bringt. Ein anderes Beispiel haben jetzt die Arbeiter und Techniker der Kupferbergwerke Zaires geliefert. Nachdem in den Wirren des neuerlichen Shabakrieges sich die Wut der Volksmassen gegen das Herrenvolk der „europäischen Spezialisten" in Kolwezi Luft gemacht und diese sich, von französischen und belgischen Fallschirmjägern gedeckt, aus dem Staub gemacht haben, konnte sich die imperialistische Presse nicht genug tun über das angeblich zu erwartende Chaos in den Kupferbergwerken, das nun (hoffentlich) entstehen würde. Der winzige Platz, den sie der kürzlich von der Nachrichtenagentur Zaires verbreiteten Meldung eingeräumt haben: nämlich daß die Bergwerke von den eigenen Arbeitern und Technikern wieder zu 90 % in Gang gesetzt worden sind und einige hundert belgische, französische u.a. weiße Techniker ihre fristlose Kündigung hinterhergeschickt bekommen haben, drückt die Größe ihrer Verbitterung aus.

Nepal: Förderung und Schutz der nationalen Industrie

z.rua. Ende Juli hat die nepalesische Regierung ein Programm zur Förderung und zum Schutz der heimischen Industrie und zur besseren Nutzung der Ressourcen des Landes verabschiedet. Die Steuern und Zölle auf Importe wurden erhöht. Die Steuern auf Landbesitz bis zu 3 Bigha (1 Bigha gleich 0,66 Hektar) wurden abgeschafft. Mehr als 80% der Bauern haben bis zu 1,5 Bigha Land. Die Teeproduktion konnte 1977/78 um 90000 Kilogramm auf 400000 Kilogramm gesteigert werden. Durch Ausbildung landwirtschaftlicher Fachkräfte, Anlage von Bewässerungssystemen und Nutzung chemischer Düngemittel und Insektizide wurde die Ernte von Zuckerrohr um 8,4%, von Ölsaaten um 5,6% und von Tabak um 21,6% erhöht. Die Waldbestände, die von den Kolonialisten abgeholzt wurden, werden wieder aufgeforstet. In den letzten zehn Jahren wurden 24,9 Mio. Schößlinge angepflanzt. Der Industrieminister Singhr Rajpansi hob am 8. August bei der Inbetriebnahme der ersten Kohlepapierfabrik in Kathmandu die Bedeutung der Kleinindustrie auf dem Weg zur Selbstversorgung hervor. In der Fabrik werden jährlich 150 Mio. Blatt Kohlepapier produziert, der Bedarf Nepals beträgt 75 Mio. Blatt. Am 26. Juli wurde die erste Plastikfabrik in Betrieb genommen, in der u.a. Brillengestelle hergestellt werden, die wesentlich billiger als die Importe sind. Um den Bedarf an technischem Personal zu sichern, werden an der Tribhuvan-Universität 24000 Studenten in Maschinenbau und anderen technischen Bereichen ausgebildet.

Mit Nicaragua fällt ein Eckpfeiler der US-Aggression in Lateinamerika

Die Sandinisten haben ein Programm der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution / Die Sozialimperialisten lauern

z.hev. Die US-Imperialisten befürchten das Schlimmste. In Nicaragua haben die Kämpfe der Bauern, Arbeiter und Studenten die Somoza-Clique an den Rand des Abgrundes gebracht. Siedendheiß fällt den Beamten der US-Regierung der Vergleich mit dem Batista-Regime in Kuba kurz vor dem Sieg der nationalen Revolution in Kuba ein. Die Gegnerschaft zum Regime Somoza ist so stark, daß sich selbst die Industrie- und Handelskammer Nicaraguas gegen ihn ausgesprochen hat und den Generalstreik „bis zum Sturz Somozas" unterstützt.

In den Straßen Managuas, der Hauptstadt des Landes, und anderen Städten werden Barrikaden errichtet. Bewaffnete Bauern kontrollieren ihre Dörfer und verteidigen sie gegen die wütenden Versuche der Nationalgarde, die Kämpfe zu ersticken. Die Garde ist ein ureignes Produkt der US-Imperialisten, das Werkzeug, mit dem die Somozas seit 42 Jahren die Politik der US-Regierung in Nicaragua und ganz Mittelamerika exekutieren. Sie kämpft gegen ein Gespenst an, das Gespenst des Revolutionärs Sandino, den der Vater des heutigen Somoza 1934 hinterrücks umbringen ließ.

Sandino, unehelicher Sohn einer Kaffeepflückerin in Nicaragua, Schlossergehilfe, Bananenplantagenarbeiter bei der United Fruit Company (heute United Brands), Schlossergehilfe auf verschiedenen Haziendas in Guatemala und Bergarbeiter bei der „South Pennsylvania Oil Co." und der „Huasteca Petroleum Company" in Mexiko und schließlich im ebenfalls in US-Besitz befindlichen Bergwerk von San Albino in Nicaragua, begann 1926, Bergarbeiter und Bauern gegen die Besetzung Nicaraguas durch US-Marinetruppen zu organisieren. Seit 1850 hatten die USA Nicaragua als ihre Kolonie betrachtet, mit den Briten einen Vertrag über die Verteilung der Beute bei der noch zu errichtenden Eisenbahnverbindung zwischen Atlantik und Pazifik geschlossen, fünf Jahre später einen Söldner namens William Walker mit einigen tausend Mann geschickt, der sich zum Präsidenten von Nicaragua machen ließ und die Sklaverei einführte, nach kurzer Zeit aber durch einen bewaffneten Aufstand wieder vertrieben und hingerichtet wurde. Und schließlich hatten sie 1909 unter dem Vorwand der Vergeltung für die Exekution zweier US-Bürger in Nicaragua, die nichts anderes als Agenten waren, Nicaragua besetzt. Sie blieben dort mit ganz kurzen Unterbrechungen, als Sandino den Guerillakrieg gegen die Besatzer zu organisieren begann. Am 16. Juli 1927 griff seine kleine Einheit Ocotal an, in der eine Garnison US-Marineinfanteristen stationiert war. Das war der Auftakt zu einem mit großer Ausdauer und taktischem Geschick geführten Guerillakrieg, in dem sich die Männer Sandinos, meist Bauern aus den Bergen im Norden, bewegen konnten wie die Fische im Wasser. Auf der VI. Panamerikanischen Konferenz in Havanna 1928 konnte es sich US-Präsident Calvin Coolidge schon nicht mehr leisten, Sandino einen „Banditen" zu nennen. Er war bereits zu einem Symbol des Kampfes der Völker Mittel- und Südamerikas gegen den US-Imperialismus geworden. Sandino schrieb an alle Präsidenten Lateinamerikas einen Brief, in dem er ein Konzept für die Vertreibung der US-Imperialisten entwarf:

„Da unsere fünfzehn Völker am meisten darunter leiden würden, wenn wir es zuließen, daß die Yankees Nicaragua zu einer Kolonie des Onkel Sam machen, erlaube ich mir, mich heute an Sie zu wenden ... Die Yankees wollen sich mit einem Rest von Schamgefühl hinter dem Projekt des Baus eines interozeanischen Kanals quer durch Nicaragua, der die Isolierung zwischen den indohispanischen Republiken zur Folge hätte, verbergen. Die Yankees, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, würden sich die Entfremdung unserer Völker zunutze machen, um den Traum zu verwirklichen, den sie bereits den Kindern in der Grundschule einflößen: Wenn ganz Lateinamerika eine angelsächsische Kolonie geworden ist, wird es am Himmel ihrer Fahne nur einen einzigen Stern geben ... Vielleicht denken die lateinamerikanischen Regierungen, daß die Yankees nur auf die Eroberung Nicaraguas aus sind und sich damit zufrieden geben? Vielleicht haben diese Regierungen vergessen, daß bereits sechs von 21 amerikanischen Republiken ihre Souveränität verloren haben?! Panama, Puerto Rico, Kuba, Haiti, Santo Domingo und Nicaragua ...

Was würde aus Mexiko werden, wenn die Yankees ihre verhängnisvolle Absicht erreichten, Mittelamerika zu kolonisieren ... Die berühmte Carranza-Doktrin besagt, daß Mexiko aufgrund seiner geographischen Lage der vorgeschobene Wachposten der lateinamerikanischen Völker sein muß – und so ist es auch in Wirklichkeit ...

Wir sind 90 Millionen Lateinamerikaner, und wir sollten einzig und allein an unsere Verteidigung denken und begreifen, daß der Yankee-Imperialismus der brutalste Feind ist, der uns bedroht ... Die Tyrannen repräsentieren nicht die Völker, und die Freiheit erobert man nicht mit Blumen. Darum müssen wir, um eine Einheitsfront zu bilden und dem Vormarsch des Eroberers Einhalt zu gebieten, erst einmal damit anfangen, daß man uns in unserem eigenen Haus respektiert ...

Vaterland und Freiheit!"

Sandino entwickelte das Programm einer antiimperialistischen, antifeudalen Revolution mit Schutzrechten für die Arbeiter – und blieb dabei stehen. Diesem begrenzten Programm entsprach sein Versprechen, dann die Waffen niederzulegen, wenn die Besatzer das Land verlassen hätten. Er hielt dieses Versprechen, als im Januar 1933 das letzte Kontingent der US-Kriegsmarine eingeschifft wurde.

Aber die US-Imperialisten hatten vorgesorgt und eine nicaraguanische Truppe aufgebaut, zu deren Führer sie besagten Anastasio Somoza machten, der in einer Business School von Boston im US-Bundesstaat Massachus-


US-Offiziere mit Soldaten der Nationalgarde Nicaraguas im Februar. Vergeblich versucht Carter, die Verantwortung der US-Imperialisten für das blutige Regime in Nicaragua zu verwischen.

sergehilfe, Bananenplantagenarbeiter bei der United Fruit Company (heute United Brands), Schlossergehilfe auf verschiedenen Haziendas in Guatemala und Bergarbeiter bei der „South Pennsylvania Oil Co." und der „Huasteca Petroleum Company" in Mexiko und schließlich im ebenfalls in US-Besitz befindlichen Bergwerk von San Albino in Nicaragua, begann 1926, Bergarbeiter und Bauern gegen die Besetzung Nicaraguas durch US-Marinetruppen zu organisieren. Seit 1850 hatten die USA Nicaragua als ihre Kolonie betrachtet, mit den Briten einen Vertrag über die Verteilung der Beute bei der noch zu errichtenden Eisenbahnverbindung zwischen Atlantik und Pazifik geschlossen, fünf Jahre später einen Söldner namens William Walker mit einigen tausend Mann geschickt, der sich zum Präsidenten von Nicaragua machen ließ und die Sklaverei einführte, nach kurzer Zeit aber durch einen bewaffneten Aufstand wieder vertrieben und hingerichtet wurde. Und schließlich hatten sie 1909 unter dem Vorwand der Vergeltung für die Exekution zweier US-Bürger in Nicaragua, die nichts anderes als Agenten waren, Nicaragua besetzt. Sie blieben dort mit ganz kurzen Unterbrechungen, als Sandino den Guerillakrieg gegen die Besatzer zu organisieren begann. Am 16. Juli 1927 griff

die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, würden sich die Entfremdung unserer Völker zunutze machen, um den Traum zu verwirklichen, den sie bereits den Kindern in der Grundschule einflößen: Wenn ganz Lateinamerika eine angelsächsische Kolonie geworden ist, wird es am Himmel ihrer Fahne nur einen einzigen Stern geben ... Vielleicht denken die lateinamerikanischen Regierungen, daß die Yankees nur auf die Eroberung Nicaraguas aus sind und sich damit zufrieden ge-

Diesem begrenzten Programm entsprach sein Versprechen, dann die Waffen niederzulegen, wenn die Besatzer das Land verlassen hätten. Er hielt dieses Versprechen, als im Januar 1933 das letzte Kontingent der US-Kriegsmarine eingeschifft wurde.

Aber die US-Imperialisten hatten vorgesorgt und eine nicaraguanische Truppe aufgebaut, zu deren Führer sie besagten Anastasio Somoza machten, der in einer Business School von Boston im US-Bundesstaat Massachus-


US-Offiziere mit Soldaten der Nationalgarde Nicaraguas im Februar. Vergeblich versucht Carter, die Verantwortung der US-Imperialisten für das blutige Regime in Nicaragua zu verwischen.



Direktinvestitionen des US-Imperialismus in Mittel- und Südamerika 1976

	Gesamt in Mio. Dollar	Dollar pro Einwohner
Venezuela	1511	125,0
Mexiko, Panama, Guatemala, Nicaragua und andere mittelamerikanische Staaten	5618	80,0
Peru	1093	85,0
Bolivien, Ecuador, Paraguay, Guayana, Surinam, Franz. Guayana, Uruguay	917	49,0
Brasilien	5403	47,0
Kolumbien	653	26,0
Chile (1)	179	17,0

(1) Der „Statistical Abstract" der US-Imperialisten von 1977 weist für Chile die Direktinvestitionen in dieser Höhe aus. Es kann davon ausgegangen werden, daß es sich real um höhere Direktinvestitionen handelt, die bei Offenlegung zu scharfen internationalen Auseinandersetzungen führen würden.

Die unterschiedlichen Grautöne in der Karte zeigen die Direktinvestitionen pro Einwohner an, wie aus der Tabelle ersichtlich

Die Länder Lateinamerikas kämpfen für die Unabhängigkeit

z.hek. Die unten abgedruckten Auszüge aus UNO-Resolutionen geben ein Beispiel für das Bestreben der Länder Lateinamerikas nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sowie deren Unterstützung für den Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt. Das ist ein großer Fortschritt im Kampf gegen das Hegemoniestreben der US- und Sozialimperialisten. Die Abstimmungsergebnisse sind aber auch Ausdruck der Abhängigkeit bestimmter lateinamerikanischer Länder von den jeweiligen Imperialisten. Die Resolution 32/35 verdeutlicht dies. So wie sie auch Ausdruck der jeweils herrschenden Klasse in diesen Ländern sind.



Direktinvestitionen des US-Imperialismus in Mittel- und Südamerika 1976

	Gesamt in Mio. Dollar	Dollar pro Einwohner
Venezuela	1511	125,0
Mexiko, Panama, Guatemala, Nicaragua und andere mittelamerikanische Staaten	5618	80,0
Peru	1093	85,0
Bolivien, Ecuador, Paraguay, Guayana, Surinam, Franz. Guayana, Uruguay	917	49,0
Brasilien	5403	47,0
Kolumbien	653	26,0
Chile (1)	179	17,0

(1) Der „Statistical Abstract" der US-Imperialisten von 1977 weist für Chile die Direktinvestitionen in dieser Höhe aus. Es kann davon ausgegangen werden, daß es sich real um höhere Direktinvestitionen handelt, die bei Offenlegung zu scharfen internationalen Auseinandersetzungen führen würden.

Die unterschiedlichen Grautöne in der Karte zeigen die Direktinvestitionen pro Einwohner an, wie aus der Tabelle ersichtlich

Die Länder Lateinamerikas kämpfen für die Unabhängigkeit

z.hek. Die unten abgedruckten Auszüge aus UNO-Resolutionen geben ein Beispiel für das Bestreben der Länder Lateinamerikas nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sowie deren Unterstützung für den Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt. Das ist ein großer Fortschritt im Kampf gegen das Hegemoniestreben der US- und Sozialimperialisten. Die Abstimmungsergebnisse sind aber auch Ausdruck der Abhängigkeit bestimmter lateinamerikanischer Länder von den jeweiligen Imperialisten. Die Resolution 32/35 verdeutlicht dies. So wie sie auch Ausdruck der jeweils herrschenden Klasse in diesen Ländern sind.

UNO-Generalversammlung-Gegenstand: Bleibende Hoheit über Naturschätze. Entschließung 3171 (XXVIII) vom 17. Dezember 1973 (Auszug):

„Die Generalversammlung, in Wiederholung, daß das unveräußerliche Recht eines jeden Staates auf die volle Ausübung der nationalen Hoheit über seine Naturschätze öfter von der internationalen Gemeinschaft in zahlreichen Entschließungen verschiedener Organe der Vereinten Nationen anerkannt worden ist ...

unterstützt entschlossen die Anstrengungen der Entwicklungsländer sowie der Völker von Gebieten unter kolonialer und rassistischer Herrschaft und fremder Besatzung in ihrem Kampf, die tatsächliche Kontrolle über ihre Naturschätze wiederzuerlangen; ... betont erneut, daß Handlungen, Maßnahmen oder gesetzliche Regelungen von Staaten, die darauf abzielen, unmittelbar oder mittelbar auf andere Staaten oder Völker Druck auszuüben, die mit der Neuordnung ihres inneren Aufbaus oder mit der Ausübung ihrer hoheitlichen Rechte über ihre Naturschätze sowohl an Land als auch in ihren Küstengewässern befaßt sind, eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen ... und daß ein Beharren in dieser Hinsicht eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen könnte ... betont die Pflicht aller Staaten, in ihren internationalen Beziehungen militärischen, politischen, wirtschaftlichen oder jede Art von anderem Druck zu unterlassen, der gegen die räumliche Unantastbarkeit irgendeines Staates und die Ausübung seiner nationalen Rechtsprechung gerichtet ist ..."

Abstimmung (nur lateinamerikanische Staaten): Dafür: Argentinien, Barbados, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Kuba, Dominikanische Republik, Ekuador, El Salvador, Guatemala, Guayana, Honduras, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela. Enthaltung: (als einziges Land der Dritten Welt) Nicaragua.

Auf der 83. Sitzung der UNO-Generalversammlung am 28. November 1977 stimmten die lateinamerikanischen Staaten (Chile, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua enthielten sich) für die Resolution 32/35, die die „Tätigkeiten fremder wirtschaftlicher und anderer Mächte, die die Anwendung der Entschließung zur Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialgebiete und Völker von Südrhodesien und Namibia und allen anderen Gebieten unter Kolonialherrschaft sowie die Anstrengungen zur Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und Rassendiskriminierung im südlichen Afrika behindern", behandelt (Auszüge):

Die Vollversammlung ... *verurteilt entschieden* alle Staaten, die politisch, diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch mit Südafrika in offener Verletzung der diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Bundesrepublik Deutschland, Israel, Japan, Belgien, Italien; *verurteilt entschieden* die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Israel, weil sie in Fragen der Kerntechnik mit Südafrika zusammenarbeiten, und erwartet, daß alle Regierungen davon Abstand nehmen, dem rassistischen Minderheitsregime von Südafrika direkt oder indirekt Einrichtungen zu liefern, die es instand setzen könnten, Uran, Plutonium und anderes Kernmaterial, Reaktoren und militärische Geräte zu produzieren ... *verurteilt entschieden* das rassistische Minderheitsregime von Südafrika, das in Verletzung der diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen und in offener Zuwiderhandlung gegen die besonderen Verpflichtungen des Artikel 25 der Charta darin fortfährt, das illegale rassistische Minderheitsregime von Südrhodesien zu unterstützen, und fordert diese Regierung auf, sofort alle Formen der Zusammenarbeit mit dem illegalen rassistischen Minderheitsregime in Südrhodesien einzustellen ..." (Eigene Übersetzung, Red.)

Die treibende Kraft in den Ländern Lateinamerikas sind die Arbeiter und Bauern. In Brasilien entwikkelt sich der Kampf der brasilianischen Bauern um Landbesitz zusehends. Dies ist eine Folge der zügellosen Ausbeutung durch die Großgrund- und Plantagenbesitzer sowie der Einverleibung von Land durch die supranationalen Gesellschaften. Im Bundesstaat Bahia (Nordostbrasilien) hat die Landnahmeaktion 58 Bezirke umfaßt. Dies ist somit das meistbetroffene Gebiet. Etwa 700 Bauernfamilien haben in der Stadt Salgado de Sao Felix im Bundesstaat Paraiba 13000 ha. Land besetzt. Zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Bauern sowie Polizei und Plantagenbesitzern kam es im Bundesstaat Mato Grosso. In den letzten sechs Jahren gab es über 450 Auseinandersetzungen der armen Bauern gegen die Regierung und Plantagenbesitzer, wobei über 200 Menschen verletzt oder getötet wurden. Bisher haben in Brasilien über 654000 Bauern Land besetzt. In Nordostbrasilien besitzen 4% der Landbesitzer rund 50% des Bodens, während zwei Drittel nur über 10% schlechten Bodens verfügen. 1965 bis 1972 nahm die Zahl der kleinen Landbesitzer um 300000 ab, während die Zahl der Bauern, die Land besetzt haben, und der Landarbeiter wächst.

Die Bauern von El Salvador in Mittelamerika führten in letzter Zeit wiederholt Demonstrationen durch, um ihren Forderungen nach Boden und ihrem Protest gegen die drükkende Pacht Nachdruck zu verleihen. Am 17. März marschierten etwa 300 Bauern, Studenten und Arbeiter aus San Pedro Perulapan, Zentralsalvador, zu einer Protestdemonstration in die Hauptstadt. Am 28. März 1978 marschierten Bauern in die Kleinstadt Tenancingo, wo es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Dabei gab es 15 Tote. Der Christliche Bauernbund und die Union der Landarbeiter von Salvador protestierten gegen „die großangelegte brutale Unterdrückung durch die Regierungsorgane". Die Regierung versuche, „die Bauernorganisationen zu zerschlagen und durch terroristische Aktionen die Bauern von ihrem Kampf für ihre in höchstem Maß gerechtfertigten Forderungen abzubringen, nämlich von den Forderungen nach Land, vernünftiger Entlohnung, Organisationsrecht und nach dem Recht zur radikalen Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine neue Gesellschaft, frei von Armut, Hunger, Verfolgung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen".

setts studiert hatte, der Neffe des amtierenden Präsidenten Sacasas war und in der US-Botschaft ein gern gesehener Gast. Vom US-Botschafter Bliss Lane kam denn auch der Befehl zur Ermordung Sandinos, der bereits seine Guerilleros nach Hause geschickt hatte. Somoza war der Mörder.

Die Somozas blieben getreue Gefolgsleute der US-Regierung und rafften sich durch Terror, Schiebereien und gnadenlose Ausbeutung ein riesiges Vermögen zusammen, das auf 400 bis 600 Millionen Dollar geschätzt wird. Der Somoza-Clan selbst gibt an, 1/5 des landwirtschaftlich genutzten Bodens und 40 Fabriken, Handelsunternehmen und Banken zu besitzen. Dem Reichtum auf Seiten der Somozas



Eine Massendemonstration in Nicaragua im Januar dieses Jahres, nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Chamarro durch die Somoza-Clique

entspricht das ungeheure Elend des Volkes: 50% der Arbeiter und Bauern verdienen weniger als 90 Dollar im Jahr, die Analphabetenquote beträgt 60% im Schnitt und erreicht in einigen Gegenden 100%. Nicaragua ist eine riesige Plantage, die für den Export produziert, vor allem Baumwolle, Kaffee, Zucker und Fleisch, und wurde von den USA systematisch zu einer konterrevolutionären Bastion ausgebaut. Die Nationalgarde Nicaraguas kennt keine Grenzen und verfolgt ihre Gegner tief in die Nachbarländer Costa Rica und Honduras hinein, so als sie 1948 einen Aufstand der Arbeiter und Bauern in Costa Rica niederschlug. Dabei kommt ihr die von den USA als zutiefst demokratische Errungenschaft gepriesene und betriebene Situation zustatten, daß Costa Rica keine Armee unterhält. Der Hafen von Puerto Cabezas in Nicaragua war der Ausgangspunkt für den gescheiterten Versuch der von Kennedy hochgepäppelten Exilkubaner, 1961 die kubanische Revolution mit der „Invasion in der Schweinebucht" niederzuschlagen. Nicaragua ist Tummelplatz und Ausbildungszentrum für konterrevolutionäre Terrorbanden, die in ganz Lateinamerika ihr Unwesen treiben. Und in der UNO ist Nicaragua oftmals das einzige Land der Dritten Welt, das mit den US-Imperialisten stimmt.

Die USA haben zwar ihren Stützpunkt Guantanamo auf Kuba behalten, aber spätestens seit dem Versuch Chruschtschows, Raketenabschußbasen auf Kuba zu installieren, hat sich der Kampf der beiden Supermächte um die Karibik und um die dicksten Brocken bei der Ausplünderung der Länder Mittel- und Südamerikas verschärft. Nur mit Mühe konnte Carter mit den Panamakanalverträgen die sofortige und vollständige Souveränität Panamas über die Kanalzone verhindern. In Guatemala, El Salvador und Honduras zeichnet sich eine für den US-Imperialismus ähnlich verhängnisvolle Entwicklung ab. In diesen Ländern führen die Arbeiter und Bauern einen zähen Kleinkrieg gegen die Ausbeutung durch die Imperialisten, die einheimische Reaktion und den Feudalismus auf dem Land, Kämpfe, die sich genau so schnell wie in diesem Jahr in Nicaragua zu einem Steppenbrand entwickeln können. Fällt die US-Bastion Nicaragua unter dem Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, werden die US-Imperialisten in ganz Lateinamerika zunehmend in die Defensive geraten.

Für Carter steht also mehr auf dem Spiel als der Verlust investierten Kapitals und die Möglichkeit, durch Nicaragua als Ersatz für den Panamakanal einen weiteren Kanal zu bauen, oder der Verlust der Möglichkeit, durch Guatemala eine Ölpipeline zu legen, um Alaskaöl in die Karibik und an die Ostküste der USA fließen zu lassen. Es geht um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Völker Lateinamerikas und zu Ungunsten des US-Finanzkapitals, eine Situation, die die Sowjetunion ausnutzen will.

Ein Artikel in der „Neuen Zeit" vom Juli 1978 zeigt, wie die Sozialimperialisten vorgehen wollen. Eifrig spähen sie nach Einflußmöglichkeiten „bei der Opposition" gegen Somoza. Sie spekulieren auf die „Zwölfergruppe" aus „angesehenen Politikern und anderen Persönlichkeiten", die „eine breite Front" bilden wollten mit „Parteien, Gewerkschaften, Volksorganisationen, Studenten und Frauenverbänden", wo auch die „Sozialistische Partei", die Revisionisten, vertreten wären. Die Sandinistische Front (FSLN), die den bewaffneten Kampf führt, wird umschmeichelt, ihr Programm gewinne „große Bedeutung". Der Zug darf nicht ohne die Sozialimperialisten abfahren, das ist ihre ganze Sorge. Zu schön wäre es, neben Kuba noch einen weiteren Vorposten gegen den Konkurrenten um die Weltherrschaft direkt vor seiner Haustüre in Besitz nehmen zu können. Mexiko und Panama werden von der Sowjetunion aus demselben Grund intensiv „umworben", Panama wurde der Bau eines Staudamms vorgeschlagen – eine beliebte Methode der Sozialimperialisten, ein Land in ihre Abhängigkeit zu bringen.

US-Präsident Carter sinnt nach Möglichkeiten, Nicaragua weiter als Eckpfeiler zu erhalten. Inzwischen hat er offiziell das Somoza-Regime fallengelassen, Kredite und Waffenhilfe gesperrt. Die Waffen gelangen jetzt an Somoza über den Umweg Israel, das schon einmal für einen ähnlichen Handel mit Südafrika gut war. Die verschiedenen Brückenköpfe des US-Finanzkapitals in der Welt übernehmen die Dreckarbeit, um die USA wenigstens oberflächlich betrachtet und nach außen hin aus der Front herauszuhalten, die die Völker in aller Welt gegen den Imperialismus errichtet haben. Gleichzeitig versuchen die US-Imperialisten, den wachsenden Zusammenschluß der Länder Lateinamerikas zu durchkreuzen. So wollten die drei Konzerne United Brands, Standard Fruit Company und Del Monte, die seit dem ersten Weltkrieg den Bananen-Welthandel kontrollieren und sich als die Herren in den bananenproduzierenden Ländern aufspielen, mit allen Mitteln den Zusammenschluß Kolumbiens, Panamas, Costa Ricas, Honduras', Guatemalas und der Dominikanischen Republik zur UBEC (Vereinigung der bananenexportierenden Länder) verhindern. Die ersten vier der genannten Länder gründeten gemeinsam das Handelsunternehmen „Comunbana", das sich zum Ziel gesetzt hat, das Monopol der drei Bananenkonzerne zu brechen. Die Konzerne entfesselten einen regelrechten Bananenkrieg mit Dumpingpreisen auf dem europäischen Markt, boykottierten die Exporte der Mitgliedstaaten der UBEC, bestachen Regierungsfunktionäre, um den Ausfuhrzoll von 1 US-Dollar pro Kiste rückgängig zu machen, und gaben den Auftrag für ein Attentat auf General Torrijos, den Präsidenten von Panama, der die UBEC von Anfang an entschlossen gefördert hat. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Kolumbiens und jetzige Direktor der UBEC, Hernan Vallejo, erklärte dazu im April, daß sie sich dagegen auflehnen werden, wenn die Konzerne „den Rückhalt, den die Regierungen der vier direkt beteiligten Länder uns zugesichert haben, untergraben wollen, wenn sie ihre Einflüsse auf allen Ebenen spielen lassen und alle Arten von Gerüchten in Umlauf setzen, um unsere Anstrengungen zu annullieren." Seit März 1977 konnte die „Comunbana" bereits 5% des Bananenexports ihrer vier Mitgliedstaaten auf sich vereinigen, 1982 sollen es 10% sein. Die „Comunbana" übernimmt die Funktion des Handelsagenten für die einheimischen Pflanzer, die bisher nur rund 10% des Endpreises der Bananen bekamen, 90% steckten die Handelskonzerne ein.


Die indianischen Bauern des Ortes Subtiava patrouillieren in den Dorfstraßen. Sie kämpfen unter der Parole „Das Land denen, die es bebauen – Nieder mit Somoza" und für nationale Unabhängigkeit

Das ganze Menschenrechtsgefasel Carters in Mittel- und Südamerika steht auf dünnem Boden. Die Völker Lateinamerikas verbinden mit dieser Sorte Menschenrechte ganz eindeutig die Vorstellung von Ausbeutung und Unterdrückung und den Versuch des US-Imperialismus, sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten der Länder auf dem südamerikanischen Kontinent einzumischen. Brasilien hat vor kurzem noch einmal bekräftigt, daß es nicht daran denke, den im letzten Jahr gekündigten Militärpakt mit den USA zu erneuern, und in Mexiko ist soeben eine Konferenz der Energieorganisation Lateinamerikas, der OLADE, zu Ende gegangen, die ab Januar 1980 ein Finanzierungssystem zur Erkundung der Energiereserven beschlossen hat, dem sich bisher Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Chile, Ecuador, Haiti, Honduras, Jamaica, Panama, Peru, die Dominikanische Republik und Mexiko angeschlossen haben. Dazu der mexikanische Minister für staatliche Industrie, Andres de Oteyza: „Wir haben einen außergewöhnlichen Markt, den wir gemeinsam erobern können, statt ihn zu zerstören". Die Länder Lateinamerikas schätzen, daß ihre Erdölvorräte die doppelte und dreifache Menge der im Iran und Saudi-Arabien zur Zeit verfügbaren Vorräte betragen. Sie wollen sie gemeinsam mit der OPEC nutzen, was die Lage für die US-Imperialisten noch weiter zuspitzt.


Der Revolutionär Sandino, dessen Guerillatruppe den US-Imperialisten Ende der 20er Jahre die ersten Niederlagen beibrachte

Ihnen schwimmen die Felle davon, während die andere Supermacht, die Sowjetunion, jede Möglichkeit nutzt, um sich ihrerseits festzusetzen. Aber von deren rotem Lack ist durch den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen jede Hegemonie und imperialistische Ausbeutung nichts mehr übriggeblieben.

MOS LA L
OS HERMANO
Eine Massendemonstration in Nicaragua im Januar dieses Jahres, nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Chamarro durch die Somoza-Clique

entspricht das ungeheure Elend des Volkes: 50% der Arbeiter und Bauern verdienen weniger als 90 Dollar im Jahr, die Analphabetenquote beträgt 60% im Schnitt und erreicht in einigen Gegenden 100%. Nicaragua ist eine riesige Plantage, die für den Export produziert, vor allem Baumwolle, Kaffee, Zucker und Fleisch, und wurde von den USA systematisch zu einer konterrevolutionären Bastion ausgebaut. Die Nationalgarde Nicaraguas kennt keine Grenzen und verfolgt ihre Gegner tief in die Nachbarländer Costa Rica und Honduras hinein, so als sie 1948 einen Aufstand der Arbeiter und Bauern in Costa Rica niederschlug. Dabei kommt ihr die von den USA als

stion Nicaragua unter dem Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, werden die US-Imperialisten in ganz Lateinamerika zunehmend in die Defensive geraten.

Für Carter steht also mehr auf dem Spiel als der Verlust investierten Kapitals und die Möglichkeit, durch Nicaragua als Ersatz für den Panamakanal einen weiteren Kanal zu bauen, oder der Verlust der Möglichkeit, durch Guatemala eine Ölpipeline zu legen, um Alaskaöl in die Karibik und an die Ostküste der USA fließen zu lassen. Es geht um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Völker Lateinamerikas und zu Ungunsten des US-Finanzkapitals, eine Situation, die die Sowjetunion ausnutzen will.

Ein Artikel in der „Neuen Zeit" vom Juli 1978 zeigt, wie die Sozialimperialisten vorgehen wollen. Eifrig spähen sie nach Einflußmöglichkeiten „bei der Opposition" gegen Somoza. Sie spekulieren auf die „Zwölfergruppe" aus „angesehenen Politikern und anderen Persönlichkeiten", die „eine breite Front" bilden wollten mit „Parteien, Gewerkschaften, Volksorganisationen, Studenten und Frauenverbänden", wo auch die „Sozialistische Partei", die Revisionisten, vertreten

renden Ländern aufspielen, mit allen Mitteln den Zusammenschluß Kolumbiens, Panamas, Costa Ricas, Honduras', Guatemalas und der Dominikanischen Republik zur UBEC (Vereinigung der bananenexportierenden Länder) verhindern. Die ersten vier der genannten Länder gründeten gemeinsam das Handelsunternehmen „Comunbana", das sich zum Ziel gesetzt hat, das Monopol der drei Bananenkonzerne zu brechen. Die Konzerne entfesselten einen regelrechten Bananenkrieg mit Dumpingpreisen auf dem europäischen Markt, boykottierten die Exporte der Mitgliedstaaten der UBEC, bestachen Regierungsfunktionäre, um den Ausfuhrzoll von 1 US-Dollar pro Kiste rückgängig zu machen, und gaben den Auftrag für ein Attentat auf General Torrijos, den Präsidenten von Panama, der die UBEC von Anfang an entschlossen gefördert hat. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Kolumbiens und jetzige Direktor der UBEC, Hernan Vallejo, erklärte dazu im April, daß sie sich dagegen auflehnen werden, wenn die Konzerne „den Rückhalt, den die Regierungen der vier direkt beteiligten Länder uns zugesichert haben, unter-

Carters in Mittel- und Südamerika



Der Revolutionär Sandino, dessen Guerillatruppe den US-Imperialisten Ende der 20er Jahre die ersten Niederlagen beibrachte

Ende gegangen, die ab Januar 1980 ein Finanzierungssystem zur Erkundung der Energiereserven beschlossen hat, dem sich bisher Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Chile, Ecuador, Haiti, Honduras, Jamaica, Panama, Peru, die Dominikanische Republik und Mexiko angeschlossen haben. Dazu der mexikanische Minister für staatliche Industrie, Andres de Oteyza: „Wir haben einen außergewöhnlichen Markt, den wir gemeinsam erobern können, statt ihn zu zerstören". Die Länder Lateinamerikas schätzen, daß ihre Erdölvorräte die doppelte und dreifache Menge der im Iran und Saudi-Arabien zur Zeit verfügbaren Vorräte betragen. Sie wollen sie gemeinsam mit der OPEC nutzen, was die Lage für die US-Imperialisten noch weiter zuspitzt.

Ihnen schwimmen die Felle davon, während die andere Supermacht, die Sowjetunion, jede Möglichkeit nutzt, um sich ihrerseits festzusetzen. Aber von deren rotem Lack ist durch den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen jede Hegemonie und imperialistische Ausbeutung nichts mehr übriggeblieben.

Der Tiger kommt auf leisen Pfoten

z.hek. „Die *Theorie* von den zwei Imperialismen, dem einen, von dem sich die Vereinigten Staaten leiten lassen, und dem anderen, von dem sich angeblich die Sowjetunion leiten läßt, fand, ermutigt von seiten kapitalistischer Theoretiker, unter den Gesandten und Führungspersönlichkeiten blockfreier Länder Widerhall, manchmal absichtlich, manchmal aber auch in Unkenntnis im Hinblick auf die Geschichte und die Realitäten der Gegenwartswelt." (Fidel Castro, Blockfreienkonferenz September 1978, Algier)

Fidel Castro ist nichts anderes als der „Zuckerspezialist" der Sozialimperialisten im Rahmen ihrer „internationalen Arbeitsteilung". Die amerikanische Zeitschrift „Time" veröffentlichte am 10. Juli 1978 einen Artikel, der verdeutlicht, daß Kuba die Stellung zukommt als Sprungbrett für die Sozialimperialisten nach Lateinamerika: „Westliche Experten schätzen, daß Rußland heute den Gegenwert von etwa 6 Millionen Dollar täglich nach Kuba hineinpumpt ... Die UdSSR verkauft Kuba 190000 Barrel Öl pro Tag zu etwa dem halben Weltmarktpreis (gegenwärtig 7 Cents pro Pfund)." Dies, was auf den ersten Blick positiv erscheint, ist der Preis für den Ausbau Kubas zum sozialimperialistischen Militärstützpunkt in der Karibik. „Fünfzig sowjetische Piloten fliegen Verteidigungsstreifen für die kubanische Luftwaffe. Sowjetische Techniker sind überall: mehr als 400 sind an einer Nickelabbau- und Verarbeitungszentrale im östlichen Kuba eingesetzt. Gruppen von russischen Elektrizitätsfachleuten sind in der Landschaft ausgeschwärmt und errichten Hochspannungsleitungen als Teil einer neuen landesweiten Stromversorgung. Die Russen sind in jedem Bereich der kubanischen Industrie und Landwirtschaft beteiligt sowie an den meisten Ministerien, übrigens auch dem Innenministerium und seiner Spionageabteilung, dem DGI (Generaldirektorat für Ermittlung), das ‚Hand in Handschuh' mit dem sowjetischen KGB arbeitet ... Die sowjetische Präsenz auf Kuba beläuft sich schätzungsweise auf 8000 Zivilisten und 2000 Militärberater ..." (Time) Der unverhohlene Neid des Konkurrenten spricht aus dieser Mitteilung, der jeden Schritt seines Gegners genau verfolgt.

Die „Gesandten und Führungspersönlichkeiten blockfreier Länder", denen Castro „Unkenntnis" oder „Absicht" vorwirft, haben durchaus recht, die Sowjetunion als das zu bezeichnen, was sie ist: sozialimperialistisch! Die „fünfzig sowjetischen Piloten", die den Luftraum über Kuba „schützen", ermöglichen den Einsatz der kubanischen Luftwaffensöldner in den Ländern Afrikas. Unter diesem Gesichtspunkt erhält die „uneigennützige Hilfe" und „internationale Arbeitsteilung" die Bedeutung, die ihr zusteht.

Die sozialimperialistischen Aktivitäten beschränken sich aber nicht nur auf Kuba. Über Handelsabkommen versuchen die Neuen Zaren andere lateinamerikanische Staaten in Abhängigkeit zu bringen und ihre Reichtümer zu rauben. Einem „Abkommen über Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen aus der UdSSR an die Republik Peru" ist folgendes zu entnehmen: Dieses Abkommen trat am 18. März 1977 in Kraft. Ein Zahlungsaufschub von 10 Jahren wird ab Datum der Vertragsunterzeichnung oder ab Lieferdatum der Maschinen und Ausrüstungen gewährt, die Kaufverträge müssen innerhalb von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens abgeschlossen werden. Zwischen 4,5% und 5% Jahreszinsen sind zu entrichten. „Als Sicherheit für die Vertragszahlungen, einschließlich der Zinsen, werden die Käufer den Verkäufern innerhalb von 60 Tagen ab Unterzeichnungsdatum eines jeden Vertrages Wechselbürgschaften, Garantiebriefe oder Wechsel der Nationalbank Perus ... aushändigen." 5% von der Vertragssumme werden innerhalb von 30 Tagen ab Unterzeichnung fällig, weitere 10% nach Vorlage der Versandpapiere, die restlichen 85% werden in gleichen Raten alle sechs Monate durch Überweisung gezahlt. „ ... Artikel 5. Sollte die Regierung der Republik Peru daran interessiert sein, daß die sowjetischen Außenhandelsorganisationen die Summen, die sie für die nach vorliegendem Abkommen verkauften Maschinen und Ausrüstungen erhalten, für den Kauf peruanischer Waren verwenden, werden die entsprechenden sowjetischen Außenhandelsorganisationen die genannten Summen für den Kauf solcher Waren, darunter bis 30% Fertigerzeugnisse und Halbfabrikate, zu normalen kommerziellen Bedingungen verwenden." Der Kauf zu „normalen kommerziellen Bedingungen" besteht in Ausnutzung der schwankenden Preise der Fertig- und Halbwaren, deren Senkung auch gezielt betrieben werden kann: Für dieses oder jenes „schwer abzusetzende" Produkt liegt zur Zeit keine „unmittelbare Verwendung vor" – aber, bei entsprechendem Preisnachlaß könnte man sich einigen. Und wie steht es mit den Rohstoffen? Kupfer, Zinn? Zu welchem Preis wollen die Sozialimperialisten sich diese Rohstoffe aneignen? Jedenfalls nicht zu „normalen kommerziellen", unter dem Weltmarktpreis jedenfalls. Das ist lohnend! Die „günstigen" Kaufbedingungen für sowjetische Waren sollen die lateinamerikanischen Länder in Verschuldung treiben. Die Statistik des Außenhandels der UdSSR mit den in der Tabelle aufgeführten Staaten weist einen geringeren Export- im Verhältnis zum Importanteil auf. Dies allein genommen, ist noch kein schlüssiger Beweis für die Aussaugung der betreffenden Länder. Im Zusammenhang mit dem peruanischen Abkommen sowie einem ähnlich lautenden mit Argentinien über die Lieferung zweier Turbogeneratoren sowie einem Beratervertrag über die hydroenergetische Erforschung des Amazonasbeckens zeigt sich die Aussaugung der lateinamerikanischen Staaten durch den Sozialimperialismus, wenn Schwierigkeiten in der Rückzahlung der Auslandsschulden eintreten. Daraus folgt die Abhängigkeit von den jeweiligen Imperialisten und die Aufnahme in das System der „internationalen Arbeitsteilung".

Außenhandel der UdSSR in Mittel- und Lateinamerika

in Mio. Rubel	Januar 1976		Dezember 1977	
	Export	Import	Export	Import
Argentinien	8,5	225,4	13,4	191,6
Bolivien	4,2	12,3	3,6	27,7
Brasilien	76,1	369,4	104,4	209,6
Kolumbien	1,7	3,3	1,8	7,4
Costa Rica	0,6	2,2	0,2	3,6
Kuba	1351,3	1520,8	1634,9	1817,2
Mexiko	6,9	11,1	1,2	1,7
Peru	13,9	18,1	26,4	20,4
Uruguay	1,3	4,1	1,2	8,6
Ekuador	0,4	7,4	0,5	9,8

Der Besuch der peruanischen Militärdelegation im Januar 1977 in Moskau scheint Früchte zu tragen für die Sozialimperialisten. Dort wurden Einzelheiten der Umrüstung der peruanischen Luftwaffe auf sowjetische Maschinen ausgehandelt. Die Sozialimperialisten wollen in Peru – neben Kuba – einen zweiten Militärstützpunkt in Lateinamerika errichten. Die peruanischen Arbeiter und Bauern zeigten und zeigen durch ihre machtvollen Kämpfe, daß sie der Ausbeutung durch imperialistische Staaten und auch durch die eigene nationale Bourgeoisie entscheidende Schranken setzen.

Albrecht: Manöver um Gorleben

r.pel. Ernst Albrecht und Bundesinnenminister Baum haben über Gorleben beraten. Die bürgerliche Presse scheint unzufrieden. „Mageres Ergebnis" und „weiter grundsätzliche Meinungsunterschiede", so wird kommentiert. An Albrecht soll es liegen. Der Folterbefürworter, der kürzlich noch alle Grohnde-Demonstranten Verbrecher nannte, hat sich zum Kritiker des Energieprogramms der Bundesregierung aufgeschwungen. Tiefbohrungen soll es erst geben, wenn „alle Sicherheitsfragen restlos geklärt seien" (Albrecht). Baum sah blaß aus auf der Pressekonferenz. Was sollte er einem so fürsorglichen Landesvater auch entgegensetzen? Der Gegensatz ist künstlich aufgebaut, das Manöver abgesprochen. Das Verwaltungsgericht Brokdorf hat im Antragsverfahren für das Kernkraftwerk Brokdorf unter dem Druck der Massenbewegung eine ausreichende Entsorgung gefordert, die Wiederaufbereitungsanlage ist unerläßlich für die Bourgeoisie. Danach *handelt* sie auch. Das materielle Ergebnis der Besprechung Albrechts mit Baum: Die vorbereitenden Bohrungen beginnen sofort, die Atommülldeponie Asse II wird mit 100 Mio. DM ausgebaut, die Kosten tragen die Massen. Mit „Bohrungen, die zu größeren politischen Ausschreitungen Anlaß geben," (Albrecht) wird begonnen, wenn der umfangreiche Polizeischutz aus verschiedenen Bundesländern organisiert ist. Solange *redet* der Ministerpräsident von der Sicherheit der Volksmassen. Ob das Manöver gelingt? Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9.9., Wirtschaftsminister Breuel habe den Kreis Lüchow-Dannenberg besucht – 200 km im unbequemen Polizeimannschaftswagen.

Überfall auf Asylsuchende – Aktion „Big Lift"

r.chs. „Big Lift" haben die westdeutschen Imperialisten ihren jüngsten Überfall auf die Asylstelle in Westberlin genannt. 140 Pakistani hat das Überfallkommando abgeschleppt – in Übereinstimmung mit den Innenministern der Länder, denen Westberlins Innensenator Ullrich Vorschläge unterbreitet hat für eine Neuregelung des Asylverfahrens und eine entsprechende Änderung der Ausländergesetze. Damit soll die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer beschleunigt werden, wird als Grund angegeben. Tatsächlich wird die Bespitzelung und Unterdrückung ausgebaut. Die Mittel: Vorprüfung der Anträge durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und Ablehnung „offensichtlich unbegründeter und mißbräuchlicher" Anträge; Wegfall des Widerspruchsverfahrens und Dezentralisierung der Verwaltungsgerichtsverfahren. Wohlgefällig hat die bürgerliche Pressemeute die „entschlossene Tat" der Westberliner Polizei gewürdigt und gleich angekündigt, daß dies nicht die letzte Aktion dieser Art gewesen sei. Der Plan: Künftige Überfälle auf U-Bahnhöfe im gesamten Stadtgebiet, weil anders die angeblich nicht zu bewältigende „Flut Asylsuchender" nicht einzudämmen sei.

berg besucht – 200 km im unbequemen Polizeimannschaftswagen.

Überfall auf Asylsuchende – Aktion „Big Lift"

r.chs. „Big Lift" haben die westdeutschen Imperialisten ihren jüngsten Überfall auf die Asylstelle in Westberlin genannt. 140 Pakistani hat das Überfallkommando abgeschleppt – in Übereinstimmung mit den Innenministern der Länder, denen Westberlins Innensenator Ullrich Vorschläge unterbreitet hat für eine Neuregelung des Asylverfahrens und eine entsprechende Änderung der Ausländergesetze. Damit soll die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer beschleunigt werden, wird als Grund angegeben. Tatsächlich wird die Bespitzelung und Unterdrückung ausgebaut. Die Mittel: Vorprüfung der Anträge durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und Ablehnung „offensichtlich unbegründeter und mißbräuchlicher" Anträge; Wegfall des Widerspruchsverfahrens und Dezentralisierung der Verwaltungsgerichtsverfahren. Wohlgefällig hat die bürgerliche Pressemeute die „entschlossene Tat" der Westberliner Polizei gewürdigt und gleich angekündigt, daß dies nicht die letzte Aktion dieser Art gewesen sei. Der Plan: Künftige Überfälle auf U-Bahnhöfe im gesamten Stadtgebiet, weil anders die angeblich nicht zu bewältigende „Flut Asylsuchender" nicht einzudämmen sei.
Es sind Bürgerkriegsübungen. Und noch weiter gedrückt, hofft die Bourgeoisie diejenigen, denen sie Asylrecht gewährt, massenhafter als Spaltkeil gegen die Arbeiterklasse einsetzen zu können.

Altbausanierung

r.gör. Bundeswohnungsbauminister Haack sieht die „Stadtflucht" nicht gern. Er empfiehlt Altbausanierung als „einen Schwerpunkt der Baupolitik". Die „Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung", die insgesamt 7000 Wohnungen in Bremen ihr eigen nennt, folgt schon länger seinem Rat. 521 Wohneinheiten im Bremer Stadtteil Gröpelingen will sie jetzt sanieren. 219 „Einfamilienreihenhäuser" sollen aus diesen Wohneinheiten gemacht werden. Also müssen die alten Mieter raus, denn das sind zumeist westdeutsche und ausländische Arbeiter mit niedrigsten Löhnen. Der Plan ist: die Wohnungen zu verkaufen, die Käufer die Sanierung durchführen zu lassen (59000 bis 73000 DM Kaufpreis plus 92700 DM Modernisierungskosten, wobei viel eigene Arbeit der Käufer schon einkalkuliert ist), und die Wohnungsbaugesellschaft behält dann für zehn Jahre das Vorkaufsrecht. „Wohnungseigentum für das Volk!" Profitabel für die Wohnungsbaugesellschaft, die sich selbstverständlich auch „einige freiwerdende Wohnungen" verspricht. Spalten soll der Plan die betroffenen Mieter, und gern sähen die Stadterneuerungskapitalisten den Wettstreit der potentiellen Käufer: Wer kann am meisten Geld und unbezahlte Arbeit investieren, wer kann sich am höchsten verschulden? „Anfragen von Gröpelinger Bürgern, die gern ein Haus übernehmen möchten, gibt es jedenfalls schon genügend", meldet der „Weser-Kurier". Was schadet es schon dem erwarteten Profit, wenn das nicht die alten Mieter sind.

Polizei soll nur noch prügeln und schießen

Schleswig-Holsteinische Landesregierung will Polizei von „sachfremden Aufgaben" entlasten / Militarisierung des öffentlichen Dienstes

r.std. 1968 wurde in Schleswig-Holstein das Landesfahndungskommando aufgestellt, Vorläufer des Mobilen Einsatzkommandos (MEK). Es wurde eingerichtet „zur Intensivierung der Fahndung und zur Übernahme spezieller Observations- und Ermittlungsaufgaben und zur Bekämpfung wachsender Gewaltkriminalität". Es sind speziell ausgebildete und abgerichtete Truppen, die sich die Bourgeoisie zum Überfall auf die Massenbewegung hält. Schleswig-Holstein war damit allen Bundesländern voran und Vorbild. Bei Übergabe des Bundesverdienstkreuzes an den Leiter des MEK erklärte der Amtschef im schleswig-holsteinischen Innenministerium, Knack: „Es bleibt die wichtige Aufgabe für uns alle, das Leben unserer Gemeinschaft so zu gestalten, daß kein Klima entsteht, in dem Fanatismus, Extremismus und Terrorismus gedeihen können. Denn nicht die Schlagkraft der Sicherheitsorgane, sondern das innenpolitische Gleichgewicht – gestützt auf den Gemeinsinn der Bürger – bestimmt die notwendige Stärke eines Staates, seine innere Freiheit und damit auch seine innere Sicherheit!"

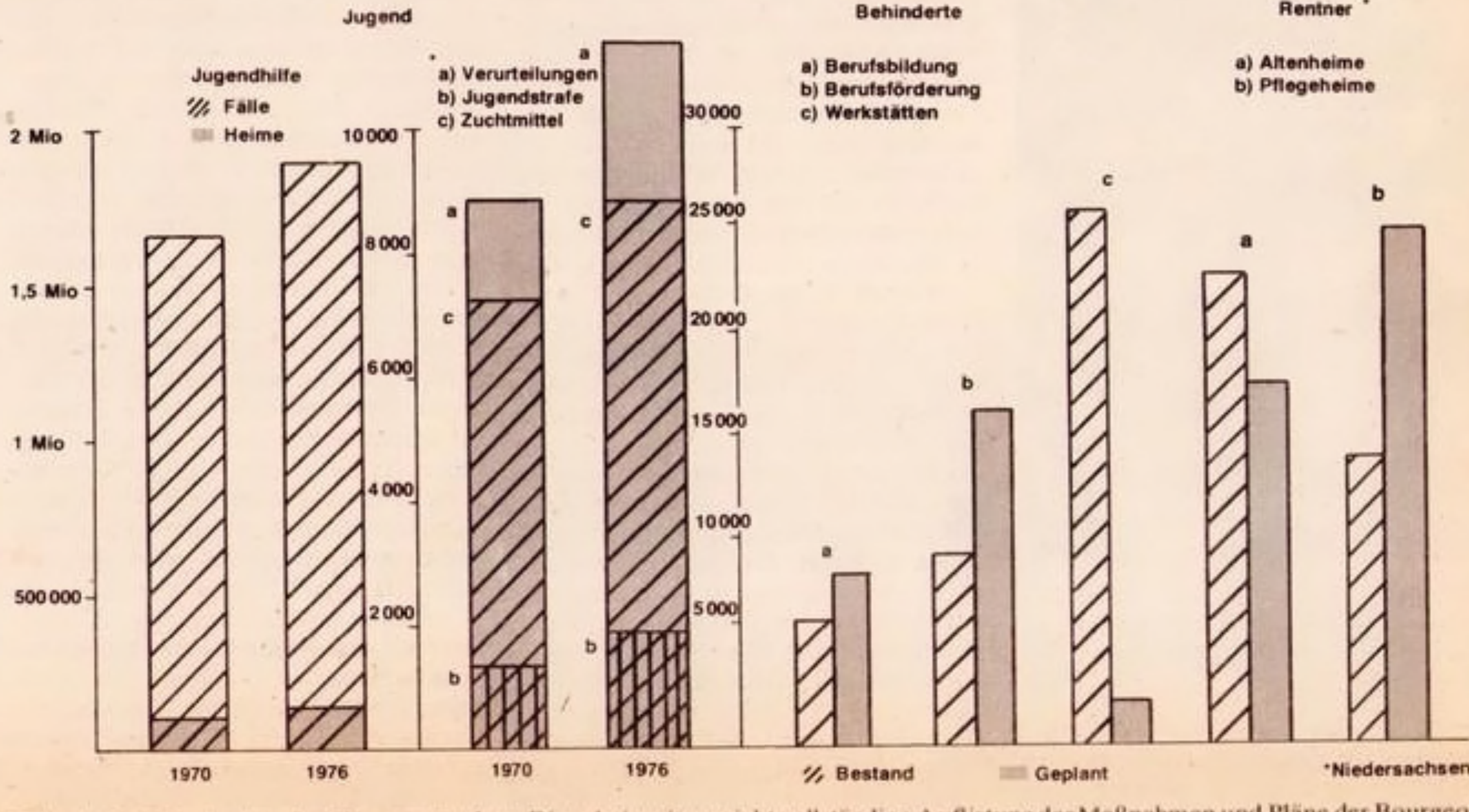
Mit dem „Gemeinsinn des Bürgers" ist es offensichtlich nicht weit her. Wenigstens verlassen tut sich der Staat darauf nicht. Das Mobile Einsatzkommando bestand bei seiner Gründung aus 12 Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei. Heute hat es 61 besonders geschulte Polizeibeamte, 1978 wurden zusätzlich 13 Stellen geschaffen. Die Geschwindigkeit ist beachtlich, mit der dieser Apparat ausgebaut wird. Bei 7000 Fahndungs- und Observationsaufträgen und mehr als 3500 gezielten Einsätzen nicht zuletzt im Zusammenhang mit „der Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität" wurden in den vergangenen zehn Jahren „2153 Personen festgenommen, 1262 Aufenthaltsermittlungen in anderen Bundesländern und im Ausland durchgeführt sowie 681 Sicherstellungen und Beschlagnahmungen veranlaßt" (Pressemitteilung der Landesregierung). Die Präsenz ausgebildeter Polizisten ist für die Bourgeoisie unentbehrlich geworden.

Unter dem Schlagwort „Entlastung von sachfremden Aufgaben" beschreitet die schleswig-holsteinische Landesregierung jetzt einen weiteren Weg zum Ausbau der Polizei und zur Militarisierung des öffentlichen Dienstes, der sicher wiederum „Vorbild" für die anderen Bundesländer sein wird. Der Landesrechnungshof hat bei einer „stichprobenweisen Prüfung" festgestellt, daß die Polizei „in größerem Umfang durch Aufgaben belastet wird, die entweder schon nach der gegenwärtigen Rechtslage oder nach entsprechender Änderung der einschlägigen Bestimmungen von anderen Behörden ... erledigt werden können". Diese Maßnahme zielt auf die besondere Aufgabe der Polizei als Unterdrückungsapparat. Kurz: Schießen, prügeln, ermitteln; von anderen Aufgaben muß die Polizei frei gemacht werden. In dem Bericht ist das so umschrieben: „... die Tätigkeit der Polizeikräfte auf diejenigen Aufgabenbereiche zu konzentrieren, deren Wahrnehmung nur den dafür mit erheblichem Aufwand ausgebildeten und ausgerichteten Polizeibeamten möglich ist". Siehe MEK. Die Umorganisierung deckt sich mit dem von der „Ständigen Konferenz der Innenminister ... aufgestellten Programm für die innere Sicherheit".

Im wesentlichen sind die gesetzlichen Regelungen schon geschaffen, damit der Einsatz der Polizei durch andere Behörden ersetzt werden kann. Was dem bisherigen Einsatz noch entgegengestanden hat, ist der Widerstand der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, sich zu Polizisten machen zu lassen. So heißt es im Bericht des Landesrechnungshofes, daß der „im Landesverwaltungsgesetz ... zum Ausdruck gekommene Grundsatz der Subsidiarität (Nachordnung) der polizeilichen Tätigkeit gegenüber der Zuständigkeit der Ordnungsbehörde nicht immer mit der nötigen Aufmerksamkeit beachtet wird" und „... geht es zunächst darum, in geeigneter Weise bei den betroffenen Behörden in einem Umdenkungsprozeß die Änderung eingefahrener Gewohnheiten auszulösen". Die Möglichkeit, daß die Behörden unter Ausschaltung der Polizei eigene „Ermittlungs- und Vollzugskräfte einsetzen, ist nach dem Landesverwaltungsgesetz gegeben". Die rechtlichen Möglichkeiten werden aber „noch nicht hinreichend genutzt".

Die Gebiete, auf denen die Polizei jetzt „entlastet" werden soll, muten vergleichsweise harmlos an: Es handelt sich um Überprüfung der Getränkeschankanlagen, Durchführung von Brandverhütungsschauen, Entstempelung von Kraftfahrzeugen, Zuführung von Schulpflichtigen oder Zuführung von psychisch Kranken und Süchtigen in Krankenanstalten.

Die Militarisierung des öffentlichen Dienstes, die hiermit direkt beschritten wird, ist ein alter Plan der Bourgeoisie. Sie hat ihn bisher nicht verwirklichen können, weil, anders als sie erwartet hat, sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an die Seite der Arbeiterklasse gestellt haben. Es gibt also genügend Gründe, daß auch dieses Programm wieder scheitert.

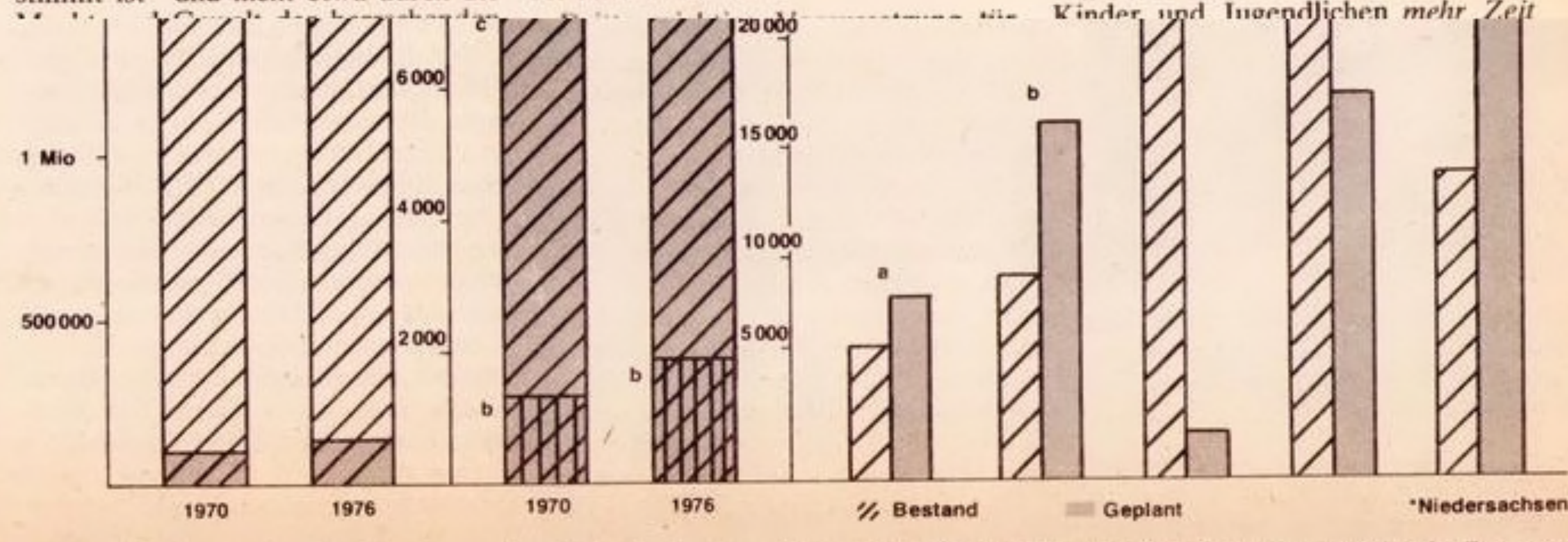


Fieberhaft ist der Ausbau der Zwangsanstalten. Diese bei weitem nicht vollständige Auflistung der Maßnahmen und Pläne der Bourgeoisie zeigt, worauf es ihr ankommt: verstärkter Zugriff auf die Jugend, ihre direkte und gewaltsame Unterdrückung. Für die Alten besteht der Plan, sie vollständig zu isolieren, damit die „Kosten", die sie verursachen, lautlos gesenkt werden können. Rebellion wird zur „Krankheit", wächst die Rebellion, nehmen entsprechend die diesbezüglichen „Krankheiten" zu. „Behinderungen", denen „Hilfe" angedient werden soll – so jedenfalls versucht es die Bourgeoisie zu wenden. Die Methoden, die Zwangsarbeitshäuser zu füllen, werden immer rüder: u.a. mittels Entmündigung versuchen sie die Unterwerfung zu erzwingen.

„Mehr Zeit zum Üben"

Eine neue Phase der imperialistischen Bildungsreform / Pläne der niedersächsischen Landesregierung

r.her. Es handelt sich um großangelegte inhaltliche Änderungen des Unterrichts. In Niedersachsen sind für das Schuljahr 1978/79 erstmals neue Grundsatzbestimmungen für die „innere Differenzierung" der drei Schulformen vorgelegt worden. Rahmenrichtlinien werden im Frühjahr 1979
dings ein zukünftiger Arbeiter nicht erkennen dürfen. Er soll auf seine „Berufswahl" vorbereitet werden, „den Betrieb als zweckbestimmte Einrichtung erkennen", dabei insbesondere, „daß die Stellung des Einzelnen durch eine Rang- und Weisungsordnung bestimmt ist" und nicht etwa durch die
ste" der Hauptschulen, konnten gestoppt werden. Seit 1971 war in Schleswig-Holstein die Anzahl der Hauptschüler um 8,1% gefallen, jetzt steht ihr Anteil auf 30,1%; die Landesregierung rechnet mit einem Steigen auf 31,1%. In Niedersachsen liegt dieser Anteil bei 40%.
bei den Grundschülern und Niedersachsen mit minus 7,3% bei Grund- und Hauptschülern. Beide Kultusminister versichern, die Zahl der Lehrer solle nicht sinken, was eine bessere Beackerung der Grund- und Hauptschüler von mindestens 10% bedeutet.
„Durch diese Erhöhung werden die Kinder und Jugendlichen mehr Zeit
sonders geschulte Polizeibeamte, 1978 wurden zusätzlich 13 Stellen geschaffen. Die Geschwindigkeit ist beachtlich, mit der dieser Apparat ausgebaut wird. Bei 7000 Fahndungs- und Observationsaufträgen und mehr als 3500 gezielten Einsätzen nicht zuletzt im Zusammenhang mit „der Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität" wurden in den vergangenen zehn Jahren „2153 Personen festgenommen, 1262 Aufenthaltsermittlungen in anderen Bundesländern und im Ausland durchgeführt sowie 681 Sicherstellungen und Beschlagnahmungen veranlaßt" (Pressemitteilung der Landesregierung). Die Präsenz ausgebildeter Polizisten ist für die Bourgeoisie unentbehrlich geworden.
Unter dem Schlagwort „Entlastung von sachfremden Aufgaben" beschreitet die schleswig-holsteinische Landesregierung jetzt einen weiteren Weg



Fieberhaft ist der Ausbau der Zwangsanstalten. Diese bei weitem nicht vollständige Auflistung der Maßnahmen und Pläne der Bourgeoisie zeigt, worauf es ihr ankommt: verstärkter Zugriff auf die Jugend, ihre direkte und gewaltsame Unterdrückung. Für die Alten besteht der Plan, sie vollständig zu isolieren, damit die „Kosten", die sie verursachen, lautlos gesenkt werden können. Rebellion wird zur „Krankheit", wächst die Rebellion, nehmen entsprechend die diesbezüglichen „Krankheiten" zu. „Behinderungen", denen „Hilfe" angedient werden soll – so jedenfalls versucht es die Bourgeoisie zu wenden. Die Methoden, die Zwangsarbeitshäuser zu füllen, werden immer rüder: u.a. mittels Entmündigung versuchen sie die Unterwerfung zu erzwingen.

„Mehr Zeit zum Üben"

Eine neue Phase der imperialistischen Bildungsreform / Pläne der niedersächsischen Landesregierung

r.her. Es handelt sich um großangelegte inhaltliche Änderungen des Unterrichts. In Niedersachsen sind für das Schuljahr 1978/79 erstmals neue Grundsatzbestimmungen für die „innere Differenzierung" der drei Schulformen vorgelegt worden. Rahmenrichtlinien werden im Frühjahr 1979 erwartet. Der äußeren „Reform" soll jetzt die innere folgen.

So sind die Stundentafeln für das Gymnasium aus dem Jahre 1962, Richtlinien für die einzelnen Fächer wurden in den Jahren 1963 bis 1969 erlassen. Die Stundentafeln für die Realschulen gar stammen aus dem Jahre 1956. Die Grund- und Hauptschulen arbeiten mit Richtlinien für Volksschulen von 1962. Allerdings wurde hier 1967 eine „Reform" der Volksschule eingeleitet, die sich zur heutigen Hauptschule entwickelt hat. „Die Arbeit in der Oberstufe der Volksschule soll *mehr als bisher* die Erfordernisse des heutigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens berücksichtigen" (Richtlinien 1967). „Ordnung in einem größeren Fabrikationsbetrieb" und „zugleich Verständnis für die *besondere Art* der sozialen Wirklichkeit eines Betriebes" den Schülern beizubringen, ist das erklärte Ziel dieser „Arbeitslehre" gewesen, es wurde nicht erreicht.

In den neuen Bestimmungen heißt das Fach Arbeit/Wirtschaft. An erster Stelle steht: „Der Schüler soll auf seine Rolle als Konsument vorbereitet werden." Auch das wie ist festgelegt: „– durch Bewußtmachen seiner eigenen Bedürfnisse und Interessen, – durch Einsicht in die Notwendigkeiten wirtschaftlichen Planens und Handelns, – durch grundlegende Kenntnisse über das Einkommen und seine Verwendung zur Existenzsicherung, durch Erkennen der Notwendigkeit, daß Teile seines Einkommens für Fürsorge und staatliche Aufgaben abgeführt werden."

Als Produzent des gesamten gesellschaftlichen Reichtums soll sich allerdings ein zukünftiger Arbeiter nicht erkennen dürfen. Er soll auf seine „Berufswahl" vorbereitet werden, „den Betrieb als zweckbestimmte Einrichtung erkennen", dabei insbesondere, „daß die Stellung des Einzelnen durch eine Rang- und Weisungsordnung bestimmt ist" und nicht etwa durch die Macht und Gewalt der herrschenden Klasse ihm die Rolle des Arbeitssklaven zugewiesen wird, indem durch Enteignung aller früheren Produzenten die Kapitalistenklasse sich in den Besitz der Produktionsmittel gesetzt hat.

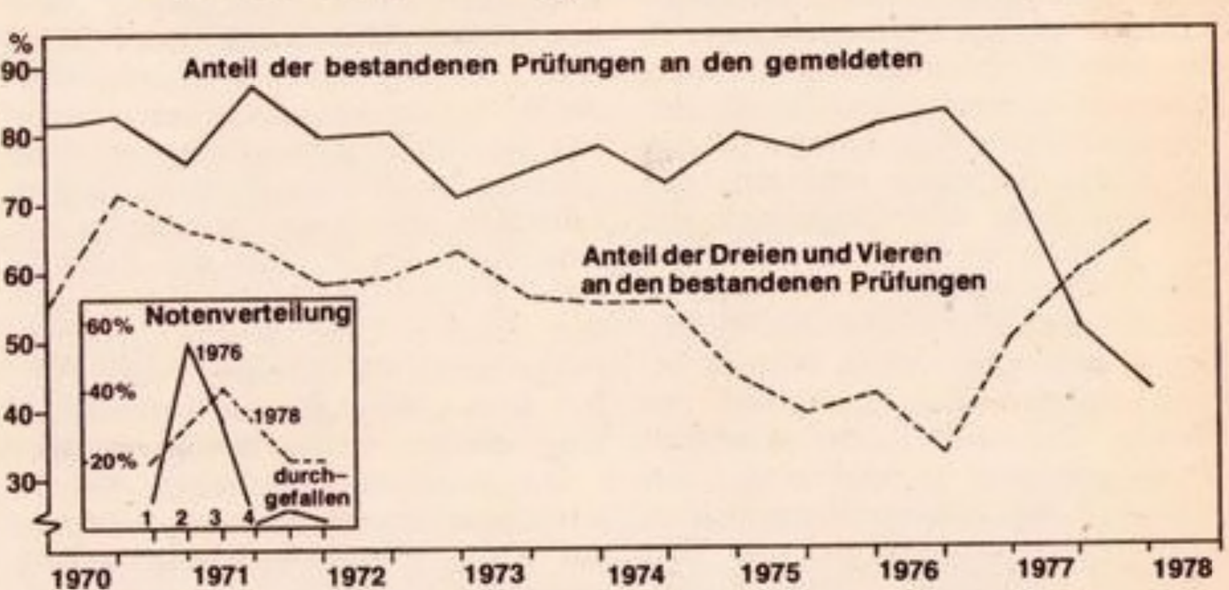
Grundlage für die neue „innere Differenzierung" ist die nunmehr weitgehend abgeschlossene Zentralisierung im bürgerlichen Schulwesen: Schul- und Klassenzusammenlegungen sowie die Aufstockung des Schulaufsichtspersonals und Aufbau von Beratungslehrern sowie Ausbau des psychologischen Dienstes auf alle Schularten sowie die verschiedensten „Reformen" der Lehrerausbildung. Die Bourgeoisie stellt befriedigt eine konsolidierende Wirkung dieser Maßnahmen fest. So berichtet der schleswig-holsteinische Kultusminister Braun zur „Schulischen Situation zu Beginn des Schuljahrs 1978/79", daß die Zahl der Klassenzusammenlegungen lediglich noch vier betrage, während es 1977/78 noch 24 und 1976/77 gar 156 Zusammenlegungen gegeben hatte.

Das Schüttelsieb für die Auslese ist, wenn auch gegen den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen, installiert. Der gleiche Kultusminister lenkt in seinem Bericht die Aufmerksamkeit auf die Übergangsquoten von einer Schulform in die andere. „Die Übergangsquoten stabilisieren sich" (Kieler Nachrichten, 2.9.78). Seit 1971 sind die Übergänge auf die Gymnasien lediglich um ein Prozent gestiegen auf 29,5%. Die Übergänge auf die Realschulen dagegen um 5,3% auf 37,5%, und, was die bürgerliche Presse als Erdrutsch bezeichnet, nämlich die „großen Verluste" der Hauptschulen, konnten gestoppt werden. Seit 1971 war in Schleswig-Holstein die Anzahl der Hauptschüler um 8,1% gefallen, jetzt steht ihr Anteil auf 30,1%; die Landesregierung rechnet mit einem Steigen auf 31,1%. In Niedersachsen liegt dieser Anteil bei 40%.

Dritte wichtige Voraussetzung für die jetzige Durchführung inhaltlicher Änderungen ist die sinkende Schülerzahl. Der Schülerberg, einziges Überbleibsel der Prosperitätsphase des wirtschaftlichen Krisenzyklus, ist sozusagen über dem Berg. Die Kinder sind weniger geworden mit dem sinkenden Einkommen der Arbeiterklasse. Übereinstimmend wird in Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine Abnahme der Gesamtschülerzahl um 2,1 bzw. 2,2% festgestellt. Dies wirkt sich natürlich zuerst auf die Grund- und Hauptschulen aus. Schleswig-Holstein rechnet mit einem Rückgang von 8,7% bei den Grundschülern und Niedersachsen mit minus 7,3% bei Grund- und Hauptschülern. Beide Kultusminister versichern, die Zahl der Lehrer solle nicht sinken, was eine bessere Beackerung der Grund- und Hauptschüler von mindestens 10% bedeutet.

„Durch diese Erhöhung werden die Kinder und Jugendlichen *mehr Zeit zum Üben* erhalten." Z.B. kann der Englischunterricht ganz wegfallen, „um den Kindern mehr Übungsmöglichkeiten zu erschließen". (Kultusminister Remmers, Niedersachsen) „Die Unruhe im Schulwesen hat in der Tat ein Ausmaß angenommen, das kaum noch zu steigern ist", sorgte sich Ministerpräsident Albrecht in seiner Regierungserklärung vor zwei Jahren. Unsicherheit bezüglich der Lernziele und der Unterrichtsinhalte sah er als Ursache an. Mit diesem neuen Programm der Landesregierung wird die „Unruhe" eher zunehmen.

Lehramtsprüfungen werden verschärft



r.gör. Gemessen am staatlich organisierten Bedarf wird ein Überschuß an Lehrern produziert. Dies geschieht systematisch, um das Lohnniveau zu senken. Die Bourgeoisie muß zu diesem Zweck ihre Anstrengungen auf die Senkung des Lohnniveaus bei den neueinzustellenden Lehrern konzentrieren. Das setzt neben der Überzufuhr eine gewaltige Steigerung der Konkurrenz unter den Lehramtsanwärtern voraus. Dafür ist das Notensystem ein entscheidendes Mittel. Das Schaubild zeigt – am Beispiel der Abschlußprüfungen für das Lehramt an Volksschulen an der Universität Osnabrück –, wie seit 1976 immer weniger die Prüfung bestanden haben und immer mehr Dreien und Vieren verteilt wurden.

Brunsbüttel – Heerlager und Kriegshafen für die „amerikanischen Freunde“

b.wik. „Die US-Ledernacken brachten in Brunsbüttel Waffen für über 10000 amerikanische Soldaten an Land, Panzer Schiffe und Kanonen im Landeshafen Ostermoor.“ So lautet die Überschrift der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 6.9.78. „Schwere Panzer donnerten über die Verladebrücke des US- amerikanischen Landungssschiffes auf die Pier des Landungshafens Brunsbüttel/Ostermoor. Motoren röhrten auf, Ketten rasselten, laute Befehle auf englisch wurden gerufen. Zwischendurch spuckte das riesige Landungsschiff (rund 7000 BRT) der US-Marine immer wieder schwer bepackte US-Marinesoldaten („Ledernakken“) aus, die sich gern als die härtesten Soldaten der Welt bezeichnen.“ Unser bürgerlicher Tintenkleckser mit Kürzel W.T. will sich die ersten Sporen als Front- und Kriegsberichterstatter verdienen. Ein wenig Spott gegenüber dem amerikanischen Konkurrenten steckt auch drin. Immerhin sind diese härtesten Soldaten der Welt, die vom vietnamesichen Volk geschlagen wurden, während „unsere Jungs“, die GSG 9, eine solch schmähliche Niederlage nicht vorweisen, sondern einen glänzenden Triumph beim Schlachtfest in Mogadischu gefeiert haben?

Innenminister Titzck begrüßte die Metzerhunde der US-Imperialisten, die „Ledernacken“ als „unsere Freunde“. Klar doch, was wären die westdeutschen Imperialisten ohne die „Hilfe“ des Bündnispartners USA? Wie sollten die jemals auch nur einen Schritt weiter nach Osten kommen? Alle Rivalität bleibt für einen Moment vergessen. Gewaltig ist es schon, was die NATO-Führungsmacht da ablaufen läßt. Nebenbei auch als Drohung gegenüber den eigenen Verbündeten gedacht. In der Tat kann man schon neidisch werden. Und überhaupt: war das nicht der Grund, warum die Bundesregierung jede Differenz zum NATO-Hauptquartier weit von sich weist? Der Tintenklecks gerät in fieberhafte Erregung. „Beeindruckend und gleichzeitig bedrückend war der perfekte Ablauf dieser Kriegsmaschinerie.“ Wären wir nur erst auch einmal so weit. Kriegsmaterial für 10500 Soldaten ist neben den 1000 „Ledernacken“ in Brunsbüttel angelandet worden „von vier riesigen Transportschiffen der US-Marine.“

„Der Nachschubstrom für US-Soldaten in Brunsbüttel reißt nicht ab. Noch immer herrscht in den Brunsbütteler Häfen hektische Aktivität. Noch immer werden von den Transportschiffen der Marine Ausrüstung, schwere Waffen und Soldaten in die Schleusenstadt gebracht.“ Und: „Zu einem Heerlager im wahrsten Sinne des Wortes sind die fetten

die „Ledernacken“ als „unsere Freunde“. Klar doch, was wären die westdeutschen Imperialisten ohne die „Hilfe“ des Bündnispartners USA? Wie sollten die jemals auch nur einen Schritt weiter nach Osten kommen? Alle Rivalität bleibt für einen Moment vergessen. Gewaltig ist es schon, was die NATO-Führungsmacht da ablaufen läßt. Nebenbei auch als Drohung gegenüber den eigenen Verbündeten gedacht. In der Tat kann man schon neidisch werden. Und überhaupt: war das nicht der Grund, warum die Bundesregierung jede Differenz zum NATO-Hauptquartier weit von sich weist? Der Tintenklecks gerät in fieberhafte Erregung. „Beeindruckend und gleichzeitig bedrückend war der perfekte Ablauf dieser Kriegsmaschinerie.“ Wären wir nur erst auch einmal so weit. Kriegsmaterial für 10500 Soldaten ist neben den 1000 „Ledernacken“ in Brunsbüttel angelandet worden „von vier riesigen Transportschiffen der US-Marine.“

„Der Nachschubstrom für US-Soldaten in Brunsbüttel reißt nicht ab. Noch immer herrscht in den Brunsbütteler Häfen hektische Aktivität. Noch immer werden von den Transportschiffen der Marine Ausrüstung, schwere Waffen und Soldaten in die Schleusenstadt gebracht.“ Und: „Zu einem Heerlager im wahrsten Sinne des Wortes sind die fetten
Marschwiesen vor dem Brunsbütteler Kernkraftwerk geworden“ lautet ein Frontbericht vom 8.9.

Die Bauern die gerne schon mal ihre „fetten Marschwiesen“ zur Verfügung stellen und wenn nicht, was wollen sie ausrichten gegen diese „beeindruckende und bedrückende Kriegsmaschinerie“. Im letzten Jahr ist beim Manöver „Autumn Forge“ ein Panzer im Moor verschwunden, weil die Bauern den Wegweiser vertauscht hatten. Arbeiter und Bauern gemeinsam können durch die proletarische Revolution diese Kriegsmaschinerie zerschlagen und einen neuen imperialistischen Krieg verhindern.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 531348

Nato betreibt Krieg um Europa Alle Besatzer raus! Friedensvertrag!

Heftige Anstrengungen unternehmen die US-Imperialisten und die übrigen westlichen Imperialisten mit den Herbstmanövern, an denen mehrere 100000 Soldaten beteiligt sind. Auf dem Rücken der Soldaten in der Armee sollen diese Manöver gegen die Volksmassen, insbesondere die Bauern nach den Plänen der Imperialisten durchgezogen werden. Der Widerstand gegen die Manöver muß gebrochen werden. In groß angelegten öffentlichen Vereidigungen Ende August / Anfang September in Lübeck, Kaltenkirchen, Eckernförde sowie der Ausstellung „Unser Heer“ in der Stapelholmer Kaserne bei Rendsburg wurde von den Offizieren Propaganda für die Notwendigkeit der Armee gemacht. Bereits seit einigen Monaten wird in einer ganzen Reihe von Prozessen wegen Wehrkraftzersetzung versucht, den organisierten Kampf der Soldaten für ihre Rechte zu brechen.

Alle diese Versuche sind heftig bekämpft worden und sind als Angriffe auf die Ziele der Imperialisten und gegen die imperialistische Armee geführt worden. Obwohl der Haß auf die imperialistische Armeen, insbesondere die Besatzertruppen, groß ist, wird gesagt, immer noch lieber die, als daß die Russen hier einmarschieren. Diesem ideologischen Problem kommt man nicht bei, wenn man nicht davon ausgeht, daß man als Arbeiter, Bauer, Soldat keine Gemeinsamkeiten mit den Kapitalisten und ihrem Staat, dessen Kern die Armee ist, hat, weil man nichts besitzt als seine Arbeitskraft und die Produktionsmittelbesitzer sich alle von den Arbeitern geschaffenen Werte in dieser Gesellschaft aneignen.

Sowohl den Besatzertruppen hier als auch der westdeutschen Bourgeoisie geht es um nichts anderes als die Sicherung ihres Zugriffs auf die Arbeiterklasse und die Bauern, also ihre Profitinteressen. Darum geht es auch den russischen Sozialimperialisten. Um sich von diesem Zugriff lösen zu können und die Bedingungen für den Sturz der westdeutschen Bourgeoisie zu bessern im Kampf für den Sozialismus, ist der Kampf und die Propaganda für den Abzug aller Besatzertruppen aus Europa, den Austritt der BRD aus der NATO und den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges erforderlich.

Zu dem größten Seemanöver der NATO „Northern Wedding 78“ (Nordische Hochzeit) kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5.9.: „Mit der Kampflandung auf den Shetlandinseln probt die NATO einen Einsatz, zu dem sie angesichts der wachsenden sowjetischen Seemacht im Konfliktfall in Norwegen gezwungen sein könnte. Daß sich die NATO für dieses Landungsunternehmen Inseln aussuchte, deren Beschaffenheit den Verhältnissen an der nor-

daß man als Arbeiter, Bauer, Soldat keine Gemeinsamkeiten mit den Kapitalisten und ihrem Staat, dessen Kern die Armee ist, hat, weil man nichts besitzt als seine Arbeitskraft und die Produktionsmittelbesitzer sich alle von den Arbeitern geschaffenen Werte in dieser Gesellschaft aneignen.

Sowohl den Besatzertruppen hier als auch der westdeutschen Bourgeoisie geht es um nichts anderes als die Sicherung ihres Zugriffs auf die Arbeiterklasse und die Bauern, also ihre Profitinteressen. Darum geht es auch den russischen Sozialimperialisten. Um sich von diesem Zugriff lösen zu können und die Bedingungen für den Sturz der westdeutschen Bourgeoisie zu bessern im Kampf für den Sozialismus, ist der Kampf und die Propaganda für den Abzug aller Besatzertruppen aus Europa, den Austritt der BRD aus der NATO und den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges erforderlich.

Zu dem größten Seemanöver der NATO „Northern Wedding 78“ (Nordische Hochzeit) kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5.9.: „Mit der Kampflandung auf den Shetlandinseln probt die NATO einen Einsatz, zu dem sie angesichts der wachsenden sowjetischen Seemacht im Konfliktfall in Norwegen gezwungen sein könnte. Daß sich die NATO für dieses Landungsunternehmen Inseln aussuchte, deren Beschaffenheit den Verhältnissen an der nor-wegischen Küste sehr ähnlich sind, ist darum auch kein Zufall“.

Über das Manöver „Blaue Donau“ berichtet ein Soldat, daß das Manövergebiet entlang der tschechischen Grenze geändert wurde. Das Manövergebiet wurde genau parallel zur tschechischen Grenze festgelegt. Praktisch wurde die tschechische Grenze um 40 bis 50 km Luftlinie nach Westdeutschland hineinverlegt. Ideale Bedingungen für die imperialistische Vorwärtsverteidigung gegen den Osten.

Die Manöver der Besatzer werden überall bekämpft. In Wassenberg bei Aachen mußte vor einigen Wochen eine Übung der englischen Besatzer wegen unerträglichen Fluglärms abgebrochen werden. Im Raum Schneverdingen im Kreis Soltau-Fallingbostel gibt es Auseinandersetzungen um Fluglärm sowie ständige Manöverschäden im Gebiet des „Soltau-Lüneburg-Abkommens“. Sofortige Bezahlung aller Manöverschäden! Diese Forderung muß unterstützt werden.

Für die Übung „Saxon Drive“ haben die Holländer „eine große Zahl von Offizieren eingesetzt, die ermächtigt sind, Schäden sofort beseitigen zu lassen oder den geschädigten Eigentümern die erforderlichen Reparaturkosten im voraus zu erstatten“. Rücksichtsloses Vorgehen ist also geplant, die Offiziere befürchten größeren Widerstand. Die Bauern sollen sich die erforderlichen Gelder gleich nehmen.

Jeder Soldat weiß auch, daß es bei jeder Übung Auseinandersetzungen darum gibt, ob z.B. der Panzerfahrer durch ein frisch bestelltes Feld oder eine Weide fährt – wie befohlen – oder am Rand, um keine größeren Schäden anzurichten.

„Bundeswehr-Aktuell“ meldete am 5.9.1978, daß auf einer Regionaltagung der Vertrauensmänner der 3. Luftwaffendivision Kantinenpreise und Dienstausgleich „Diskussionspunkte“ waren und daß nach der Erhebung der Dienstzeitbelastung der Soldaten die „Ergebnisse“ jetzt „ausgewertet“ werden.

Dienstausgleich für alle Zusatzdienste! Lohnfortzahlung! Jederzeitiges Kündigungsrecht! Der Kampf für diese Forderungen wird geführt. Auch das kann die Pläne der Imperialisten mit ihren Manövern empfindlich durchkreuzen. Entscheidend ist der gemeinsame Kampf für den Abzug aller Truppen. Raus aus der NATO! Abschluß eines Friedensvertrages!

Flensburg, Rendsburg, Hamburg, Bremen, Celle, Münster, Hannover, Homburg, Bebra, Köln, Marburg, Bonn, Fulda, Schweinfurt, Frankfurt, Coburg, Darmstadt, Würzburg, Saarbrücken, Nürnberg, Amberg, Ansbach, Heilbronn, Regensburg, Stuttgart, Ingolstadt

1 Bold Guard 8.–26.9.78
2 Saxon Drive 18.–29.9.78
3 Certain Shield 19.–28.9.78
4 Reforger 18.–28.9.78
5 Cardinals Sword 18.–23.9.78
6 Blaue Donau 17.–22. 9. 78

1 Bold Guard 8.–26.9.78
2 Saxon Drive 18.–29.9.78
3 Certain Shield 19.–28.9.78
4 Reforger 18.–28.9.78
5 Cardinals Sword 18.–23.9.78
6 Blaue Donau 17.–22. 9. 78

HDW – mit erweiterter Produktionspalette für den Ausbau des Expansionskursus

b. joh. Der Handelsschiffneubau umfaßt innerhalb der Gesamtproduktion der HDW nur noch einen Anteil von knapp über 50%. Neben dem Anwachsen im Bereich des Sonderschiffbaus machen jetzt auch Produktionsbereiche wie Elektronik, Komponentenfertigung und die Offshore-Projekte die restlichen Prozente aus. Die seit mehreren Jahren betriebene Schwerpunktverlagerung auf den Spezialschiffbau hat jetzt zumindest im Containerschiffbau zu Erfolgen gegenüber der internationalen Konkurrenz geführt: Per 20-Fuß-Containereinheit wird bei HDW ein Preis von 41820 DM veranschlagt. Die billigste japanische Werft muß immerhin 45261 DM, südkoreanische Werften müssen gar 52619 DM dafür in Rechnung stellen. Man mag daraus ersehen, wie wohl es den westdeutschen Werftkapitalisten möglich ist, die Ausbeutung der Arbeiter bis auf die Höhen zu treiben die verschrienen „Billigländer weit unter sich läßt. – Mit solchen Erfolgen im Nacken können es sich die HDW-Kapitalisten auch leisten, einen Preispoker, wie letztlich bei der Vergabe des „Europa“-Neubaus nicht länger mitzumachen.

Zielstrebig betreiben sie den Ausbau ihrer Marktpositionen in der Offshore-Industrie. Die Gier der Imperialisten nach den Rohstoffreichtümern diktiert den Werftkapitalisten die Entwicklung immer aufwendigerer Technologien. Der gegenwärtige Stand der Produktivkräfte setzt den Imperialisten noch Schranken bei der Ausbeutung der Erdöl- und Erdgasvorkommen der Tiefsee. So arbeiten sie an deren Überwindung. Das Hauff-Ministerium hat seinen Etat, mit dem es „der deutschen meerestechnischen Industrie unter die Arme greifen“ will, von 0,9 Mio. DM 1974 auf 26,1 Mio. DM 1976 aufgestockt, allein für den Produktionszweig Offshore-Technik. Und Hauff selber hat den westdeutschen Werftkapitalisten bei Strafe ihres Unterganges damit gedroht, in den kommenden fünf Jahren entscheidende Fortschritte auf diesem Gebiet zu machen.

Eine Reihe von Entwicklungsprojekten der HDW wurden vor einiger Zeit in den KN vorgestellt. Da war die Rede von kompletten Erdgasverflüssigungsanlagen auf einem variablen Plattformsystem ‚speziell für marginale Felder entwickelt‘ (marginale Felder sind die Shalfgebiete, Küstenstreifen mit geringer Wassertiefe). Man erinnert, daß HDW auch schon die entsprechenden Flüssiggastanker gebaut hat, um das so gewonnene Erdgas abtransportieren zu können. Für den Einsatz in Meeren mit starken Gezeitenströmen und hohem Seegang hat HDW ferner eine Erdöl- und Erdgas-Förderanlage entwickelt, die sich auszeichnet durch eine Stahlbeton-Hohlkörper-Gründung, bei der die Hohlkörper gleichzeitig als Ölsammeltank genutzt werden können. Das ergibt den Vorteil ununterbrochener Produktion, auch wenn mal gerade kein Tanker angelegt hat, und somit höherer Profite.

Nicht nur für Produktion und Abtransport der Rohstoffe, auch für das Aufspüren derselben tun die HDW-Kapitalisten das Ihrige. Sie haben eine Sonde entwickeln lassen für „ozeanische Forschungsaufgaben“ in Tiefen bis zu 6000 m. Für Nord- und Ostsee ist die wohl weniger gedacht, eher schon für die „freien“ Ozeane.

Man sieht, HDW hat den Imperialisten ein komplettes Programm zur Findung, Ausbeutung und dem Abtransport der Rohstoffe der Weltmeere anzubieten. Nicht nur das, mit dem Fregattenbauprogramm der Bundesregierung soll auch das Kriegsgerät produziert werden, das nötig ist, die Interessen der Imperialisten gegenüber den Völkern der Dritten Welt und den imperialistischen Konkurrenten zu schützen.

Die HDW-Kapitalisten lassen sich immer wieder gern mit Lobeshymnen ob ihrer „weitsichtigen Unternehmenskonzeption“ überschütten. Allein, produzieren tun alles nur die Arbeiter. Sie, die hineingezwängt in mörderische Akkordsysteme allein in der Lage sind, den Imperialisten zur Erfüllung ihrer Ziele zu verhelfen, sind auch in der Lage, aus den Lobliedern auf die Kapitalisten die Ausgangslage für den anstehenden Lohnkampf abzuschätzen.

Veranstaltungen und Termine

Mittwoch, 13.9.78, 9 Uhr
Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung u.a.
Flensburg. Staatsschutzkammer im Landgericht, Südergraben
Abfahrt Kiel: 7 Uhr, Wilhelmsplatz

Donnerstag, 14.9.78, 20 Uhr
Veranstaltungen zum Kampf gegen die NATO-Manöver
Wittenborn, „Schmiede“
Störkaten, Treff Bushaltestelle
Stuvenborn, „Goldener Hahn“
Alvesloe, „Hotel am Denkmal“
Curau,

Freitag, 15.9., 9 Uhr
Fortsetzung des Prozesses gegen C. U. Monica
Freitag, 15.9., 20 Uhr
Aktionseinheitsgespräch zur Durchführung der „Woche der Solidarität“
Kiel. „Holsten Gaststätte“, Waitzstraße.

Sonnabend, 16.9.78, 7.00 Uhr
Zimbabwe-Ralley, organisiert vom Komitee Südliches Afrika
Kiel. 9 Uhr. Abfahrt Wilhelmsplatz

Sonntag, den 17.9., 16,00 Uhr

Kundgebung und Platzkonzert des KBW und der Spielmannszüge der SRK's
Raus aus der NATO
Abzug aller fremden Truppen!
Friedensvertrag!
Ort: Brunsbüttel

Montag, 18.9. bis Sonnabend 23.9.
„Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt“

Montag, 18.9.78, 20 Uhr
„Das Problem des Volkes von Zimbabwe ist die Unterdrückung durch den Imperialismus. – Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf“
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg.
Neumünster. Theodor Litz Schule (ehem. Textilfachschule), Parkstraße
Lübeck. „Leuschner's“, Kronsforder Allee

Dienstag, 19.9.78, 20 Uhr
„Nach dem Sieg gegen den US-Imperialismus verteidigt Kampuchea seine Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus gegen alle Angriffe.“
Kiel. Humboldtschule
Neumünster. Theodor Litz Schule, Parkstraße
Lübeck. „Leuschner's“, Kronsforder Allee

Mittwoch, 20.9.78, 20 Uhr
„Südamerika – dort hat der US-Imperialismus seinen Menschenrechten schon lange Geltung verschafft“
Kiel, Humboldtschule
Neumünster. Theodor Litz Schule, Parkstraße
Lübeck. „Pizzeria Rimini“

Donnerstag, 21.9.78, 20 Uhr

Montag, 18.9. bis Sonnabend 23.9.
„Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt“

Montag, 18.9.78, 20 Uhr
„Das Problem des Volkes von Zimbabwe ist die Unterdrückung durch den Imperialismus. – Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf“
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg.
Neumünster. Theodor Litz Schule (ehem. Textilfachschule), Parkstraße
Lübeck. „Leuschner's“, Kronsforder Allee

Dienstag, 19.9.78, 20 Uhr
„Nach dem Sieg gegen den US-Imperialismus verteidigt Kampuchea seine Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus gegen alle Angriffe.“
Kiel. Humboldtschule
Neumünster. Theodor Litz Schule, Parkstraße
Lübeck. „Leuschner's“, Kronsforder Allee

Mittwoch, 20.9.78, 20 Uhr
„Südamerika – dort hat der US-Imperialismus seinen Menschenrechten schon lange Geltung verschafft“
Kiel, Humboldtschule
Neumünster. Theodor Litz Schule, Parkstraße
Lübeck. „Pizzeria Rimini“

Donnerstag, 21.9.78, 20 Uhr
„Der Sozialimperialismus macht leidige Erfahrungen. Immer öfter bekommt er von den Völkern Prügel“
Kiel. Humboldtschule
Neumünster. Theodor Litz Schule, Parkstraße
Lübeck. „Leuschner's“, Kronsforder Allee

Freitag, 22.9.78, 20 Uhr
„Die Volksrepublik China steht fest an der Seite der Dritten Welt“
Kiel. Humboldtschule
Neumünster. Theodor Litz Schule, Parkstraße
Lübeck. „Leuschner's“, Kronsforder Allee

Seminare des KBW zur Vorbereitung der „Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt“

Montag, 11.9.78, 20.00Uhr
Preetz: Bei Chr. Voss, Plöner Landstr. 100

Donnerstag, 14.9.78, 20.00 Uhr
Quickborn. Jugendzentrum

Freitag, 15.9.78, 19.00 Uhr
Segeberg. „Lohmühle“
Mölln. „Eulenspiegelklause“

Freitag, 15.9.78, 19.30 Uhr
Pinneberg. „Dingstätte vor Kepa
Lübeck. „Leuschners“
Ahrensburg. „Baracke“, Stormanstr.

Freitag, 15.5.78, 20.00 Uhr
Kiel. „Birkenklause“, Gärtnerstr. Hassee
Kiel. „Moravia Eck“, Elisabethstr./Kirchenweg, Gaarden
Kiel. „Wiker Post“, Holtenauerstr.
Kiel. „Storchennest“, Gutenbergstr.
Neumünster. „Hotel Stadt Rendburg“
Itzehoe. „Zum Kulmbacher“
Elmshorn. Treffpunkt: Gaststätte „Königseck-Seidel, Schulstr.

In der Ausbeutung der Arbeiter eine Spitzenstellung – beim Plündern vorbildlich für die Kapitalisten

b.pes. „Das gegenüber 1976 deutlich verlangsamte Wachstum zeigte Auswirkungen auf die Entwicklung des Unternehmensverbundes VVK ... Bei den Stadtwerken Kiel AG ist die Absatzentwicklung aus unternehmerischer Sicht teilweise unbefriedigend verlaufen: Stromversorgung plus 2,1%, Fernwärmeversorgung plus 3,9%, Gasversorgung plus 4,9%, Wasserversorgung minus 2,5%. Bis auf eine geringe Erhöhung der Wasserpreise zum 1.1.77 lag das gleiche Tarif-und Preisgefüge wie 1976 vor." Mit diesen Worten leitet die Geschäftsführung der VVK, die Herren Sasse, Krull und Renger den Geschäftsbericht 1977 ein. Das Gejammer über die schlechte Geschäftsentwicklung mündet dann in der Feststellung eines „Bilanzdefizites" von 16,7 Mio. DM. Wir hatten schon in der letzten Kommunistischen Volkszeitung darauf hingewiesen, daß mit diesen Feststellungen der Geschäftsleitung neue Preiserhöhungen ideologisch vorbereitet werden sollen. Es lohnt sich, über die Durchforstung der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der VVK und ihrer Tochtergesellschaften dem ganzen Lügengebäude, mit dem erneute Tariferhöhungen vorbereitet werden, auf die Spur zu kommen.

Steuern inklusive haben die Stadtwerke im letzten Jahr einen Umsatz von 267,075 Mio. DM gemacht, die KVAG von nur 40,965 Mio.DM.

Die Stadtwerke Kiel sind ein ganz normaler Betrieb der Ausbeutung der Arbeiter für die Profite, in diesem Fall nun der Stadt. Daß der Staatsapparat diesen Betrieb besitzt, liegt nicht etwa daran, daß die Gewinne zu niedrig für Kapitalisten seien. Das ewige Geschwätz von den „Zuschußbetrieben" ist eine abgefeimte Lüge. 64,2 Mio.DM Mehrwert haben die Stadtwerke-Kapitalisten aus den 969 Arbeitern rausgesogen. Sie selbst weisen einen Gewinn von 23,476 Mio.DM aus, den sie untergliedern in „Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne" und den „Jahresüberschuß". Nimmt man jetzt noch bei diesem staatlichen Betrieb die Steuern aus den Aufwendungen raus und gleichzeitig die Konzessionsabgabe an die Stadt, so kann man getrost noch mal 10 Mio. DM zu dem ausgewiesenen Profit zurechnen. Jeder Kapitalist würde das als „befriedigendes bis gutes" Ergebnis bezeichnen. Daß dies so ausgefallen ist, ist auch kein Wunder, stellt man doch fest, daß die Ausbeutung der Arbeiter bei den Stadtwerken in den Jahren von 1974 bis 1977 immens gestiegen ist. In der nachfolgenden Tabelle haben wir das für die Produktionsbereiche Gas und Strom untersucht und man stellt fest, daß ein Arbeiter 1977 doppelt soviel Gas herstellen mußte wie noch 3 Jahre vorher. Noch nicht einmal die HDW-Kapitalisten können solche stolzen Zahlen der Ausbeutung aufweisen.

Daß die Energie, Wasser und Gasversorgung angesichts profitlicher Produktion dennoch vom Staat kontrolliert wird, liegt einzig daran. daß der Staatsapparat das Mittel der Plünderung besser betreiben kann und daß es für alle Kapitalisten billiger und damit profitlicher kommt, wenn sie durch die Preisgestaltung des Staates Energie bekommen, die die Volksmassen bezahlen müssen.

Schon bei der Betrachtung der Tabelle fällt einem dann auch auf, daß der Gasumsatz in Mio. DM mit dem in cbm überhaupt nicht Schritt halten kann. Während die Kubikmeterabgabe um 85% steigt, drückt sich die Steigerung bezogen auf den geldmäßigen Umsatz in einer Steigerung von 48% aus. Das ist keiner Erniedrigung der Gastarife geschuldet, sondern der Tatsache, daß die Kapitalisten immer niedrigere Tarife bezahlen; denn die der Volksmassen sind gleichgeblieben, wie jeder auf seinem Abrechnungszettel der Stadtwerke nachprüfen kann. Was sich hier beim Gas vermuten läßt, haben wir einmal beim Strom nachgerechnet.

Die VVK weisen in ihrem Geschäftsbericht folgende Daten aus: Umsatz ohne Steuern bei Strom 144,6

Umsätze und Umsatz pro Beschäftigtem bei der Strom-, Wärme- und Gasproduktion der Stadtwerke

	1974	1975	1976	1977
Strom und Wärme in Mio DM	133	159	173	179
Umsatz/ Arbeiter in TDM	194	220	254	265
Strom und Wärme in GWh	1505	1565	1699	1750
Umsatz/ Arbeiter in GWh	2,19	2,17	2,49	2,59
Gas in Mio DM	31	40	45	46
Umsatz/ Arbeiter in TDM	166,6	182,5	181,0	206,5
Gas in cbm	83	97	115	121
Umsatz/ Arbeiter in 1000 cbm	386	394	723	717

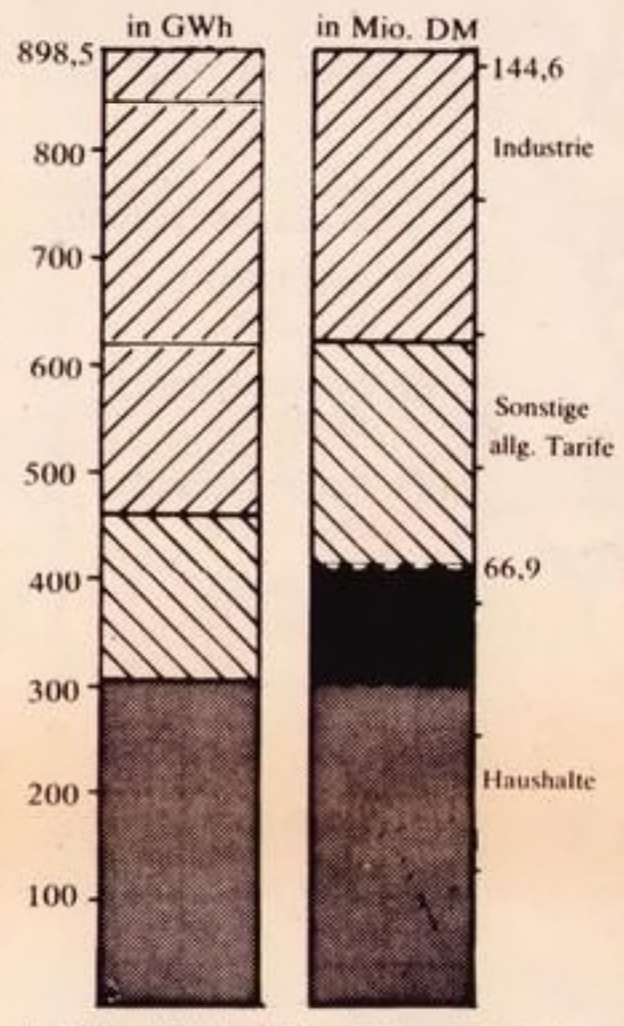
Mio. DM. Stromabgabe in GWh (1 GWh 1 Mio.KWh) *gesamt* 898,5. Dies wird unterteilt in *Haushalte* 304.4 GWh, *Sonstige Allgemeine Tarife*, das sind kleine Kapitalisten, Handwerker etc., 154,6 GWh, *Industrie* 158,8 GWh, *Sonstige Sonderverträge* (für Großabnehmer) 226,3 GWh und *Verteilergemeinden* 54,4 GWh, die auch Sondervertäge bekommen. Rechnet man nach, stellt man fest, daß die Haushalte knapp ein Drittel des Gesamtstroms verbrauchen. Daß sie aber ebensoviel zahlen, nämlich 49 Mio.DM, kann man nicht behaupten. 22 Pfennig haben wir für den durchschnittlichen Kilowattpreis eines Haushalts errechnet. Die Tarife sind ziemlich gesplittet, aber inclusive Ausgleichsabgabe und Grundgebühr ist dieser Betrag eher zu niedrig angesetzt. Die Steuern lassen wir außer Betracht, auch wenn sie die Volksmassen zahlen müssen, weil sie in die Umsatzentwicklung der Stadtwerke nicht mit eingehen. Multiplizieren wir jetzt die 22 Pfennig mit der Anzahl der an die Haushalte abgegebenen Kilowattstunden, so kommen wir auf einen Betrag von 66,9 Mio. DM.

Um die Höhe der Sondertarife rauszukriegen, die gehütet werden wie ein Staatsgeheimnis, führen wir die Rechnung fort. Die Kleinkapitalisten zahlen ähnliche Tarife wie die Haushalte, weshalb wir auch für sie die 22 Pfennig berechnen. Bei ihnen errechnen wir einen Gesamtbetrag von 34,012 Mio. DM (0,22 DM x 154,6 GWh). Addieren wir jetzt die Werte von *Haushalt* und *anderen allgemeinen Tarifen* und ziehen das vom Gesamtumsatz ab, so ergibt sich ein Betrag von 43,69 Mio. DM, den die Kapitalisten der Stadt Kiel an Strom bezahlen müssen (144,6 Mio. DM minus 100,91 Mio. DM 43,69 Mio. DM). Stellen wir das jetzt ins Verhältnis zu der Abgabemenge an die Kapitalisten, so kommen wir zu einem Kilowattpreis für die Kapitalisten von 0,098 DM. Das ist der Schnitt bei den Kapitalisten und man kann getrost davon ausgehen, daß die HDW oder MaK-Kapitalisten den Strom fast geschenkt kriegen.

Wenn jetzt die Geschäftsführung der VVK feststellt, daß sie die Tarife schon lange nicht mehr erhöht hätten, 1974 waren die letzten beiden Erhöhungen bei Strom, so soll das die leise Ankündigung neuer Plünderungsfeldzüge sein.

Wir haben die beschriebene Rechnung noch einmal in einem Schaubild dargestellt. Es zeigt anschaulich, wie die Jammereien über die „Zuschußbetriebe" ihren einzig wahren Kern darin haben, daß die Kapitalisten durch die Volksmassen subventioniert werden. Weil diese Bezuschussung den Kapitalisten noch nicht reicht, sollen die Massen über erneute Tariferhöhungen geplündert werden.

Indem der Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung der VVK-Arbeiter unterstützt wird, die Machenschaften der bürgerlichen Parteien der Stadt Kiel und des Magistrats enthüllt werden, können die Planungen der Bourgeoisie durchkreuzt werden.



Im Schaubild sind Mio. DM und GWh im maßstabsgerechtem Verhältnis aufgezeichnet, so kann man gut das Feld Subventionen der Volksmassen an die Kapitalisten ausmachen

Das Schaubild zeigt links den Verbrauch in GWh und rechts in Mio. DM. Die Werte sind maßstabsgerecht ins Verhältnis gesetzt Dunkle Flächen sind die Haushalte, die rechts-schraffierten die Kapitalisten und die links-schraffierten die Kleinkapitalisten. Die gestrichelt umrahmte Fläche sind die Subventionen der Volksmassen an die Kapitalisten

Statt Ausbeutung „Aufwendungen und Erträge" – Die Mehrwertauspressung kriegt man doch raus

b.pes. Die Bourgeoisie hat im Aktiengesetz Aktiengesellschaften die Pflicht der Veröffentlichung ihrer Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen auferlegt. In etlichen Paragrafen hat sie bis ins kleinste Detail die Bestimmungen, was und wie veröffentlicht werden muß, beschrieben. Geschäftsberichte dienen dem Finanzkapital als Informationsquellen bei der Suche nach neuen Anlagesphären. Ihr Pech ist es, daß die Arbeiterklasse diese Veröffentlichungen auch nutzen kann. Zu welchen Ergebnissen man dabei gelangt, zeigt der Artikel. Im folgenden wollen wir zeigen, wie wir unsere Berechnungen angestellt haben, damit jeder diese Erfahrungen nutzen kann.

Als Ausgangspunkt für die Berechnung des Mehrwerts, den die VVK-Kapitalisten aus den Arbeitern herausgepreßt haben, haben wir die *Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)* genommen. Hier führen die Kapitalisten ihre *Aufwendungen* und *Erträge* auf. Eine *GuV* ist grob folgendermaßen gegliedert: Zu den *Umsatzerlösen* werden addiert die *Eigenleistungen*. Man erhält die *Gesamtleistung*. Das ist auch Ausgangspunkt unserer Berechnungen, weil dies die Wertmasse, das Gesamtprodukt C ist, das die Arbeiter in einer Periode produziert haben.

Die Kapitalisten ziehen hiervon die *Aufwendungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen* ab, also den Wert der Waren, die in die neuen Produkte voll eingegangen sind. Sie nennen das Ergebnis dann *Rohertrag*. Für unsere Rechnung müssen wir das auch in Rechnung stellen, weil es sind Bestandteile des konstanten Kapitals der Kapitalisten, das sie für die Produktion vorgeschossen haben, dessen Wert voll im Wert der neuen Produkte eingegangen ist. Wir nennen dies c. Wir haben jetzt also C minus c. Für die Vernutzung der Arbeitskraft zahlt der Kapitalist seinen Arbeitern die Löhne, die für ihn Kap tal sind, die ebenfalls im Gesamtprodukt enthalten sind, die wir also auch abziehen müssen. So haben wir jetzt das Gesamtprodukt C *(Gesamtleistung)* 265,712 Mio. DM minus konstantes Kapital c *(Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe)* 97,733 Mio. DM minus variables Kapital v *(Löhne und Gehälter, soziale Abgaben)* 57,899 Mio. DM. In jeder GuV werden auf Seiten der Erträge noch *Erträge aus Beteiligungen* etc. aufgeführt, was aber in unserer Berechnung nicht mit einfließt, weil dies Zinserträge aus der Ausbeutung von Arbeitern andere Betriebe sind. Da auch Teile des konstanten Kapitals in der Produktion vernutzt werden, Teile ihres Wertes übertragen werden, ziehen wir die *Abschreibung* (47,0 Mio. DM) als Annäherungswert sowie *Verluste aus dem Abgang des Anlagevermögens* zum konstanten Kapital c zu und müssen deshalb dies von C noch abziehen. Als Ergebnis erhalten wir den Mehrwert von 64,2 Mio. DM, der den Arbeitern abgepreßt wurde.

Natürlich führt eine Bilanz dies Ergebnis nicht. So findet man denn als Aufwendungen *Zinsen, Steuern, sonstige Auswendungen*, was allesamt Bestandteile des Mehrwerts sind, was die Kapitalisten nur nicht in der Hand halten können, weil sie es an andere Kapitalisten oder den Staat abführen müssen. Es ist eine Umverteilung innerhalb der Bourgeoisie.

Als besonderes Geheimnis einer jeden Bilanz führen die Kapitalisten den Posten *sonstige Aufwendungen* an, der auch meistens sehr hoch ist, bei der VVK 35,245 Mio. DM, über den sie sich auch in ihren Erläuterungen zum Jahresabschluß auslassen. Getrost kann man diese Werte behandeln wie Steuern etc., denn es sind Bestandteile der Wertproduktion und sie gehören weder zum konstanten noch variablen Kapitalteil. Der Grad der Ausbeutung, die Mehrwertrate, ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Mehrwert und variablem Kapital, zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit. Mit 110%, d.h. über die Hälfte des Arbeitstages unentgeldliche Arbeit für die Kapitalisten, kann sich die VVK im Reigen der Kapitalisten durchaus sehen lassen.

KVAG von nur 40,965 Mio.DM.
Die Stadtwerke Kiel sind ein ganz normaler Betrieb der Ausbeutung der Arbeiter für die Profite, in diesem Fall nun der Stadt. Daß der Staatsapparat diesen Betrieb besitzt, liegt nicht etwa daran, daß die Gewinne zu niedrig für Kapitalisten seien. Das ewige Geschwätz von den „Zuschußbetrieben" ist eine abgefeimte Lüge. 64,2 Mio.DM Mehrwert haben die Stadtwerke-Kapitalisten aus den 969 Arbeitern rausgesogen. Sie selbst weisen einen Gewinn von 23,476 Mio.DM aus, den sie untergliedern in „Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne" und den „Jahresüberschuß". Nimmt man jetzt noch bei diesem staatlichen Betrieb die Steuern aus den Aufwendungen raus und gleichzeitig die Konzessionsabgabe an die Stadt, so kann man getrost noch mal 10 Mio. DM zu dem ausgewiesenen Profit zurechnen. Jeder Kapitalist würde das als „befriedigendes bis gutes" Ergebnis bezeichnen. Daß dies so ausgefallen ist, ist auch kein Wunder, stellt man doch fest, daß die Ausbeutung der Arbeiter bei den Stadtwerken in den Jahren von 1974 bis 1977 immens gestiegen ist. In der nachfolgenden Tabelle haben wir das für die Produktionsbereiche Gas und Strom untersucht und man stellt fest, daß ein Arbeiter 1977 doppelt soviel Gas herstellen mußte wie noch 3 Jahre vorher. Noch nicht einmal die HDW-Kapitalisten können solche stolzen Zahlen der Ausbeutung aufweisen.
800 700 600 500 400 300 200 100 Industrie Sonstige allg. Tarife 66,9 Haushalte
Im Schaubild sind Mio. DM und GWh im maßstabsgerechtem Verhältnis aufgezeichnet, so kann man gut das Feld Subventionen der Volksmassen an die Kapitalisten ausmachen
Das Schaubild zeigt links den Verbrauch in GWh und rechts in Mio. DM. Die Werte sind maßstabsgerecht ins Verhältnis gesetzt Dunkle Flächen sind die Haushalte, die rechts-schraffierten die Kapitalisten und die links-schraffierten die Kleinkapitalisten. Die gestrichelt umrahmte Fläche sind die Subventionen der Volksmassen an die Kapitalisten
ist es, daß die Arbeiterklasse diese Veröffentlichungen auch nutzen kann. Zu welchen Ergebnissen man dabei gelangt, zeigt der Artikel. Im folgenden wollen wir zeigen, wie wir unsere Berechnungen angestellt haben, damit jeder diese Erfahrungen nutzen kann.
Als Ausgangspunkt für die Berechnung des Mehrwerts, den die VVK-Kapitalisten aus den Arbeitern herausgepreßt haben, haben wir die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) genommen. Hier führen die Kapitalisten ihre Aufwendungen und Erträge auf. Eine GuV ist grob folgendermaßen gegliedert: Zu den Umsatzerlösen werden addiert die Eigenleistungen. Man erhält die Gesamtleistung. Das ist auch Ausgangspunkt unserer Berechnungen, weil dies die Wertmasse, das Gesamtprodukt C ist, das die Arbeiter in einer Periode produziert haben.
Die Kapitalisten ziehen hiervon die Aufwendungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ab, also den Wert der Waren, die in die neuen Produkte voll eingegangen sind. Sie nennen das Ergebnis dann Rohertrag. Für unsere Rechnung müssen wir das auch in Rechnung stellen, weil es sind Bestandteile des konstanten Kapitals der Kapitalisten, das sie für die Produktion vorgeschossen haben, dessen Wert voll im Wert der neuen Produkte eingegangen ist. Wir nennen dies c. Wir haben jetzt also C minus c. Für die Vernutzung der Arbeitskraft zahlt der Kapitalist seinen Arbeitern die Löhne, die für ihn Kap tal sind, die ebenfalls im Gesamtprodukt enthalten sind, die wir also auch abziehen müssen. So haben wir jetzt das Ge-
von Arbeitern andere Betriebe sind. Da auch Teile des konstanten Kapitals in der Produktion vernutzt werden, Teile ihres Wertes übertragen werden, ziehen wir die Abschreibung (47,0 Mio. DM) als Annäherungswert sowie Verluste aus dem Abgang des Anlagevermögens zum konstanten Kapital c zu und müssen deshalb dies von C noch abziehen. Als Ergebnis erhalten wir den Mehrwert von 64,2 Mio. DM, der den Arbeitern abgepreßt wurde.
Natürlich führt eine Bilanz dies Ergebnis nicht. So findet man denn als Aufwendungen Zinsen, Steuern, sonstige Auswendungen, was allesamt Bestandteile des Mehrwerts sind, was die Kapitalisten nur nicht in der Hand halten können, weil sie es an andere Kapitalisten oder den Staat abführen müssen. Es ist eine Umverteilung innerhalb der Bourgeoisie.
Als besonderes Geheimnis einer jeden Bilanz führen die Kapitalisten den Posten sonstige Aufwendungen an, der auch meistens sehr hoch ist, bei der VVK 35,245 Mio. DM, über den sie sich auch in ihren Erläuterungen zum Jahresabschluß auslassen. Getrost kann man diese Werte behandeln wie Steuern etc., denn es sind Bestandteile der Wertproduktion und sie gehören weder zum konstanten noch variablen Kapitalteil. Der Grad der Ausbeutung, die Mehrwertrate, ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Mehrwert und variablem Kapital, zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit. Mit 110%, d.h. über die Hälfte des Arbeitstages unentgeldliche Arbeit für die Kapitalisten, kann sich die VVK im Reigen der Kapitalisten durchaus sehen lassen.
ergibt sich ein Betrag von 43,69 Mio. DM, den die Kapitalisten der Stadt Kiel an Strom bezahlen müssen (144,6 Mio. DM minus 100,91 Mio. DM 43,69 Mio. DM). Stellen wir das jetzt ins Verhältnis zu der Abgabemenge an die Kapitalisten, so kommen wir zu einem Kilowattpreis für die Kapitalisten von 0,098 DM. Das ist der Schnitt bei den Kapitalisten und man kann getrost davon ausgehen, daß die HDW oder MaK-Kapitalisten den Strom fast geschenkt kriegen.
Wenn jetzt die Geschäftsführung der VVK feststellt, daß sie die Tarife schon lange nicht mehr erhöht hätten, 1974 waren die letzten beiden Erhöhungen bei Strom, so soll das die leise Ankündigung neuer Plünderungsfeldzüge sein.
Wir haben die beschriebene Rechnung noch einmal in einem Schaubild dargestellt. Es zeigt anschaulich, wie die Jammereien über die „Zuschußbetriebe" ihren einzig wahren Kern darin haben, daß die Kapitalisten durch die Volksmassen subventioniert werden. Weil diese Bezuschussung den Kapitalisten noch nicht reicht, sollen die Massen über erneute Tariferhöhungen geplündert werden.
Indem der Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung der VVK-Arbeiter unterstützt wird, die Machenschaften der bürgerlichen Parteien der Stadt Kiel und des Magistrats enthüllt werden, können die Planungen der Bourgeoisie durchkreuzt werden.

Müllverbrennungsanlage Stapelfeld: Steigende Gebühren für die Volksmassen geplant

b.Stapelfeld. Ihre Klage gegen den Bau der Müllverbrennungsanlage bei Stapelfeld (Kreis Stormann) beim OVG Lüneburg haben zwei Trittauer Bürger zurückgezogen. Das OVG Lüneburg hatte genauso wie vorher das VG Schleswig entschieden, daß das öffentliche Interesse am baldigen Betriebsbeginn der 80 Mio. DM-Anlage höher als das persönliche Interesse der beiden Antragsteller einzustufen sei. Eine Klage würde daher wenig erfolgreich sein. Bauherr der Anlage ist die Stadt Hamburg mit 80% und der Müllbeseitigungsverband Stormann mit 20%.

Inzwischen wächst die Kritik in den Gemeinden und Ämtern des Kreises Lauenburg an den im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage geplanten Änderungen der Müllbeseitigung in Lauenburg. Der Kreis Lauenburg ist dem Stormanner Müllbeseitigungsverband beigetreten. Wie der Amtsvorsteher Weidemann aus dem Amt Gudow/Sterley erklärte, seien Kernpunkte der geplanten Neuregelung eine künftig personenbezogene Gebühr und die Anschaffung größerer und teurerer Müllgefäße. Die personenbezogene Gebühr bedeutet für den einzelnen Bürger eine Gebührenerhöhung, für die Industrie aber eine Gebührensenkung. Die Anschaffung neuer Müllgefäße bedeutet ebenfalls Mehrkosten.

Akkord und Schicht ruinieren die Familie

b.stk. Ein ungelernter Arbeiter verdient bei VAW ca. 1350 DM, wenn er verheiratet ist und ein Kind hat. Darin sind enthalten 22% Prämie und 15% Schichtzulage für die Spätschicht. Dazu kommen dann noch 40 DM Kindergeld, macht zusammen 1390 DM. Davon gehen weg für Miete 450 DM (Dreizimmerwohnung mit Dusche und Heizung), Strom 70 DM, Heizungspauschale 50 DM, Lebensmittel ca. 550 DM, Kleidung ca. 100 DM, Versicherungen 40 DM, Waschmittel 30 DM, Bleiben 100 DM für Zigaretten, Kino, Zeitschriften, Bier. Anschaffungen, Urlaub oder gar ein Auto sind nicht drin.

Weil das Geld vorn und hinten nicht reicht, muß die Frau mitarbeiten. Sie verdient als Arbeiterin bei VAW 800 DM. Dafür muß das Kind jetzt in den Kindergarten geschickt werden. Das kostet für Frühstück und Mittagessen für das Kind 160 DM pro Monat. Der Kindergarten geht von 7 Uhr bis 16 Uhr, die Frühschicht dagegen von 6 Uhr bis 14.30 Uhr und die Spätschicht von 14.30 Uhr bis 23 Uhr. Wenn der eine Frühschicht macht, muß der andere Spätschicht machen, um das Kind morgens zum Kindergarten zu bringen und der andere muß es dann wieder abholen. Sehen tut man sich nur am Wochenende, wenn nicht einer noch am Samstag morgen Überstunden machen muß.

Es ist auch nicht so, daß die Familie jetzt Geld überhat, denn die Kosten durch die Schichtarbeit sind gewaltig gestiegen. Neben dem Kindergarten müssen sie jetzt Telefon (80 DM) bezahlen, weil einfach keine Zeit mehr ist, alles zu Fuß zu erledigen. Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen und eine Kaffeemaschine müssen angeschafft werden. Ist das Kind krank, muß sich die Frau auch krank melden, was gleich Lohnabzug bedeutet, da bei Krankheit die Prämie und die Schichtzulage nicht weiter bezahlt werden.

Wie weit die Schichtarbeit die Familie zerstört, sieht man daran, daß von 32 Kollegen bei VAW in der Profilweiterverarbeitung 9 ledig, 15 verheiratet und 8 geschieden sind.

Kampf vor allem gegen die Schichtarbeit und die Überstunden gibt es dauernd. Letzten Samstag sollten 7 Kollegen Überstunden machen. Von denen ist nur einer gekommen. In der Spätschicht gibt es dauernd Krach, weil die Kollegen immer öfter schon eine halbe Stunde früher Schluß machen und sich schon duschen und umziehen gehen. Die Kollegen fordern: Spätschicht nur bis 22 Uhr und eine halbe Stunde bezahlte Pause.

Das ist ein richtiger Schritt hin zur Durchsetzung der Forderung nach Verbot der Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit, dem Verbot der Arbeit zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr.

Billigste Vernutzung von Arbeitskraft

Studenten im Praktikum

b.peg. In den Praktika während ihres Studiums werden die Fachhochschulstudenten systematisch als billigste Lohnarbeiter in Jugendzentren, in Ämtern des bürgerlichen Staatsapparates und auch bei einzelnen Kapitalisten eingesetzt. Oftmals wird die Arbeitskraft nicht bezahlt und in der Regel werden sie direkt zur Rationalisierung eingesetzt.

Für einen Schein im Schwerpunkt Jugendarbeit (Sozialwesen) kann man im ersten Blockpraktikum/Hauptstudium fünf Wochen lang bei Tag und Nacht Kinder betreuen, die in einer sogenannten „Ferienfreizeit" von mehreren Sozialpädagogen beaufsichtigt werden. Ca. 500 DM „Aufwandsentschädigung" für eine Sieben-Tagewoche ist da noch viel Geld, denn in der Regel gibt es nichts. Im Schwerpunkt „Soziale Hilfe" kann man für 100 DM „Fahrtkostenzuschuß" (jeweils gezahlt von den Praktikantenträgern) sechs Wochen lang täglich acht Stunden den vollen Dienst bei der Familienfürsorge der Kirche oder anderen Trägern leisten. In der Kieler Bewährungshilfe bekommen die Studenten 50 DM Fahrgeld insgesamt für sechs Wochen Arbeit. Bis 23 Uhr wird dort oft bei den „Klienten" in den Wohnungen kontrolliert und geschnüffelt. Eine Studentin hat für die Hin- und Herfahrerei in diesen sechs Wochen 100 DM Benzin aus eigener Tasche zahlen müssen. Wenn man in Jugendzentren, wie z.B. Jugendzentrum Werftpark oder Suchsdorf sein vier- bis sechswöchiges Praktikum leistet, bekommt man nichts, ebenso im Haus der Offenen Tür in Solomit bei täglich 7-stündiger Arbeitszeit.

Bundesweit bekommen die Schiffbaustudenten 90 DM für sieben Wochen Praktikum. Bei der HDW arbeiten im Moment mehrere mit diesem Hungerlohn von 90 Pfennigen. 45 Pfennig zahlt HDW, 45 Pfennig zahlt der Staat.

Landwirtschaftspraktikanten vom Fachbereich Landbau Rendsburg müssen in der Regel mehr als 60 Stunden in der Woche arbeiten, wobei oft Kost und Logis frei sind und der Student ein Taschengeld von 100-200 DM bekommt. Ein Chemiestudent aus Lübeck macht Halbjahrspraktikum bei der Milchforschung in Kiel und bekommt nichts, obwohl er dieselbe Arbeit verrichtet wie seine Kollegen. Ein Bauwesenstudent aus Eckernförde, der beim Baukapitalisten Konrad Praktikum macht, hat ganze 3,50 DM Stundenlohn.

Die Bezahlung der Praktikanten muß einheitlich durch die Bezahlung nach dem Praktikantentarif für alle gleich geregelt werden.

„Die Kuh muß zum Melker gehen"

Laufstallhaltung: Weiterer Fortschritt in der Vernichtung von Bauernexistenzen


Laufstallhaltung – Reklamebild aus Bauernblatt

ham. Immer noch ist der Zugang bei Anbindeställen größer als bei der Laufstallhaltung, was nicht ohne Auswirkungen auf die angebotene Technik sein kann.Nach der Mechanisierung der Dungkette und des Milchentzuges werden Möglichkeiiten der mechanisierten Futtervorgabe gesucht. Bauliche Gegebenheiten und zu geringe Bestandgrößen stehen einer größeren Mechanisierungswelle noch entgegen.", moniert das Bauernblatt vom 2. September 1978. Das ist der Bourgeoisie ein empfindlicher Dorn im Auge. Denn nach der Ablösung des Handmelkens durch die Melkgeschirre blieb das Ansetzen und Absetzen der Geschirre Handarbeit und erforderte viel Überwachung. Dies ist neben der Aufstellungsform und der Fütterungstechnik die Grundlage für die heutige Größe der milcherzeugenden Betriebe. 23 Kühe ist der Bestandsdurchschnitt. Für die Agrarkapitalisten war Milcherzeugung lange Zeit nicht profitabel genug.Für die Ohren der Bauern, die ja überwiegend noch Anbindeställe haben, soll das Zitat im reinen Fortschrittsgeist erklingen. Der Milchentzug sei angeblich mechanisiert, aber die schwere Arbeit des Fütterns solle jetzt erleichtert werden.

Eine Kuh muß am Tag 15 bis 20 kg Trockenmasse aufnehmen, z.B. 30 kg Rüben, 4 kg Heu und 8 kg Kraftfutter, macht 42 kg insgesamt. Richtig ist, daß das Melken nur als teilmechanisiert bezeichnet werden kann.Die Versuchsanstalt Schadtbek der Universität Kiel entwickelt gegenwärtig die Automatisierung des Ansetzens und der Überwachung. Das Ansetzen erfolgt mit Temperaturfühlern, die die Zitzenbecher steuern. Solche Anlagen werden aber nur im Melkstand einsetzbar sein. Die Kuh muß zum Melker gehen, nicht der Melker zur Kuh. Das setzt also Laufstallhaltung voraus. Nur im Laufstall, also im Melkstand kann bereits jetzt der Zeitaufwand für das Melken weiter gesenkt werden. Eine Arbeitskraft im Anbindestall mit Milchabsauganlage kann drei, eventuell vier Melkzeuge bedienen. Sie melkt z.B. die statistischen 23 Kühe damit in 75 bis 105 Minuten. Im Laufstall schafft sie 8 Melkzeuge, weil man nicht zu den Kühen laufen muß und stehend arbeiten kann. Man schafft so mehr als doppelt so viel wie im Anbindestall. Auch ist die Gefahr von Unfällen etwas geringer. Bis jetzt haben in der bäuerlichen Milchproduktion die Anbindeställe den absoluten Vorrang. Die Entmistung im Laufstall ist ähnlich kostengünstig zu lösen wie im Anbindestall. Die Fütterungsmechanisierung , insbesondere die gezielte Kraftfutterdosierung je nach Leistung der einzelnen Kuh ist im Laufstall noch nicht völlig erprobt, es zeichnet sich aber ab, daß das System, daß jede Kuh einen Sender bei sich trägt, der die auf sie eingestellte Kraftfuttermenge am „Schrotautomaten" abruft, praxisreif werden wird. Im Anbindestall ist das nur durch teure Stallautomaten zu lösen.

Wenn man im Anbindestall bei 23 Kühen im Winter folgenden Zeitbedarf rechnet: Melken je Kuh: 4 Min. je Melkzeit; zweimal am Tag: 8 Min.; Füttern: 6 Min.; Ausmisten und Futter heranschaffen: 3 Min.; Geräte waschen, Reparaturen, Stall reinigen: 1 Min.; insgesamt: 18 Min. am Tag. Gerechnet auf 200 Stalltage ergibt das 3600 Min. bzw. 60 Stunden. Dazu 165 Tage im Jahr Weidegang, 10 Min. für Melken und Eintreiben je Kuh und Tag, also 1650 Min., das sind noch einmal 27 Stunden. Je Kuh und Jahr gerechnet 87 Stunden.

Um die Herde von dreiundzwanzig Kühen zu betreuen braucht der Bauer also 2001 Stunden, allein für die Versorung der Kühe. Das ist rechnerisch eine 40 Stunden-Woche mit 52 Wochen im Jahr. Dazu kommt die Zeit für die Landbewirtschaftung und die übrige Viehhaltung, denn mit 23 Kühen ist kein Auskommen. Oft sind aber 100 Stunden je Kuh und Jahr notwendig, wenn die Bedingungen ungünstiger sind.

Entscheidend zu senken ist der Arbeitsaufwand nur über die Laufstallhaltung und zwar heute bereits auf 40 Stunden je Kuh und Jahr. Das ist eine Stufe, die einzige selbstarbeitende Mittelbauern mit 40 bis 50 ha. und genausoviel Kühen heute bereits beschritten haben. Sobald die neuen Melk- und Fütterautomaten praxisreif sind, werden es unter 20 Stunden je Kuh und Jahr sein. Dann kann eine Arbeitskraft in 2000 Stunden eine Herde von 100 Kühen versorgen. (Das entspricht der jährlichen tariflichen Arbeitszeit für Landarbeiter.) Damit ist die Arbeitskraft viermal so produktiv wie heute in der klein- und mittelbäuerlichen Milchproduktion. Einsatz von Lohnarbeit durch die Agrarkapitalisten ist dann profitabel. Ein Rittergutsbesitzer mit 100 Kühen läßt dann ebensoviel Milch produzieren wie vier Bauern. Die Regierung nennt das dann „Strukturverbesserung". Gezielt macht das Finanzkapital Propaganda für den Übergang zur Laufstallhaltung. Für Umrüstung und Neubau muß allerdings ein Betrieb von mittlerer Größe selbst bei enormen Einsatz eigener Arbeitskraft mindestens 185.000 DM rechnen. Diese Geldsumme kann ein Bauer mit 23 Kühen nicht erwirtschaften. Die Banken geben den Bauern Kredit, um sich ihre Arbeitsprodukte über den Zins anzueignen. Für die Masse der kleinen und mittleren Bauern ist dieser Weg aber überhaupt nicht gangbar, weil sie keine Kredite bekommen und es auch gar nicht wollen, da durch solche Investitionen die Gesamtarbeitszeit doch nicht geringer wird.

Milchviehhaltung war bisher typisch für die bäuerliche Produktion. Das ist im Begriff, sich zu ändern. Durch den zähen Produktionskampf der Bauern ist es den Kapitalisten bisher nicht gelungen, die Milchbauern in großem Umfang zu drücken und zu legen. Aber das Privateigentum fesselt die Entwicklung der Produktivkräfte und kein noch so ausgedehnter Arbeitstag wird verhindern können, daß große Kapitalmassen in die Milchproduktion gepumpt werden. Die kleinen und mittleren Bauern müssen sich für ihre Interessen zusammenschließen, Erhöhung der Erzeugerpreise verlangen und sich an die Seite der Arbeiterklasse stellen.

Heeremann auf der NORLA –
Mobilisierung der Bauern für die Expansion mißglückt

b.ols. Die „Getreidereserven" der deutschen Bauern müssen gegebenenfalls auch als „Waffen im Nord-Süd-Konflikt" dienen und „Europa darf nicht erpreßbar sein". Mit solchen Worten hat der schleswig-holsteinische Bauernverbandspräsident Klinker den diesjährigen schleswig-holsteinischen Bauerntag eingeleitet. Gerne hätten Klinker, Stoltenberg und Bauernverbandspräsident Freiherr Heeremann nichts anderes getan, als die Bauern mit solchen Parolen auf den Chauvinismus und die Expansionsabsichten der westdeutschen Imperialisten einzuschwören. Sie mußten feststellen, daß dies nicht ging. Es war ihnen nicht einmal gelungen, überhaupt tenberg und Heeremann die von Klinker nur angedeutete Linie nicht weiterführen, sondern hatten sich darauf verlegt, das, was an Kräften gekommen war, zusammenzuhalten, mit allen Mitteln des politischen Betruges.

Alles redet von der Arbeitslosigkeit, aber niemand denke „an die hunderttausende kleiner Bauern, die in den letzten Jahrzehnten abwandern" mußten. In der Industrie wären erneut Verhandlungen über Arbeitszeit im Gange, während in der Landwirtschaft noch über 45 Stunden gearbeitet würde und das sei auch gut so; und überhaupt wäre es ein Unding, daß die Bauern z.B. in diesem Jahr ein Sinken bekommen." So wurde versucht, die Arbeiter als faul einerseits, und verständnislos gegenüber den Bauern darzustellen. Aber mehr: Mit den Erscheinungen des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, weiten Schulwegen für die Bauernkinder, Gesundheitsversorgung in „Krankenhausfabriken" statt auch auf dem Land, wie an Parlamentsvertretern der Bauern, deren Verständnis von der Produktion und körperlicher Arbeit gerade soweit ginge, mal „einen Bleistift gestemmt zu haben", wurde an der Unzufriedenheit der Bauern angesetzt. Mit alledem hat Heeremann versucht die Lage von „uns Bauern" darzulegen, so daß er ungestraft in den entscheidenden rungsdaten für die Investition, ein guter Genossenschaftsapparat, und auch ein verbesserter Landhandel." An diese Vorschläge des Finanzkapitals sollen die Bauern gebunden werden. Zustimmung hat er dafür nicht gekriegt. Mit Heeremann, einem Besitzer von über 2000 ha Grundbesitz, diesem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. Mitglied von Genossenschaften in Großbanken, diesem Mann des Finanzkapitals, der in „Bonn und Brüssel schon aufpassen" will, werden die Bauern ihre Interessen nicht erreichen.

Sie können sich nur zusammenschließen um die richtigen Forderungen, um die Erhöhung der Erzeugerpreise,

suchsanstalt Schadtbek der Universität Kiel entwickelt gegenwärtig die Automatisierung des Ansetzens und der Überwachung. Das Ansetzen erfolgt mit Temperaturfühlern, die die Zitzenbecher steuern. Solche Anlagen werden aber nur im Melkstand einsetzbar sein. Die Kuh muß zum Melker gehen, nicht der Melker zur Kuh. Das setzt also Laufstallhaltung voraus. Nur im Laufstall, also im Melkstand kann bereits jetzt der Zeitaufwand für das Melken weiter gesenkt werden. Eine Arbeitskraft im Anbindestall mit Milchabsauganlage kann drei, eventuell vier Tag, also 1650 Min., das sind noch einmal 27 Stunden. Je Kuh und Jahr gerechnet 87 Stunden.

Um die Herde von dreiundzwanzig Kühen zu betreuen braucht der Bauer also 2001 Stunden, allein für die Versorung der Kühe. Das ist rechnerisch eine 40 Stunden-Woche mit 52 Wochen im Jahr. Dazu kommt die Zeit für die Landbewirtschaftung und die übrige Viehhaltung, denn mit 23 Kühen ist kein Auskommen. Oft sind aber 100 Stunden je Kuh und Jahr notwendig, wenn die Bedingungen ungünstiger sind. kraft viermal so produktiv wie heute in der klein- und mittelbäuerlichen Milchproduktion. Einsatz von Lohnarbeit durch die Agrarkapitalisten ist dann profitabel. Ein Rittergutsbesitzer mit 100 Kühen läßt dann ebensoviel Milch produzieren wie vier Bauern. Die Regierung nennt das dann „Strukturverbesserung". Gezielt macht das Finanzkapital Propaganda für den Übergang zur Laufstallhaltung. Für Umrüstung und Neubau muß allerdings ein Betrieb von mittlerer Größe selbst bei enormen Einsatz eigener Arbeitskraft mindestens 185.000 DM im Begriff, sich zu ändern. Durch den zähen Produktionskampf der Bauern ist es den Kapitalisten bisher nicht gelungen, die Milchbauern in großem Umfang zu drücken und zu legen. Aber das Privateigentum fesselt die Entwicklung der Produktivkräfte und kein noch so ausgedehnter Arbeitstag wird verhindern können, daß große Kapitalmassen in die Milchproduktion gepumpt werden. Die kleinen und mittleren Bauern müssen sich für ihre Interessen zusammenschließen, Erhöhung der Erzeugerpreise verlangen und sich an die Seite der Arbeiterklasse stellen.

Heeremann auf der NORLA – Mobilisierung der Bauern für die Expansion mißglückt

b.ols. Die „Getreidereserven" der deutschen Bauern müssen gegebenenfalls auch als „Waffen im Nord-Süd-Konflikt" dienen und „Europa darf nicht erpreßbar sein". Mit solchen Worten hat der schleswig-holsteinische Bauernverbandspräsident Klinker den diesjährigen schleswig-holsteinischen Bauerntag eingeleitet. Gerne hätten Klinker, Stoltenberg und Bauernverbandspräsident Freiherr Heeremann nichts anderes getan, als die Bauern mit solchen Parolen auf den Chauvinismus und die Expansionsabsichten der westdeutschen Imperialisten einzuschwören. Sie mußten feststellen, daß dies nicht ging. Es war ihnen nicht einmal gelungen, überhaupt viele Bauern zu mobilisieren. Jedenfalls war die DEULA-Festhalle, anders als in früheren Jahren, nicht voll besetzt, und so richtig Stimmung für die Politik der Landesregierung und die der Bauernverbandsführer wollte gar nicht aufkommen. So konnten Stoltenberg und Heeremann die von Klinker nur angedeutete Linie nicht weiterführen, sondern hatten sich darauf verlegt, das, was an Kräften gekommen war, zusammenzuhalten, mit allen Mitteln des politischen Betruges.

Alles redet von der Arbeitslosigkeit, aber niemand denke „an die hunderttausende kleiner Bauern, die in den letzten Jahrzehnten abwandern" mußten. In der Industrie wären erneut Verhandlungen über Arbeitszeit im Gange, während in der Landwirtschaft noch über 45 Stunden gearbeitet würde und das sei auch gut so; und überhaupt wäre es ein Unding, daß die Bauern z.B. in diesem Jahr ein Sinken der Erzeugerpreise (Indexsenkung allein im Juni/Juli gegenüber dem Vorjahr ca. 6%) hinnehmen würden und so ihren Beitrag zur volkswirtschaftlichen Stabilität leisten würden „während es für andere selbstverständlich sei, jedes Jahr 10% und mehr draufzubekommen." So wurde versucht, die Arbeiter als faul einerseits, und verständnislos gegenüber den Bauern darzustellen. Aber mehr: Mit den Erscheinungen des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, weiten Schulwegen für die Bauernkinder, Gesundheitsversorgung in „Krankenhausfabriken" statt auch auf dem Land, wie an Parlamentsvertretern der Bauern, deren Verständnis von der Produktion und körperlicher Arbeit gerade soweit ginge, mal „einen Bleistift gestemmt zu haben", wurde an der Unzufriedenheit der Bauern angesetzt. Mit alledem hat Heeremann versucht die Lage von „uns Bauern" darzulegen, so daß er ungestraft in den entscheidenden Punkten, nämlich Sinken der Erzeugerpreise, Schuldenbelastung, und Steuerlast vorbeiredete, bzw. vollständig die Vorschläge des Finanzkapitals machen konnte. „Bessere Vermarktungsregelungen, länger laufende Nichtvermarktungsprämien, Orientierungsdaten für die Investition, ein guter Genossenschaftsapparat, und auch ein verbesserter Landhandel." An diese Vorschläge des Finanzkapitals sollen die Bauern gebunden werden. Zustimmung hat er dafür nicht gekriegt. Mit Heeremann, einem Besitzer von über 2000 ha Grundbesitz, diesem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. Mitglied von Genossenschaften in Großbanken, diesem Mann des Finanzkapitals, der in „Bonn und Brüssel schon aufpassen" will, werden die Bauern ihre Interessen nicht erreichen.

Sie können sich nur zusammenschließen um die richtigen Forderungen, um die Erhöhung der Erzeugerpreise, die Luft schafft gegen die immer weitere Einschnürung der Lage der Bauern, für die Streichung der Schulden bei den Banken des Finanzkapitals, für Steuersenkung und für Einbeziehung in die Rentenversicherung mit gleichen Rechten.

Landesregierung erklärt Brunsbüttels Umgebung zum städtebaulichen Entwicklungsgebiet

Die Bauern sollen schnell von ihrem Land vertrieben werden



b.mag. Durch Landesverordnung vom 13. Juli hat die Landesregierung folgendes Gebiet (gestrichelte Linie, ausgenommen schraffierte Fläche , die Red.) zum städtebaulichen Entwicklungsbereich nach § 53 des Städtebauförderungsgesetz erklärt.

Damit hat die Landesregierung sich die gesetzliche Handhabe geschaffen, durch Beschleunigung von Zwangsenteignungen und Flurbereinigungen die Bauern von ihrem Land zu vertreiben, um so die Region Unterelbe entsprechend den Zielen des westdeutschen Finanzkapitals als Wirtschaftsraum auszubauen. „Die Enteignung ist im städtebaulichen Entwicklungsbereich ohne Bebauungsplan zugunsten der Gemeinde oder des Entwicklungsträgers zur Erfüllung ihrer Aufgaben zulässig", heißt es in §57 des Städtebauförderungsgesetzes.

War es bisher notwendig, einen Bebauungsplan vorzulegen, der im Landtag bzw. der Gemeinde dann beschlossen werden muß, so heißt es jetzt:„Die Enteignung ist im städtebaulichen Entwicklungsbereich ohne Bebauungsplan zugunsten der Gemeinde oder des Entwicklungsträgers zur Erfüllung ihrer Aufgaben zulässig", und „Das Flurbereinigungsverfahren kann bereits angeordnet werden, wenn das Sanierungsgebiet oder der städtebauliche Entwicklungsbereich förmlich festgelegt ist."(§57 und 70 des Städtebauförderungsgesetzes). Wer dagegen Einspruch erheben will, bekommt bei Ablehnung gleich die Kosten der Behörde mit aufgebrummt, so jedenfalls plant die Landesregierung die Änderung des Landesverwaltungsgesetzes. Im Städtebauförderungsgesetz(§53) heißt es dazu u.a., daß ein Gebiet zum städtebaulichen Entwicklungsgebiet erklärt werden kann, wenn „das Wohl der Allgemeinheit die Durchführung der Entwicklungmaßnahme . . .erfordert" und „die Bereitstellung der voraussichtlich erforderlichen Mittel aus Öffenlichen Haushalten erwartet werden kann."

Das trifft sicherlich zu. Hat doch die Landesregierung seit 1969 schon über 500 Millionen zum Wohl der Kapitalisten im Wirtschaftsraum Brunsbüttel investiert, eigens für VEBA, Bayer und Schelde-Chemie ein drei Meter hohes Gelände mit dazugehörigem Hafen an der Elbe aufgeschwemmt und plant sie weiterhin für 61 Mill. DM einen weiteren Hafen am Nord-Ostsee-Kanal, den Ausbau der B5 Elmshorn - Brunsbüttel, die Errichtung einer zentralen Mülldeponie und den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf, um die Kapitalisten möglichst billig mit Energie zu versorgen.

Dem werden die Volksmassen einen Strich durch die Rechnung machen. Bisher sind die Pläne der Landesregierung, sei es die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf, sei es die Errichtung der Mülldeponie Ecklack aufgrund des Widerstandes der Volksmassen Pläne geblieben.

Die imperialistischen Kriegsmanöver nutzen, um die Prozesse gegen die SRK's zurückzuschlagen

b.hee.Flensburg. Mit der Aussetzung des Prozesses gegen das Soldaten- und Reservistenkomitee Flensburg/Westküste bis zum Mittwoch, den 13. September, so hat das Richterpack gerechnet, würde auch der Kampf dagegen aussetzen und die Bourgeoisie hätte freie Hand, gleich ordentlich zuzulangen. So haben sie's sich gedacht, so ist es aber nicht eingetreten. Plakate hingen in Flensburg und anderen Städten Schleswig-Holsteins mit dem Konterfei von Richter Sauer und seiner Adresse: Flensburg, Ochsenweg 58. Parolen, die die Einstellung des Prozesses forderten, prangten am Bahnhof und Rathaus in Flensburg. Während der letzten Prozeßtage hatte die Bourgeoisie es mit der Unterstützung gegen diesen Prozeß zu tun. Kundgebungen in der Stadt konnten nicht zerschlagen werden.

Jetzt unterläuft ihr auch noch das Pech, daß die NATO-Großmanöver „Northern Wedding" und „Bold Guard" stattfinden, die den Haß der Volksmassen, vor allem der Bauern, auf sich ziehen, deren Felder regelmäßig zerschunden werden, deren Söhne selbst in die Armee gezwungen sind, und überhaupt kein Interesse haben, für vermeintliche gemeinsame Ziel aller Bauern mit den Imperialisten in den Krieg zu ziehen. Es können nicht nur Panzer ins Moor geschickt werden.

Der Tag der offenen Tür in der Briesen-Kaserne, wo die Kampfsau Schmidt ihr Schinderdasein führt, wurde genutzt, das Pack in der Kaserne anzugreifen und den politischen Zusammenschluß der Soldaten zu propagieren. Diese Woche führen die Soldaten- und Reservistenkomitees Flensburg-Westküste und Holstein, unterstützt von den Bezirksverbänden des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Propagandaaktionen auf dem Land durch gegen diese Manöver. So wird das Richterpack es nicht nur mit Kundgebungen in der Stadt zu tun haben. Auch die Bauern werden den Kampf der Soldaten unterstützen. Je offener der unversöhnliche Gegensatz zwischen den Imperialisten und den Volksmassen hervortritt, umso schwerer wird es, die Kritik an der Bundeswehr als imperialistischer Armee und den Nachweis ihrer Expansions- und Kriegsabsichten zu unterdrücken.

„NATO-Experten tagen in List"

b.klm.Husum. Auf der Insel Sylt in der Lister Marineversorgungsschule findet zur Zeit eine Tagung von Wissenschaftlern und Offizieren aus den NATO-Ländern Dänemark, Niederlande, Norwegen, Großbritannien, Türkei, USA und der BRD, sowie Frankreich statt. Vorbereitet wird ein Programm zur Vergabe eines Forschungsauftrages. Erforscht werden soll die Küstenumwelt, auf Vorschlag der US-Imperialisten sollen Forschungen über das Wettersystem, die Küstenmetereologie, Wellendynamik, Tiden, Strömungen nahe der Strände, Flußmündungen, Kliffs und Fjorde angestellt werden. Im Herbst 1979 soll ein „wissenschaftliches Experiment", bezeichnet als „Marsen",

Soldaten zu propagieren. Diese Woche führen die Soldaten- und Reservistenkomitees Flensburg-Westküste und Holstein, unterstützt von den Bezirksverbänden des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Propagandaaktionen auf dem Land durch gegen diese Manöver. So wird das Richterpack es nicht nur mit Kundgebungen in der Stadt zu tun haben. Auch die Bauern werden den Kampf der Soldaten unterstützen. Je offener der unversöhnliche Gegensatz zwischen den Imperialisten und den Volksmassen hervortritt, umso schwerer wird es, die Kritik an der Bundeswehr als imperialistischer Armee und den Nachweis ihrer Expansions- und Kriegsabsichten zu unterdrücken.

„NATO-Experten tagen in List"

b.klm.Husum. Auf der Insel Sylt in der Lister Marineversorgungsschule findet zur Zeit eine Tagung von Wissenschaftlern und Offizieren aus den NATO-Ländern Dänemark, Niederlande, Norwegen, Großbritannien, Türkei, USA und der BRD, sowie Frankreich statt. Vorbereitet wird ein Programm zur Vergabe eines Forschungsauftrages. Erforscht werden soll die Küstenumwelt, auf Vorschlag der US-Imperialisten sollen Forschungen über das Wettersystem, die Küstenmetereologie, Wellendynamik, Tiden, Strömungen nahe der Strände, Flußmündungen, Kliffs und Fjorde angestellt werden. Im Herbst 1979 soll ein „wissenschaftliches Experiment", bezeichnet als „Marsen", starten. Satelliten und Flugzeuge werden daran beteiligt sein und Sylt erhält eigens dafür eine Bodenstation.

Im Rahmen der jetzigen Herbstmanöver proben die Imperialisten ein Landungsmanöver auf den Shetland-Inseln. Sie bezeichnen diese Übung als Höhepunkt von „Northern Wedding 78", begründet hat die „FAZ" das wie folgt: „Mit der Kampfanlandung auf den Shetland-Inseln probt die NATO einen Einsatz, zu dem sie angesichts der wachsenden sowjetischen Seemacht im Konfliktfall in Norwegen gezwungen sein könnte."

Die Tagung auf Sylt wie auch die jetzigen Manöver sind direkte Vorbereitungen auf den Krieg um Europa. Gleichzeitig wird der Zugriff auf Norwegen geprobt, welches als Ölland zunehmend interessant für die westdeutschen und US-Imperialisten wird.

Revisionistische Manöverbegleitung

b.klm.Husum. Die SDAJ und der dänische Kommunistische Jugendverband (DKU) Südjütlands haben Aktionen gegen die Herbstmanöver angekündigt. Sie wollen „ein Friedenscamp in Dänemark" veranstalten, auf dem „Antimilitaristen aus Dänemark und der Bundesrepublik ihre Erfahrungen des Kampfes für Frieden und Abrüstung diskutieren." Friedensgeschrei und Pazifismus sind allemal Mittel der Bourgoisie gewesen, die Volksmassen und die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen zu lähmen und zu entwaffnen, um sie dann umso besser in ihr Militärzuchthaus zwingen zu können. Der bewaffnete Aufstand der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse ist das einzige Mittel, um den Krieg zu verhindern.

Das „Dschungelbuch“ der Kostendämpfung

Preisgekröntes Jugendbuch: „Servus Opa, sag' ich leise“

z.hes. Der katholische Moraltheologe Böckle schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 28. Juni unter dem Titel „Das Recht auf einen würdigen Tod“: „Die Unsicherheit, die Verlegenheit und die Ratlosigkeit der meisten Menschen, die nicht recht wissen, wie man sich anläßlich eines Todesfalles als Hinterbliebener oder gegenüber Hinterbliebenen verhalten soll, muß eher aus dem Mangel an Todeserfahrung verstanden und gedeutet werden.“ Besonders bedauert er, daß die Kinder diese Erfahrung des Todes nicht mehr bzw. zu wenig machen.

Gleich zu Beginn des Buches wird deutlich gemacht, daß Alter und Krankheit unvermeidlich zusammengehören. Obwohl der Großvater zu Beginn des Romans noch nicht ernsthaft krank ist, jedenfalls nicht benennbar und erkennbar, wird er dem Leser bei der ersten Begegnung im Bett liegend vorgestellt. Er ist unselbständig, der Junge kocht ihm den Kaffee, sein Zimmer wird von der Mutter saubergemacht, sein Bett von ihr bezogen. Ergänzt wird diese Einschätzung des Alterns dann an späterer Stelle. Dort denkt der Junge über sein eigenes Altwerden nach und verbindet dies unmittelbar mit Krankheit: „Und dann werde ich alt. Ich werde graue Haare kriegen und Schmerzen in den Beinen. Oder Rheuma im Kreuz. Ich werde nicht mehr so schnell laufen können wie jetzt.“ (S. 49)

Noch bevor der schon zu Beginn angedeutete schicksalhafte Verlauf von Altern und Krankheit zum unvermeidlichen Tod weiterentwickelt wird, zeigt die Verfasserin eine mögliche, recht verlockende Alternative auf. Nachdem sie zunächst ein konfliktträchtiges Bild der Familie gezeichnet hat – mit dem Opa gibt es immer wieder Streit, außer dem Enkel ist keiner so recht nett zu ihm –, fährt die gesamte Familie schließlich zum Urlaub nach Gran Canaria. Dort spitzt sich der Familienstreit zu. Es wird offenbar, daß die Schwiegertochter ihn als Last empfindet. Der Opa sagt es ihr auf den Kopf zu: „Ich weiß, daß ich dir auf die Nerven geh'. Du wärst froh, wenn ich unter der Erde wäre!“ (S. 54) Nach diesem Streit beschließt der Opa, auf Gran Canaria zu bleiben: „Ich bleib hier. Ich will nicht mehr mit euch nach Hause ... Es ist doch herrlich hier. Ein Paradies. Ich hab' doch nur noch ein paar Monate Zeit. Die will ich in Frieden verbringen, mehr verlange ich ja nicht ... länger als ein paar Monate leb' ich bestimmt nicht mehr.“ (S. 60/62)

Gegenüber dem stickigen Tod in der Enge der Wiener Wohnung und im Streit mit der Familie erscheint hier die verlockende Möglichkeit, in der Sonne der Kanarischen Inseln, fern von den Angehörigen und keinem zur Last fal-

kriegen und Schmerzen in den Beinen. Oder Rheuma im Kreuz. Ich werde nicht mehr so schnell laufen können wie jetzt.“ (S. 49)

Noch bevor der schon zu Beginn angedeutete schicksalhafte Verlauf von Altern und Krankheit zum unvermeidlichen Tod weiterentwickelt wird, zeigt die Verfasserin eine mögliche, recht verlockende Alternative auf. Nachdem sie zunächst ein konfliktträchtiges Bild der Familie gezeichnet hat – mit dem Opa gibt es immer wieder Streit, außer dem Enkel ist keiner so recht nett zu ihm –, fährt die gesamte Familie schließlich zum Urlaub nach Gran Canaria. Dort spitzt sich der Familienstreit zu. Es wird offenbar, daß die Schwiegertochter ihn als Last empfindet. Der Opa sagt es ihr auf den Kopf zu: „Ich weiß, daß ich dir auf die Nerven geh'. Du wärst froh, wenn ich unter der Erde wäre!“ (S. 54) Nach diesem Streit beschließt der Opa, auf Gran Canaria zu bleiben: „Ich bleib hier. Ich will nicht mehr mit euch nach Hause ... Es ist doch herrlich hier. Ein Paradies. Ich hab' doch nur noch ein paar Monate Zeit. Die will ich in Frieden verbringen, mehr verlange ich ja nicht ... länger als ein paar Monate leb' ich bestimmt nicht mehr.“ (S. 60/62)

Gegenüber dem stickigen Tod in der Enge der Wiener Wohnung und im Streit mit der Familie erscheint hier die verlockende Möglichkeit, in der Sonne der Kanarischen Inseln, fern von den Angehörigen und keinem zur Last fal-
lend, den Lebensabend zuzubringen.

Den Jungen erinnert dieser Entschluß des Großvaters „an etwas, was ich gelesen habe. Ich glaub', es war im ‚Dschungelbuch'. Daß es Elefanten gibt, die wissen, wann sie sterben werden. Dann verlassen sie ihre Herde und ziehen sich zurück an einen Platz, auf dem schon viele Elefantengerippe liegen. Auf den Elefantenfriedhof. Und dort sterben sie.“ (S. 63) Diese Geschichte erinnert an die Geschichten von den alten Indianern, die sich, wenn sie alt geworden waren und nicht mehr arbeiten konnten, auf einen Berg zurückzogen, um dort zu sterben. Diese Sitte entspricht einer Gesellschaft, deren Produktivkräfte nicht so weit entwickelt sind, daß sie die Mitglieder, die nicht mehr arbeitsfähig sind, miternähren konnte. Es ist jedoch eine bodenlose Unverschämtheit, beim heutigen Stand der Produktivkräfte mit solchen Möglichkeiten zu liebäugeln, etwa die nicht mehr Arbeitsfähigen in Sterbekliniken zu schicken, wie es sie in England schon gibt. Hier wird der Versuch unternommen, die Jugend für solche verbrecherischen Verfahrensweisen zu gewinnen. Wie sagt doch der Junge in der Geschichte? „Irgendwie find' ich das alles aufregend. Der Opa ist ja ein richtiger Abenteurer. Das ist unheimlich mutig von ihm, daß er hierbleiben will.“ (S. 62)

Eine weitere Möglichkeit des Sterbens wird gegen Ende des Buches noch kurz verhandelt: Es entspricht dem Wunsch der Menschen, daß sie bis ins hohe Alter gesund bleiben und dann rasch sterben. „Ich mein' einen Herzschlag. Da hört das Herz einfach auf zu schlagen. Das ist der schönste Tod!“, meint der Opa. (S. 91) Nun ist das jedoch heute nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Genauer gesagt, es sind die Kapitalisten, die ein langes Leben bei guter Gesundheit haben. Dazu die „Welt am Sonntag“ Nr. 27: „Der reichste Mann Deutschlands wird am 18. Juli 80 Jahre alt. Er heißt August von Finck, besitzt Hunderte Quadratkilometer Land östlich von München und am Tegernsee, leitet eine der feinsten deutschen Privatbanken (Merck, Finck & Co., München) und pflegt weitgespannte industrielle (Isar-Amper-Werke, Hochtief, Stahl Südwestfalen) sowie assekurative Interessen (Allianz, Deutscher Lloyd) ... Mit 80 Jahren, die von 98% der Bevölkerung gar nicht erst erreicht und von den letzten beiden Prozenten kurend und kränkelnd hingebracht werden, ist der Baron still going very strong ... Wer sich die zwanzig größten Vermögen des Kapitalismus anschaut, sieht sofort: alle wurden gegründet oder werden geleitet von Menschen, die in biblischen Jahren stehen.“

Die Volksmassen dagegen sterben in der Regel schon früh durch plötzliche Unfälle oder nach langwieriger und schmerzhafter Krankheit. Nun ist es zwar einfach, den „schönen“ Tod, wie die Kapitalisten ihn sterben, als „natürlich“ hinzustellen. Leicht fällt es, mit einem solchen Tod fertigzuwerden, ihn hinzunehmen, zumal den Hinterbliebenen ein schöner Batzen Geld die Trauer versüßt. Es ist nicht nötig, darüber zu schreiben. Über den Tod, wie er als Folge der kapitalistischen Profitproduktion dem größten Teil der Volksmassen beschert ist, ist es allerdings für die Bourgeoisie nötig, Bücher zu schreiben. Fehlt doch den Volksmassen die richtige Haltung zum Tod, empören sie sich doch gegen einen frühen und qualvollen Tod, statt sich damit abzufinden, ihn hinzunehmen und auf Behandlung zu verzichten, die „den Tod hinausschiebt“.

sten deutschen Privatbanken (Merck, Finck & Co., München) und pflegt weitgespannte industrielle (Isar-Amper-Werke, Hochtief, Stahl Südwestfalen) sowie assekurative Interessen (Allianz, Deutscher Lloyd) ... Mit 80 Jahren, die von 98% der Bevölkerung gar nicht erst erreicht und von den letzten beiden Prozenten kurend und kränkelnd hingebracht werden, ist der Baron still going very strong ... Wer sich die zwanzig größten Vermögen des Kapitalismus anschaut, sieht sofort: alle wurden gegründet oder werden geleitet von Menschen, die in biblischen Jahren stehen.“

Die Volksmassen dagegen sterben in der Regel schon früh durch plötzliche Unfälle oder nach langwieriger und schmerzhafter Krankheit. Nun ist es zwar einfach, den „schönen“ Tod, wie die Kapitalisten ihn sterben, als „natürlich“ hinzustellen. Leicht fällt es, mit einem solchen Tod fertigzuwerden, ihn hinzunehmen, zumal den Hinterbliebenen ein schöner Batzen Geld die Trauer versüßt. Es ist nicht nötig, darüber zu schreiben. Über den Tod, wie er als Folge der kapitalistischen Profitproduktion dem größten Teil der Volksmassen beschert ist, ist es allerdings für die Bourgeoisie nötig, Bücher zu schreiben. Fehlt doch den Volksmassen die richtige Haltung zum Tod, empören sie sich doch gegen einen frühen und qualvollen Tod, statt sich damit abzufinden, ihn hinzunehmen und auf Behandlung zu verzichten, die „den Tod hinausschiebt“.

So würde das Buch seiner Aufgabe auch nicht gerecht, würde der Großvater etwa am Herzschlag sterben, wie er es sich wünscht. Es ist ja notwendig, den Volksmassen den rechten Umgang gerade mit dem Tod als Folge der kapitalistischen Profitproduktion zu lehren. Auf der anderen Seite muß gerade dieser Zusammenhang, der die Empörung der Volksmassen hervorruft, vertuscht werden.

Also stirbt der Opa schließlich an Krebs, der beliebtesten Krankheit der bürgerlichen Gegenwartsliteratur: geheimnisumwittert, was seine Entstehung betrifft; 200000 Stoffe kämen in Frage als Krebserzeuger, läßt die Bourgeoisie in ihrer Presse verbreiten, in der Hoffnung, daß – erstarrend vor dieser horrenden Zahl – keiner den Versuch zu unternehmen wage, den Zusammenhang zwischen Krebs und ihren Profitinteressen nachzuweisen. So fällt auch in dem Buch der Krebs gewissermaßen vom Himmel – mystisch, tabuisiert, keiner weiß woher, keiner stellt die Frage danach. Ebenso mystisch bleibt der Verlauf der Krankheit. Als der Junge erfährt, daß der Opa Krebs hat, wird nur gesagt: „Daß Krebs eine schlimme Krankheit ist, weiß ich aus dem Fernsehen.“ (S. 18) Was der Junge noch erfährt, ist, daß es *noch* nicht wehtut, d.h. später wehtun wird. Der Junge macht sich Gedanken über den Charakter dieser Krankheit, ihm fällt nur das Tier „Krebs“ ein. In dem ganzen Buch erhält der jugendliche Leser keinen Aufschluß über diese Krankheit.

So unvermeidlich wie die Schmerzen wird auch der Tod dargestellt. Mehr und mehr wird es zur unveränderlichen



„Es ist doch herrlich hier. Ein Paradies. Ich hab' doch nur noch ein paar Monate Zeit. Die will ich in Frieden verbringen, mehr verlange ich ja nicht.“ „Und da erinnere ich mich plötzlich an etwas, was ich gelesen habe. Ich glaub' es war im ‚Dschungelbuch'. Daß es Elefanten gibt, die wissen, wann sie sterben werden. Dann verlassen sie ihre Herde und ziehen sich zurück an einen Platz, auf dem schon viele Elefantengerippe liegen. Auf den Elefantenfriedhof. Und dort sterben sie.“

Gewißheit, daß der Opa sterben muß. Keine der Personen des Buches empört sich, keine fragt nach der Möglichkeit, diese Krankheit zu heilen, nir-

„Es ist doch herrlich hier. Ein Paradies. Ich hab' doch nur noch ein paar Monate Zeit. Die will ich in Frieden verbringen, mehr verlange ich ja nicht.“ „Und da erinnere ich mich plötzlich an etwas, was ich gelesen habe. Ich glaub' es war im ‚Dschungelbuch'. Daß es Elefanten gibt, die wissen, wann sie sterben werden. Dann verlassen sie ihre Herde und ziehen sich zurück an einen Platz, auf dem schon viele Elefantengerippe liegen. Auf den Elefantenfriedhof. Und dort sterben sie.“

Gewißheit, daß der Opa sterben muß. Keine der Personen des Buches empört sich, keine fragt nach der Möglichkeit, diese Krankheit zu heilen, nir-
gends wird auch nur die Hoffnung geäußert, daß eine Behandlung helfen könnte. Ist von Opas Krankheit die Rede, ist auch vom Sterben die Rede. Höchstens der Glaube an ein „Wunder“ könnte helfen, meint der Opa. (S. 71)

Die Untersuchung im Krankenhaus, der sich der Opa noch einmal unterzieht, ist sinnlos, der Leser weiß es und auch die Personen des Romans: „Ich weiß gar nicht, was das für einen Sinn haben soll. Was Neues finden die Ärzte bestimmt nicht raus. Daß mir nicht mehr zu helfen ist, das pfeifen ja schon die Spatzen von den Dächern“, sagt der Opa. (S. 70/71) Und nach dem Krankenhausaufenthalt: „Der Opa ist wieder da. Er schaut furchtbar aus, finde ich. Weil er so blaß ist. Die Gerlinde sagt, er sieht aus wie ein Gespenst. Ich finde das gar nicht lustig. Sie haben dem Opa Proben entnommen. Ich weiß nicht, was das ist. Der Opa will über die Untersuchung nicht reden. Aber er stöhnt, sie hätte ganz schön weh getan. Der Opa darf jetzt nur scheußliche Sachen essen – alles ohne Salz und Pfeffer. Gebratenes Fleisch darf er auch nicht kriegen. Nur so ein komisches Brot mit einem fettlosen Topfen-Aufstrich.“ (S. 74) Besser wär's, man hätte das dem Opa erspart, soll das Kind denken.

So sind dann am Ende alle froh, daß der Opa sterben kann, denn er hat ja jetzt keine Schmerzen mehr. „Vielleicht ist es für den Opa viel schöner, tot zu sein, als immer Schmerzen zu haben. Bestimmt sogar. Mir wird plötzlich ganz leicht ums Herz. ‚Dann geht es dem Opa ja gut!' sage ich laut und ein bißchen erstaunt.“ (S. 115)

Somit sind fast alle Probleme gelöst, die sich mit dem Sterben stellen. Es

und ein bißchen erstaunt.“ (S. 115)

Somit sind fast alle Probleme gelöst, die sich mit dem Sterben stellen. Es
fehlt nur noch eine bürgerliche Antwort auf die Tatsache, daß die Menschen nicht einfach umsonst gelebt haben, sondern durch ihr Schaffen einen Beitrag zur Geschichte der Menschheit leisten. Nun müßte die Bourgeoisie, wollte sie diese Tatsache anerkennen, auch anerkennen, daß die Massen es sind, die die Geschichte machen, und daß die alten Menschen einen entscheidenden Beitrag zu dieser Geschichte geleistet haben und dafür höchste Anerkennung und Achtung finden müssen und nicht nutzlos, überflüssig und schrullig sind. Da dies aber den Interessen und Absichten der Kapitalistenklasse zuwiderläuft, wird die Frage des „Weiterlebens“ über den Besitz geregelt, wie es bei den Bourgeois untereinander üblich ist. Das Haus und einige Wertpapiere, die sich der Opa „vom Mund abgespart hat, sein ganzes Leben lang“ (S. 79) für die Eltern, ein Sparbuch für den Jungen, auch für die Schwester fällt etwas ab; sie kann endlich das Zimmer des Großvaters beziehen. So wird auch die endgültige Aussöhnung des Jungen mit dem Tod des Großvaters an die Erbschaft der „Schätze“, einer Sammlung von Altertümern, Ferngläser, Brillen, geknüpft: „Ich hole mir die Brillenkiste aufs Bett und probiere eine Brille nach der anderen auf. Und plötzlich ist die ganze Traurigkeit weg. Die Traurigkeit darüber, daß der Opa tot ist. Er ist nämlich nicht richtig tot – so lange nicht, wie jemand an ihn denkt.“ (S. 125/26) Wer nichts zu vererben hat, wird schnell vergessen, so hält's das Bourgeoispack im Umgang mit seinesgleichen.

Das Buch beginnt mit der Darstellung der Notwendigkeit, daß die Alten Platz machen für die Jüngeren. Immer dringlicher wird es im Verlauf des Romans, daß dieser Alte und seine Umgebung sich endlich in diese Notwendigkeit schicken, in seinem eigenen Interesse und in dem seiner Angehörigen. Am Schluß des Buches vollendet sich dieser Prozeß des Sich-Abfindens und Sich-Einrichtens damit, daß Alter und Krankheit und Krankheit und Tod unvermeidlich zusammengehören. Ein beispielloses Aufatmen kennzeichnet den Schluß, wo die Traurigkeit über den Tod zur Freude wird, wo dem Leser nur noch zu wünschen übrigbleibt, es wäre alles schneller gegangen, man hätte sich auf allen Seiten schneller damit abgefunden, man hätte sich und dem Opa einiges erspart, die Erlösung früher herbeigeführt.

Dieses Buch ist nicht nur mystisch, wie im Vorhergehenden dargelegt, sondern auch unmittelbar religiös, indem es wie die Kirche seit ihrem Bestehen die Erlösung von irdischem Elend durch den Tod und ein besseres Leben nach dem Tod predigt. Dies trotz seiner scheinbaren Polemik gegen das Christentum und die Kirche. Der Lobgesang des Sterbens ist die zentrale Aussage dieses Kinderbuches. Er bleibt jedoch unglaubwürdig, solange nicht eine Erklärung gefunden wird für die ganz offensichtlich unwürdige Situation der für die Profitproduktion unbrauchbar gewordenen Menschen. Bleibt doch, solange diese nicht erklärt wird, immer noch der Verdacht, es könnte vielleicht doch an der Ausbeuterherrschaft liegen, daß das Altern mit Abgeschobenwerden und dem Gefühl der Nutzlosigkeit verbunden ist und daß man diese beseitigen müsse. Die Antwort gibt das Buch, indem eine Spaltungslinie nach der andern gezogen und vertieft wird. Donelly überbietet sich selbst in der Ausmalung der fiesesten Charaktere, die dem Alten das Leben schwer machen.

und Krankheit und Krankheit und Tod unvermeidlich zusammengehören. Ein beispielloses Aufatmen kennzeichnet den Schluß, wo die Traurigkeit über den Tod zur Freude wird, wo dem Leser nur noch zu wünschen übrigbleibt, es wäre alles schneller gegangen, man hätte sich auf allen Seiten schneller damit abgefunden, man hätte sich und dem Opa einiges erspart, die Erlösung früher herbeigeführt.

Dieses Buch ist nicht nur mystisch, wie im Vorhergehenden dargelegt, sondern auch unmittelbar religiös, indem es wie die Kirche seit ihrem Bestehen die Erlösung von irdischem Elend durch den Tod und ein besseres Leben nach dem Tod predigt. Dies trotz seiner scheinbaren Polemik gegen das Christentum und die Kirche. Der Lobgesang des Sterbens ist die zentrale Aussage dieses Kinderbuches. Er bleibt jedoch unglaubwürdig, solange nicht eine Erklärung gefunden wird für die ganz offensichtlich unwürdige Situation der für die Profitproduktion unbrauchbar gewordenen Menschen. Bleibt doch, solange diese nicht erklärt wird, immer noch der Verdacht, es könnte vielleicht doch an der Ausbeuterherrschaft liegen, daß das Altern mit Abgeschobenwerden und dem Gefühl der Nutzlosigkeit verbunden ist und daß man diese beseitigen müsse. Die Antwort gibt das Buch, indem eine Spaltungslinie nach der andern gezogen und vertieft wird. Donelly überbietet sich selbst in der Ausmalung der fiesesten Charaktere, die dem Alten das Leben schwer machen.
Sie laufen alle nach dem Strickmuster, die Brutalität und Schonungslosigkeit, mit der die Bourgeoisie die für die Profitproduktion unbrauchbar gewordenen Menschen behandelt, den Massen selber in die Schuhe zu schieben.

Mit dieser Ideologie will die Bourgeoisie die Pflege der für die Profitproduktion unbrauchbar gewordenen Menschen den Werktätigen selber aufbürden, wofür diesen weder die Zeit noch das Geld bleibt.

Die Theorie vom Generationenvertrag aus dem Ehrenberg-Ministerium hat Pate gestanden bei der Ziehung dieser Spaltungslinien. Mit viel Rührung und Heimtücke ist sie in diesem Buch für Kinder zurechtgemacht: Die Jungen sollen verzichten, damit man's den Alten nehmen kann.

Zur Schule
54 Seiten Best.Nr. 0601 1,40 DM
Erzählung. Kampf um das Recht auf Schulausbildung im antijapanischen Befreiungskrieg.

Kampf auf dem Djingdjiang-Fluß
82 Seiten Best.Nr. 0621 1,40 DM
Bildergeschichte. Zeichnungen mit kurzen Untertexten aus dem antijapanischen Befreiungskrieg und dem Kampf gegen die Kuomintang-Kollaborateure.

Kleine Reiter
32 Seiten Best.Nr. 0653 1,40 DM
Farbige Bildergeschichte aus der Inneren Mongolei mit kurzen Texten.

Huan Schan
Der Hirtenjunge Hai Wa
80 Seiten Best.Nr.0640 1,50 DM
Erzählung. Ein Junge bringt mutig eine wichtige Nachricht an die Achte Route-Armee durch die feindlichen Reihen der japanischen Imperialisten.

Hahnenschrei um Mitternacht
72 Seiten Best.Nr. 0611 1 DM
Szenen aus einem Puppenspiel mit kurzen Texten. Kampf der armen Bauern gegen die Großgrundbesitzer.

Da-mang wird flügge
60 Seiten Best.Nr. 0600 2,90 DM
Kurzgeschichten über den Aufbau des Sozialismus im chinesischen Dorf.

Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2 oder jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung

Kommunistische Volkszeitung